Nr. 218. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 18. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein wichtiger Arbeitstag.

Chemnitz, 17. September.

Mit einer Kundgebung internationaler Solidarität eröffnete heute das deutsche Arbeiterparlament seine Tagung. Den holländischen Parteigenossen, die heute in ihrem Kampfe um ein freies Wahlrecht einen „Roten Dienstag" veranstalten, sendet der Parteitag ein Telegramm, das den niederländischen Wahlrechtskämpfern seine wärmsten Sympathien ausspricht.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen. Auf Grund einer Anregung des Genossen Kuhnt, des Vorsitzenden des Chemnitzer Lokalkomitees, beschließt der Parteitag, am Donnerstag die Sitzung ausfallen zu lassen und zur Erholung von der anstrengenden und mit mancherlei Unbequemlichkeiten verbundenen Arbeit einen Ausflug nach dem Fichtelberge zu machen.

Die Chemnitzer Genossen überreichten gestern nachmittag den Parteitagsdelegierten ein geschmackvoll ausgestattetes über 300 Seiten umfassendes Buch: die Geschichte der Chemnitzer Arbeiterbewegung von Genossen Ernst Heilmann. Der Text des Werkes wird belebt durch eine große Anzahl Illustrationen und Faksimiles und erzählt von jahrzehntelanger Agitations- und Organisationsarbeit, von harten inneren und äußeren Kämpfen, sowohl während des Sozialistengesetzes, wie auch vor und nach demselben.

In der nunmehr einsetzenden Diskussion über den Vorstandsbericht tritt Genosse Giebel zunächst für die Anträge ein, die auf stärkere Betonung der Agitation unter den Privatangestellten hinauslaufen. Mit vollem Recht weist er darauf hin, daß die wirtschaftliche Lage dieser Volksschicht genau dasselbe Abhängigkeitsverhältnis aufweist wie das der Arbeiter, und daß die Partei alle Ursache hat, ihre Agitations- und Organisationsarbeit auch auf diese Kategorie der Kopfarbeiter auszudehnen, um sie der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien zu entziehen. Im weiteren Verlaufe der Diskussion äußerten die Genossen Dr. Laufenberg-Hamburg, Rosenfeld-Berlin, Ring-Offenbach, Schuhmann-Köln, Runge, Neugebauer-Ludwigsburg, Thönicke-Kiel, allerlei Wünsche und Anregungen in bezug auf Jugend- und Frauenbewegung, auf Literatur und Bildungswesen usw. Beachtung verdient die Anregung des Genossen Dr. Laufenberg, den Kampf im katholischen Lager zwischen Kölner und Berliner Richtung für unsere Agitationsarbeit aufmerksam zu verfolgen und in Aufklärungsschriften auszunutzen. In temperamentvoller Weise trat Genosse Biniskiewicz-Kattowitz für die Erhaltung und Unterstützung der polnischen Zeitung „Gazeta Robotnicza" wie für die stärkere Agitation unter den polnischen Arbeitern im allgemeinen ein. In gleichem Sinne sprach auch Genosse Büchner-Berlin. Genossin Zietz machte Ausführungen über intensive Ausgestaltung der Frauenagitation.

Nach einer längeren und sehr interessanten Geschäftsordnungsdebatte, deren Einzelheiten im Bericht nachgelesen werden können, fand die unerquickliche Göppinger Affäre dadurch ihre Erledigung, daß die beiden vorliegenden Resolutionen zurückgezogen und der Anregung der Genossen Ebert und Bebel stattgegeben wurde, das Urteil über das Verhalten des Vorstandes in der Göppinger Angelegenheit in der Schlußabstimmung über seine Gesamttätigkeit zum Ausdruck zu bringen. Der große Streit ist somit begraben, und der Beifall der Delegierten bewies, daß der Parteitag über diese Bestattung alles andere als traurig war.

In der nunmehr einsetzenden Diskussion über Pressefragen trat Genosse Berten-Düsseldorf für Blindenliteratur und Schaffung einer Literatur für Taubstumme ein, die Genosse Ludwig-Hagen ebenfalls befürwortete. Genosse Dürr-Nürnberg verlangte mit Rücksicht auf die immer stärker werdende Bedeutung der Sozialversicherung eine besondere Parteizeitung für dieses Gebiet. Genossin Wulff-Berlin vertritt einen Antrag, der eine bessere künstlerische Ausgestaltung der „Neuen Welt" verlangt, den aber Genosse Berard-Hamburg zum Uebergang zur Tagesordnung zu verdammen hat. Genosse Scheibe-Dortmund sprach für eine Modezeitung und für eine gesonderte Verbreitung der Jugendbeilage der „Gleichheit". Zu all diesen Anträgen und Anregungen nahm Genossin Zietz Stellung, was ihr den scherzhaften Vorwurf eintrug, daß sie sich des Verbrechens „eines Massenmordes" schuldig gemacht habe. Sie wandte sich dagegen, daß das Niveau der „Gleichheit" herabgedrückt, daß die Kinderbeilage von ihr abgesondert werde. Ebenso lehnte sie eine besondere Taubstummenliteratur und ein sozialistisches Fachblatt über Sozialversicherung ab. Mit vollem Recht betonte Genossin Zietz, daß die gewünschte Modezeitung nicht ein reines Kostümblatt sein könne, daß sie vielmehr als ein Organ für die praktische Arbeiterin gedacht sei, das den bürgerlichen Frauenzeitungen, die den proletarischen Haushalt überschwemmen, Abbruch tun könne.

In wirkungsvollen Ausführungen begründet sodann Genosse Heinrich Schulz die dem Parteitag vorgelegte Resolution über die Jugendbewegung. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das ernste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat die geistige und körperliche Hebung der schulentlassenen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Aeußerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwickelung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hetze gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennenswerte Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bestrebt sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetzlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

Mit aller Schärfe ging Genosse Schulz den Bestrebungen von Staat, Kirche, Kommunen, bürgerlichen Parteien und Korporationen zuleibe, die darauf hinauslaufen, die Arbeiterjugend der proletarischen Bewegung abspenstig zu machen, sie militaristisch und chauvinistisch zu verseuchen oder an den Wagen der Bigotterie zu spannen. Diesen egoistischen Bestrebungen stellt er die großen idealen Ziele der Arbeiterbewegung entgegen, die uns zwingen, uns mit allen Kräften des heranwachsenden Geschlechts anzunehmen, die jungen Menschen zwar nicht zu sozialdemokratischen Politikern zu machen, ihnen aber den Ideenreichtum der sozialistischen Weltanschauung nahezubringen. An dieser Aufgabe, einer Kulturaufgabe im edelsten Sinn des Wortes, müssen noch mehr als bisher Partei, Gewerkschaft und Elternhaus tatkräftigen Anteil nehmen. Die hier verwandte Mühe wird in wenigen Jahren ihre reichen Früchte tragen, trotz aller Anfeindungen, trotz aller Anstrengungen von Justiz und Polizei, die proletarische Jugendbewegung mit „gesetzlichen" Schlingen zu erdrosseln. Der lebhafte Beifall, den Genosse Schulz am Ende seiner Ausführungen erntete, bewies, wie sehr der Parteitag von der ernsten Bedeutung der Jugendfrage überzeugt ist.

Zu einer wichtigen, tief in das Lebensinteresse des gesamten Volkes einschneidenden Frage, der der Teuerung, nahm sodann Genosse Scheidemann das Wort. In klaren und überzeugenden Ausführungen deckte er zunächst die Ursache der internationalen Teuerung auf, die am letzten Ende nur die Notwendigkeit des Sozialismus zeige. Angesichts dieser internationalen Situation ist es ein ungeheueres Verbrechen, wenn die deutsche Wirtschaftspolitik, wenn eine raffinierte agrarische Gesetzgebung die Volksaushungerung in ein grausames System bringt und gegen jeden Notschrei taub ist. Genosse Scheidemann wies in wirksamer Weise auf die sozialen Schäden der Teuerung hin und erläuterte die Forderungen, die wir zu ihrer Beseitigung aufstellen, wozu nicht zuletzt die Einberufung des Reichstages gehört. Das hartnäckige Schweigen des Reichskanzlers auf den Brief unserer Fraktion wurde vom Genossen Scheidemann unter Zustimmung des ganzen Parteitages gegeißelt. „Nun, wenn Bethmann Hollweg schweigt, so wird das deutsche Volk reden und handeln. Die Gewarnten mögen aus den Ereignissen lernen." Darin gipfelten die beredten Worte des Genossen Scheidemann, der die Aufmerksamkeit des durch die lange Sitzung abgespannten Parteitages zu fesseln verstand. Genosse Scheidemann beantragte im Namen des Parteivorstandes folgende Resolution:

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwickelung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichtumsvermehrung der Besitzenden geführt hat, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferrungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzzollpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Teuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrscheine, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der vielen Fleischzölle, die Oeffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerläßlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßregeln und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch, dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aushungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig erdrosseln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerläßlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

Die einstimmige und debattelose Annahme der vorliegenden Teuerungsresolution durch den Parteitag mag den herrschenden Gewalten dartun, daß die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Volksaushungerung nicht erlahmen wird.

Nach Erledigung des Berichtes der Mandatsprüfungskommission durch den Genossen Blum nahm der Parteitag trotz lebhaften Protestes noch den Tagesordnungspunkt „Reorganisation" in Angriff. Genosse Müller befürwortete die neue Vorlage, die die Frucht der Arbeit ist, die die Kommission unmittelbar vor dem Parteitag geleistet hat. Die Debatte über diesen wichtigen Gegenstand wird auf morgen vertagt. Damit hatte der Parteitag seine zweite, der sensationellen Ereignisse ermangelnde, aber desto arbeitsreichere Sitzung erledigt.

Diese Erkenntnis sprach auch in der Diskussion aus den Ausführungen der Genossen Birkholz-Hamburg und Kersten-Peine, die mit dem bisher Geleisteten noch nicht zufrieden sind und eine durchgreifende Arbeit an der Jugend verlangen, vor allem in den kleinen Städten. In diesen auch das Bildungswesen im allgemeinen mehr zu fördern, wünschte Genosse Dönnicke-Mühlhausen, der auch noch Wünsche über die Parteischule usw. äußerte. Die Genossen Hoffmann-Elberfeld und Kremser-Frankfurt a. M. legten besonderen Nachdruck auf eine Reform des Bibliothekwesens und Schaffung einer besonderen Zeitung für das Bildungswesen. Die Genossen Liebknecht-Berlin und Lipinski-Leipzig gaben Anregungen über die Bildungsarbeit an den jungen Leuten von über 18 Jahren. Mit warmen, eindringlichen Worten trat Genossin Demming-Berlin für eine erhöhte Beachtung des Kinderschutzes und Schaffung von Kinderschutzkommissionen ein; sie verwies dabei auf die wertvolle Broschüre der Genossin Zietz über diesen Gegenstand. Auch Genosse Lipinski gab hierzu ebenfalls noch einige Fingerzeige.

In zum Teil humorvollen Ausführungen antwortete Genosse Heinrich Schulz auf die Anregungen und kritischen Ausführungen, die ja nur dem lebhaften Wunsche entspringen, die große Erziehungsarbeit unserer Partei immer wirksamer zu gestalten.

Die Anträge, die eine umfassendere Bekämpfung des Alkohols verlangen, fanden in Genossen Davidsohn-Berlin einen von der Güte seiner Argumente überzeugten, aber nicht glücklich plädierenden Anwalt. Genossin Zietz war daher weit glücklicher, als sie zu einer einheitlichen Willenskundgebung gegen den Alkoholmißbrauch aufforderte und gegen alle fanatischen Uebertreibungen und Quertreibereien in der Propaganda gegen den Alkohol temperamentvoll Front machte. Den Uebertreibungen des Genossen Davidsohn traten die Genossen Poetzsch-Berlin und Loebe-Breslau entgegen, die natürlich gleichfalls für eine stärkere Unterstreichung des Leipziger Boykottbeschlusses eintraten, wobei in erster Linie an Verstand und Pflichtgefühl der Arbeiter zu appellieren sei.

Genosse Ebert nahm sodann das Schlußwort zum Vorstandsbericht. Er stellte zunächst eine Anzahl in der Göppinger Affäre gemachter Behauptungen richtig, wobei die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung" nicht gerade glimpflich wegkam, und äußerte sich zu den verschiedenen Anregungen und Anträgen. Im Anschluß an eine Anregung des Genossen Dr. Laufenberg-Hamburg, dem Wahlrechtskampfe mehr Nachdruck zu verleihen, kündigte Genosse Ebert unter allgemeinem Beifall des Parteitages für die allernächste Zeit eine neue und lebhaftere Aktion im preußischen Wahlrechtskampfe an. Auch Genosse Braun äußerte sich zu einigen Organisationsanträgen.

Nach einer Anzahl persönlicher Bemerkungen, bei denen Genosse Henke-Bremen sich seiner Haut zu wehren suchte, kam es zur Abstimmung über die zahlreichen Anträge, über deren Resultat der ausführliche Bericht Auskunft gibt.

Die Vorschläge zum Organisationsstatut.

Die vom Jenaer Parteitag eingesetzte Organisationskommission hat in Chemnitz vom 12.—14. September mehrere Sitzungen abgehalten und ist zu einigen wesentlichen Abänderungen ihrer ursprünglichen Vorschläge gelangt. Danach sollen die §§ 1—5 unverändert bleiben, also auch die Bestimmung über die Beiträge. Ferner schlägt die Kommission jetzt vor, die Delegation zum Parteitag folgendermaßen vorzunehmen:

„Die Delegierten der Partei aus den einzelnen Reichstagswahlkreisen. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach Maßgabe der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: In Wahlkreisen bis 1500 Mitglieder ein Delegierter, bis 3000 zwei, bis 6000 drei, bis 12 000 vier und für jede weiteren 6000 Mitglieder einen Delegierten mehr."

Durch diese letztere Bestimmung würde das Stärkeverhältnis der Organisationen besser zum Ausdruck kommen.

Am wesentlichsten ist der neue Vorschlag über den Parteiausschuß. Er lautet:

§ 20. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landesvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Danach würde der Ausschuß nur ein beratendes Organ sein; der Parteivorstand allein hat die letzte Entscheidung und trägt die Verantwortung. Der Parteiausschuß würde im wesentlichen ähnliche Funktionen haben wie die bisherigen Bezirkskonferenzen; er wäre ein die Gesamtheit der Organisationen repräsentierendes Organ, das geeignet wäre, den Vorstand über die Stimmung im Lande, wenigstens soweit sie sich in den Organisationen widerspiegelt, zu unterrichten. Eine Reihe von Bedenken, die gegen den früheren Vorschlag erhoben wurden, kämen damit in Wegfall.

Falls der Parteitag dieser Aenderung zustimmt, würde es sich aber empfehlen, die bisherige Uebung, zu solchen politisch wichtigen Sitzungen auch einen Vertreter des „Vorwärts" und der „Neuen Zeit" zuzuziehen, ausdrücklich zu sanktionieren und ihnen bei den Gutachten mitbeschließende Stimme einzuräumen.

Die Bestimmungen über die Kontrollkommission bleiben wie im geltenden Statut. Die Bestimmungen über den Ausschluß erfahren nur unwesentliche Aenderungen. Die vielfach angefeindete Bestimmung, daß die Vertretung der Reichstagsfraktion durch ein Drittel ihrer Mitglieder zu erfolgen habe, wird wieder vorgeschlagen.

Zur Teuerung.

Vertagt?

Nach einer Meldung der „Kieler Neuesten Nachrichten" hat der Reichskanzler seine Entscheidung über eventuelle Reichsmaßnahmen gegen die Fleischteuerung vertagt. Zuerst will er die Bundesregierungen über die Vorschläge des Reichsamts des Innern befragen. Wenn schon der Kanzler wiederum Rat einholen muß, so ist es viel wichtiger und dringender, dem Reichstag die immer noch unbekannten Vorschläge der Konferenz im Reichsamt des Innern zu unterbreiten. Auch die breite Oeffentlichkeit hat ein dringendes Interesse daran, diese Vorschläge sofort kennen zu lernen. Wie lange Zeit will der Kanzler noch die Darbenden weiter hungern lassen, bis er auch nur geruht, seine Anschauungen und Absichten kund zu tun und den Vertretern des Volkes Gelegenheit zu geben, den Willen des Volkes gegenüber der Regierung durchzusetzen? Oder will er nur neuen Zündstoff für unsere Agitation sammeln, den Unwillen der Massen über die eigene Unfähigkeit anschwellen lassen, damit er sich vor den Junkern als der wider Willen Geschobene entschuldigen kann?

Ueber die Ursachen der Fleischteuerung darf nicht gesprochen werden.

Dieser Grundsatz wird im Stadtparlament in Osterode proklamiert. Die Stadt liegt in der Domäne des Reichstagsabgeordneten Rehbel, der auf dem Gebiete der Schnapsproduktion als Autorität gilt. Der einzige Sozialdemokrat, der in dieser Stadtverordnetenversammlung sitzt, wollte bei der Erörterung über eine Eingabe wegen der Fleischteuerung die Ursachen dieser Teuerung schildern und dabei auch auf die Schutzzölle eingehen, doch da schwang der Stadtverordnetenvorsteher seine Glocke und unterbrach den Referenten mit dem Bemerken, er würde ihn über die Wirtschaftspolitik und über die Zölle nicht sprechen lassen, denn das sei eine politische Rede. Als der Redner erklärte, daß die Fleischteuerung mit der Wirtschaftspolitik und den Zöllen in Zusammenhang stehe, und daß er gerade auf die Ursachen eingehen müsse, um deren Beseitigung empfehlen zu können, wollte das dem Herrn Vorsteher nicht einleuchten. Schließlich erkannte selbst die Stadtverordnetenversammlung die Fleischteuerung an und beschloß, eine Eingabe an die Staatsregierung zu richten.

Fleischpreise in Baden und in der Schweiz.

Wie wenig stichhaltig das Geschrei der Agrarier und der ihnen gesinnungsverwandten Zentrumspresse ist, daß die Teuerung international sei, beweist folgende Gegenüberstellung der Preise der Metzgerinnung in Freiburg i. B. und der Preisliste des allgemeinen Konsumvereins in Basel, der eine der größten Fleischereien Basels unterhält. Es kostete pro Pfund:

	in Freiburg	in Basel
Ochsenfleisch mit Beilage	100 Pf.	76—96 Pf.
„ ohne Bein	130 „	76—100 „
Nierstück mit Beilage	110 „	96 „
„ ohne Bein	140—160 „	118 „
Lummel im ganzen mit Beilage	120 „	144 „
„ ohne Bein	180—200 „	156 „
Kalbfleisch mit Beilage	100 „	I. Qual. 85—155 „
„ Schlegel und Koteletts mit Beilage	100 „	
„ Ragout	95 „	II. Qual. 70—120 „
„ ohne Bein	160—180 „	
„ Schnitzel	200 „	
Schweinefleisch mit Beilage	95 „	96 „
„ Kotelett und Braten mit Beilage	105 „	96 „
„ ohne Bein	140 „	120 „
„ mit Speck	90 „	92 „
Hammelfleisch mit Beilage	95 „	88 „
„ ohne Beilage	120 „	96 „
„ Hammelbrust	70 „	64 „
Geräuchertes Schweinefleisch	120—140 „	110—125 „

Dabei hatte der Baseler Konsumverein kurz vorher bekanntgegeben, daß er das Rind- und Schweinefleisch um 5 Cents erhöht habe. (Die Erhöhung ist in den obigen Zahlen einbegriffen.) Er gibt aber auf diese Preise eine Rückvergütung von 8 Proz., so daß sie noch wesentlich niedriger wie die badischen Fleischpreise erscheinen. In Basel wird ferner schon seit Wochen Gefrierfleisch gekauft. Prima argentinisches Ochsenfleisch kostet im gefrorenen Zustande: Vorderviertel 44 Pf., Hinterviertel 52 Pf., Ochsenfleisch ohne Knochen 64 Pf., Nierenstück mit Knochen 72 Pf., Nierenstück ohne Knochen 92 Pf., Filet (geputzt) 92 Pf. — Die Befürchtungen, daß das Fleisch nicht schmecke oder gesundheitsschädlich sei, haben sich als hinfällig erwiesen. — Der Umsatz nimmt täglich zu.

Kommune und Teuerung.

Eine am Donnerstag stattgefundene Sitzung des Gemeinderats in Jena hatte sich mit der „Verhinderung der Teuerung" zu beschäftigen. Die Vertreter der Sozialdemokratie hatten einen Antrag eingebracht, der unsere bekannten Forderungen enthält und den Passus hinzufügt: „Der Gemeinderat wolle außerdem vorläufig eine Summe von 10 000 M. bewilligen, damit städtische Einrichtungen getroffen werden zur Versorgung der Bevölkerung Jenas mit preiswerten Lebensmitteln. — Zur Erledigung dieser Angelegenheit wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte eine Kommission von sieben Mitgliedern." Nach der Begründung des Antrags durch Genossen Leber gab auch der Oberbürgermeister zu, daß in diesem Jahre eine Fleischteuerung eingetreten ist, die dringend nach Abhilfe schreit. Ueber den eingebrachten Antrag wurde getrennt abgestimmt. Der erste Teil fand einstimmige Annahme, wogegen sich gegen den letzten Absatz eine Minderheit von 4 Stimmen erklärte.

Die Stadtverordnetenversammlung in Erfurt nahm am Freitag einen Magistratsantrag an, der den Bundesrat und den preußischen Landwirtschaftsminister um Erleichterung der Einfuhr von Schlachtvieh und frischem Fleisch, sowie um zeitweilige Aufhebung bezw. Herabsetzung der Vieh-, Fleisch- und Futtermittelzölle ersucht; die Notwendigkeit der Einfuhr von Schweinen und ausländischem Gefrierfleisch wird besonders betont und zu letzterem Zwecke eine Aenderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes verlangt. Gegebenenfalls soll wegen gemeinsamen Bezugs von Gefrierfleisch mit anderen Kommunen in Verbindung getreten werden. Zur Hebung des Seefischkonsums will der Magistrat Kochkurse veranstalten.

Die sofortige Einberufung des Deutschen Städtetages, der Maßnahmen gegen die Teuerung treffen soll, verlangte eine in Freiburg i. B. tagende Konferenz der Oberbürgermeister der badischen Städte.

Sturmszenen im ungarischen Parlament.

Budapest, 17. September. Das Abgeordnetenhaus trat heute vormittag wieder zusammen. Die oppositionellen Parteien haben beschlossen, daß der Kampf gegen die Majorität mit den gleichen Waffen wie früher aufgenommen werden solle.

Um 10 Uhr erschienen Ministerpräsident Lukacs und Präsident Graf Stephan Tisza im Abgeordnetenhause, wo es schon sehr lebhaft zuging. Um 10¼ Uhr begab sich Graf Tisza, umgeben von seinen engeren Freunden, auf die Präsidentenestrade. Die Opposition setzte sofort mit einem Höllenspektakel ein. Es wurde gerufen: „Bezahlter Schuft, Schurke und ähnliches. Es wurde gepfiffen, auf Trompeten geblasen, geschrien und mit Pultdeckeln geschlagen. Präsident Graf Tisza versuchte sich Gehör zu verschaffen, doch gelang ihm dies nicht. Sobald er die Glocke in die Hand nahm, schwoll der Lärm noch stärker an. Graf Tisza notierte sich die Namen der Lärmenden, wobei ihm mehrere Schriftführer behilflich waren. Es wurden ihm und dem Ministerpräsidenten Lukacs die heftigsten Beschimpfungen zugeschleudert. Gegen 10¾ Uhr kam es in der Mitte des Saales zu einer Tumultszene, und es hatte einen Augenblick den Anschein, als ob es zu Tätlichkeiten kommen sollte. Im Mittelraum des Saales war nämlich Graf Michael Karolyi erschienen. Dies schien von den Abgeordneten der Rechten so aufgefaßt zu werden, als ob Graf Karolyi irgend etwas plane. Infolgedessen strömten zahlreiche Abgeordnete der Rechten nach dem Mittelraum, worauf auch von der Linken zahlreiche Abgeordnete nach der Mitte des Saales eilten. Graf Julius Andrassy suchte den Grafen Karolyi in die Bank zurückzuziehen. Seiner Intervention gelang es, den Tumult zu verhüten. Präsident Graf Tisza ersuchte mehrere Male, seine Vorlagen zu verlesen; sobald er aber das Wort ergreifen wollte, setzte der Tumult von neuem ein. Schließlich verlas der Präsident unter ungeheurem Lärmen etwas, wovon man jedoch nichts hörte.

Besonderen Sturm erregte es, als der Präsident den Direktor des Stenographenbureaus zu sich berief und ihm Mitteilungen machte. Einige Abgeordnete von der Volkspartei intonierten die ungarische Nationalhymne und sangen sodann das Kossuthlied. Die ganze Linke erhob sich und sang mit. Die Rechte brach bei den Worten: Es lebe das Vaterland! in stürmische Beifallsrufe und Händeklatschen aus. Nachdem das Lied gesungen war, begann wieder das Lärmen und Johlen. Dazwischen riefen die Abgeordneten der Opposition der Rechten zu: Warum singt ihr nicht das „Gott erhalte"? Einige Abgeordnete der Linken sangen ein Schmähled auf die Deutschen. Als der Präsident trotz des Lärmens, zu den Stenographen gewandt, weitersprach und sich ein Stenograph Notizen machte, kam es wieder zu stürmischen Szenen. Graf Karolyi machte dem Stenographen heftige, beleidigende Vorwürfe. Das Lärmen dauerte ununterbrochen fort. Um 11¾ Uhr erhob sich der Präsident Graf Tisza und verließ unter stürmischen Beifallrufen der Rechten und Pfui- und Schmährufen der Linken den Saal.

Um 12 Uhr 5 Minuten eröffnete Präsident Tisza wieder die Sitzung. Die oppositionellen Abgeordneten eilten, mit ihren Instrumenten versehen, wieder in den Saal und begannen abermals mit ihrem Höllenlärm. Eine große Anzahl Abgeordneter der Opposition umringte den Sitz der Stenographen, um diese zu verhindern, eine eventuelle Erklärung des Präsidenten aufnehmen zu können. Auch Abgeordnete der Majorität drangen in die Mitte des Saales. Als einzelne Abgeordnete, darunter Graf Michael Karolyi, mit den Stenographen zu diskutieren begann und sie zur Rede stellte, entstand ein kleines Handgemenge. Graf Karolyi wurde schließlich vom Grafen Apponyi vom Stenographentisch fortgezogen. Präsident Graf Tisza sah dem Treiben eine Zeitlang zu und begann dann zu sprechen. Seine Worte verschwanden aber unter dem Lärm. Man sah, daß der Abgeordnete Ertsey, auf der Präsidententribüne stehend, mit dem ihm gegenübersitzenden Abgeordneten Grafen Batthyanyi einen Wortwechsel hatte. Beide ballten die Fäuste. Ertsey eilte dann von der Tribüne herunter und wurde von seinen Freunden zurückgehalten.

Der Lärm dauerte den ganzen Vormittag an. Präsident Tisza ruhte in seinem Sessel und griff wiederholt zur Glocke, um sich Gehör zu schaffen. Sofort begann erneuter Lärm der Opposition, deren Mitglieder die Instrumente austauschten und sich so gewissermaßen ablösten. Das Haus blieb andauernd gefüllt. Um 1½ Uhr begann der Präsident etwas zu verlesen, ohne daß man ein Wort verstehen konnte. Hierauf unterbreitete der Präsident in dem Lärm, von dem man sich kaum eine Vorstellung machen kann, den Einlauf und unterbrach um 1¾ Uhr die Sitzung.

Wie aus dem stenographischen Protokoll hervorgeht, ordnete während des großen Lärms der Präsident die Verlesung des königlichen Handschreibens betreffend die Vertagung der vorigen Session an. Die Verlesung erfolgte sodann durch einen Schriftführer, worauf der Präsident die Vorlage zur Protokollierung an das Abgeordnetenhaus notierte.

Um 2 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Präsident Tisza wurde wiederum mit einem Höllenlärm empfangen. Einige Abgeordnete hatten Husarentrompeten mitgebracht. Als der Tumult immer größer wurde und der Präsident nicht zum Worte kommen konnte, übergab er um 2¼ Uhr den Vorsitz dem Vizipräsidenten Beöthy. Der Abg. Rath rief dem Vizepräsidenten zu: Sie sind ein politischer Schwindler! und wurde zur Ordnung gerufen.

Die Opposition befürchtete, daß man sie durch eine Dauersitzung erschöpfen werde, und änderte deshalb ihre Taktik. Es war immer nur ein Teil der oppositionellen Abgeordneten im Saal, um den Lärm fortzusetzen, während sich der andere Teil in den Wandelgängen erholte. Inzwischen wurden immer neue Lärminstrumente herbeigeschafft, und einzelne Abgeordnete hantierten gleichzeitig mit drei Instrumenten. Der Abgeordnete Roland Frater blies auf einer Militärtrompete unter dem lebhaften Beifall der Opposition verschiedene militärische Signale, die den übrigen Lärm übertönten. Um 2¾ Uhr unterbrach der Vizepräsident Beöthy von neuem die Sitzung. Um 3½ Uhr wurde die Sitzung von dem Präsidenten Grafen Tisza wieder eröffnet. In demselben Augenblick begann der Höllenlärm von neuem. Um 3¾ Uhr wurde die Sitzung wiederum unterbrochen.

Die Polizei kommt!

Zehn Minuten nach 4 Uhr erschienen ungefähr hundert Polizeibeamte unter Führung des Polizeioberinspektors Pawlik in den Wandelgängen. Die oppositionellen Abgeordneten, die hier versammelt waren, begaben sich nun in den Saal und nahmen ihre Plätze ein. Von der Opposition wurde die Losung ausgegeben, sich der Hinausführung durch die Polizei mit Gewalt zu widersetzen. Alle oppositionellen Abgeordneten begaben sich in die Mitte des Saales, wo sie dicht gedrängt stehen blieben, mit Ausnahme des Grafen Julius Andrassy und der übrigen parteilosen Siebenundsechziger. Diese blieben auf ihren Plätzen. Zehn Minuten nach halb 5 Uhr betrat Polizeiinspektor Pawlik mit einer Anzahl von Beamten den Saal. Gleichzeitig drangen durch drei andere Eingänge weitere Beamte in den Saal ein und nahmen in den Gängen Aufstellung. Die oppositionellen Abgeordneten blieben dicht gedrängt in der Mitte des Saales stehen und riefen: Hinaus mit Euch! Wir gehen nicht, Ihr müßt von der Waffe Gebrauch machen! Man sah, wie Polizeioberinspektor Pawlik mit dem Grafen Albert Apponyi, der gleichfalls in der Gruppe der Oppositionellen stand, vergebens verhandelte. Jetzt begaben sich auch Graf Andrassy und die übrigen parteilosen Siebenundsechziger zu den Oppositionellen. Diese brachen in stürmische Eljenrufe aus. Polizeioberinspektor Pawlik verließ jetzt den Saal und begab sich in das Präsidialbureau, wo Graf Tisza sich seit Unterbrechung der Sitzung aufhielt. Nach einigen Minuten kehrte er in den Saal zurück. Zu dem Grafen Albert Apponyi gewendet, sagte er, es sei der Wunsch des Präsidenten, daß diejenigen Abgeordneten, die auf einer Liste verzeichnet wären, freiwillig den Saal verließen, sonst würden sie mit Waffengewalt entfernt werden. Nunmehr entstand großer Lärm. Die oppositionellen Abgeordneten stimmten das Kossuth-Lied an und riefen wiederholt: Es lebe das Vaterland! Darauf sangen sie die ungarische Hymne. Sie erklärten, sie würden sich der Entfernung aus dem Saale widersetzen. Der Polizeioberinspektor ließ sich darauf die Liste geben, auf der der Präsident die auszuweisenden Abgeordneten verzeichnet hatte. Diese antworteten mit höhnischen Zurufen. Der Polizeioberinspektor begab sich hierauf nochmals zum Grafen Tisza, um sich neue Instruktionen zu holen. Er erschien wiederum im Saale und forderte nacheinander mehrere Abgeordnete auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Diese leisteten jedoch der Aufforderung keine Folge, und ihre Freunde umringten sie jedesmal, um sie zu schützen. Einige Abgeordnete bauten aus den Ministersesseln Barrikaden auf. Der Polizeioberinspektor begab sich darauf wiederum zum Grafen Tisza.

Kämpfe mit Polizisten. — Ein Polizeimann als anständiger Staatsbürger.

Einige Minuten nach 5 Uhr kam Pawlik wieder in den Saal und fordert eine Reihe Abgeordneter zum Verlassen des Saales auf. Als sich diese weigerten, erklärte er nunmehr Gewalt anwenden zu müssen. Er befahl zwei Polizeibeamten, den Abgeordneten Grafen Ladislaus Semsey

hinauszuführen. Inzwischen war dieser aber von den Abgeordneten Josef Karolyi, Markgraf Georg v. Callavicini und dem Grafen Aladar Zichy in die Mitte genommen worden. Diese faßten sich gegenseitig unter die Arme und verhinderten so, daß die Wachleute Semsey aus dem Saale führen konnten. Abgeordneter Graf Michael Karolyi drängte sich durch die Abgeordneten durch. Er war ungeheuer erregt und schlug mit den Fäusten auf die Wachleute ein, die schließlich zurückgedrängt wurden. Nunmehr versuchte Pawlik den Abgeordneten Samreczanyi zum Verlassen des Saales zu bewegen. Als auch dieser sich weigert, fordert Pawlik wiederum zwei Wachleute auf, den Abgeordneten zu ergreifen. Einer der Wachleute, namens Stefan Polvak, salutierte und sagte: **Ich greife einen unabhängigen Abgeordneten nicht an.** Die Opposition brach bei diesen Worten in ungeheuren Jubel aus und schwenkte Taschentücher. Abgeordneter Georg Szmerecsanyi bestieg einen vor der Ministerbank stehenden Tisch und verkündete den Vorfall, worauf ein Teil der Tribünenbesucher gleichfalls in stürmische Eljenrufe ausbrach, die von den Oppositionellen mit großer Begeisterung erwidert wurden. Der Wachmann Polvak wurde inzwischen abgeführt. Mitten in dem Beifall der Tribünenbesucher stimmten die Oppositionellen das Kossuthlied aufs neue an.

Inzwischen war auch Stadthauptmann Szeszler im Saale erschienen, um den Anordnungen des Präsidenten Geltung zu verschaffen. Ein Polizist wandte sich an eine Gruppe Abgeordneten und griff den Abg. Jarmy an. Einige Abgeordnete riefen dem Polizeibeamten zu, er möge sich an seinem Kollegen ein Beispiel nehmen. Jarmy wurde jedoch von fünf Wachleuten ergriffen und aus dem Saal geschleppt, obwohl er sich wütend wehrte. Alsbald teilte der Abgeordnete Szmrecsanyi mit, daß Jarmy eine Armverrenkung erlitten habe, und verlangte einen Arzt, es stellte sich jedoch heraus, daß es sich um einen einfachen Ohnmachtsanfall handelte. Inmitten des Saales dauerte die Bewegung fort. Abgeordneter Benedek rief: Es lebe Julius Kovacs (Kovacs hat bekanntlich auf den Grafen Tisza geschossen). Nunmehr begab sich der Stadthauptmann in den Korridor, um sich von dem dort weilenden Oberstadthauptmann Boda neue Weisungen zu holen.

Oberstadthauptmann Boda befahl die strengste Durchführung der Anweisungen des Präsidenten. Um 6½ Uhr erschienen zwei Polizeiinspektoren mit einer weiteren größeren Polizeiabteilung und erteilte den Befehl, sämtliche Abgeordnete aus dem Saale zu drängen. Es begann nun ein

wahnsinniges Handgemenge,

ein Drängen und Stoßen. Die in der ersten Reihe stehenden Abgeordneten, nämlich Johann Justh, Michael Karolyi, Georg Smercsanyi und andere stellten sich mit Gewalt zur Wehr und schlugen auf die Wachleute los, die ihrerseits auf die Abgeordneten dreinschlugen. Der Abgeordnete Bela Jarmy, Bruder des zuerst abgeführten Stephan Jarmy, wurde von vier Wachleuten trotz heftigster Gegenwehr an Händen und Füßen ergriffen und aus dem Saale geschleift. Es spielten sich unbeschreiblich wüste Szenen ab. Graf Albert Apponyi wurde von Wachtleuten aus dem Saale gedrängt, kehrte jedoch sofort wieder zurück. Graf Julius Andrassy flüchtete sich auf einen Ministertisch. Abgeordneter Andreas Rath wurde hinausgeschleift, ebenso die Abgeordneten Otto Foerster und Stechan Haller. Mehrere Polizisten faßten den Grafen Michael Karolyi an, der mit Händen und Füßen um sich schlug. Schließlich gelang es ihm, sich in eine Bankreihe zu flüchten, wo er niederstürzte. Man rief nach Aerzten, zwei Aerzte der freiwilligen Rettungsgesellschaft sprangen über die Barriere der Journalistentribüne in den Saal und labten den Grafen Karolyi, der nach einigen Minuten wieder zu sich kam.

Während sich die Aufmerksamkeit den Aerzten zuwandte, wurde Graf Theodor Batthyanyi von Polizisten ergriffen und trotz seines heftigen Widerstandes hinausgeführt. Inzwischen waren die hinausgeführten Abgeordneten zum größten Teil wieder in den Saal erschienen, so daß die Bänke der Oppositionellen wieder einigermaßen voll besetzt waren. Darauf wurden der Reihe nach mehrere Abgeordnete hinausgeführt, aus Versehen auch zwei Abgeordnete rumänischer Nationalität, nämlich Dr. Theodor Mihali und Stefan C. Pop. Polizeiinspektor Pawlik wandte sich nunmehr von neuem an die oppositionellen Abgeordneten mit der Aufforderung, freiwillig den Saal zu verlassen, da er sonst Gewalt anwenden müßte. Die Abgeordneten lehnten jedoch wiederum die Aufforderung ab. Abgeordneter Graf Michael Karolyi, der sich inzwischen erholt hatte und in den Saal zurückgekehrt war, wurde von neuem zum Verlassen des Saales aufgefordert. Seine Freunde erhoben jedoch großen Lärm und brachten ihn in eine andere Bank, wo er nicht weiter von den Polizisten behelligt wurde. Darauf wurde Graf Josef Karolyi von zwei Polizisten hinausgeführt. Dasselbe Schicksal ereilte die Abgeordneten Paizs, Seßpremy, Julius Horvath, Saghy, Kapotssy, Benedek und Hammersberg. Sodann bemühten sich sechs Polizisten den Abgeordneten Lovaszy hinauszuführen, vermochten ihn aber nicht aus der Bank zu heben. Zwischen den Polizisten und dem Abgeordneten entstand ein Wortwechsel. Dieser wich jedoch nicht von der Stelle. Abgeordneter Zboray wurde darauf hinausgeführt. Nunmehr wurde Graf Apponyi aufgefordert, freiwillig den Saal zu verlassen. Er gab jedoch keine Antwort. Die Oppositionellen bereiteten ihm lebhafte Ovationen. Rufe wurden laut: Rühren sie ihn nicht an. Es ist eine Schande, daß dieser Mann, vor dem ganz Europa und Amerika den Hut zieht, hier von Polizisten hinausgeführt werden soll. Andere forderten den Grafen Apponyi auf, ruhig den Saal zu verlassen, damit er nicht die Schmach erlebe, von Polizisten angegriffen zu werden, worauf andere riefen: das ist keine Schmach, das ist Ruhm für ihn. Polizeioberinspektor Pawlik begab sich dann zu dem Präsidenten Tisza und fragte ihn, was mit dem Abgeordneten Grafen Apponyi geschehen solle, der sich weigere, den Saal zu verlassen. Der Präsident erwiderte, er möge den Grafen Apponyi ruhig im Saale lassen.

Die Räumung des Saales vollzog sich unter den größten Schwierigkeiten, da die meisten Abgeordneten ihrer Entfernung sehr heftigen Widerstand entgegensetzten, besonders die Abgeordneten Szmrecsanyi, Graf Michael Esterhazy, Johann Justh, Frater und Ivanka. Dieser stürzte in den Wandelgängen ohnmächtig nieder. Nachdem er sich gelabt hatte, erholte er sich wieder. Graf Julius Andrassy hielt in den Wandelgängen eine Rede an die Oppositionellen. Er verwies auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens und forderte die Abgeordneten auf, sich in das Hotel Pannonia zu begeben, wo das weitere Vorgehen beraten werden soll. Die Oppositionellen bereiteten dem Grafen Andrassy wiederum lebhafte Ovationen. In mehr oder minder dramatischen Szenen wurden die Abgeordneten Foerster, Kelemen und Fernbach aus dem Saale hinausgeführt. Besonders heftigen Widerstand leistete der Abgeordnete Valugyay, den 12 Mann aus dem Saal zu tragen suchten. Vor dem Stenographentisch stürzten zwei Mann zu Boden, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Auch der Abgeordnete Bernath wurde hinausgetragen. Der herkulisch gebaute Abgeordnete Barabacz leistete heftigen Widerstand, wurde aber hinausgeführt, wobei er in den Saal hineinrief: Es lebe die Republik. Ihm folgte der Abgeordnete Lovaszy. Er setzte sich zwischen zwei alte Abgeordnete und es gelang erst nach schwerer Mühe, ihn herauszuheben. Schließlich blieben noch 14 Abgeordnete der Opposition im Saale. Nachdem Graf Apponyi dem Polizeioberinspektor Pawlik erklärt hatte, daß sie ruhig den Saal verlassen würden, wenn sich die Polizei zurückziehe, wurden die Polizeimannschaften zurückgezogen, worauf die Abgeordneten den Saal verließen. Um ¼9 Uhr war der Saal geräumt. Die Abgeordneten Apponyi und Andrassy wurden mit lebhaften Ovationen in den Wandelgängen empfangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September 1912.

Der Reichskanzler und die Konservativen.

Ob die Regierung unter Bethmann Hollwegs genialer Führung tatsächlich geneigt ist, Rücksicht auf die steigende Notlage und Mißstimmung der ärmeren Volksschichten zu nehmen und die Einfuhr von ausländischem Fleisch oder Vieh ein wenig zu erleichtern, oder ob der Kanzler zurzeit in anderer Weise den Wünschen der Junker den pflichtgemäßen Gehorsam versagt, wissen wir nicht, da sich das Spiel hinter den Kulissen unserer Beachtung entzieht — Tatsache ist jedenfalls, daß die frühere Spannung zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen sich in letzter Zeit beträchtlich erweitert hat, und die konservative Presse ihm recht deutlich ihr Mißtrauen ausdrückt.

Im letzten Heft der „Grenzboten" beschäftigt sich deren Herausgeber mit der Stellung des Reichskanzlers zu den Parteien und meint, Herr v. Bethmann Hollweg trachte danach, über den Parteien zu stehen. Diese Aeußerungen geben dem Chefredakteur der „Deutschen Tagesztg." Anlaß, folgende Warnung an den Reichskanzler zu richten:

„Auch wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir die Unklarheit lebhaft beklagen, die bezüglich der Ziele und Absichten der Regierung obwaltet. Mit dem bloßen „Eklektizismus" ist nichts getan. Jede Regierungspolitik muß feste Ziele haben, wenn sie nicht der unter allen Umständen bedenklichen Zielloſigkeit verfallen will. Nur die Regierung kann wirklich Vertrauen wecken, die weiß, was sie will, und die wenigstens eine gewisse Klarheit darüber schafft, daß sie das weiß. Die „Grenzboten" glauben, daß die Zahl derer, die dem Kanzler zu vertrauen beginne, wachse, — zwar langsam, dafür aber in allen Lagern. Darüber wollen wir nicht rechten; aber wir können nicht verschweigen, daß in den rechtsstehenden Kreisen das Vertrauen zum Kanzler, das ihm zuerst fast allenthalben entgegengebracht wurde, schwankend zu werden und nachzulassen beginnt."

Und warum sind die Konservativen mißtrauisch geworden? Weil sie nicht wissen, ob er an dem Agrarzollsystem unter allen Umständen festzuhalten gedenkt. Deutlich erklärt das Blatt am Schluß des Artikels:

„Die „Grenzboten" empfehlen dem Kanzler als eine konkrete Aufgabe, für die er die Parteien sammeln könne, die innere Kolonisation. Damit sind wir einverstanden, mit der Einschränkung, daß es natürlich nicht die einzige Aufgabe sein kann. Wer die innere Kolonisation will, der muß gleichzeitig die Vorbedingungen schaffen und erhalten, unter denen eine solche Kolonisation nur dauernd gedeihen kann. Die beiden wesentlichsten Vorbedingungen sind einerseits Erhaltung und Ausbau der Schutzzollpolitik, ohne die weder die alten noch die neuen Bauern bestehen können, und der scharfe und rücksichtslose Kampf gegen die Sozialdemokratie, die den Staat und damit die Zukunft der Kolonisation bedroht und gefährdet."

Keine Nachgiebigkeit gegen die Forderung einer Erleichterung der Fleischeinfuhr und weitere Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse — das sind also die Bedingungen, unter denen sich Herr v. Bethmann Hollweg wieder die Gunst der Agrarier zu erwerben vermag. Will er nicht, mag er sich trollen. Der Reichskanzler wird sich, da er den Einfluß der Junker kennt, gehorsamst fügen.

Die Wahl in Schlettstadt.

Das gestern schon gemeldete Resultat der Reichstagsersatzwahl in Schlettstadt entspricht den Erwartungen. Das Zentrum hat zwar mit beträchtlicher Mehrheit das Mandat des fast rein katholischen Kreises behauptet, aber seine Stimmenzahl ist, obgleich die Wahlbeteiligung nur um 269 Stimmen abgenommen hat, von 8340 auf 7112 zurückgegangen, also um mehr als 1200 Stimmen. Dagegen hat die Stimmenzahl der Sozialdemokraten und der Fortschrittler sich um 1000 vermehrt, von 4065 auf 5065. Dem äußeren Anschein nach hat zwar auch der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Imbs-Straßburg, ungefähr 1300 Stimmen eingebüßt; aber diese Stimmen sind ihm am 12. Januar von fortschrittlicher Seite zugefallen, da die Fortschrittliche Volkspartei keinen eigenen Kandidaten aufgestellt hatte.

Die Mittelstandsretter an der Arbeit.

Am Montag, dem zweiten und letzten Verhandlungstage des Mittelstandstages, der in Braunschweig stattfindet, sprach der bekannte Generalsekretär Dr. Tille-Saarbrücken über die „gemeinsamen Interessen der selbständigen Gewerbetreibenden". Er unterschied drei Gruppen von Interessen: Lebensinteressen, Schutzinteressen und Förderungsinteressen. Die Lebensinteressen faßte er in die drei Stichworte „Vaterland, Berufsständische Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsfrieden", die Schutzinteressen in den Schutz der gewerblichen Freiheit gegen Uebergriffe des Staates, in der Beschränkung der privaten gewerblichen Ertragswirtschaft durch öffentliche Betriebe, in der übermäßigen polizeilichen Reglementierung der Gewerbebetriebe, in der übermäßigen Steuerbelastung und Versicherungsbelastung des Gewerbestandes; die Förderungsinteressen endlich, d. h. die Gebiete, auf denen der Staat positive Arbeit zur Förderung der Ertragswirtschaft tun kann, teilte er in die Kapitel: Handelspolitik und Kapitalpolitik.

Dann sprach Dr. Schönemann-Dresden über den „Schutz der Arbeitswilligen". Eine Resolution wurde angenommen, in der der Mittelstandsverbandstag sehr bedauert, „daß sich sowohl die Reichsregierung als auch die Mehrheit des Reichstages gegenüber den einmütigen Bestrebungen der selbständigen Gewerbetreibenden auf Herbeiführung eines besseren Schutzes der Arbeitswilligen ablehnend verhalten habe. Der Mittelstandstag wiederholt deshalb in dringender Form seine im vorigen Jahre erhobenen Forderungen und spricht die Hoffnung aus, daß die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien der deutschen Parlamente künftighin einlösen, was bei den Wahlen dem Handwerker- und Gewerbestand versprochen wurde. Der Reichsdeutsche Mittelstandsverband beauftragt seinen Vorstand, abermals bei der Reichsregierung und dem Reichstage wegen Ergreifung von wirksamen Maßregeln gegen den Streikterrorismus und den Boykott vorstellig zu werden."

Generalsekretär Beythien-Hannover vom Verband der Rabattsparvereine Deutschlands sprach über den Detailhandel und verlangte Zusammenschluß der Standesangehörigen auf dem Gebiete des Einkaufs, der Bekämpfung des Borgunwesens und der Hebung des Barverkehrs sowie des Ausbaues des mittelständischen Kreditwesens. Er hielt das Eingreifen der Gesetzgebung notwendig gegen die Warenhäuser sowie gegen auswärtige Betriebe, den heimlichen Warenhandel, Wanderlager, Hausierer, Detailreisende usw.

Zum Schluß behandelte der Vorsitzende, Bürgermeister Eberle-Nossen, das Thema, Geld zu angemessenem Zins zu erlangen. Eine Resolution wurde angenommen, durch die der Vorstand beauftragt wird, mit aller Energie auf die Förderung des Kreditgenossenschaftswesens und die Errichtung von staatlichen Kassen nach dem Muster der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in den Staaten hinzuwirken, deren Genossenschaften nicht an die preußische Zentralgenossenschaftskasse angeschlossen sind.

Frankreich.

Der Kampf der Lehrer.

Paris, 17. September. Der Sekretär des Lehrersyndikatsverbandes erklärte einem Berichterstatter, daß im Laufe des gestigen Tages weitere vierunddreißig Lehrer den gegen den Auflösungsbefehl der Regierung gerichteten Aufruf unterzeichnet hätten. Die Lehrer sähen übrigens der von der Regierung angedrohten gerichtlichen Verfolgung mit großer Seelenruhe entgegen, da nach Ansicht namhafter Rechtsanwälte höchstens der Artikel 9 des Gesetzes von 1884 in Anwendung gebracht werden könnte, der politische Kundgebungen bestraft und schlimmstenfalls könnten die Lehrer zu einer Geldbuße von 25 Frank verurteilt werden.

Holland.

Der rote Dienstag.

Haag, 17. September. Dem heutigen Tage, den der Volksmund den „roten Dienstag" nennt, sah man hier mit lebhafter Spannung entgegen. Die Sozialdemokratie benutzt nämlich den Tag der feierlichen Eröffnung der Generalstaaten zu einer Kundgebung für das allgemeine gleiche Stimmrecht. Eine solche Kundgebung hatte schon im vorigen Jahre stattgefunden und der Bürgermeister hatte damals der sozialdemokratischen Partei die Veranstaltung eines Massenumzuges durch die Straßen gestattet. Im letzten Augenblick verzichtete dann aber die Königin darauf, die Generalstaaten in eigener Person zu eröffnen, und man brachte diesen Verzicht in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Kundgebung, von der man Ruhestörungen befürchtete. Diesmal hatte nun der Bürgermeister die Veranstaltung des Umzuges verboten. Die Sozialdemokratie hatte sich daraufhin ein großes in Privatbesitz befindliches Terrain für eine Massenversammlung gesichert. Die Kundgebung, in der zu dieser Massenversammlung eingeladen wurde, fügte jedoch hinzu, wenn man von einem förmlichen Umzug absehen müsse, weil man sonst in Konflikt mit den Behörden und ihren Organen gerate, so sei doch niemand gehindert, auf andere legale Weise zu demonstrieren. Die öffentlichen Straßen seien frei auch am Tage der Kammereröffnung, und die Sozialdemokratie werde von dieser Freiheit Gebrauch machen, sobald der königliche Zug vorüber sei.

Haag, 17. September. (W. T. B.) Bei den heutigen Zusammenstößen mit der Polizei wurden einige Personen leicht verletzt. Eine Verhaftung wegen verbotenen Waffentragens wurde vorgenommen. Als die Manifestanten auf dem Platze, wo sich die Ministerien befinden, auf die polizeiliche Absperrung stießen, forderte der Führer der Sozialisten, Troelstra, seine Anhänger auf, auseinanderzugehen; darauf löste sich die Menge in kleine Gruppen auf. — Die Sitzungen der beiden Kammern fanden ohne Zwischenfall statt. Die sozialistischen Deputierten erschienen nicht, weil sie sich unter den Manifestanten befanden.

Die Demonstration.

Haag, 17. September. Die feierliche Eröffnung der Kammern fand nach dem üblichen Zeremoniell statt. Der königliche Zug bewegte sich durch die Straßen, wo sich eine ungeheure Menschenmenge versammelt hatte, die die Königin und den Prinzregenten lebhaft begrüßte. Nicht der geringste Zwischenfall ereignete sich. Mittlerweile hatten sich die Sozialisten zu ihrer geplanten Kundgebung auf der gemieteten Rennbahn, die etwa eine Stunde vom Zentrum der Stadt entfernt ist, in einer Anzahl von etwa 20000 Personen versammelt. Die Versammlungsredner sprachen für das allgemeine Stimmrecht und tadelten den Bürgermeister, der den Zug durch die Stadt verboten hatte. Nach der Versammlung, als die Königin bereits in das Schloß Soestdyk zurückgekehrt war, bildeten die Versammlungsteilnehmer große Gruppen, die versuchten, sich an den Zugängen zum Parlamentsgebäude aufzustellen. Die Polizeimannschaften, die durch Gendarmerie verstärkt worden waren, bildeten eine Kette und zwangen so die Demonstranten zum Weitergehen. Nichtsdestoweniger versuchten verschiedene Trupps auf dem Platze, wo sich die meisten Ministerien befinden, die Absperrung zu durchbrechen. Die Beamten mußten einige Male blank ziehen. Die Demonstranten sammelten sich dann von neuem, sangen sozialdemokratische Lieder und verhöhnten die Polizei, bis diese, durch berittene Gendarmen verstärkt, sich entschloß, den Platz zu säubern.

Türkei.

Annahme der Friedenspräliminarien.

Wien, 17. September. Der „Neuen Fr. Pr." wird aus Konstantinopel telegraphiert: Der Ministerrat hat die von den Unterhändlern in der Schweiz vereinbarten Präliminarien durchberaten und mit geringfügigen Aenderungen angenommen sowie die türkischen Delegierten in der Schweiz zur Schlußredaktion autorisiert.

Gewerkschaftliches.

Fünfundzwanzig Jahre.

Die im Holzarbeiterverband organisierten Drechsler aller Gewerbe hielten am Montag bei Böker aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Drechslerorganisation ihre Jubiläumsversammlung ab. Der Bevollmächtigte der Berliner Zahlstelle, Glocke, begrüßte die alten Kämpen der Freien Vereinigung. Das Referat hatte der Verbandsvorsitzende Leipart als engerer Berufskollege übernommen. In seinem Rückblick auf die Entwickelung der Organisation schilderte er die Schwierigkeiten der Gründung, verursacht durch die Schikanen der Polizei unter dem Sozialistengesetz, gab im weiteren an der Hand von Erlebnissen ein Bild von den Lohnkämpfen, bei denen, angesichts der geringen Mittel, die zur Verfügung standen, alles getan worden sei, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Unter mühseligen Verhältnissen wurde die Organisationsarbeit begonnen, bis man 1893 die Gründung eines Industrieverbandes, des Deutschen Holzarbeiterverbandes beschloß, dem die Freie Vereinigung der Drechsler sich anschloß, mit nicht ganz 2000 Mitgliedern, und der in diesem Jahre voraussichtlich 200 000 Mitglieder erreichen werde. Redner appellierte zum Schluß an die jungen sowie die alten Kollegen, unermüdlich mit gleichem Eifer zu arbeiten, damit man sagen könne:

Wir steh'n gerüstet jeden Tag,
Mag kommen, was da kommen mag!

Im Anschluß hieran wurden alsdann mehrere eingelaufene Schreiben der alten Veteranen der Organisation verlesen, unter andern von Albin Mohs, Heinrich Tabert, Ernst Tschuschner, Julius Hildebrand. Nachdem einige ältere Kollegen ihre Erlebnisse aus den Anfängen der Organisationen geschildert und die jungen Kollegen zur emsigen Mitarbeit aufgefordert, wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen Hoch geschlossen.

Berlin und Umgegend.

In der Berliner Herrenkonfektion bestehen eine Anzahl von Einzeltarifen, die untereinander etwas verschieden sind, aber einen gemeinsamen Ablauftermin haben. Die Tarife können am 1. Dezember gekündigt werden und laufen dann am 1. März nächsten Jahres ab. Die örtliche Leitung des Schneiderverbandes hat sich bereits mit der Frage beschäftigt, ob die Tarife von seiten der Arbeitnehmer gekündigt werden sollen. Zu einer endgültigen Entscheidung ist sie noch nicht gekommen, weil es nötig ist, erst die Stimmung und die Ansichten der in der Branche Beschäftigten kennen zu lernen. Zu diesem Zweck fand am Montag im Elysium eine öffentliche Versammlung der Herrenkonfektionsschneider statt, die sehr gut besucht war. Der Referent Kunze beleuchtete die einschlägigen Verhältnisse und kam zu dem Ergebnis: Mit Rücksicht auf die seit dem Abschluß der Tarife ungeheuer gesteigerten Lebensmittelpreise und die noch immer anhaltende Teuerung sei eine Aufbesserung der Löhne eine dringende Notwendigkeit. Auch eine Vereinheitlichung der Tarife sei notwendig. Die allgemeine wirtschaftliche Lage sei derart, daß auf günstige Absatzverhältnisse in der Herrenkonfektion gerechnet werden könne. Aber bei einer Lohnbewegung spielen auch die Organisationsverhältnisse eine wesentliche Rolle. Deshalb müßten es sich die Kollegen jetzt in erster Linie zur Pflicht machen, den Verband zu stärken, neue Mitglieder zu werben, damit die Organisation schlagfertig dastehe, wenn in die Bewegung eingetreten werden solle. Je stärker die Organisation ist, um so mehr werde es möglich sein, bei einer Tariferneuerung die Wünsche der Arbeitnehmer zu erfüllen.

Es sollen sich in nächster Zeit noch mehrere Versammlungen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Zuckerwaarenfabrik von Seifert u. Haase, Lietzmannstraße 20/21, unter polizeilicher Bewachung. Gleich nach Ausbruch des Streiks standen der Firma Polizeimannschaften zur Verfügung. Man sieht ständig 2—3 Schutzleute vor dem Grundstück auf und ab patrouillieren. Ja, bei Arbeitsbeginn und Ende waren gestern nicht weniger als 5 Schutzleute, 1 Leutnant und 2 Kriminalbeamte auf der Bildfläche. Aber aller polizeilicher Schutz kann den Herren nicht ihre Arbeiter ersetzen und so greifen sie zu den verzweifeltsten Mitteln. Auf allen Herbergen und in den Asylen werden die heruntergekommensten Elemente aufgegriffen und ihnen ein Lohn geboten, den sonst die Arbeiter bei Seifert u. Haase nach 10 Jahren nicht erreichen. Trotzdem haben sich bis jetzt nur drei solcher „nützlichen Elemente" gefunden. Die Kutscher haben sich dem Streik nicht angeschlossen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.
Bezirksleitung Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Der Gastwirt E. Pabst (Eisbeinwirt), Brunnenstr. 170, lehnt trotz erneuter Versuche seitens der Organisation jede Verhandlung ab. — Der Betrieb ist für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin I.

Achtung, Kleber! Malermeister Neumann, Rummelsburg, Lenbachstr. 12, Bau Krossener Straße, Ecke Knorrpromenade, ist wegen Nichtbezahlung des Tarifs gesperrt.

Die Schlichtungskommission.

Weitere Abenteuer im Café Abbazia.

Angeregt durch unsere neuliche Veröffentlichung schreibt uns ein organisierter Berliner Arbeiter:

Am 10. September, abends 11 Uhr, kam ich aus dem Theater (Kurfürsten-Oper) und suchte mit meiner Frau das „Café Abbazia" auf. In dem fast leeren Lokal einen Platz zu finden war nicht schwer. Ich bestelle zwei Tassen Kaffee und sehe mir nun die Herren Cafèhausgehilfen etwas näher an. Da entdecke ich einen Kellner, den ich vor zirka drei Jahren in einem Betrieb kennen gelernt hatte. Ich rufe ihn heran und es entspinnt sich folgendes Gespräch: „Na, Du arbeitest hier?" — Kellner: „Ja, mir ist es gleich; die Hauptsache ist, ich verdiene Geld." — Als ich ihn nun darauf aufmerksam machte, daß es ja gerade der Verband der Gastwirtsgehilfen ist, der für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpft, da verläßt er mich achselzuckend. Sein erstes war natürlich, seinen Kollegen zu sagen: „Da sitzt ein Roter!" Und ich wurde auch sogleich bewacht; 3—4 ehemalige Bierfahrer usw. umlagerten mich. Meine Frau wurde schon ängstlich und bat mich, doch zu gehen. Da am Nebentisch gerade bezahlt wurde, bezahlte auch ich. Ich lege meine Mark auf den Tisch und erhalte vier Zehnpfennig-Stücke zurück, die ich einzeln in mein Portemonnaie verschwinden lasse. Das Gesicht des Ober werden Sie sich denken können, als auch der letzte Groschen nicht für ihn bestimmt war. Wutbebend wendet er sich nun an den am Nebentisch sitzenden Herrn (er hatte dort Trinkgeld erhalten!) mit den Worten: „Sie unterstützen anständige Kellner; aber die Roten nicht." Der Mann glaubte wohl, mich reizen zu können, um mich dann, unterstützt von den anderen, die Treppe hinunterzuwerfen. Aber er hatte vergessen, daß er einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vor sich hatte. Beim Hinausgehen, schickte er mir noch eine ganze Schimpfkanonade nach. Unter anderem meinte er: „Das ist ein Roter, das sieht man dem schon von weitem an!" Ich möchte nur wissen, weshalb er mich denn überhaupt bedient hat! Und warum duldet man denn überhaupt in den Berliner Cafés die „roten" Gäste? Und weshalb scheuen sich diese Arbeitswilligen nicht, von der organisierten Arbeiterschaft Trinkgelder anzunehmen? — Vor der Tür waren drei Schutzleute postiert. Ich wandte mich an den einen Beamten, um ihm klar zu machen, was für Leute in dem Café Abbazia als Kellner beschäftigt sind, und daß es die Gelben sind, die provozieren, und nicht die Roten. Nach den Reden des Beamten zu schließen, ist auch die Polizei froh, wenn erst die Hintze-Garde aus Abbazia verschwunden ist. — Ich ließ nun den Kellner feststellen und siehe, es war derselbe Joseph Krotke, geboren am 1. Juli 1879 in Zierke, wohnhaft Dresdener Straße 105, der am 5. Oktober 1911 — um seine Aufnahme in den Verband der Gastwirtsgehilfen nachgesucht hatte. **Die Aufnahme wurde aber durch Vorstandsbeschluß abgelehnt.** Vielleicht sucht sich Krotke in nächster Zeit wieder Stellung als Bierfahrer. Denn auch Herr Mandl von Café Abbazia wird bald zu der Erkenntnis kommen, daß, wenn er Ruhe und Frieden in seinem Betriebe haben will, die Forderung der organisierten Kellner bewilligen muß.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Zimmerer in der Provinz Brandenburg.

Der Zentralverband der Zimmerer hat im Gau Brandenburg auch in diesem Jahre eine Reihe Lohnbewegungen zu verzeichnen, bei denen es auf Grund von Verhandlungen, aber auch durch Arbeitseinstellungen, zu Tarifabschlüssen bezw. Vertragsverlängerung gekommen ist. So in Krossen a. O., wo der Vertrag auf drei Jahre von neuem abgeschlossen wurde. Der Stundenlohn steigt im ersten Vertragsjahr von 37 auf 39 Pf., für das zweite und dritte Jahr auf 40 bezw. 41 Pf. Die Arbeitszeit bleibt eine zehnstündige. In Hennigsdorf wurde ein Vertrag für zwei Jahre abgeschlossen. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden erhöht sich der Lohn von 70 auf 75 Pf. Außerdem wurden die Zuschläge für Ueberstunden und bei Wasserarbeit um 5 Pf., die Sonntagsarbeit um 10 Pf. pro Stunde erhöht. In Cammer ist der Vertrag bis 31. März 1914 verlängert worden. Für die weiter ab liegenden Ortschaften wurde der Lohn von 43 auf 46 Pf. erhöht. In Mittenwalde kam es zum ersten Male zu einem Vertragsabschluß, und zwar bis zum 31. März 1915. — Der Stundenlohn erhöht sich im Jahre 1912 in zwei Staffeln von 60 auf 65 Pf., 1913 auf 67 Pf. und 1914 auf 70 Pf. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden. Ueberstunden, Nachtarbeit usw. werden mit 15 Pf. Zuschlag entschädigt. Auch in Mützlitz, einem rein ländlichen Lohngebiet, kam ein neuer Vertrag bis 31. März 1915 zustande, der jetzt zwei Lohngebiete vorsieht. Im ersteren wird der Lohn in zwei Staffeln von 45 auf 48 Pf., im zweiten und dritten Jahr auf 50 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. In Schwedt a. O. kam es zu einem einjährigen Vertragsabschluß mit 2 Pf. Lohnerhöhung. In Ziebingen, auch einem rein ländlichen Gebiet, gelang es zum erstenmal einen dreijährigen Vertrag abzuschließen. Für die bisher bestandenen Klassenlöhne wurde der Einheitslohn eingeführt. Für 1912 wurde ein Stundenlohn von 28—30 Pf. auf 34 Pf. und für die beiden anderen Jahre auf 36 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit vereinbart. Nach eintägigem Streik wurde in Birkenwerder der bisherige Vertrag mit wenigen Abänderungen auf zwei Jahre verlängert. Der Stundenlohn erhöht sich in diesen zwei Jahren um 6 Pf., 1912 von 70 auf 73 Pf., 1913 auf 76 Pf. bei neunstündiger Arbeitszeit. In Hermsdorf wurde nach zweitägigem Streik ein Vertrag auf zwei Jahre mit 5 Pf. Lohnerhöhung, 2 Pf. im ersten und 3 Pf. im zweiten Jahr, abgeschlossen. In Lychen bequemten sich die Unternehmer nach dreitägigem Streik die 1910 abgelehnten Nebenbedingungen, wie Ueberland-, Wasserarbeit usw. in den Vertrag aufzunehmen. In Oderberg war es erst nach elftägigem Ausstand möglich, einen einjährigen Vertrag abzuschließen. Ein Stundenlohn von 50 Pf. und alle übrigen Nebenbedingungen wurden erreicht. Einen günstigen Abschluß erreichte der zweitägige Streik auf dem Bau des Tuberkulosenheim in Beetz-Sommerfeld. Es wurde der Veltener Lohn, der 60 Pf. beträgt, anerkannt, was eine Lohnerhöhung des Stundenlohnes von 7 Pf. bedeutet.

Der Streik der Holzplatzarbeiter in Geestemünde dauert unverändert fort. Die Unternehmer haben zwar hin und wieder Arbeitswillige gekapert, es gelang aber immer, einen größeren Teil der Streikbrecher wieder abzuschieben. Mit dem Rest können die Unternehmer nicht viel Staat machen, da diese Arbeiter im Entlöschen der Schiffe gar keine Erfahrung haben.

Der Tischlerstreik in den Unterweserorten, der hauptsächlich um Verkürzung der Arbeitszeit geführt wird, dauert fort. Die Unternehmer sind halsstarrig; bei ihrer guten und leistungsfähigen Organisation aber können die Arbeiter den Erfolg ruhig abwarten.

Zum Streik der Maschinisten auf den Fischdampfern der Unterweserorte wird gemeldet, daß die Bewegung mit einem guten Auftakt einsetzte. Am ersten Tage des Streiks konnten nur 2 Dampfer der Fischereiflotte der Weser, die eine der stärksten Deutschlands ist, in See gehen.

Die städtischen Arbeiter Nürnbergs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In einer von den Gesamtausschüssen einberufenen Versammlung wurden nach einem Referat des Arbeiterausschuß-Vorsitzenden der Straßenbahn folgende Forderungen formuliert. Die bis Ende des Jahres bewilligte Teuerungszulage ist ab 1. Januar 1913 in eine Lohnzulage von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Arbeiter umzuwandeln, die Lohnvorrückungen betragen jährlich 10 Pf. pro Tag, so daß der Höchstlohn in 12 Jahren (statt, wie bisher in 18 Jahren) erreicht wird. Nach einjähriger Dienstzeit sind die gesetzlichen Wochenfeiertage voll zu bezahlen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, an den Samstagen 8 Stunden. In den Betrieben mit durchgehender Arbeitszeit ist der Achtstundenwechsel durchzuführen usw. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, diese Forderungen dem Magistrat zu unterbreiten.

Ausland.

Neue Streiks in Japan.

Jokohama, den 30. August 1912. (Eig. Ber.)

Nahe bei Jokohama in Hiratsuka befindet sich die Pulver- und Geschoßfabrik von Armstrong u. Cie., die dafür bekannt ist, daß sie die Arbeiter ausnützt.

Im vorigen Monat brach nun dort ein Streik aus, in dem 400 Arbeiter wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niederlegten. Sie hatten Lohnerhöhung wegen der Reissteuerung verlangt — die Reispreise waren um 30—50 Proz. gestiegen. Wie in Japan gewöhnlich, bat die Fabrik die Polizei um Vermittelung, die denn auch unter dem Versprechen, in Gemeinschaft mit den Gemeindebehörden die Lage der Arbeiter untersuchen zu wollen, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßte.

Ungefähr 14 Tage später wurde den Arbeitern mitgeteilt, sie sollten eine vorübergehende Teuerungszulage erhalten, solange die Reissteuerung anhalte. Es kam darauf wieder zu einer Arbeitseinstellung; aber schließlich wurde der Vorschlag, da nichts weiter zu erreichen war, doch angenommen. Kaum war die Arbeit wieder aufgenommen, so entließ die Fabrikleitung „drei Rädelsführer", die von der Polizei in Haft genommen wurden, die noch weitere drei „Rädelsführer" verhaftete. Die Verhafteten werden nun unter Anklage gestellt auf Grund des berüchtigten Paragraphen von der „Gefährdung des öffentlichen Friedens". Es ist dies ein ähnlicher Kautschukparagraph wie der deutsche „Grobe-Unfugs"-Paragraph. Jetzt kam es zum dritten Male zu einer Arbeitseinstellung, die wiederum durch „Vermittelung" der Polizei beseitigt wurde.

Ein Teil der japanischen Presse macht nun doch Front gegen die fortwährende Vermittlerrolle, welche die Polizei bei Lohnstreitigkeiten spiele, weil sie stets ohne Rücksicht auf die Ursache des Streiks Partei für die Arbeitgeber ergreife. Man sieht, die japanischen Zeitungen sind noch nicht so „kultiviert" wie die deutsche bürgerliche Presse, die alles gut und schön findet, was die Polizei gegen Streikende unternimmt.

Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin. In der jüngsten Generalversammlung nahmen die Delegierten den Kassen- und Tätigkeitsbericht vom zweiten Quartal entgegen. Dem Bericht ist zu entnehmen, daß für die Hauptkasse eine Einnahme von 193 837,65 M. erzielt worden ist. Ein Mehr gegen das erste Quartal von 156 960,80 M.; dasselbe setzt sich zusammen aus dem Erlös des gesteigerten Markenumsatzes und aus 80 000 M. Zuschuß zur Lohnbewegung der Stukkateure. Die Ausgabe deckt sich mit der Einnahme: 113 442,90 M. entfallen davon auf den Streik der Stukkateure; für Bausperren und Maßregelungen wurden 1464,65 M. verausgabt; für Krankenunterstützung 13 240,05; für Sterbeunterstützung 3330 M.; für Reiseunterstützung 150,90 M. und für Rechtsschutz 968,10 M. Die Lokalkasse erhielt 26 756,43 M. als Anteil von den verkauften Beitrags- und Eintrittsmarken. Der Rest wurde in bar der Hauptkasse übersandt. Die Lokalkasse vereinnahmte insgesamt 223 869,61 M. Darin sind enthalten 194 242,51 M. Kassenbestand vom ersten Quartal, die Prozente von den verkauften Marken, 1589 M. für Maimarken und unter anderem 52 M. Buße von wiederaufgenommenen Mitgliedern. Verausgabt sind 46 579,28 M., davon stehen zu Buch an größeren Posten 13 021,60 M. an Unterstützung der Maiausgesperrten und Arbeitslosen; 5638 M. Lohn für die in den Bureaus beschäftigten Kollegen; 8011 M. Mietsentschädigung an streikende Stukkateure; 1879 M. für Bautenagitation; 5687,53 M. für Hauskassierung und „Grundstein"verbreitung und 2554,40 M. für Beiträge an die Gewerkschaftskommission und an die Herberge. Die Ausgabe ist um 28 290,28 M. höher als wie die im ersten Quartal, so daß die Lokalkasse mit einem Verlust von 18 541,18 M. belastet worden ist. An Kassenbestand verblieben 177 290,33 M. Marken wurden umgesetzt 140 676, das sind 45 382 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Mitglieder waren am Schlusse des Quartals 14 033 vorhanden, wovon 2033 im Laufe des Quartals aufgenommen worden sind. In der Fluktuation der Mitglieder spiegelt sich die unerfreuliche Tatsache wider, daß die Bautätigkeit im Zweigvereinsgebiet äußerst gering ist. Trotz der 2033 Aufnahmen ist eine relative Zunahme von nur 687 Mitgliedern zu verzeichnen. Eine große Anzahl ist wegen Aufgabe des Berufes ausgetreten; 717 haben sich nach außerhalb abgemeldet und 697 sind teils unabgemeldet verschwunden, teils wegen restierender Beiträge gestrichen. Im Laufe dieses Jahre sind aufgenommen 4844, aus anderen Organisationen übergetreten 1057 Mitglieder. Ein unbestreitbarer Erfolg der Bautenagitation drückt sich aus in der Tatsache, daß die Organisation in den letzten Monaten sich steigenden Zuspruchs aus den Reihen der gelernten Berufe erfreut. Die Verhältnisse liegen so, daß alles zur Organisation drängt, und auch die Akkordmaurer — mit den bestehenden Zuständen und Preistreibereien längst nicht mehr zufrieden — dem Verbande beitreten. — Die Agitation selbst soll in der bisher betriebenen Form in nächster Zeit eingestellt und Maßnahmen getroffen werden, um dieselbe auf den Bauten weiter zu pflegen. — Anläßlich eines Antrages der Zahlstelle Charlottenburg wurde in der Debatte darüber der Wunsch ausgesprochen, daß der Vorstand Aushilfen zur Erledigung der Verwaltungsarbeiten nicht mehr heranziehen, sondern, wenn nötig, einen Antrag auf Anstellung eines weiteren Kollegen einbringen möge. Ausgeschlossen wurden 20 Stukkateure, 19 davon wegen Streikbruch. — Die Restaurateure, welche in den Bezirken die Abstempelung der Arbeitslosigkeit vornehmen, wurden ermächtigt, auch solche Mitglieder arbeitslos abzustempeln, welche wegen Arbeitsmangel aussetzen und ihre Invalidenkarte nicht vorzeigen können. Jedoch sollen dieselben in jedem Fall vorher beim Vorstand anfragen und die Personalien und die Arbeitsstelle solcher Mitglieder angeben. — Für das von der österreichischen Gewerkschaftskommission herausgegebene „Böhmische Tageblatt" soll in den Bezirken unter den böhmischen Mitgliedern Propaganda gemacht und diese zum Abonnement darauf aufgefordert werden. Schließlich wurde K. Stegemann als Vertreter der Organisation zu den Wahlen der Arbeitgeber-Vertrauensmänner zur Privatangestelltenversicherung nominiert.

Letzte Nachrichten.

Der Landtag in Schwarzburg-Rudolstadt vertagt.

Rudolstadt, 17. September. (W. T. B.) Nach den Etatsreden wurde der Landtag vertagt, da voraussichtlich über verschiedene Punkte eine **Einigung mit der Linken nicht erzielt werden kann.**

Die Sturmszenen im ungarischen Parlament.

Budapest, 17. September. (W. T. B.) Nachdem alle oppositionellen Abgeordneten den Sitzungssaal verlassen hatten, hielten sie eine improvisierte Konferenz ab. Sie beschlossen, morgen vormittag 9 Uhr sich zu versammeln und sodann **korporativ zum Abgeordnetenhaus zu ziehen.** — Um 8,35 Uhr eröffnete Präsident Graf Tisza von neuem die Sitzung und führte zu seiner Rechtfertigung aus, daß die Geschäftsordnung bestimme, wenn grobe Verletzungen der Beratungsordnung vorkommen, habe der Präsident die Sache an den Immunitätsausschuß zu verweisen, sofern nicht sofortige Maßnahmen notwendig seien. Die Geschäftsordnung erkenne also an, daß sofortige Maßnahmen notwendig werden könnten. Der Präsident habe demnach pflichtgemäß für die Aufrechterhaltung der Ordnung gesorgt.

Der Präsident stellt schließlich an das Haus die Frage, ob es nachträglich seine Verfügung billigend zur Kenntnis nehme, daß die Abgeordneten, die in grober Weise die Ordnung und den Anstand verletzt und jede Beratung unmöglich gemacht hätten, aus dem Saale entfernt worden sein. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen und Eljenrufe.) Tisza beantragte sodann, 58 Abgeordnete, die die Beratungen fortgesetzt durch Lärmen unmöglich gemacht haben, dem Immunitätsausschuß zu überweisen. Das Haus nahm diesen Antrag an. Hierauf wurde das königliche Reskript, betreffend die Einberufung der Delegationen verlesen. Das Haus beschloß, die Wahl der Delegationsmitglieder morgen vormittag vorzunehmen.

Wahlrechtsdemonstration in Plauen.

Plauen (Vogtl.), 17. September. (Eig. Ber.) 10 000 Arbeiter demonstrierten heute vor dem Rathaus **gegen die Verschlechterung des kommunalen Wahlrechts.** Die Polizei zog blank und nahm zahlreiche Verhaftungen vor, trotzdem keine Ausschreitungen vorkamen.

Furcht vor Japan.

Peking, 16. September. In den amtlichen Kreisen Chinas wächst seit der Rückkehr Katsuras aus Petersburg die Ueberzeugung, daß nach dem Begräbnis des Kaisers Mutsuhito ein energisches Vorgehen Japans in der Mandschurei einsetzen wird. Als erste Maßnahme wird das Einrücken einer starken japanischen Streitmacht in die Mandschurei erwartet, die die Schlichtung der Grenzstreitigkeiten zur Aufgabe erhalten wird.

Eisenbahnkatastrophe in England.

London, 18. September. (W. T. B.) Bei Ditton (Lancashire) hat sich ein Eisenbahnunglück ereignet, bei dem **zwölf Personen umgekommen** und gegen fünfzig Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden sein sollen.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Chemnitz, 17. September.

Zweiter Tag.

Noske eröffnet die Sitzung und bittet den Parteitag um eine Ermächtigung. Die holländischen Parteigenossen führen seit langer Zeit einen außerordentlich lebhaften Kampf um die Erringung des allgemeinen, gleichen und geheimen direkten Wahlrechts. Zum Zwecke einer besonders wirksamen Demonstration für ihre Wahlrechtsforderungen veranstalten heute die holländischen Parteigenossen im Haag einen sogenannten roten Dienstag, um dort für ihre Wahlrechtsforderungen vor dem Parlamentsgebäude zu demonstrieren. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft auch den Wahlrechtskampf der holländischen Genossen mit ihren allerlebhaftesten Sympathien begleitet. Das Bureau ersucht Sie daher um die Zustimmung, daß wir telegraphisch den holländischen Genossen, die heute aus allen Teilen des Landes im Haag zusammengeströmt sind, um zu demonstrieren, die Sympathien des Parteitages aussprechen und daß wir ihnen besten Erfolg in ihrem Wahlrechtskampfe wünschen. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag stimmt dem Vorschlage einmütig zu.

Auf Vorschlag des Lokalkomitees wird beschlossen, am Donnerstag die Verhandlungen auszusetzen und einen Ausflug nach dem Fichtelberge zu unternehmen.

Neu eingegangen ist folgende Resolution 194 Gottschalk-Königsberg:

„In besonderer Berücksichtigung der neuesten, unter dem Trugwort „Abschaffung der Liebesgabe" erfolgten Mehrbelastung zugunsten des Militarismus und der Schnapsproduzenten bringt der Parteitag den von den drei letzten Parteitagen beschlossenen **Branntweinboykott in eindringliche Erinnerung.** Der Parteitag stellt fest, daß die bisherige Durchführung des Boykotts eine erhebliche Verminderung des Branntweinverbrauchs zur Folge gehabt hat, die im Interesse der Volksgesundheit, der Kampffähigkeit des Proletariats und der Schwächung seiner bösartigsten Feinde freudig zu begrüßen ist. Er erwartet jedoch für die Folge eine noch gewissenhaftere Durchführung des Parteitagsbeschlusses".

Dann wird in der

Diskussion

fortgefahren.

Giebel-Berlin:

Der „Wahre Jacob" sollte in Zukunft nicht mehr im losen Zustand erscheinen, sondern geheftet, sonst wird das Blatt auseinandergerissen. Ich empfehle besonders die Anträge 3—7, es handelt sich da um die Frage der Agitation unter der millionenköpfigen Schar der Angestellten. Die Frage der Gewinnung der Kopfarbeiterschichten muß in den Vordergrund gestellt werden. Wenn die Frage zur Voraussetzung unseres endgültigen Sieges gehört, wie Kautsky in einem Artikel im Februar aussprach, so hat die Partei die Pflicht, sich dieser Aufgabe mit bester Kraft zuzuwenden. Dann wäre es falsch, wenn wir warten würden, bis durch die liberale Schwäche die Privatangestellten uns zugetrieben würden, weil natürlich gerade die bürgerlichen Parteien und mit ihnen im Bunde die Regierungen alles daran setzen werden, das Abströmen dieses sogenannten neuen Mittelstandes zu den Bataillonen der Handarbeiterschaft zu hintertreiben, wird die Gewinnung dieser Schichten die ganze Kraft unserer Organisation und unserer Funktionäre beanspruchen. Für die bürgerlichen Parteien und die Regierungen sprechen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch erhebliche politische Gründe mit, wenn sie die Vereinigung der Massen der Hand- und Kopfarbeiter nach Möglichkeit zu verhindern suchen. Die Scharen der Privatangestellten im Reiche stellen heute bereits $1\frac{1}{4}$—$1\frac{1}{2}$ Proz. der Reichstagswähler, diese Privatangestellten sind nicht über das ganze Reich zerstreut, sondern konzentrieren sich vornehmlich in den Großstädten und Industriezentren. Nicht ohne Grund kalkulieren die bürgerlichen Parteien, daß gerade diese Kopfarbeiterschichten in vielen Fällen zwischen den Kandidaten der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien den Ausschlag geben werden. Die Angestelltenversicherung ist von den bürgerlichen Parteien nicht aus Anerkennung der sozialen Notwendigkeit, sondern aus wahltaktischen und parteipolitischen Erwägungen heraus geschaffen worden. Bei der ganzen Entwickelung, die die wirtschaftlichen Verhältnisse der Privatangestellten genommen haben und nehmen, finden wir eine durchaus günstige Voraussetzung für unsere Agitation. Da haben wir wirksame Bundesgenossen, um die Privatangestellten mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Wir müssen uns klar werden, was wir unter dieser Gruppe zu verstehen haben. Ich fasse nicht ein die große Schicht der sogenannten freien Berufe, der Schriftsteller, Aerzte und Rechtsanwälte. Das sind Berufe, die auf anderer sozialer Basis stehen; ihre Angehörigen kommen mehr aus Gründen zu uns, die auf individuellem Gebiete liegen. Aber die Angestellten in den Bureaus, Kontoren und Verkaufsstellen gilt es zu disziplinierten Mitkämpfern in unseren Reihen zu machen.

Zeitlebens ist der Privatangestellte heute gezwungen, in einem abhängigen Verhältnis sich seine Existenzmittel zu erwerben. Auch die Kopfarbeiter werden, wie die gesamte Arbeiterschaft in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt, aber nicht nur das, auch die Gehaltsverhältnisse sind außerordentlich niedrig. Rund 50 Proz. aller Privatangestellten haben weniger als 2000 M. im Jahre, wir haben ganze Berufe, wo dieses Einkommen sogar für 90 Proz. aller Berufsangehörigen gilt. Für den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Angestellten sind die von der Parteipresse häufig genug besprochenen Eheverbote sowie die Bestrebungen, ältere Angestellte zu entlassen, durchaus charakteristisch. Wie die Industriearbeiter begreifen auch die Privatangestellten instinktiv aber nur langsam die Tatsache, daß Parteien, die kapitalistische Interessen vertreten, nicht imstande sind, auch die Interessen der Gehaltsempfänger zu vertreten. Es ist kein Zufall, daß noch ziemlich große Kreise der Angestellten konservativen Parteien und dem antisemitischen Flügel angehören. Die Konservativen beschäftigen wenig Privatangestellte, mindestens lange nicht in dem Maße wie die Industrie, sie gestatten sich daher den Luxus, hin und wieder für die sozialpolitischen Interessen der Privatangestellten einzutreten. Das verwirrt manchen Angestellten. Man wird einwenden können, daß wir unsere Agitation nicht so spezialisieren können, aber es ist notwendig, die besonderen Verhältnisse der Angestellten zu berücksichtigen, namentlich möchte ich unsere Parteipresse bitten, die Angestelltenfragen möglichst eingehend zu behandeln, nicht nur Nachrichten und Vorgänge aus der Angestelltenbewegung sollten gebracht werden, sondern auch eine kritische Stellungnahme dazu ist erforderlich. Ferner sollte der Parteivorstand Informationsmaterial auch über die Angestelltenbewegung an die Funktionäre gelangen lassen. Ich erinnere daran, daß unsere Fraktionen im Reichstage und in den Landtagen in sehr fleißiger Arbeit für die Angestellten tätig gewesen sind. (Bravo!) Weshalb sind wir nicht hinausgegangen, um den Leuten bekannt zu machen, welche unendliche Tätigkeit in ihrem Sinne geleistet worden ist? Wenn es sich auf kommunalpolitischem Gebiete um die Durchsetzung einer Forderung der Privatangestellten handelt, dann werden nicht die bürgerlichen Angestelltenvertreter angegangen, sondern unsere Parteigenossen. Aber die Angestellten wagen leider nicht, dieses Vertrauen auch in der Oeffentlichkeit zu bekennen. (Sehr richtig.) Dabei haben sie oft genug offen zuzugeben, daß es nutzlos ist, sich an die bürgerlichen Vertreter zu wenden, weil das Arbeitgebervertreter sind. Ich bin fest überzeugt, daß durch eine spezialisierte Werbearbeit wir genügend Köpfe und Hände aus dem Privatangestelltenstande erobern werden. Sorgen Sie dafür, daß durch unsere Tätigkeit die Angestellten herausgeführt werden aus dem bürgerlichen Sumpf auf die lichten Höhen des Sozialismus. (Beifall.)

Dr. Laufenberg-Hamburg:

Auch von Hamburg sind eine Reihe von Anträgen in bezug auf die Privatangestellten gestellt. Ich erkläre mich in dieser Hinsicht mit den Ausführungen Giebels einverstanden. Im übrigen habe ich zum Vorstandsbericht zwei Wünsche vorzubringen. Ich bin der Meinung, daß wir auch auf dem allgemeinen Parteitage zu einer Erörterung der Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten kommen müssen. Es ist begreiflich, daß die Wahlrechtsfrage vorwiegend unter dem preußischen Gesichtswinkel betrachtet wird, aber in allen Bundesstaaten, namentlich in Norddeutschland, ist sie nicht minder dringend. Die preußische Wahlrechtsfrage ist eine eminente Reichsfrage, schon deshalb werden wir nicht daran vorbeikommen, auch auf dem allgemeinen Parteitag zur preußischen Wahlrechtsfrage Stellung nehmen zu müssen. Der zweite Wunsch betrifft die Stellungnahme zu den christlichen Organisationen. Der langjährige Kampf, der sich zwischen der Berliner und Kölner Richtung im Zentrum abspielt, ist ihnen allen bekannt. Auf die dogmatische Grundlage dieses Kampfes will ich hier nicht eingehen, nur darauf will ich aufmerksam machen, daß schon seit langem die Entwickelung des dogmatischen Lehrgebäudes des Zentrums abgeschlossen ist und zwar in einem durchaus kapitalistischen Sinne durch die Tätigkeit, die vor allem der verstorbene Papst Leo XIII. entwickelte. Nicht nur gegen die sozialistische Weltanschauung als solche richtet sich dieser Abschluß, sondern in hervorragendem Maße auch gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung, die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Streiks. Durch den letzten Bergarbeiterstreik ist in der Entwickelung der christlichen Gewerkschaften offenbar ein Wendepunkt eingetreten. Nach der Stellungnahme Pius' X. haben die christlichen Gewerkschaften keine andere Wahl, als daß sie sich in allen entscheidenden politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen als Gegner der sozialdemokratischen Organisationen betätigen müssen. Darum ist von unserer Seite notwendig, gerade über die dogmatische Entwickelung im Zentrum mehr Aufklärung zu verbreiten. Ich glaube, es ist notwendig, daß der Parteivorstand sich mit der Frage befaßt, in welcher Weise diese Aufklärung speziell vom theoretischen Gesichtspunkt aus in die Wege zu leiten ist. Schon jetzt möchte ich einige Bemerkungen über die Jugendbewegung machen. Die Ausgaben unserer Zentralstelle betragen 8612 M. gegen 14 507 M. im Vorjahre. Es ist richtig, daß sich der Zuschuß für die „Arbeiterjugend" von 9988 M. im Vorjahre auf 487 M. im Berichtsjahre vermindert hat. Ich bitte zu berücksichtigen, daß die Hamburger Organisation im letzten Jahre 7000 M. ausgab und daß wir beschlossen, im kommenden Jahre weitere 12 000 M. aufzuwenden, die ganz wesentlich der Jugendorganisation zugute kommen werden. Sie werden zugeben, daß hier zwischen den Ausgaben bei den einzelnen Organisationen und den Ausgaben der Zentralstelle ein arges Mißverhältnis besteht.

Es ist doch nicht angängig, daß ein einzelner Parteiort für sein engeres Agitationsgebiet das Doppelte aufwendet, wie die Zentralstelle für das Gesamtbereich. Wenn wir eine wirklich gedeihliche Entwickelung unserer Jugendorganisationen herbeiführen wollen, dann bedarf es dazu vor allem der Mittel. Ich hoffe, Braun wird mir dieses Wort nicht allzusehr verübeln.

Dr. Rosenfeld-Berlin:

Ich habe den Antrag der Genossen aus Schwarzburg-Sondershausen zu begründen, den Frauentag in Zukunft schon im März stattfinden zu lassen. Wir wollen den Frauentag, der eine imposante Kundgebung der sozialdemokratischen Frauen war, nicht beseitigen, sondern im Gegenteil ihm noch zu größerer Bedeutung verhelfen, aber dazu ist es notwendig, wenigstens ungefähr den Zeitraum festzulegen, in welchem alljährlich der Frauentag veranstaltet werden soll. Den Monat Mai halten wir hierfür nicht für geeignet, da wir alles tun müssen, um der Maifeier zu größerer Bedeutung zu verhelfen, es wäre unpraktisch, in einem Monat zwei Demonstrationen zu veranstalten. Ich bitte Sie, unseren Antrag dem Parteivorstand zu überweisen, der schon wissen wird, wie er ihm zur Durchführung verhelfen kann.

Binistkiewicz-Posen:

Der Antrag 155 aus Berlin will die „Gazeta-Robotnicza" weiter subventioniert wissen. Auf dem Parteitag in Halle ist, wie Sie wohl alle wissen, das Blatt ins Leben gerufen worden, selbstverständlich mit materieller Hilfe der deutschen Sozialdemokratie. Damals erschien es einmal in der Woche, 1908 kam die Partei zu der Ueberzeugung, daß das Blatt nicht weiter subventioniert werden dürfe, aber die polnischen Genossen sagten sich, daß man es nicht fallen lassen kann. Sie gaben das Blatt zweimal wöchentlich heraus und verlegten die Redaktion nach Oberschlesien. Fast kein deutsches Blatt in einem so kleinen Umfange hat soviel Opfer an Gut und Blut gekostet, wie die „Gazeta-Robotnicza". Sie werden deshalb begreifen, daß die polnischen Genossen nicht ohne weiteres auf das Blatt verzichten können. 1906 beschloß die Gesamtpartei, das Blatt weiter auszubauen, seitdem erscheint es dreimal wöchentlich in vergrößertem Umfange. Es hat sich, wenn auch langsam, entwickelt (Ebert: 100 Abonnenten habt Ihr mehr!), ich will die Zahl nicht nennen (Ebert: dann werden wir sie nennen). Ich kann beweisen, daß das Blatt sich bis 1909 gut entwickelte, und daß erst 1909, als Verhältnisse eintraten, die die Partei schädigten, ein Rückgang erfolgte. Im letzten Jahre verlangte der Parteivorstand die Verwandlung der Zeitung in ein Wochenblatt, da er die bisherigen Zuschüsse nicht weitergeben könne. Meiner Meinung nach können die deutschen Genossen nicht damit einverstanden sein, daß eine jahrzehntelange Arbeit vernichtet wird. Wir wollen alles aufbieten, um das Blatt in eine Tageszeitung zu verwandeln. Ob es uns gelingen wird, kann ich nicht sagen, jedenfalls wollen wir es versuchen und alles daransetzen, um das Ziel zu erreichen. Zur Reichstagswahl sind Hunderttausende von polnischen Flugblättern gebraucht worden, um die polnischen Arbeiter zu bewegen, für die Sozialdemokratie zu stimmen. Selbst aus thüringischen und niederschlesischen Wahlkreisen wurden polnische Flugblätter verlangt. Sind die deutschen Genossen der Meinung, daß man zu den Reichstagswahlen polnische Flugblätter gebraucht, dann sollten sie konsequenterweise auch für das polnische Blatt agitieren, man sollte die Arbeiter nicht im letzten Moment zu gewinnen suchen. Wenn sie das polnische Blatt ebenso betrachten wie eine deutsche Parteizeitung, dann werden Sie uns zu hunderten und tausenden Abonnenten verhelfen können. Die preußische Regierung erschwert die Agitation unter den polnischen Arbeitern immer mehr, der Kreis Zabrze ist jetzt als deutscher Kreis erklärt worden. Wir können dort keine polnischen Versammlungen mehr abhalten. Auch die Gewerkschaften haben ein Interesse an dem Ausbau des polnischen Blattes. Die nationalpolnische Gewerkschaftsbewegung entwickelt sich so, daß die Gewerkschaften allen Grund haben, sich damit näher zu befassen. (Sehr richtig!) Selbst in deutschen Städten wie Stuttgart, Leipzig, Bremen, Hamburg entstehen fortwährend neue Zahlstellen der polnischen Berufsvereine. Wollen wir das vermeiden, dann müssen wir der nationalistischen polnischen Presse eine polnische Tageszeitung entgegenstellen, die so wie bisher unterstützt werden muß.

Ring-Offenbach:

Der Geschäftsbericht beweist, daß die Entwickelung der Partei eine gesunde ist. Mit der Tätigkeit des Parteivorstandes können wir in jeder Richtung zufrieden sein, man beschwert sich beinahe, daß zu viel Anregungen gegeben werden. In der „Parteikorrespondenz" sind wiederholt lange stenographische Auszüge nur aus den Verhandlungen des Reichstages und des Preußischen Landtages erschienen. In der Agitation können wir damit wenig oder gar nichts anfangen. Ich möchte, ohne der Redaktion der „Parteikorrespondenz" nahezutreten, den Wunsch aussprechen, daß solche Auszüge nicht mehr erscheinen. Leider hat der vorige Parteitag einen Antrag auf Herabsetzung des Abonnentenpreises der „Kommunalen Praxis" abgelehnt, zum Nachteil unserer kommunalpolitischen Bewegung und der kommunalen Praxis selbst. Die „Kommunale Praxis" hat einen ausgezeichneten Inhalt und man kann es nur bedauern, daß der größte Teil unserer Gemeindevertreter wegen des hohen Preises nicht abonnieren kann. Obwohl der Zuschuß der Partei im letzten Jahre 1100 Mark betrug, möchte ich den Parteivorstand doch um Prüfung bitten, ob ob es nicht möglich ist, den Abonnementspreis herabzusetzen.

Auch bei uns in Hessen hat der diesjährige Frauentag im Mai Fiasko gemacht, der Monat März eignet sich für solche Demonstrationen viel besser. Auch dem Antrag auf Einberufung einer Konferenz der Kreissekretäre bitte ich zuzustimmen. Ebenso notwendig wie die Sitzungen der Bezirkssekretäre ist es, daß einmal eine Konferenz der Kreissekretäre stattfindet.

Nun noch eine Angelegenheit, die speziell unseren Kreis angeht. Die Genossen unseres Kreises sind vor etwa 14 Tagen mit der Nachricht überrascht worden, daß Ulrich, das geistige Haupt der hessischen Sozialdemokratie, der Kreisleitung in einem Schreiben seine vier Mandate zur Verfügung gestellt hat. Er glaubte, auf Grund von Vorgängen, über die er falsch unterrichtet war, zu diesem Schritt gezwungen zu sein. Ich kann mitteilen, daß unsere Kreisleitung einstimmig erklärt hat, daß für Ulrich weder sachlich noch persönlich ein Grund vorliegt, der Partei seine Mandate zur Verfügung zu stellen. Wir haben einmütig dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß Ulrich an seinem Platze bleibt. Ich hoffe, daß durch diese Erklärung die Angelegenheit für alle Beteiligten erledigt ist.

Schubarth-Köln

begründet den Antrag 98.*) Wir haben wohl nach außen hin eine außerordentliche Ausbreitung der Partei zu verzeichnen, aber im inneren Parteileben bleibt noch manches zu wünschen übrig. Ich bestreite nicht, daß genug Literatur vorhanden ist, aber die Literatur ist zu groß und wer heute nicht eine einigermaßen gute Volksschulbildung hat, findet sich darin nicht mehr zurecht. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen, er wird der Partei zum Vorteil gereichen.

Runge-Köln

begründet den Antrag 11 auf Einberufung einer Konferenz der Kreissekretäre. Auf einer solchen sollten wir uns über die Schaffung von einheitlichem Material, über bestimmte organisatorische Fragen und Fragen der Kleinagitation unterhalten können. Die einzelnen Organisationsstatute und Freistatute zeigen große Abweichungen des einen von dem anderen. Das bedingt eine Unklarheit in einer ganzen Reihe von Fragen. Ein Gedankenaustausch in der ganzen Partei ist erforderlich. So haben die Berliner Genossen, die jetzt allerhand Vorschläge über den Ausbau ihrer Parteiorganisation im „Vorwärts" erörtern, jetzt nur die Möglichkeit, sich darauf zu berufen, daß da und dort jene Einrichtungen bestehen, aber die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, kennen sie nicht. Unseren Organisationen gehen viele Mitglieder im Laufe eines Jahres verloren. Es muß untersucht werden, die von einem Ort zum andern ziehenden Mitglieder sofort der anderen Organisation zu überweisen. Unserm Antrag liegt auch der Zweck zugrunde, zu einer Einheitlichkeit des Verwaltungsmaterials zu kommen. Vor einigen Jahren hat der Parteivorstand eine Materialsammlung vorgenommen. Sie sollte zu einer Ausstellung benutzt werden, aber wir haben bis heute nichts mehr davon gehört und ich weiß nicht, zu welchem Ergebnis der Vorstand gekommen ist. Gerade in bezug auf das Verwaltungsmaterial herrscht die größte Verschiedenartigkeit, sodaß es nicht immer möglich ist, sich aus den Abrechnungen ein genaues Bild zu verschaffen. Gerade die Praktiker in unseren Reihen werden auf möglichste Vereinfachung des Verwaltungsmaterials drängen, das unter allen Umständen einheitlich geregelt werden kann. Von einer Konferenz der Kreissekretäre, an der auch die Bezirkssekretäre teilnehmen können, verspreche ich mir wesentliche Vorteile für unsere Kleinagitation. Vielleicht empfiehlt sich auch die allgemeine Einführung eines Mitteilungsblattes, ähnlich wie die Berliner eins haben.

Geschäftsordnungsdebatte.

Noske verliest folgende soeben von Liebknecht und Ledebour eingereichte Resolution zum Fall Göppingen:

„Der Parteitag spricht dem Parteivorstand für sein Vorgehen in der Göppinger Angelegenheit die volle Billigung aus. Er erwartet, daß alle beteiligten Genossen ernstlich bestrebt sein werden, die Bemühungen des Parteivorstandes zur endlichen Beseitigung des unerfreulichen Zustandes nach besten Kräften zu unterstützen. Er erwartet weiter, daß die Parteigenossen bei Neugründungen den in Betracht kommenden Beschluß des Münchener Parteitages sorgfältig beachten werden."

Eine Abstimmung über diese neue Resolution wäre nur dann möglich, wenn der Parteitag damit einverstanden wäre. Ich werde darüber abstimmen lassen.

Keil-Stuttgart: Wenn neue Resolutionen zur Entscheidung gebracht werden sollen, so wird es notwendig sein, die Debatte über die ganze Affäre wieder zu eröffnen. (Unruhe.) Ich beantrage das nicht, aber wenn wir das vermeiden wollen, so können wir nur über die gestrige Resolution Auer, die zur Debatte gestanden hat, abstimmen und nicht über die zweite, die nicht diskutiert ist.

Gottschalk-Königsberg: Auch die Resolution Auer lag gestern noch nicht im Druck vor, das ist erst heute der Fall. Um einen übereilten Beschluß zu vermeiden, beantrage ich über beide Resolutionen die Debatte zu gestatten.

Lipinski-Leipzig: Solange die Angelegenheit nicht durch das Schlußwort abgeschlossen ist, muß die Möglichkeit zur Einbringung einer neuen Resolution vorhanden sein. Ueber sie muß auch abgestimmt werden, ohne daß erst der Parteitag es beschließt.

Vors. Noske: Wir halten es für zweifelhaft, ob Lipinskis Ansicht richtig ist, und haben es deshalb für besser gehalten, die Entscheidung des Parteitages herbeizuführen.

Auer-München: Gestern wurde vom Parteitag beschlossen, die Erörterung der Göppinger Angelegenheit zu schließen (Widerspruch). Es wurde der Schluß der Debatte beschlossen. Es lagen zwei Anträge vor, von denen der eine nicht genügend unterstützt wurde, während der andere als ausreichend unterstützt galt. Es lag die Möglichkeit vor, diesen Antrag zu begründen und auch zu bekämpfen. Es wurde aber Schluß der Debatte gemacht. Es ist zweifellos richtig, daß jeder Genosse nun einen neuen Antrag oder eine Resolution einbringen kann, aber es muß auch die Möglichkeit der Begründung und Gegenäußerung gegeben sein. Die Debatte

---

*) 98. Köln. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Verbindung mit dem Zentralbildungsausschuß ein der Reihenfolge nach geordnetes Verzeichnis von Büchern herauszugeben, die eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus ermöglichen.

muß also wieder eröffnet werden, das wäre korrekt. (Lebhafte Zustimmung.) Und wenn so vorgegangen wird, dann ist alles in Ordnung, aber es geht nicht an, nach Schluß der Debatte einen Antrag einzubringen, ohne daß über ihn debattiert werden kann. Wenn die Antragsteller auf ihrem Antrage bestehen, bitte ich, über ihr Begehren abzustimmen.

Ledebour: Unter der von Auer soeben dargelegten Voraussetzung können wir uns, glaube ich, alle auf die Wiedereröffnung der Debatte einigen. (Zustimmung, aber auch Rufe gegen eine neue Debatte.)

Ebert (vom Parteivorstand): Ich möchte bitten, die Wiedereröffnung der Debatte über die Göppinger Angelegenheit, nur der Resolution wegen, abzulehnen. (Sehr richtig!) Und zwar deshalb, weil ich bereits vom Parteivorstand beauftragt bin, im Schlußwort zu erklären, daß in dieser Angelegenheit eine besondere Vertrauensresolution nicht erforderlich ist. (Bravo!) Der Parteitag hat bei der Dechargeerteilung sich über unsere Tätigkeit zu äußern. (Sehr gut!) Die Göppinger Affäre ist nur ein Teil unserer Tätigkeit, und wer in dieser Angelegenheit nicht mit unserem Vorgehen übereinstimmt, kann gegen die Dechargeerteilung stimmen. (Sehr richtig!) Damit kommt die Meinung des Parteitages klar zum Ausdruck und alles weitere ist überflüssig. (Sehr richtig!)

Liebknecht-Berlin: Der Weg, den Ebert uns soeben vorgeschlagen hat, ist nach meiner Ansicht der allerrichtigste. In dem Augenblick, wo die Antragsteller der ersten Resolution sich auf den Boden des Ebertschen Vorschlages stellen, wird natürlich auch unsere Resolution ganz überflüssig. Wir sind also selbstverständlich bereit, unsere Resolution zurückzuziehen, sofern durch den Zurückzug der anderen Resolution die Sache im Sinne des Genossen Ebert endgültig erledigt ist. Für den Fall, daß die Antragsteller die Resolution nicht zurückziehen, würde es ja für uns bedauerlich sein, wenn wir notwendig hätten, in der Erörterung fortzufahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. **Frank**-Mannheim: Das Bedürfnis, auf dem Parteitag möglichst dafür zu sorgen, daß einmütige Entschließungen zustandekommen, besteht auf allen Seiten des Parteitages. Ebert hat erklärt, daß der Parteivorstand kein Bedürfnis nach einem besonderen Vertrauensvotum in der Göppinger Sache habe und daß die Dechargeabstimmung die Gelegenheit gäbe, die Meinung über die Gesamttätigkeit des Vorstandes zum Ausdruck zu bringen. Aber es handelt sich noch um die Frage, ob der Parteitag nicht Anlaß hat, einen Angriff gegen die Ehre der ganzen Partei zurückzuweisen. (Sehr richtig!) Es handelt sich darum, ob der Partei der Vorwurf gemacht werden darf, daß Parteiinstanzen durch wucherische Mittel auf die Gesinnung der Genossen einzuwirken versucht hätten. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn der Parteitag der Meinung ist und sie vielleicht auch durch den Vorstand zum Ausdruck bringen lassen will, daß dieser Vorwurf, der gegen alle Instanzen — gegen den Landesvorstand von Württemberg (Aha!-Rufe, Gegenrufe: Sehr wahr!) noch gestern — erhoben wurde, eine schwere Ehrlosigkeit behauptet und ihn entsprechend zurückweist, dann haben auch wir kein weiteres Interesse an einer Beschlußfassung. (Zustimmung.)

Liebknecht-Berlin: Das einmütige Friedensvotum, das **Frank** als den Wunsch der Unterzeichner des Antrages hingestellt hat, wird meiner Ansicht nach nicht voll erzielt werden können, wenn in einer Angelegenheit vom Parteitag positiv Stellung genommen werden soll, über die der Parteitag in allen Einzelheiten kaum genügend unterrichtet sein kann. (Sehr richtig!) Ich verweise darauf, das wir alsbald den Fall Hildebrandt zu erörtern haben, wo die Frage, ob das entscheidende Votum auf genügender vorheriger Information beruht, vielleicht in den Mittelpunkt der Debatte gestellt werden wird. Es empfiehlt sich also, keine Präzedenz zu schaffen. Der Parteitag hat die Ueberweisung der Angelegenheit an eine Kommission abgelehnt und damit zum Ausdruck, daß er sich nicht für zuständig halte (Lebhafter Widerspruch) oder keine Neigung habe, in dieser Angelegenheit weiter hineinzusteigen. Ich meine, wir tun gut daran, eine positive Stellung zur Erledigung des Göppinger Konflikts in dem Sinn zu nehmen, daß wir, wie das in der von uns eingebrachten Resolution geschieht, die Erwartung und das Verlangen des Parteitages zum Ausdruck bringen, daß alle an diesen Dingen beteiligten Parteigenossen mit aller Kraft dahin wirken, das nützliche Vorgehen des Parteivorstandes nach Kräften zu unterstützen. Wir kommen damit am besten zu einem positiven Resultat, daß wir nicht einen Beschluß fassen, der einen wahnwitzigen Vorwurf, der gegen die Partei von irgendeinem unverantwortlichen Menschen erhoben wurde, in demonstrativer Weise zurückweist. (Lebhaftes Hört! hört! und Zurufe: „Leipziger Volkszeitung"!) Hat unsere Partei denn wirklich nötig, sich und ihre Interessen zu verteidigen gegen den Vorwurf des Gebrauchs wucherischer Mittel zur Beeinflussung der Gesinnung der Parteigenossen? Stehen wir nicht viel zu hoch da, um uns mit solchem Zeug zu befassen? (Lebhafte Zustimmung und erneute Zurufe: Leipzig!) Wir müssen das Ziel im Auge behalten, Friede in Württemberg und Göppingen zu schaffen. Und daraus ergibt sich, daß eine derartige Scheidung, wie sie Frank meint, nicht gemeint ist. Ich nehme denn auch an, daß Ebert eine solche, die ganze Differenz beilegende Erklärung, wie ich sie eingangs angedeutet habe, abgeben wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Auer-München: In den Parteizeitungen werden schwere Vorwürfe gegen den Parteivorstand und den württembergischen Landesvorstand erhoben. Es handelt sich hier um die Ehre der ganzen Partei. Die Genossen im Reiche haben das Recht, zu verlangen, daß der Parteitag die Sache untersucht. Wir wollen durch unsere Resolution die Möglichkeit haben, unserer Ansicht Ausdruck zu geben.

Lipinski-Leipzig: Wenn Auer auf seine Resolution besteht, dann muß man auch die Möglichkeit haben, durch die Resolution Ledebour der gegensätzlichen Auffassung Ausdruck zu geben. Ein Votum für den württembergischen Landesausschuß ist nicht notwendig, er hat es ja schon durch seine Organisationen erhalten.

Bebel: Es wird Zeit, daß wir über diese geradezu ekelhafte Angelegenheit endlich hinwegkommen. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Es ist schon zuviel darüber debattiert worden. (Beifall.) Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung, der württembergische Landesvorstand habe sich eine wucherische Erpressung erlaubt, von einer Persönlichkeit ausgegangen ist, über deren moralische Qualitäten, nach dem was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Lebhafter Beifall.) Ich will nicht einmal der Persönlichkeit die Ehre antun, ihren Namen zu nennen, ich schlage vor, die Resolution Auer wird zurückgezogen. Wir vom Parteivorstand sind vollkommen zufrieden, wenn Sie durch Ihre Dechargeerteilung Ihre Zustimmung zu dem Vorgehen des Parteivorstandes geben. (Lebhafter Beifall.)

Dr. **Frank**-Mannheim: Nachdem die Beschuldigungen gegen den württembergischen Landesvorstand von dem Genossen Bebel in dieser Weise charakterisiert worden sind und nachdem Liebknecht erklärt hatte, welcher Meinung auch wir sind — daß die Partei gegenüber solchen Beschimpfungen viel zu hoch steht, ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Unterzeichnern den Antrag Auer zurück. (Lebhafter Beifall.)

Ledebour: Dann ziehen wir auch unseren Antrag zurück. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Geschäftsordnungsdebatte.

Dann wird in der

allgemeinen Diskussion

fortgefahren.

Neugebauer-Ludwigsburg: Auf dem Gebiet des Bildungswesens kann nicht genug getan werden. Die Lebenslage der Arbeiter im allgemeinen hat sich nicht gehoben, es ist noch viel Elend und Not vorhanden. Das sieht man besonders in Chemnitz. Von einer gehobenen Lebenslage für einzelne Personen kann man wohl sprechen. Sie besonders sollten auch dafür sorgen, daß ihre Kinder im Geiste des Sozialismus erzogen werden. Mit der Tätigkeit des Parteivorstandes können wir in jeder Beziehung einverstanden sein.

Büchner-Berlin: Biniskiewicz hat vorhin schon erläutert, wie die Zustände in der „Gazeta Robotnicza" sind. Der Parteivorstand hat beschlossen, das Blatt, was bisher dreimal wöchentlich erschien, nun wöchentlich herauszugeben. Die Unterdrückungspolitik, die hakatistische Bewegung, die nationalpolnischen Fragen bringen es mit sich, daß in den polnischen Gebieten eine ganz besonders intensive Agitation notwendig ist. Ein großer Teil der Leute, die dort erst der Organisation und dem Leserkreise gewonnen sind, wanderten nach anderen Orten aus und verließen die ostelbischen Gefilde. Die Kosten, die dort aufgewendet werden, können aber auf der anderen Seite der Partei und der Presse zugute kommen. Meine Parteifreunde im 4. Berliner Wahlkreise, wo ungeheuer viel Polen wohnen, ebenso wie in Berlin VI, sind der Ansicht, daß das Blatt wieder dreimal wöchentlich erscheinen soll. Nicht einverstanden sind wir aber, wenn Biniskiewicz einfach erklärt, das Blatt soll täglich erscheinen. Nehmen Sie den Antrag an, daß das Blatt wieder dreimal wöchentlich erscheint.

Luise **Zietz**: Es ist hier der Wunsch geäußert worden, daß die Buchhandlung Vorwärts die „Kommunale Praxis" zu einem billigeren Preise abgeben möge. Beim Einzelbezuge beträgt der Preis pro Quartal 3 M., wird aber für die einzelnen Orte ein gemeinsamer Bezug für alle Kommunalvertreter eingeführt, dann geht der Preis, ganz unabhängig von der Zahl der entnommenen Exemplare, auf 2,25 M. herunter. — Nun der **Frauentag**. Der Parteivorstand und die Bezirksleiterkonferenz haben sich mit der Frage des Termins und der Ausgestaltung des Frauentages bereits beschäftigt. Ich bitte Sie, so zu verfahren, wie von Rosenfeld vorgeschlagen wurde und den Antrag, der auf den Frauentag Bezug nimmt, dem Parteivorstand zu überweisen. Er wird nächstens mit der Bezirksleiterkonferenz über diese Frage verhandeln. Lassen Sie uns da freie Hand bei der Entscheidung über die Festlegung des Termins und sonstige Ausgestaltung des Frauentags. Wir sind alle einig, daß diese Demonstration, die der Erringung des vollen Bürgerrechts des Weibes gilt, so gut und wuchtig wie nur möglich ausgestaltet werden muß. (Lebh. Beifall.)

Vorsitzender **Noske**: Damit ist die Diskussion über die Anträge zum Vorstandsbericht, soweit sie die allgemeine Agitation betreffen, erledigt. Es folgt die **Debatte über die Anträge zu dem Punkte Presse.**

Berten-Düsseldorf:

Die Ideen des Sozialismus müssen auch in den Kreisen derjenigen Eingang finden, die man mit dem nicht schönen, aber richtigen Ausdruck: „Nichtvollsinnige" bezeichnet, diesen unglücklichen Mitmenschen, die durch irgendein Gebrechen verhindert sind, am Leben den Anteil zu nehmen, den der normal entwickelte Mensch haben kann. Diesen Bestrebungen entsprechend ist der Parteivorstand dazu übergegangen, eine besondere Zeitschrift für die **Blinden** herauszugeben. Aber auch die **Taubstummen** haben in den letzten Jahren gezeigt, daß sie am politischen Leben regen Anteil nehmen. In manchen Parteiorten haben sich bereits Sektionen der Taubstummen gebildet, die sich den politischen Organisationen der Partei angegliedert haben. In Düsseldorf haben wir bereits über 50 Mitglieder, auch in Berlin bestand eine Sektion, die leider eingeschlafen ist. Die Taubstummen des Wahlkreises Düsseldorf beantragen, daß der Vorstand eine Zeitschrift herausgibt, die regelmäßig erscheint, sie soll besonders zur Agitation unter dem Taubstummenproletariat dienen. Es handelt sich um eine immerhin zahlreiche Schicht der Bevölkerung, nach der Volkszählung von 1910 gab es 35 000 Taubstumme in Deutschland, meist Angehörige des Proletariats. Von kirchlich konfessioneller Seite bemüht man sich um sie seit Jahren, man versucht, diese taubstummen Proletarier zu billigen Ausbeutungsobjekten zu machen. In Berlin werden zwei Taubstummenorgane herausgegeben, der „Taubstummenbund" und der „Taubstummenbote", die mehr religiösen Charakter tragen sollen. In Hamburg erscheint die „Neue Zeitschrift für Taubstumme", die sich parteilos nennt, aber eine ziemlich heftige Polemik gegen die Gründung von sozialdemokratischen Taubstummensektionen eröffnet hat. In Leipzig erscheint die „Deutsche Taubstummenkorrespondenz", die von den taubstummen Parteigenossen benutzt wird. In Trier erscheint der katholische „Taubstummenführer", in einem Verlage in Güstrow werden mehrere Taubstummen-Zeitungen herausgegeben. Nun wird man sagen, die taubstummen Genossen könnten ja die Parteiorgane lesen, aber gerade die Taubstummen haben auch das Bedürfnis, die Schicksalsgenossen durch eine gemeinsame Zeitung zu belehren. Helfen Sie diesen unglücklichen Parteigenossen, und sie werden es Ihnen danken.

Dürr-München

begründet den Antrag 99: Die neue Reichsversicherungsordnung, die ja ein Entrechtungsgesetz geworden ist, stellt uns vor neue Aufgaben. Tausende von Arbeitervertretern werden in den verschiedenen Versicherungsämtern über Materien zu urteilen haben, die jetzt nur von den Verwaltungsgerichten behandelt wurden. Das gleiche gilt für das große Gebiet der Krankenversicherung, der Witwen- und Waisenversicherung. Es werden neue Rechts- und Streitfragen auftauchen und wir müssen dafür sorgen, daß wir den Vertretern in ihrer schwierigen Lage einen Wegweiser und ein populär geschriebenes Organ an die Hand geben. Unsere Tagespresse und die Gewerkschaftsblätter sind dazu nicht imstande. Wir müssen unbedingt ein **besonderes Organ** haben, das nicht nur für die Kassenvertreter und die Ausschußmitglieder in den Versicherungsanstalten in Frage kommt, sondern auch für die Gewerkschaftsführer. Ich hoffe, daß der Parteitag dem Antrag zustimmen wird, damit der Parteivorstand unverzüglich mit der Generalkommission in Verbindung treten kann.

Frau **Wulf**-Berlin:

Der Antrag, die „Neue Welt" besser auszugestalten, ist ja nicht das erstemal gestellt. Man hat auch einen Teil der Auflage schon auf besserem Papier gedruckt. Die Genossen in Berlin IV glauben aber, daß auch der andere Teil künstlerischer ausgestaltet werden muß. Der Titel könnte schöner gemacht werden. Vor allem aber müßten die Bilder künstlerischer gestaltet sein. Ich bitte, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. (Bravo!)

Scheibe-Bochum:

Ich möchte dem Parteivorstand die Anträge 191 und 192 recht warm ans Herz legen. Wenn wir die Herausgabe einer **Modenzeitung** wünschen, so wollen wir nicht etwa eine besondere Kleidung für unsere Genossinnen schaffen, sondern den bürgerlichen Modezeitungen, die ja noch einen bestimmten Nebenzweck verfolgen, ein Gegengewicht geben. Der Unterhaltungsstoff dieser Modezeitungen ist systematisch darauf zugespitzt, die Arbeiterfrauen politisch zu verblöden. (Sehr richtig!) Der Antrag 192 wünscht, daß die Kinderbeilage der „Gleichheit" an die Organisationen zu billigerem Preise abgegeben wird. Wir wollen die ausgezeichnet redigierte Kinderbeilage nicht bloß denjenigen Genossinnen und ihren Kindern zugänglich machen, die sich schon zum Abonnement auf die „Gleichheit" durchgerungen haben, sondern auch denen, die noch nicht so weit sind. Ob man nun ein besonderes Kinderblatt schafft oder nur den Titel der Kinderbeilage ändert, das ist eine taktische Frage. Genosse Rühle gibt vom 1. Oktober ab eine Korrespondenz heraus: Anweisungen an die Eltern, die Erziehungsfragen betreffend. Da müssen wir den Eltern auch mit Stoff an die Hand gehen.

Berard-Hamburg:

Kein Parteitag ohne Klagen über die „Neue Welt". Die Bilder in der „Neuen Welt" sind ja in der Tat nicht viel wert. Aber man soll doch berücksichtigen, daß die „Neue Welt" lediglich den Charakter einer Zeitungsbeilage, also einer Eintagsfliege hat, die man nach der Lektüre in der Regel wegwirft. Wir haben ja eine besondere Ausgabe gemacht und dafür 5 Pf. für das Exemplar gefordert, um die Kosten zu decken. Die Beteiligung war aber so gering, daß wir uns entschließen mußten, diese bessere Ausgabe eingehen zu lassen. Wir haben gewiß den Willen, die „Neue Welt" besser auszustatten, aber das ist nicht möglich, wenn für 1000 Exemplare nur 9,50, 9 und 8 M. gegeben werden. Die Autotypien eignen sich in der Tat nicht für ein Papier, wie die „Neue Welt" es hat. Ein besseres Papier können wir aber nicht nehmen, weil sonst die Ausgaben zu hoch würden. Das Richtigste würde sein, wenn Sie über den Antrag zur Tagesordnung übergehen. Der Parteivorstand kann dazu auch nichts tun.

Luise Zietz-Berlin:

Im Namen des Parteivorstandes bitte ich Sie, den Antrag 91, der sich auf den Inhalt der „Gleichheit" bezieht, abzulehnen. Parteivorstand und Redaktion der „Gleichheit" gehen darin einig, daß das Niveau der „Gleichheit" nicht herabgedrückt werden darf. Die „Gleichheit" hat eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie soll die erst neu gewonnenen Genossinnen in unsere Weltanschauung einführen, sie mit sozialistischer Erkenntnis erfüllen. Diesem Zweck wird vor allem gedient durch eine Reihe von Artikeln sozialpolitischen Inhalts und durch die Beilage für Frauen und Mädchen. Die „Gleichheit" soll aber auch das führende Organ der fortgeschrittenen Genossinnen sein und dazu muß sie bei neu auftauchenden Fragen orientierend wirken und muß diese Fragen im Lichte des Sozialismus zeigen. Wenn wir in Deutschland die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen haben, daß die proletarische Frauenbewegung vollkommen frei ist von allen frauenrechtlerischen Tendenzen, daß gerade sie ihrem innersten Wesen und Kern nach ein Teil der großen allgemeinen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ist, so haben wir das nicht in letzter Linie dem schulenden Einfluß der „Gleichheit" zu danken. (Beifall.)

Aus diesem Grunde möchte ich Sie bitten, den Antrag abzulehnen. Die auf verschiedenen Bezirkskonferenzen und auch hier auf dem Parteitag ausgesprochene Meinung, daß das Studium der „Gleichheit" für einen Teil der fortgeschrittenen Genossinnen nicht mehr notwendig wäre, weil sie sich in der Parteipresse orientieren könnten, ist falsch. Unsere Parteizeitungen sollen im allgemeinen orientieren, aber gerade die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus zu zeigen und im Zusammenhang mit der gesamten Arbeiterbewegung, das sollte die Aufgabe der „Gleichheit" sein. Ich bitte Sie, auch den Antrag auf Abtrennung der Kinderbeilage der „Gleichheit", um sie den Organisationen billiger zu liefern, abzulehnen. Wir sollten vielmehr mit aller Kraft darauf hinwirken, daß die gesamte „Gleichheit" abonniert und gelesen wird. Jeder Kinderfreund hat seine helle Freude über unsere Kinderbeilage. Deshalb soll diese Kinderbeilage mit der „Gleichheit" die weiteste Verbreitung finden. Zum Antrag 95 schließe ich mich dem an, was Bérard ausgeführt hat. Bezüglich des Antrags 191, der eine Modenzeitung schaffen will, hat ja Ebert schon im Geschäftsbericht ausgeführt, daß der Parteivorstand trotz der großen Schwierigkeiten ein solches Blatt schaffen will. Selbstverständlich wird es sobald als möglich erscheinen. Ich nenne dieses Blatt nicht eine Modenzeitung, sondern möchte es „**Die praktische Arbeiterin**" nennen. Es soll ja ein Gegengewicht gegen Blätter, wie die „Praktische Hausfrau" und die „Praktische Berlinerin" sein, die ihre Leser in chauvinistischem und bigottem Sinne beeinflussen. Der Antrag selbst ist also bereits überholt. Damit der Antrag 97 nicht wiederkehrt, muß ich erklären, daß es doch ein fundamentaler Unterschied ist, ob wir eine besondere Literatur schaffen für die Blinden, die nicht lesen können, oder für die Taubstummen, die genau so lesen können wie wir. Um die taubstummen Proletarier für den Klassenkampf zu gewinnen, kann man ja, wie es schon in mehreren Orten geschehen ist, für sie besondere Sektionen errichten und darauf in unserer Presse hinweisen. Den Antrag 98 auf Anlegung eines Verzeichnisses der sozialistischen Literatur bitte ich den Parteivorstand zu überweisen. Ein Antrag im Sinne des Antrags 99 ist schon von einer Konferenz der Arbeitersekretäre mit dem Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften abgelehnt worden. Die Beilage des Correspondenzblattes erfüllt auch schon den gewollten Zweck. Deshalb bitten wir, den Antrag 99 abzulehnen. Die „Vorwärts"-Buchhandlung hat in Vorbereitung eine Bibliothek, in der die gewerkschaftlichen und verschiedenen volkswirtschaftlichen Fragen in abgeschlossenen Broschüren behandelt werden. Auch diese neu zu schaffenden Bibliotheken würden zum Teil dem Wünsch des Antrages 99 Rechnung tragen.

Ludwig-Hagen: Die Genossin Zietz hat Massenmord verübt. (Heiterkeit und Oho.) Sie hat eine ganze Reihe von Anträgen, ohne daß die Delegierten es gemerkt haben, Namens des Parteivorstandes abgemurkst. Ich möchte Sie bitten, Ihrer Anregung nicht ohne weiteres zu folgen, sondern den Antrag Düsseldorf betreffend Material für die Taubstummen dem Parteivorstand zu überweisen. Der Partei der Elenden und Unterdrückten wird ein Versuch zugunsten der Aermsten der Armen, der Taubstummen, nur zur Ehre gereichen.

Luise Zietz: Ich habe noch hinzuzufügen, daß der Parteivorstand allerdings beschlossen hat, hin und wieder eine Flugschrift für die Taubstummen herauszugeben, aber ein periodisches Organ können wir nicht schaffen.

Die Debatte über Presse und Literatur wird geschlossen.

Die folgende Debatte bezieht sich auf die Anträge, die sich auf die Jugendorganisation und die Bildungsfrage erstrecken. Hierzu liegt die von uns an leitender Stelle veröffentlichte Resolution Ebert und Genossen vor, ferner folgende neu eingegangene Resolution Ebert und Genossen:

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, durch geeignete Maßnahmen die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 21 Jahren für die Arbeiterorganisation zu gewinnen. Er hält es in erster Linie für die Pflicht der Bildungsausschüsse, die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen durch besondere Propaganda zu den bildenden und belehrenden Veranstaltungen heranzuziehen und sie durch planmäßige Schulung zu dauernden und aufgeklärten Mitgliedern der Organisation zu machen."

Heinrich Schulz:

Der Bericht des Zentralbildungsausschusses hat in der Parteipresse wenig oder gar keine Anfechtung erfahren. Auch die zur Bildungsfrage gestellten Anträge enthalten keine eigentliche Kritik, sondern nur Anregungen und Wünsche. Interessant ist es, daß ein bürgerliches Blatt, die „Grenzboten", die Wirkung unserer künstlerischen Veranstaltung erkannt hat, indem es schrieb: „Sie sind für die Sozialdemokratie die billigste, einfachste und wirkungsvollste Werbearbeit, weil sie die Begehrlichkeit wecken". Das Blatt schreibt weiter, daß die wissenschaftlichen Bildungsarbeiten der Sozialdemokratie weit ungefährlicher seien, weil 34 000 Teilnehmer an den Kursen bei 4 Millionen Sozialdemokraten nichts bedeuten. Allerdings hatten wir nur 34 000 Teilnehmer, aber wir wissen, daß durch die Reichstagswahlen ein großer Teil der Bildungsarbeit lahmgelegt war. Unsere Kurse kommen ja auch nur einer gewissen Oberschicht zugute, die dafür zu sorgen hat, daß die Bildung in weitere Kreise dringt. Im nächsten Winter wird die Teilnehmerzahl größer sein, wir können die Ansprüche auf Entsendung von Wanderrednern überhaupt nicht mehr erfüllen. So stark ist das Bildungsbedürfnis. Der Antrag 98, betreffend die Herausgabe eines Verzeichnisses von Büchern, um eine planmäßige Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus zu ermöglichen, kommt einer Absicht entgegen, die der Bildungsausschuß ohnehin schon hat. Wir werden einen Katalog herausgeben, eingeteilt in wissenschaftliche Gebiete, die von Fachleuten bearbeitet sind. Der Antrag 110 enthält eine Anzahl wertvoller Anregungen, die aber nicht auf einem Parteitage, sondern auf einer Bibliothekarkonferenz zu erörtern wären. Wir haben uns bisher zur Einberufung einer solchen Konferenz nicht entschließen können, weil wir uns sagen, daß die **Bibliotheksfrage** nur im Rahmen der ganzen Bildungsfrage erörtert werden kann. (Sehr richtig.) Jetzt haben wir das Bildungswesen organisiert und es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, daß wir eine Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse einberufen und hier können wir auch die Bibliotheksfrage erörtern. Zur Schaffung eines Organs für die Bildungsarbeit, wie es der Antrag Frankfurt wünscht, ist die Zeit noch nicht gekommen, wir werden uns vorläufig mit Rundschreiben begnügen, die von Zeit zu Zeit erscheinen, unter denen die wichtigsten Fragen der Bildungsfrage erörtert werden. Ich bitte die Frankfurter, erst einmal diese Rundschreiben abzuwarten. Bei den Anträgen betreffend die Jugendbewegung müssen wir unterscheiden zwischen der eigentlichen Jugendbewegung, für die die Jugendlichen vom 14. bis 18. Jahre in Betracht

kommen, und zwischen der Arbeit, die wir an den über 18 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen zu leisten haben. Für diese Arbeiter gelten die gesetzlichen Beschränkungen nicht; man kann die Tätigkeit für sie nicht zu der Jugendbewegung im engeren Sinne rechnen. Gerade diese jungen Leute sind die besten Jahrgänge für unsere planmäßige Bildungsarbeit und deshalb müssen wir Wert auf ihre Heranziehung legen und versuchen, sie durch planmäßige Aufklärung dauernd für uns zu gewinnen. Was die eigentliche Jugendfrage betrifft, so sind wir uns doch darüber klar, daß das, was als bürgerliche Jugendbewegung sich heute gibt, indirekt zurückzuführen ist auf die Arbeit der proletarischen Jugendbewegung. Die Bürgerlichen müßten uns eigentlich dankbar sein; aber wir beanspruchen keinen Dank, wie wir auch den Bürgerlichen nicht dafür danken, daß sie uns durch ihre Maßnahmen vorwärts bringen. Diese Herren tun das ja nicht uns zu Gefallen. Die Logik der Entwickelung bringt es mit sich, daß alle ihre Maßnahmen zu unseren Gunsten ausfallen. Auf bürgerlicher Seite besteht keineswegs volle Einmütigkeit; die konfessionellen Jugendvereine sind verstimmt, weil die interkonfessionelle Bewegung unter der Oberhoheit des Vereins für Volkswohlfahrt an ihre Stelle getreten ist. Das neueste Ergebnis ist der Bund Jungdeutschland, der alles mögliche unter einen Hut, oder richtiger gesagt unter einen Helm zu bringen sucht. Natürlich könnten wir nichts dagegen haben, daß auf bürgerlicher Seite eine Jugendbewegung besteht, wohl aber wenden wir uns dagegen, daß man die bürgerliche Jugendbewegung zur Staatssache macht, daß man aus allgemeinen Mitteln eine Bewegung fördert, um das Proletariat zu bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Man hat jetzt plötzlich die berühmte Lücke zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre entdeckt, ohne daran zu denken, daß wir schon seit langem bestrebt gewesen sind, diese Lücke auszufüllen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie hat zuerst die menschenunwürdige Ausbeutung der kindlichen Arbeitskraft bekämpft, sie hat den obligatorischen Fortbildungsschulunterricht, sie hat die Verlängerung der Schulpflicht, sie hat gemeindliche Bildungseinrichtungen und dergleichen gefordert, um diese Lücke zu schließen. Für solche Maßnahmen waren wir mit Freuden zu haben. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine geradezu widerwärtige Heuchelei, wenn man über die bedauernswerte Lage der Arbeiterjugend jammert und doch nichts tut. Mit Unterstützung der Regierung wird eine ganz gewöhnliche politische Agitation gegen die Sozialdemokratie getrieben. (Sehr wahr!) Wir wenden uns dagegen, daß öffentliche Gelder privaten Organisationen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt werden, daß öffentliche Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, nicht um die neutrale Jugendbewegung zu fördern, sondern um unter diesem Deckmantel die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Wir wenden uns gegen diese Unterstützung auch, weil man die Arbeiterjugend durch allerhand Maßnahmen geknebelt hat. Die Teilnahme von Jugendlichen unter 18 Jahren an politischen Veranstaltungen ist verboten. Dieser Paragraph wird nur gegen die Arbeiterjugend angewendet. Erinnern Sie sich an den Entscheid des preußischen Oberverwaltungsgerichts, wonach Arbeiterjugendvereine und freie Jugendorganisationen für politische Vereine erklärt werden. Nach diesem Urteilsspruch gibt es überhaupt nichts, was nicht als politischer Verein aufgefaßt werden könnte, denn alles wird in irgend einer Weise der Sozialdemokratie dienstbar sein. Wenn nur der zehnte Teil des juristischen Scharfsinns, der gegen die Arbeiterjugendbewegung aufgebracht wird, gegen die bürgerliche Jugendbewegung gerichtet würde, sie würde schon mit Stumpf und Stiel ausgerottet sein. In der „Kreuzzeitung" wird offen zugegeben, daß die ganze Bewegung den Zweck verfolge, der Sozialdemokratie und dem Atheismus entgegenzuwirken. Die sattsam bekannten „Hamburger Nachrichten" schreiben: „In ihrer fanatischen Begierde, aus dem Herzen der Arbeiterbevölkerung den Glauben an die Ideale zu reißen, ist die Sozialdemokratie seit Jahren am Werke, die Jugend zu revolutionieren!" Ist das Dummheit oder Infamie, so etwas zu schreiben? Wenn heute noch irgendwo Ideale sind, so sind sie bei der kämpfenden Arbeiterklasse. In der sozialdemokratischen Weltanschauung, in den sozialistischen Zielen vereinigen sich alle unausgeführten wertvollen Ideale früherer Zeiten. In der bürgerlichen Jugendbewegung spielen dagegen zwei Dinge eine Rolle: Königstreue und Vaterlandsliebe. Haben sich die Anschauungen nicht gewandelt? Hat man noch die vaterländischen und monarchischen Anschauungen wie vor ein paar hundert Jahren? Ist in Deutschland noch die Vasallentreue möglich, wie sie uns der berühmte General Nogi in Japan jetzt praktisch vorgeführt hat? Wir arbeiten im Sinne der geistigen Befreiung. Soll das ein Schimpf und eine Schande sein, sind wir etwa vaterlandslos im Sinne der bürgerlichen Gegner? Wenn Goethe, Schiller, Fichte nicht vaterlandslos waren, sind wir es noch weniger, denn wir arbeiten mit aller Kraft an der Besserung der Verhältnisse in Deutschland. Die Arbeiter sind nicht in Frankreich, England, Rußland tätig, sondern sie arbeiten in den deutschen Staaten und Gemeinden. Sie haben kein Kapital in Rußland, China, Amerika, sie kommen ihr ganzes Leben nicht aus Deutschland heraus. Wenn die Regierungen und die herrschenden Parteien sich entschließen würden, die Forderungen unseres Erfurter Programms in die Tat umzusetzen, dann wäre das die nationalste Tat, die Deutschland je gesehen hat. (Beifall.) Dann würde Deutschland mit einem Schlage wirklich an der Spitze der Kulturnationen stehen. Zu solcher Vaterlandsliebe, zu solch tatkräftiger Mitarbeit an der Besserung des Gebäudes, in dem wir leben, erziehen wir die proletarische Jugend. Die bürgerliche Jugendbewegung mit ihren militärischen Exerzitien, ihrer Kriegsspielerei ist dagegen sachlich ganz wertlos. Das hat doch der preußische Kriegsminister v. Heeringen 1910 zugegeben. Durch diese Kriegsspielerei züchtet man geradezu Roheiten, Gewalttätigkeiten, Chauvinismus. (Sehr richtig!) Einsichtige bürgerliche Männer müßten, wenn sie nicht von der sozialdemokratischen Furcht verblödet wären, Protest erheben, daß so mit dem Erbe der Klassiker und Philosophen gewirtschaftet wird. Nach Engels sind ja die Arbeiter die Erben der klassischen Philosophie. Wir fürchten die bürgerliche Jugendbewegung nicht, wir werden gegen die bürgerliche Sozialistenbekämpfung ankämpfen, ob sie sich offen gibt oder unter dem Deckmantel der Jugendfürsorge. Wir dürfen nicht in den bürgerlichen Fehler verfallen, die Jugend etwa zwischen 14 und 18 Jahren zu Politikern machen zu wollen. Wir wollen sie zu aufrechten, freien Menschen erziehen, die ein Gefühl dafür haben, daß jeder an der Kulturentwickelung mitzuarbeiten hat. Darum nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Hoffmann-Elberfeld

begrüßt die Resolution bezüglich der Jugendbewegung. Gerade auf diesem Gebiete kann gar nicht genug geschehen, nicht nur, daß der preußische Korruptionsfonds für die Jugend verwendet wird, auch in den Kommunen sucht man allerlei Gelder für diese Zwecke flüssig zu machen. Hinsichtlich des Bibliothekwesens bin ich mit Schulz nicht einverstanden. Es geht nicht, daß die Bibliotheksregelung überall anders ist, sie muß einheitlich sein, damit die übersiedelnden Arbeiter die Bibliothek richtig ausnützen können. Eine Bibliothekarkonferenz muß stattfinden. Genosse Hanauer hat in einem Vortrage eine gute Richtschnur gegeben. Stimmen Sie unserem Antrage auf Reform des Bibliothekwesens zu.

Birkholz-Hamburg:

Wenn die Abonnentenzahl der „Arbeiter-Jugend" auf 80 000 gestiegen ist, so ist das gewiß ein Fortschritt, aber kein genauer Gradmesser für die Stärke der Jugendorganisation, weil eine große Anzahl Abonnenten darunter sind, die früher Mitglied der Jugendorganisation waren. Für die Beurteilung der Jugendbewegung kommt es wesentlich mehr auf die Anzahl und den Charakter der getroffenen Veranstaltungen an als auf die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend". Ich warne vor der Unterschätzung der bürgerlichen Jugendpflege; die religiösen Jugendvereine sind nicht zu gering einzuschätzen. Man gibt sie jetzt als neutrale Vereine aus, weil auch die jugendlichen Arbeiter von den Missionspredigten nichts mehr wissen wollen. Die Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin hat es verstanden, trotz der Gegensätze in der bürgerlichen Jugendbewegung die verschiedenen Richtungen wenigstens in agitatorischer Beziehung unter einen Hut zu bringen. Der neueste Beweis dafür ist das Handbuch für Jugendfürsorge dieser Zentrale. Es ist mir sogar gelungen, den Leiter des Arbeiterheims II als Mitarbeiter zu bekommen. Ich weiß nicht, ob der Genosse damit weit kommen wird, immerhin ist das ein Beweis dafür, daß wir nicht verstanden haben, die Leute im eigenen Lager für diese Arbeit zu organisieren. Unsere Jugendzentrale gibt ein vierseitiges Blatt heraus, das im Vergleich zu den pädagogischen Schriften im bürgerlichen Lager sehr wenig bedeutet. Gewiß sollen wir nicht der Menge nach ebenso produktiv sein als die Gegner, aber in bezug auf die Qualität der Veröffentlichungen könnte viel mehr geschehen. Selbst wenn die Angaben unserer Jugendzentrale den dreifachen Betrag erreichen würden, wäre das noch zu wenig. Ich meine, daß die Jugendausschüsse sich im wesentlichen auf die Großstädte konzentrieren und daß in den mittleren und kleineren Städten herzlich wenig geschieht. Damit soll der Zentrale kein Vorwurf gemacht werden, in ihrer bisherigen Form leistet sie das Menschenmöglichste. Genosse Ebert übt die Tätigkeit in der Jugendzentrale nur nebenamtlich aus und Genosse Peters ist erst seit kurzem angestellt. Auch bei uns müßte die Zentrale wirklich Fühlung mit den größeren Jugendorganisationen überall haben. Wenigstens sollte die Zentrale so ausgebaut sein, daß sie des öfteren Genossen ins Reich hinausschicken kann, die sich längere Zeit in den wichtigsten Industriezentren aufhalten. Durch den achttägigen Kursus für die Ausbildung von Leitern hat die Jugendorganisation den Anfang gemacht. Wir haben in der jungen Arbeiterschaft eine große Anzahl sehr bildungsfähiger Kräfte und diese jungen Kräfte müssen vor allen Dingen durch die Tätigkeit der Bildungsausschüsse erfaßt werden. Dann kann auch der Zentralbildungsausschuß für die Beschickung der Parteischule in Berlin eine bessere Basis finden. (Zustimmung.)

Die Entwickelung, die unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen im verflossenen Jahre genommen haben, kann uns durchaus befriedigen, nicht in demselben Maße aber die der Jugendorganisation. Es ist nicht groß rühmenswert, wenn unser Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend" nur um 15 000 gestiegen ist. Wir sind aus dem Anfangsstadium der Entwickelung der „Arbeiter-Jugend" heraus und da muß es möglich sein, daß die Entwickelung einen schnelleren Verlauf nimmt. Es ist bedauerlich, daß über 50 Städte in Deutschland mit über 20 000 Einwohnern, ja sogar einige Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern noch keine Arbeiterjugendorganisation haben. Das ist nicht die Schuld der Zentralstelle, auch nicht die des Parteivorstandes, hier müßte die Arbeit der Bezirks- und Landesorganisationen eingreifen. Die Durchbildung der Jugendlichen von 18 bis 21 Jahren ist durchaus eine große Notwendigkeit. Leicht ist es jedenfalls nicht, neben der Arbeiterjugendbewegung der jungen Leute bis 18 Jahre noch eine Bewegung zu gründen, die die Jugend von 18 bis 21 Jahren erfaßt. Möglich wird es aber sein. Heute ist es manchmal so, daß die jungen Leute von 18 Jahren in bürgerliche Sportvereine gehen, wo sie das, was sie bis dahin gelernt haben, schnell wieder mit dem Fußball- und sonstigen Spielen in die Luft hineintrampeln. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Dönnicke-Mühlhausen

schließt sich dem Vorredner an. Es mag sein, daß in den Großstädten die Leitung intensiver arbeitet als in den Kleinstädten. In den letzteren fehlt es meist an geeigneten Personen, die die Leitung in die Hand nehmen. Der Zentralvorstand muß dafür sorgen, daß die Parteikorrespondenz in größerer Zahl hinausgeschickt wird, nicht nur in ein bis zwei Exemplaren in die kleineren Parteiorte. Um so mehr müssen die Kleinstädte durch Zusendung der Parteikorrespondenz unterstützt werden, da die kleinen Parteiblätter nicht in der Lage sind, das Material so ausführlich zu bringen. Auf die Parteischule werden meistens nur Genossen aus größeren Städten geschickt, wenn aber einmal auch Genossen aus kleineren Städten hinkommen, so gehen sie, sobald sie die Schule absolviert haben, als Redakteure oder Arbeitersekretäre in die Stadt und das Land steht so hilflos da wie vorher. Der Parteivorstand soll sein Augenmerk darauf richten, daß mehr Genossen aus kleineren Orten auf die Parteischule kommen, dann aber auch in ihren Heimatsorten ihr Wissen zur Vertretung der Interessen der Partei verwenden.

Dr. Karl Liebknecht-Berlin:

Sobald die bürgerliche Jugendbewegung Erfolg hat, wird es auch ein Erfolg für uns sein, wie die Erfolge der Volksschule und selbst der militaristischen Erziehung im Schlußresultat auf unserer Seite sind. Es ist hier und da die Auffassung aufgetaucht, daß die Bestrebungen, die von der preußischen Regierung und im Gefolge von anderen Bundesstaaten unternommen worden sind, geeignet wären, unserer Jugendbewegung Abbruch zu tun. Diese Art der Bekämpfung unserer Bewegung ist eine niederträchtige und ungesetzliche, aber sie wird uns keinen ernstlichen Schaden zufügen, solange wir selbst eifrig an unserer Jugendbewegung arbeiten. Es ist hier mit Rücksicht auf die Jugendbestrebungen unserer Gegner der Gedanke aufgetaucht, in besonders erhöhtem Maße der Jugend vom 18. bis 20. Jahre unsere Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Gedanke verdient sicherlich Berücksichtigung, es soll damit aber nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß die Bewegung für die Jugendlichen unter 18 Jahren zurückgestellt werden soll. Der Antrag 148 von Spandau ist durch die Ausführungen von Schulz und die Resolution gegenstandslos geworden, wir ziehen ihn in der Erwartung zurück, daß der darin enthaltene Gedanke eine so einmütige Billigung auf dem Parteitag finden wird, daß eine alsbaldige energische Inangriffnahme der darin empfolenen Arbeit zu erwarten ist, auf daß nicht unsere Gegner, sondern wir die Triumphierenden in dem Kampf um die Seele der Jugend sein werden. (Bravo!)

Kremser-Frankfurt a. M.:

Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, einem Gespräch zwischen Angestellten auf dem Kreisamt zuzuhören. Der eine sagte: Hören Sie mal, lieber Kollege, die Geschichte mit den Wandervögeln wird bald zur Landplage, wir haben wiederholt von den Bauern Beschwerden bekommen, daß man bei der Abkocherei ihnen die Felder verwüstet und Kartoffeln aus der Erde reißt. Also selbst diese Kreise sehen ein, daß es so nicht weiter geht. Man scheint sich aber nicht zu trauen, weil von oben sehr stark eingewirkt wird. Was unsere Anträge zum Bildungswesen betrifft, so gehen mir die Zusagen von Schulz nicht weit genug. Es war eine platonische Liebeserklärung, wir hatten etwas mehr Aktivität gewünscht. Es handelt sich zunächst um die Schaffung eines Blattes, das die Bibliothekare und die Leiter von derartigen Institutionen informieren soll. Unser heutiger „Bibliothekar" taugt wenig oder gar nichts, weil er so ungeheure Mengen unbrauchbaren Materials enthält. Wenn man dagegen das österreichische Blättchen sieht, so findet man einen bedeutenden Unterschied. Unseren Genossen schwebt ein Blatt, ähnlich dem der österreichischen Genossen vor, das regelmäßig erscheint und ungefähr auch das bringt, was in der Literaturbeilage des „Correspondenzblattes" gebracht wird. Ich möchte Sie also bitten, daß der Bildungsausschuß nicht lediglich anstandshalber die Wünsche prüft, sondern sie möglichst bald im vollen Umfange berücksichtigt.

Genossin **Demming**:

Da in engster Fühlung mit dem Jugendschutz auch der Kinderschutz steht, so erlaube ich mir, ein paar Worte dazu zu sagen. Der Kapitalismus spannt Vater und Mutter in die Tretmühle und die Kinder des Proletariats gleichfalls. Für den Kinderschutz muß noch mehr getan werden wie bisher. Wir haben in 182 Kreisen Kinderschutzkommissionen bereits gegründet, die durch die selbstlose Tätigkeit unserer Frauen und Organisationen schon Großes geleistet haben. Es ist auch Pionierarbeit für die Partei und die Gewerkschaften und ich hätte nur den einen Wunsch, daß in den Kreisen, wo noch keine Kinderschutzkommission besteht, auch eine gegründet wird. Anleitung dazu finden wir in der Broschüre „Kinderschutz und Kinderarbeit", die Genossin Zietz herausgegeben hat. Wir werden nicht eher ruhen und rasten, bis die Kinderarbeit beseitigt ist. Eine Partei, die ihre Jugend, ihre Kinder schützt, schützt sich selbst. (Bravo!)

Heinrich Schulz vom Zentralbildungsausschuß:

An sich können wir mit dieser Diskussion zufrieden sein. Es ist außerordentlich erfreulich, daß sich in den weitesten Kreisen der Partei ein derartiges Interesse an den Aufgaben der Bildung und Jugendpflege bemerkbar macht. Ich möchte nur einer falschen Beurteilung unserer Tätigkeit entgegentreten. Hoffmann-Elberfeld ist mit unserer Auffassung der Bibliotheksfrage nicht einverstanden, meint, es sei nichts geschehen. Ich kann die Genossen nur bitten, unsere Bildungsarbeit als ein Ganzes zu betrachten. Dann werden Sie zugeben, daß fleißig gearbeitet worden ist, und daß mit den zur Verfügung stehenden Kräften nicht auch gleichmäßig alle Gebiete bearbeitet werden können. Zunächst lagen uns die Kurse am meisten am Herzen. Jetzt werden wir uns an erster Stelle mit der Bibliotheksfrage beschäftigen. Allerdings möchte ich noch nicht versprechen, ob wir dem Plane nähertreten, eine einheitliche Regelung des Bibliothekwesens durch ganz Deutschland vorzunehmen. Ich glaube auch nicht, daß es mit einer einmaligen Bibliothekarkonferenz durchzuführen ist. Ich hoffe, daß die Konferenz der Bezirksausschüsse in absehbarer Zeit zustande gebracht werden kann. Keineswegs habe ich die konfessionelle Jugendbewegung unterschätzt. Ich weiß, daß die konfessionelle Jugendbewegung vor der interkonfessionellen das voraushat, daß sich die Pfarrer schon längere Zeit damit beschäftigt haben. Ich habe ungefähr 25 neu erschienene Bücher von Lehrern, Pastoren, Aerzten usw. über die Jugendfrage. Aus einer dieser Schriften von Pfarrer Jaeger aus Frankfurt a. M. möchte ich einen Satz zitieren, der Sie interessieren wird. Der Mann beschäftigt sich mit der „Arbeiter-Jugend" und ihrer Leidenschronik in der Januarnummer, und schreibt: „Wären diese Fälle nicht so grenzenlos lügenhaft übertrieben und verallgemeinert, so müßten wir als Christen uns wirklich auf die Seite der Sozialdemokraten stellen." Sie werden ja nun alle wissen, daß von grenzenloser Uebertreibung nicht die Rede sein kann, sondern daß man oft aus Vorsicht eher zu wenig gesagt hat. Wenn der Herr also in sich geht, muß er auf dem schnellsten Wege bei unserem Frankfurter Parteisekretär seinen Beitritt zur Sozialdemokratie erklären. Natürlich haben wir mit dem Kursus für die Jugendlichen nur den Anfang gemacht. Bildungsausschüsse und Jugendzentrale arbeiten in allen Fragen Hand in Hand, und das wird auch so bleiben. Die Anregung, daß aus den Kursen in erster Linie die Parteischüler rekrutiert werden sollen, ist uns nicht neu. Dem Wunsche des Genossen Dönnicke können wir nicht ohne weiteres Rechnung tragen, wenn uns die Bezirke Vorschläge aus kleinen Orten machen, so nehmen wir sie genau so gern wie aus großen Orten. Unmöglich können wir aber für Parteischüler die Freizügigkeit aufheben. Krämer hat sich mit meinen platonischen Liebeserklärungen nicht einverstanden erklärt, er wünschte mehr Aktivität in der Liebe. (Heiterkeit.) Ja, Genossen, hier auf dem Parteitage läßt sich das nicht gut ermöglichen (große Heiterkeit), hier bleibt nur die Erklärung übrig, daß wir Ihre Wünsche lieb haben und nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Eltern haben eine wichtige Pflicht, für die Aufklärung der Jugend zu sorgen, aber auch die sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften können eine dankbare Aufgabe darin sehen, für die schulpflichtigen Kinder etwas zu tun, z. B. durch Veranstaltung von Schülerwanderungen. Im übrigen unterstreiche ich das Wort: Zur Jugendpflege gehören Persönlichkeiten! (Sehr richtig!) Gaudy sagt: „20 Jahre braune Haare — krauser Bart um Lipp und Kinn — leichte Wage, leichte Ware — fester Glaube, lockerer Sinn. — Nie nach Wenn und Aber fragen — Kraft im Arm, Trutz unterm Hut — statt Beweise zugeschlagen — das ist Zwanzigjähriger Gut." Ich bitte die Genossen, das zu berücksichtigen, und Sie werden sich dann über den Fortschritt der Bewegung keine grauen Haare mehr wachsen lassen. (Bravo!)

Lipinski-Leipzig:

Ich möchte die Ausführungen des Genossen Schulz ganz gehörig unterstreichen, die er über die bürgerliche Jugendbewegung gemacht hat. Eine schwere Heuchelei bedeutet die Behauptung, die bürgerliche Jugendbewegung sei zum Nutzen der Jugend selbst. Vergegenwärtigen Sie sich einmal, was man von bürgerlicher Seite für die Jugend getan hat. Der Kampf um eine Stunde Verkürzung der Ausbeutung der Kinder hat 50 Jahre Zeit geraubt. Ich erinnere an das Kinderschutzgesetz, das zwar gesetzliche Bestimmungen enthält, aber über die Ausführung nichts Greifbares bestimmt, nur daß die Arbeiterbewegung erst einsetzen mußte, um diesem Gesetz in der Praxis Nachachtung zu verschaffen. Die Kinderschutzbestrebungen sind auf den größten Widerstand im bürgerlichen Lager gestoßen. Wir haben leider in einer Reihe von Orten mit Widerständen zu rechnen, die sich aus dem Mangel an geeigneten Kräften erklären. Gerade das Neuland der Jugendbewegung hat uns auch gezeigt, daß weite Kreise sich um dieselben Personen bewerben, auf der einen Seite die Gewerkschaften, auf der anderen Seite die Partei, und dieses gemeinsame Werben führt oft zu Schwierigkeiten, wofür wir in Chemnitz ein typisches Beispiel erlebt haben. Wir müssen nicht eine besondere Organisation für die Personen von 18 bis 21 Jahren schaffen, sondern wir müssen das Recht, das ihnen das Vereinsgesetz gibt, gebrauchen, und sie in die sozialdemokratische Organisation hineinbringen. Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie leidet darunter, daß für das gesamte Interessengebiet der Frau nicht die geeigneten Lehrkräfte und anleitenden Kräfte vorhanden sind. Wir haben in Leipzig eine eigene Parteischule mit eigenen Lehrern für etwa 80 Schüler. Wir haben 12 verschiedene Kurse systematisch auf die einzelnen Stadtteile verteilt, in denen die Jugendlichen über 18 Jahren, die Frauen und alle, die sich beteiligen wollen, in das Wesen des Sozialismus eingeführt werden. (Beifall.)

Damit ist die Debatte über die Anträge: Bildung und Jugendpflege beendet.

Es folgt die Debatte über die Anträge, die sich auf die **Bekämpfung des Branntweins** beziehen, nämlich die Anträge 125, 126, 127, 128 und Gottschalk 194.

Davidsohn-Berlin:

Wenn man die Anträge liest, die zu diesem Punkte eingebracht sind, so könnte auch einem Abstinenten beinahe das Herz vor Freude aufgehen. (Heiterkeit.) Ich will nur zu Antrag 128 sprechen. Wir wünschen eine noch radikalere Gestaltung der Dinge. Trotz aller Anregungen und trotz des Antrages Gottschalk bitte ich Sie, dem Antrage zuzustimmen. Viele Parteigenossen stoßen sich daran, daß darin davon die Rede ist, man solle auch den Volkshäusern und Verwaltungen nahe legen, sich um diese Dinge zu kümmern. 1910 wurde in Magdeburg ein Antrag angenommen: „Die Konsum- und Parteiorganisationen haben mehr als bisher auf die Schädlichkeit und Gefahr des Alkoholgenusses zu achten usw." In dieser kategorischen Form hat der Parteitag gewagt, sogar im Hinblick auf die Konsumorganisationen, auf die er eigentlich ja gar keinen Einfluß hat, einen Beschluß zu fassen. Das hat er getan, ohne daß jemand seine Herzensskrupel oder Bedenken entdeckt hat. In illoyaler Weise wird es so hingestellt, als ob wir die Einstellung des gesamten Alkoholverkaufs verlangen. Es sollte sich aber nur um den Branntwein- und Schnapsboykott handeln. Warum so zimperlich? Warum soll man diese Dinge nicht einmal konsequent durchführen? Es liegen Beschlüsse von Leipzig, Magdeburg und Jena vor. Die Vertreterin des Vorstandes, die dann sprechen wird, wird uns wieder dieselben Dinge vorschreiben. Als 1909 die Agitation gegen den Schnaps unternommen wurde, ging ein Flugblatt ins Reich hinaus, in dem die Worte stehen: Der Schnaps ist das gefährlichste Volksgift, das wir kennen. Das hat der Parteivorstand geschrieben. (Pfannkuch: Das ist auch wahr!) Gewiß, wir sind ausnahmsweise einmal einer Meinung, wie ich gerne konstatiere. (Heiterkeit.) Es wird also schwarz auf weiß festgestellt, daß der Schnaps das gefährlichste Volksgift ist. Nur verstehe ich nicht, daß man verantworten kann, dieses Volksgift in Volkshäusern weiter verbreiten zu lassen.

Im Inseratenteil empfiehlt man es, nachdem man vorher im redaktionellen Teil alle möglichen wunderschönen Artikel gegen den Schnaps gebracht hat. Würden die Volkshäuser in dem Augenblick existenzunfähig, wenn man ihnen nahe legt, nicht mehr Branntwein zu verkaufen? Es möge ein Parteigenosse vortreten und das behaupten, dann wollen wir uns unsere Anregung noch einmal überlegen. Aber es gibt nicht nur Abstinenten, sondern auch Nichtabstinenten, die meinen, wenn wir Volkshäuser haben, die nur existieren können, wenn bei ihnen der Branntweinausschank eine erhebliche Rolle spielt, so mögen diese Volkshäuser ruhig den Weg alles Fleisches gehen und aufgelöst werden. Wir können es nicht verantworten, daß Arbeiterinstitutionen nur dann existenzfähig sind, wenn sie das gefährlichste aller Volksgifte in die Massen hineinbringen. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Es handelt sich hier um eine Hypothese, wenn Sie ihr nicht folgen können, dann ist es nicht meine Schuld. (Unruhe.)

Nun, das Blatt des Arbeiterabstinentenbundes hat mit schwachen Mitteln eine Enquete veranstaltet, die der Parteivorstand viel besser hätte machen können. Sie hat ergeben, daß heute bereits 18 deutsche Parteiblätter Schnapsinserate nicht aufnehmen. Sie existieren trotzdem. Wir merken nicht, daß sie in ihrer Lebensfähigkeit irgendwie unterbunden wären. (Sehr richtig!) Nun ist festgestellt worden, daß diejenigen Parteiblätter, die Schnapsinserate aufnehmen, Summa Summarum ein Prozent ihrer Einkünfte von den Schnapsinseraten haben. Eher weniger als mehr, z. B. in Freiburg und Nordhausen. Der Parteivorstand hat mir mitgeteilt, daß die Inserate in der Parteipresse 6 830 496 M. einbringen. Wenn davon ein Prozent verloren geht, so würde das nicht viel bedeuten, besonders gegenüber dem ungeheuren moralischen Erfolg, den wir haben würden. Eine ganze Anzahl Kategorien von Inseraten sind in der Parteipresse jetzt schon gänzlich ausgeschlossen, Inserate über Heiratsvermittelung, Geheimmittel usw. Ich behaupte, daß alle Kuppelei in Deutschland, alle Heiratsvermittelung und aller Geheimschwindel nicht an das heranreicht, was die Verzapfung an Branntwein und Schnaps verursacht. Die Partei, die mit Recht dem Bürgertum gegenüber darauf hinweist, wie sauber und anständig ihr Inseratenteil ist, sollte es nicht verantworten können, das gefährliche Volksgift trotzdem im Inseratenteil ihrer Blätter empfehlen zu lassen. Wir nehmen hier eine Zwitterstellung ein, die schon zu der Konsequenz geführt hat, daß die „Metallarbeiter-Zeitung" die sozialdemokratischen Arbeiter aufgefordert hat, sich durch Schnapsinserate sozialdemokratischer Blätter nicht einfangen zu lassen. Das ist nicht erbaulich, nicht erfreulich, aber die Partei hat den Gewerkschaften die Ausführung des Schnapsboykotts überlassen. (Widerspruch.) Hätten die Gewerkschaften nicht die Boykottbeschlüsse hochgehalten, die Partei wäre mit ihrem Schnapsboykott kläglich hereingefallen. (Sehr richtig! und lebhafter Widerspruch.) Verfolgen Sie die Dinge nachträglich, wie ich sie fortlaufend verfolgt habe. (Zuruf: Das ist ja alles falsch!) Dann beweisen Sie es doch! In Dresden hat man den wunderbaren Namen „Leipziger Resolutionstroppen" erfunden. (Heiterkeit.) Das ist nichts anderes als jenes Getränk, das unser Parteivorstand als das gefährlichste Volksgift gekennzeichnet hat. Ich mache Sie auf die Broschüre Wurms aufmerksam, die jetzt nicht mehr die Alkoholfrage, sondern die Alkoholgefahr heißt. Diese Wandlung ist ein Kennzeichen dafür, daß dieser hervorragendste Kenner aller dieser Dinge seine Anschauung gewandelt hat, daß die Gefahr stärker geworden ist. Ich schließe, indem ich vom Schnapsboykott dasselbe sage, was der Parteivorstand so schön im Geschäftsbericht Seite 38 gesagt hat: „Die Genossen, welche von dem Antrag 90 betroffen werden, und die Annahme dieses Antrages in Nürnberg für ein Unrecht halten, haben das Recht, für die Aufhebung des Antrages zu agitieren, sie haben aber die Pflicht, dem Antrag Folge zu leisten, solange er gilt. Wenn solche Genossen sich hartnäckig weigern, diesem Antrage nachzukommen, so verdient das den schärfsten Tadel."

Das gilt für jeden Antrag eines Parteitages. Was dem Maifeierantrag oder einem anderen recht ist, ist auch dem Schnapsboykottantrag billig. Tun Sie das Erforderliche. (Beifall.)

Luise Zietz:

Der Parteivorstand hat den lebhaften Wunsch, vom Parteitag eine einheitliche und freundliche Zustimmung zur Aufforderung eines verstärkten Schnapsboykotts zu bekommen. Wollen wir aber unseren großen einheitlichen Kampf nicht zersplittern und verbitternd wirken lassen, dann ist es notwendig, daß Sie den Antrag 128 ablehnen. (Sehr richtig!) Wie verbitternd eine solche Art der Bekämpfung wirkt, wie sie Antrag 128 empfiehlt, das hat Ihnen am besten die Rede Davidsohns gezeigt. (Sehr richtig!) Wenn wir dem Antrag 128 zustimmen, dann würden wir dem Spitzel- und Denunziantentum in unseren eigenen Reihen Tor und Tür öffnen. (Sehr richtig!) Das wird auch bewiesen durch die Umfrage, die die Abstinenten an die verschiedenen Gewerkschaftshäuser über den Verbrauch von Alkohol gerichtet haben. In den Antworten sind Bemerkungen enthalten, die zum Teil meiner Ansicht nach im Scherz gemacht worden sind. Sie werden nun ausgeschlachtet, als ob die organisierten Arbeiter den Schnapsboykott brechen und mit Füßen treten. Ich behaupte, daß durch unsere gesamte Arbeiterbewegung viel mehr für die Herabminderung nicht nur des Branntweingenusses, sondern des Alkoholgenusses überhaupt getan werden könnte. (Bebel: Sehr richtig!) Gerade in unseren Gewerkschaftshäusern ist der Alkoholgenuß so zurückgegangen, daß die Wirte für die Säle bei Vergnügungen und Festen eine Miete verlangen, weil die Wirte nicht mehr den großen Ertrag aus dem Alkoholverkauf haben. (Hört! hört!) Diese gute Entwickelung werden wir uns nicht stören lassen durch solche Quertreibereien. Was soll das heißen, daß ohne die Gewerkschaften die Durchführung des Boykotts nicht möglich gewesen wäre? Die Gewerkschaften und die Partei müssen sich in allen Aktionen unterstützen. Wie die Gewerkschaften ohne die Unterstützung der Parteipresse und der Organisationen keinen großen Kampf führen können, so kann auch die Partei keinen großen Kampf ohne die Gewerkschaften machen. Auch den Schnapsboykott können nur die Gewerkschaften und die Partei führen. (Beifall.)

Der zweite Absatz des Antrages will, daß der Parteitag beschließt, die Zeitungen haben keine Inserate mehr aufzunehmen, in denen Branntwein empfohlen wird. Soweit Davidsohn zu diesem Antrag gesprochen hat, rannte er offene Türen ein. Wir wollen alle nicht, daß in der Zeitung vorn zum Schnapsboykott aufgefordert wird und daß hinten in dem Annoncenteil Anzeigen stehen, da und da ist der beste und der billigste Schnaps zu bekommen. Ich würde es für einen Segen halten, wenn diese Annoncen verschwinden; aber es ist Sache der örtlichen Preßkommissionen, hier Wandel zu schaffen. (Sehr richtig!) Davidsohn hat selbst achtzehn Blätter angeführt, die grundsätzlich solche Anzeigen nicht mehr aufnehmen, aber ich bin nicht ganz sicher, ob nicht unter den Anzeigen, denen äußerlich auf dem ersten Blick gar nicht anzusehen ist, daß sie Branntwein anpreisen, sich doch solche Anpreisungen befinden. (Davidsohn: Nein!) Gerade darum will ich, daß der Parteitag nicht generell solchen Beschluß faßt. Schon in Jena ist darauf hingewiesen worden, daß wir dann die großen Annoncen der Warenhäuser nicht mehr aufnehmen können, weil vielleicht auch Spirituosen darin empfohlen sind. (Sehr richtig!) Fällt etwa auch ein Inserat, durch das ein Genosse mitteilt, daß er eine neue Restauration eröffnet, unter die Annoncen, die Branntwein anpreisen? Mit Fug und Recht würde man sagen können, das ist auch ein Inserat, das Spirituosen anpreist. (Sehr richtig!)

Wie ist denn der Boykottbeschluß zustande gekommen? Sie wissen, daß bei der Beratung der Reichsfinanzreform die Branntweinsteuer erhöht wurde und man daneben die Liebesgabe bestehen ließ. Das war die äußere Veranlassung zu dem Beschluß. Nachdem durch die Aenderung des Branntweinsteuergesetzes die Liebesgabe zwar beseitigt ist, aber die Belastung des Branntwein konsumierenden Publikums sich erhöht hat, hat der Vorstand sofort durch einen Aufruf an den Leipziger Beschluß erinnert und aufgefordert, mit aller Kraft für seine Durchführung zu wirken. Es war nicht die Absicht der Befürworter des Boykotts, pharisäerhaft Moral zu predigen denen, die Branntwein trinken und getrunken haben. Wir wissen gar zu gut, daß die Unterernährung, die lange, intensive Arbeit, die schlechten Wohnungsverhältnisse, der Mangel jeder Lebensfreude in erster Linie die Ursache des Branntweingenusses ist. (Sehr wahr!) Wir wissen gar zu gut, daß mancher arme Teufel zum Branntwein gegriffen hat, um für einen Moment seine erschlafften Kräfte wieder aufzupeitschen, um für einen Moment das Gefühl der Wärme, der Sättigung vorzutäuschen. Dem wollten wir nicht sagen: Du bist ein schlechter Kerl, wenn du nicht vom Branntwein abläßt, sondern wir wollten ihm sagen: Wir wissen genau, wie du zum Branntweingenuß gekommen bist. Aber wenn wir dich darauf aufmerksam machen, daß du mit jedem Tropfen Schnaps dazu beiträgst, die Taschen derer zu füllen und die Macht der Leute zu stärken, die unsere schlimmsten Gegner sind, die alles daran setzen, nicht nur um uns auszubeuten, sondern auch uns zu knebeln und zu knechten. Wenn du das weißt, willst du dann noch weiter Branntwein trinken? (Sehr gut!) Dieser Appell an die Selbstüberwindung, an das Klassenbewußtsein, an die Solidarität hat den Beschluß gezeitigt. (Sehr richtig!) Und in dieser Weise sollen wir auch den Branntweinboykott weiterführen. Natürlich freuen wir uns auch außerordentlich über die gesundheitliche und moralische Wirkung des Branntweinboykotts. Vor allem wegen seiner gesundheitlichen und moralischen Bedeutung würde ich mit aller Verve für den Boykottbeschluß eintreten und ich glaube, Sie alle mit mir. (Sehr gut!) Wenn wir das aber wollen, dann dürfen wir jene Nachschnüffeleien, ob jemand mal einen Schnaps trinkt, jene verbitternden Denunziationen nicht einreißen lassen. Wenn alle vom Klassenkampf durchdrungenen Arbeiter und Arbeiterinnen, wenn besonders auch die Frauen sich in den Dienst der Durchführung des Boykotts stellen, dann werden wir das erreichen, was wir alle zu erreichen wünschen. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag 128 abzulehnen und die übrigen Anträge für erledigt zu erklären durch einstimmige Annahme des Antrags Gottschalk. Auf diese Weise bekunden wir, daß wir bereit sind, mit verstärkter Wucht für die Durchführung des Boykotts zu wirken zum Nutzen unserer Arbeiter, zum Schaden unserer schlimmsten Feinde. (Stürmischer Beifall.)

Pretzsch-Berlin:

Es ist ganz selbstverständlich, daß es kein Gewerkschafts- oder Volkshaus gibt, das seinen Bestand aufbaut auf den Schnapskonsum. Gerade in den Gewerkschaftshäusern geht der Schnapskonsum von Jahr zu Jahr zurück. Der Antrag 128 wendet sich gegen den gesamten Spirituosenverkauf. Dadurch besteht die Gefahr, daß alles, was nur entfernt mit Spiritus zu tun hat, boykottiert wird. Die Abstinenten streiten sich darüber, ob es nicht auch Brauselimonaden gibt, die Alkohol enthalten. (Heiterkeit.) Wir dürften dann also nur noch Selterwasser trinken. (Heiterkeit.) Die abstinenten Genossen überschätzen zweifellos die Bedeutung ihrer Agitation, an der ich sie gewiß nicht hindern möchte, aber schon lange vor dem Leipziger Beschluß hat die allgemeine Arbeiterbewegung nach der Richtung hin eingegriffen. (Sehr wahr!) Davidsohn soll doch einmal einen Vergleich ziehen, wie es heute in den Berliner Fabriken und wie es früher war. Vor 10 Jahren wäre ein Arbeiter, der in der Fabrik eine Tasse Kakao getrunken hätte, verspottet worden, und wenn er gar Milch getrunken hätte, dann hätte er sich vor Hohn gar nicht sehen lassen können. Heute dagegen werden ungeheure Massen von Milch in die Fabriken gefahren. Das ist auf die Aufklärungsarbeit der allgemeinen Arbeiterbewegung zurückzuführen. Ich erinnere weiter daran, daß bei Streiks vor dem Alkoholgenuß gewarnt wird und daß auf den Bauten der Alkoholgenuß dauernd zurückgeht. Mit vollem Recht hat Genossin Zietz gesagt, daß ein solcher Antrag der Denunziation Tür und Tor öffnen würde. (Sehr wahr!) Man würde schließlich auch einen Genossen denunzieren, der, wenn er auf Wahlagitation in ein elendes Gebirgsdorf kommt, wo es nur schlechtes Bier gibt, einmal, um sich durchzuwärmen, ein Glas Grog zu sich nimmt.

Löbe-Breslau:

So sehr ich die Einseitigkeit und die Uebertreibungen von Davidsohn bedaure, so müssen wir doch anerkennen, daß wir der von ihm geleiteten Bewegung manche nützliche Anregung verdanken. Wir sollten uns durch solche Zwistigkeiten nicht die Freude an dem großen Erfolg unseres Schnapsboykotts verderben lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Genosse Davidsohn, werfen Sie denn überhaupt keinen Blick in die Parteipresse, daß Sie sagen können, die Partei ist unschuldig an der Wirkung des Boykotts? Haben Sie noch nichts davon gehört, wie wir in ganz Deutschland bald vom naturwissenschaftlichen, bald vom nationalökonomischen Standpunkt aus auf die Schädlichkeit des Schnapsgenusses hinweisen? Aber trotz der Uebertreibungen von Davidsohn werden wir alle wünschen, daß der Leipziger Beschluß verschärft wird. Vielleicht könnte man auf jedem Flugblatt einen kleinen Vermerk anbringen, der sich nicht begnügt, den Leuten zuzurufen: „Trinkt keinen Schnaps!", sondern der vielleicht in drei Sätzen sagt: „Arbeiter, Euer Schnapsgenuß liefert dem Staat jährlich 180 Millionen zu Zwecken, mit denen er uns bekämpft, den Junkern jährlich 46 Millionen, damit ihr Hochmut täglich höher steigt."

Immer muß ein Appell an den Verstand und das Pflichtbewußtsein vorhanden sein. Aber mit dem bloßen Verbot dienen wir der Sache nicht. Auf diese Weise werden wir mehr erreichen als auf dem Wege, den Davidsohn gehen will. Das Inseratenverbot kann auch zu gegenseitiger Schnüffelei führen. (Sehr wahr!) Vergessen wir auch nicht, daß wir Landesteile haben, wo dieser oder jener Genosse das Gewerkschaftshaus nicht mehr besuchen wird, wenn er seinen Schnaps dort nicht mehr bekommt, oder nebenan hingehen wird, um Schnaps zu trinken, oder gar seinen Schnaps mitbringen wird. Da würden wir nur erreichen, daß wir uns durch ein völliges Schnapsverbot in das eigene Fleisch schneiden würden. Die Frage ist nicht durch einen Beschluß zu erledigen, denn es handelt sich um eine Erziehungsfrage. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Der Antrag 46 wird mit der Motivierung zurückgezogen, daß Genossin Zietz erklärt habe, der Parteivorstand werde Flugblätter für die Taubstummen herausgeben.

Das Schlußwort zum Bericht des Parteivorstandes erhält

Ebert:

Von keinem Redner ist ein Vorwurf gegen den Parteivorstand wegen seiner Stellung in der Göppinger Sache erhoben worden. Es steht für mich fest, daß der Parteitag einmütig unsere Haltung billigen wird. Ich muß aber einige Ausführungen richtig stellen, damit sie nicht später wieder in der einen oder anderen Weise böse gedeutet werden. Es ist nicht richtig, daß der Parteivorstand im Göppinger Fall zur Sanierung nur bereit gewesen ist, wenn der Landesvorstand mitmachen würde. Nachdem wir gewillt waren, zu sanieren, haben wir den Landesvorstand lediglich gutachtlich darüber gehört, ob wir überhaupt sanieren sollen, und wir hätten die Sanierung eventuell auch ohne den Landesvorstand durchgeführt. Die Behauptung von Schepperle, daß in der Sitzung vom 7. Juni in Stuttgart, in der ich sprach, gesagt wurde, wenn die Göppinger die Erklärung nicht anerkennen würden, dann würde überhaupt eine Sanierung nicht stattfinden, ist in jeder Hinsicht falsch und unwahr. (Hört! hört!) Von keiner Seite ist eine Aeußerung gefallen, die sich so deuten ließe. Im Gegenteil, es ist den Göppingern gesagt worden, daß sie völlig unbeeinflußt zu der Erklärung Stellung nehmen sollen. Das ist protokollarisch festgelegt. Das Protokoll ist von allen Anwesenden genehmigt worden. Westmeyer hat nach der Sitzung vom 26. Mai gesagt, es sei ganz unglaublich, daß der Parteivorstand eine solche Bedingung gestellt habe. Aber trotzdem er das als unglaublich bezeichnet hat, hat er es doch der „Bremer Bürgerzeitung" übermittelt. (Hört! hört!) Wäre es nicht vernünftiger gewesen, er hätte sich an den Parteivorstand gewandt? Das wäre um so notwendiger gewesen, weil die endgültige Entscheidung ja erst am 30. Mai gefallen ist, der Parteivorstand also noch rechtzeitig hätte eingreifen können. Gewiß kann ein Genosse einmal infolge einer falschen Information eine unrichtige Behauptung aufstellen, und es wäre gewiß ungerechtfertigt, ihm deshalb besonders heftige Vorwürfe zu machen. Aber wenn er dann, nachdem die Aufklärung erfolgt ist, von neuem diese Vorwürfe erhebt, so ist sein Verhalten entschieden zu mißbilligen. Und das trifft auf Westmeyer zu. (Hört! hört!) Trotz unserer Erklärung hat er zusammen mit Radek und Thalheimer am 11. Juni eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird: „Wir halten alles, was wir bisher in der Angelegenheit erklärt haben, aufrecht." Westmeyer hat auch in dem geheimen Zirkular, das von drei Genossen von Göppingen aus verschickt wurde, noch am 7. Juni die Parteipresse gewarnt vor unseren Erklärungen. Es heißt in dem Zirkular: „Wir halten es für notwendig, Ihnen das alles mitzuteilen, damit Sie die Bedeutung der zu erwartenden Erklärung des Parteivorstandes von vornherein zu würdigen wissen."

Es ist weiter von Göppingen am 7. Juli ein vertrauliches Telegramm an die Parteipresse gesandt worden, in dem es heißt: „Vertuschungsaktion Parteivorstandes gescheitert, Vorsicht vor Parteivorstandsnachricht am Platze. Brief folgt." (Bewegung) Unterzeichnet ist das Telegramm: Westmeyer. (Erneute Bewegung.) Westmeyer bestreitet allerdings, daß er das Telegramm unterzeichnet hat. Aber daß es abgegangen ist, bestreitet weder er noch Schepperle. Sie behaupten nur, daß mit ihrem Namen Mißbrauch getrieben worden ist. (Lachen.) Die „Leipziger Volkszeitung" scheidet nach der durchaus loyalen Erklärung von Lensch für uns aus dieser Affäre aus. Nur hätte ich gewünscht, daß die Redaktion in der Aufnahme von Artikeln aus Württemberg vorsichtiger gewesen wäre. Am meisten hat mich in der Rede von Henke überrascht, daß er bedauert hat, daß ich die Frage der Mitgliedschaft Radeks erörtert habe, und daß er uns weiter vorgeworfen hat, wir hätten schon früher die Parteipresse informieren müssen. Am 9. September erschien in der „Bremer Bürgerzeitung" zur Affäre Radek ein Artikel, der in der Entstellung alles Mögliche leistete. Es war darin auch behauptet, daß Radek seit 1908 Mitglied der Deutschen Partei sei. Mit Rücksicht darauf und weil wir wußten, daß die bremische Parteigenossenschaft sich in einer Versammlung am 12. September mit der Affäre Radek beschäftigen wird, hielten wir es für notwendig, ohne in die Sache einzugreifen, doch wenigstens die Frage der Mitgliedschaft Radeks richtig zu stellen. Wir schrieben an die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung" einen Brief, worin wir die Mitgliedschaft Radeks darstellten und eine Richtigstellung verlangt haben. (Zuruf vom Parteivorstand: Erwartet!) Leider ist diese Richtigstellung nicht erfolgt und deshalb mußten wir die Sache hier auf dem Parteitage klarstellen. Oder sollten wir vielleicht den Weg wählen, den Rosa Luxemburg gewählt hat, und in die Oeffentlichkeit flüchten? Es scheint bald so, als ob Henke über die Vorgänge in seiner eigenen Redaktion nicht genügend informiert ist, oder daß er dort schließlich gar den Radek schalten und walten läßt. (Stürmisches Hört! hört!) Das wäre ja noch interessanter, wenn dieser Held, dieser Retter der Meinungsfreiheit, dort in der „Bremer Bürgerzeitung" die Richtigstellung der gröblichsten, tatsächlich unrichtigen Behauptungen vereitelt hätte. (Anhaltende Bewegung.) Entschieden muß ich die Ansicht von Mattutat zurückweisen, daß die Württemberger Parteistreitigkeiten sich nicht so entwickelt hätten, wenn der Parteivorstand früher und energischer eingeschritten wäre. Wir haben die ganzen Jahre immer und immer wieder auf die Genossen von beiden Seiten eingewirkt und sie an ihre Parteipflicht ermahnt.

Damit möchte ich diese Angelegenheit verlassen und noch etwas zur Frage unseres polnischen Parteiorgans sagen. Der Genosse Biniskiewicz hat den Antrag über die „Gazeta Robotnicza" hier befürwortet. Er will, daß auch fernerhin diese Zeitung wöchentlich dreimal erscheinen soll. Wir hatten den Vorstand der P. P. S. ersucht, vom 1. Januar 1906 dieses Blatt wöchentlich erscheinen zu lassen. Wenn Biniskiewicz sagte, das Blatt habe sich gut entwickelt und unser Beschluß sei daher nicht gerecht, so muß ich auf folgendes hinweisen: Es bedarf wohl keiner Ausführungen, daß die deutsche Partei jedenfalls bestrebt gewesen ist, alles zu tun, um die Agitation unter den polnischen Proletariern zu fördern. Es ist jederzeit alles getan worden im Kampfe gegen die Unterdrückung der polnischen Nation. Seit 1906, seitdem die Vereinbarung zwischen der P. P. S. und dem Parteivorstand besteht, ist auch in finanzieller Hinsicht der P. P. S. die weiteste Unterstützung gewährt worden: Wir haben in Kattowitz eine Druckerei eingerichtet, wir haben ihr die Möglichkeit gewährt, daß vom 1. Januar 1907 ab die „Gazeta" wöchentlich dreimal erscheinen konnte, wir haben für dieses Organ hohe Zuschüsse geleistet, haben Kolporteure subventioniert, haben im Rheinland und im oberschlesischen Industriegebiet zeitweilig Sekretariate unterhalten, kurzum, der deutsche Parteivorstand hat in reichlichem, ja überreichlichem Maße die P. P. S. und ihr Organ unterstützt. (Hört! hört!) Aber schließlich müssen auch Erfolge aufzuweisen sein. Daran hat es bei der P. P. S. und der „Gazeta" völlig gefehlt. Nach den Ausführungen von Biniskiewicz muß ich leider auch hier einige tatsächliche Angaben machen. Seit dem 1. Januar 1907 bis zu Ende dieses Geschäftsjahres 1912 hat die „Gazeta" keine 300 Abonnenten gewonnen, und in dieser Zeit hat die deutsche Partei für dieses Organ eine Subvention von über 80 000 M. gezahlt. (Hört! hört!) Daraus ergibt sich klipp und klar, daß alles versucht wurde, um das Blatt lebensfähig zu machen. Wenn aber sich bisher kein Fortschritt ergeben hat, so ist der Beweis geliefert, daß eine Entwicklungsmöglichkeit nicht gegeben ist und weitere Opfer zwecklos wären. Wenn man daraus irgendwelche Schlüsse über unsere Haltung zur P. P. S. ziehen will, ist das falsch. Es sind nicht politische Erwägungen, sondern die Tatsache, daß trotz reichlicher Subventionen bisher kein Fortschritt zu erzielen war, für uns die Veranlassung gewesen, wieder auf den früheren Zustand zurückzukommen.

Ein paar Worte zu den Anträgen, die eine lebhaftere Agitation unter den Privatangestellten fordern. Wir haben uns ja bemüht, nach der Richtung das möglichste zu tun: das Handbuch zur Reichstagswahl bietet reichliches Material, ebenso die zur Reichstagswahl herausgegebenen Broschüren. Andererseits ist auch ein Flugblatt zur Agitation unter den Angestellten herausgegeben worden. Wir sind auch künftig bereit, alles zu tun, was geeignet ist, unsere Bestrebungen zu fördern. Deshalb bitte ich, diese Anträge dem Parteivorstand zur Erwägung überweisen zu wollen. Genosse Dr. Laufenberg hat gewünscht, daß auch die Wahlrechtsfrage erörtert werden soll. Gewiß ist die preußische Wahlrechtsfrage ein Hauptteil der deutschen Politik, und es ist wichtig, sich auf dem allgemeinen Parteitag damit zu beschäftigen. Ich kann noch erklären, daß auch wir in der Parteileitung der Meinung sind, daß die Wahlrechtsbewegung in Preußen von neuem entfacht werden muß. Wenn der Landtag in der nächsten Zeit zusammentritt, sind vier Jahre verflossen, nachdem in der Thronrede versprochen wurde, daß das elendeste aller Wahlsysteme beseitigt werden soll. Die brennende Schmach des Dreiklassensystems lastet aber heute immer noch auf dem preußischen Volke. Es gilt deshalb, das preußische Volk von neuem aufzufordern, sich seine Bürgerrechte zu erkämpfen. Noch im Laufe dieses Monats wird die preußische Landeskommission zusammentreten, um die zur Wahlrechtsbewegung erforderlichen Schritte einzuleiten. (Lebhafter Beifall.) Ich komme zum Schluß. Die Aussprache, die sich an den Vorstandsbericht geknüpft hat, hat uns eine ganze Reihe von Anregungen gegeben, die sicher sorgfältig gewürdigt werden; aber ich darf sagen, daß Einwendungen gegen die Tätigkeit des Parteivorstandes von keinem Redner erhoben worden sind. Ich kann deshalb wohl annehmen, daß unsere Tätigkeit die volle Zustimmung des Parteitages findet. (Lebhafter Beifall.)

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Braun (Parteivorstand):

Nach dem Lauf der Debatte könnte ich eigentlich auf ein Schlußwort verzichten, wenn ich nicht für den Parteivorstand zu zwei Anträgen Stellung zu nehmen hätte. Zum Kassenbericht ist nichts gesagt worden, und wenn für die Finanzen das gilt, was für die Frauen als geltend ausgegeben wird, daß nämlich die die besten sind, von denen man am wenigsten spricht, so kann man annehmen, daß unsere Finanzen in bester Ordnung sind. Der Antrag 80 von Mülheim-Wipperfürth verlangt, daß der Parteivorstand beauftragt werden soll, Verwaltungsmaterialien, als Geschäftsbücher, Kassen- und Mitgliedsbücher von einer Zentralstelle herstellen zu lassen. Das wäre ein verkehrter Weg, wenn dadurch eine Vereinheitlichung des Verwaltungsmaterials herbeigeführt werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, soll man nicht zuerst die technische Herstellung zentralisieren, sondern erst die Materialien vereinfachen. Ich bitte Sie namens des Parteivorstandes, diesen Antrag abzulehnen. Ein ähnlicher Antrag ist bereits auf dem Parteitag in Essen angenommen worden. Damals hat der Parteivorstand die Materialien aus den einzelnen Bezirken und Wahlkreisorganisationen eingefordert. Eine spätere Konferenz der Bezirksvorstände beschäftigte sich damit. Dabei hat sich herausgestellt, daß das Material der einzelnen Bezirke und Wahlkreise, das den verschiedensten Verhältnissen angepaßt ist, doch ein so verschiedenartiges ist, daß es sehr schwer hält, Materialien nach einer einheitlichen Schablone herzustellen. In jener Konferenz kamen die Bezirksvorstände deshalb zu dem Schluß, daß erst in allen Bezirken versucht werden soll, einheitliche Materialien zu schaffen. Wenn sich das hat durchführen lassen, kann man ins Auge fassen, bestimmte Richtlinien für einheitliche Materialien im ganzen Reiche aufzustellen. Wenn es dem Vorstand möglich ist, wiederum Material zusammenzustellen und Richtlinien aufzustellen für einheitliche Verwaltungsmaterialien, so wird das geschehen. Lehnen Sie daher den Antrag ab und binden Sie nicht den Parteivorstand. Der Antrag 11 verlangt Wahlkreiskonferenzen. Nun, wir haben jetzt Geschäftsführer-, Redakteur-, Bezirks-, Sekretär-, Bibliothekar-Konferenzen und andere auch noch. Das ist beinahe schon zuviel. (Zuruf: Sonderkonferenzen.) Von denen ganz abgesehen. Es muß doch Maß gehalten werden. Wir haben 84 Parteisekretäre, und es wird fast wöchentlich mehr. Wollten wir nun auch Kreissekretärkonferenzen abhalten, so hätten wir fortgesetzte kleine Parteitage. Zur Beratung der Kleinarbeit wären bezirksweise Besprechungen der Funktionäre viel geeigneter, als wenn der Kreissekretär von Königsberg mit dem von Mülheim im Elsaß zusammenkommt. Einen Zweck hat es, wenn auf den Bezirkskonferenzen die Kreissekretäre über die Agitation sprechen. Ergibt sich die Notwendigkeit und Ersprießlichkeit von einheitlichen Richtlinien für das ganze Reich, so sind die Bezirkssekretär-Konferenzen der richtige Weg. Auch ein Mitteilungsblatt wurde verlangt, aber dessen Zweck erfüllt die Parteipresse vollauf. Ich bitte deshalb, den Antrag 11 abzulehnen.

Kaden verzichtet auf das Schlußwort. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Henke-Bremen: Ebert glaubte, einen Vernichtungsschlag gegen mich führen zu können. (Große Unruhe.) So lassen Sie mich doch reden. Wenn ich von einem Schreiben des Parteivorstandes an die Redaktion der „Bremer Bürgerzeitung“, das vom 10. September datiert ist, nichts wußte, so erklärt sich das daraus, daß ich seit Sonntag voriger Woche auf Agitation im Vogtland war. In solcher Situation befinden sich ja auch gelegentlich Parteivorstandsmitglieder. Ich weiß nichts über das Schreiben des Parteivorstandes, da es mir nicht nachgeschickt wurde. Selbst die „Bremer Bürgerzeitung“ wurde mir trotz meines Ersuchens nicht nachgeschickt, so daß ich über alles, was in der letzten Woche über den Fall Radek in der Zeitung erschienen ist, nicht informiert bin. (Zuruf: Wer ist den jetzt dort Redakteur?) Warten Sie nur ruhig ab, der Name ist es nicht, den Sie gern hören wollen. In der Frage Eberts, ob ich diesen Radek in der Redaktion schalten und walten lasse, liegt schon die Antwort. Ich muß diese Unterstellung auf das schärfste zurückweisen. Das kann nicht frappieren, daß er da schaltet und waltet. Außerdem habe ich heute telephonisch mit der Bremer Redaktion gesprochen, obschon ich dazu nicht verpflichtet wäre, daß auf keinen Fall irgendwelche Arbeit des Genossen Radek in der „Bürgerzeitung“ erscheinen soll, bevor der ganze Fall erledigt ist. Mehr kann man nicht tun. Nun soll auch ein Artikel der Genossin Rosa Luxemburg von der „Bürgerzeitung“ abgelehnt worden sein, so daß die arme Frau zum „Vorwärts“ flüchten mußte, wo sie früher mit anderen Artikeln eine Aufnahme fand. Der Artikel wurde mir postlagernd nach Plauen geschickt, wo ich ihn Sonntag erhielt und ich mir sagte, daß er hätte aufgenommen werden können. Der Kollege sagte mir aber, er hätte eine Notiz geschrieben, daß er den Artikel nicht bringen könnte, weil eine Kommission der Bremer Genossen die ganze Sache untersuchen soll, welcher Kommission der Artikel als Material überwiesen würde. Bei der Wahl der Kommission in der Parteiversammlung wurde der Versammlung ausdrücklich ein Schreiben des Vorstandes mitgeteilt, wonach Radek kein Mitglied gewesen sei. (Widerspruch.) Henke verliest nun eine Erklärung der bremischen Parteitagsdelegierten, wonach in der Diskussion der Bremer Versammlung über den Fall Radek angeführt wurde, daß Radek von 1908 bis 1911 kein Mitglied gewesen sei. Da Radek erklärt hatte, daß diese Information auf einem Irrtum beruhen müsse, wurde es als selbstverständlich betrachtet, daß auch die Aufklärung dieser Frage zu den Aufgaben der Kommission gehört. Der mich vertretende Kollege hat mich heute davon unterrichtet, daß Radek ihm gesagt habe, er solle an den Vorsitzenden des Parteitages schreiben und ihm mitteilen, daß alles, was über seine (Radeks) Nichtmitgliedschaft behauptet werde, unrichtig sei. Er (Radek) werde nachweisen, daß er Mitglied gewesen sei. Henke fährt fort: Seien Sie überzeugt, daß wir Bremer ein ebenso gutes Parteiehrgefühl haben, wie irgend ein anderer. Wenn jemand mich deswegen verdächtigen will, so reicht das nicht an meine Füße (Unruhe, Zurufe und Lachen); das reicht nicht an meine Fußsohlen. Wenn Radek das ist, als was er hier hingestellt wurde, dann werden wir mit ihm verfahren, wie andere mit ihm verfahren sind. Dazu ist die Untersuchungskommission eingesetzt, darum haben wir seine Mitarbeit nicht abgelehnt. Das hat auch die „Leipziger Volkszeitung“ nicht getan. Vielleicht gibt Lensch darüber noch eine Erklärung ab, die Ebert wieder befriedigt. (Vorsitzender Haase ermahnt den Redner, nicht zu weit den Rahmen der persönlichen Bemerkung zu überschreiten.) Ich erkenne an, daß mir ein weiter Spielraum gelassen wurde; aber der gegen mich gerichtete Angriff rechtfertigt das. Sie sehen, daß die Sache Radek, auf die ich mich nicht weiter einlassen will, doch etwas anders liegt, als wie sie Ebert dargestellt hat. Ich überlasse es ruhig Ihnen, darüber zu urteilen.

Biniskiewicz-Kattowitz bemerkt gegenüber Ebert, daß er nicht den Antrag 144 begründet hätte, sondern nur seine persönliche Auffassung dazu geäußert habe.

Ebert (vom Parteivorstand): Zu meinen Ausführungen gegen Henke hat mich nur sein Vorwurf veranlaßt, daß wir den Redaktionen nicht schon früher über Radeks Nichtmitgliedschaft Mitteilung gemacht hätten. Ich wußte nicht, daß Henke in dieser für Bremen so kritischen Zeit verreist war, wie Henke erklärt. Wenn Henke sagte, daß Radeks Mitgliedschaft in der Bremer Kommission untersucht würde, so kann ich ihn beruhigen. Es gibt gar nichts zu untersuchen. Nach Mitteilung der Leipziger Wahlkreisorganisation ist Radek dort nicht Mitglied gewesen. Nach Mitteilung des Vorstandes des 6. Berliner Wahlkreises war Radek dort nicht unter den von ihm angegebenen Namen Mitglied. Er hat sich lediglich gemeldet und keine weiteren Beiträge bezahlt. Henke kann bei mir die betreffenden Schriftstücke einsehen.

Henke-Bremen: Eberts Glaubwürdigkeit ist mir hinlänglich bekannt. Ich brauche die Schriftstücke nicht einzusehen; ich zweifle nicht an Eberts Worten. Wenn das der Fall ist, daß Radek uns gleichsam ange . . . (Lebhafte Zurufe: Angelogen!), sagen wir: Angelogen hatte, so würden wir das genau so zu bewerten wissen, wie andere Leute. Ich habe in meiner gestrigen Rede nicht davon gesprochen, was vom 9. und 10. dieses an passiert war, sondern von dem, was vorher passiert war, und ich sagte, da hätte der Parteivorstand, der die Mitarbeit Radeks für eine ganze Anzahl von Blättern, auch revisionistischen Blättern (Zuruf: revisionistische Blätter gibts nicht!) kannte, uns auch informieren können. Das hat er nicht getan, und deshalb ist er mitschuldig. (Unruhe.)

Es wird abgestimmt. Die Anträge 3*), 4, 5, 6 und 7 werden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen, ebenso der Antrag 8. Die Anträge 9 in Verbindung mit 151, 11, 155, 80, 91 und 99 werden abgelehnt. Antrag 97 ist zurückgezogen. Antrag 160**) wird angenommen, 191 zurückgezogen, 192 abgelehnt. Der Antrag Ebert-Schulz, Agitation unter den Arbeitern und Arbeiterinnen im Alter von 18—20 Jahren wird angenommen, ebenso einstimmig der weitere Antrag Ebert-Müller-Schulz betreffend den Protest gegen die Verfolgungen der proletarischen Jugendbewegung. Dadurch erledigen sich die Anträge 12, 13, 148 und 173. Die Anträge 95***), 98, 115, 119 werden dem Zentralbildungsausschusse überwiesen. Von den Anträgen zum Schnapsboykott wird der Antrag Gottschalk einstimmig angenommen. Dadurch erledigen sich die Anträge 125, 126 und 127. Antrag 128 sowie ein dazu gestelltes Amendement Davidsohn, die Worte „des gesamten Spirituosenverkaufs“ zu ersetzen durch die Worte „des Schnapsverkaufes“ werden abgelehnt. **Hierauf wird dem Parteivorstand einstimmig Decharge erteilt.**

Es folgt 2a:

Lebensmittelteuerung.

Hierzu liegt die an leitender Stelle wiedergegebene Resolution des Parteivorstandes vor.

Scheidemann:

Wir Sozialdemokraten als die berufenen Vertreter des werktätigen Volkes haben von Jahr zu Jahr unsere Stimme erhoben, damit Maßregeln zur Linderung des Notstandes ergriffen werden, aber regelmäßig hat man uns geantwortet, daß es sich um eine vorübergehende Erscheinung handelt, und daß die Teuerung eine internationale sei. Man kann zweifeln, ob diejenigen, die von einer vorübergehenden Erscheinung sprechen, dies aus Unwissenheit oder aus Dummheit tun. Daß die Teuerung international ist, ist richtig; aber es scheint mir zweifelhaft zu sein, ob diejenigen, die uns mit diesen Argumenten immer wieder kommen, die Ursache dieser internationalen Erscheinung kennen. Die stürmische Entwicklung des Kapitals gipfelt jetzt schon zum dritten Male seit 1895 in einem geradezu ungeheuren Aufschwung der industriellen Hochkonjunktur. Jedesmal, wenn der Gipfel dieser Hochkonjunktur erreicht war, stellte sich eine ungeheure Teuerung ein. Die rasche Ausbreitung der Industrie ist im wesentlichen zurückzuführen auf die großen technischen Fortschritte. Der Kapitalismus begnügte sich nicht mehr damit, seine Waren auf fremde Märkte zu werfen. Jetzt wird er selbst mit Haut und Haren in immer neue Länder exportiert. Er überschwemmt neue Länder mit neuen Waren und revolutioniert sie politisch. Der Profit in der Industrie ist ungeheuer gesteigert. Nun ist die kapitalistische Produktion eine anarchische. Wieviel und was produziert wird, hängt in erster Linie ab von der Profitmöglichkeit, und so entstand ein immer größeres Mißverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Während die Kartellierung und Vertrustung die Preise der industriellen Produkte hochhielt und den Kartellmagnaten große Extraprofite in fabelhafter Höhe in den Schoß warfen, sind die landwirtschaftlichen Produkte um deswillen gestiegen, weil das Kapital die Entwicklung der Landwirtschaft vernachlässigt hat. Die Landwirtschaft leidet ferner unter einem Arbeitermangel. Die Ueberschüsse der Bevölkerung werden nicht von der Landwirtschaft, sondern von der Industrie herangezogen. Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß auch der Hochkonjunktur sicher wieder eine Krisis folgt mit all dem Elend in Gestalt der Arbeitslosigkeit. Die Teuerung als Folge der reinen kapitalistischen industriellen Entwicklung ist der denkbar beste Beweis für die Sinnlosigkeit einer Gesellschaftsordnung, in der die stets steigende Produktion zu einer Quelle der Verarmung der Produzenten wird.

Wir haben eine Fülle von Produkten und trotzdem leiden die Völker Not. Einer solchen anarchischen Produktionsweise sollte man möglichst schnell ein Ende machen. (Sehr richtig!) Nun sind die internationalen Ursachen der Teuerung nicht abhängig von der deutschen Wirtschaftspolitik. Sie können nicht gehemmt werden durch das Allheilmittel des Liberalismus, den Freihandel. **Hier muß es aufs Ganze gehen: Beseitigung der kapitalistischen Produktion und Ersatz durch den Sozialismus.** (Sehr wahr!) Die Internationalität der Teuerungserscheinung ist der beste Beweis für die Notwendigkeit des Sozialismus. Ein wie großes Verbrechen am deutschen Volke bedeutet aber eine Wirtschaftspolitik, die bewußtermaßen diese Teuerung zu verlängern, zu steigern und zu verewigen sucht. Ich muß darauf verzichten, diese Wirtschaftspolitik näher zu schildern. Ich verweise nur auf das geradezu ungeheuerliche System der Ausfuhrscheine. 125 Millionen Mark Liebesgaben hat das Volk in einem einzigen Jahre an diejenigen gezahlt, die den deutschen Markt von Getreide entblößen, um die Preise hochhalten zu können. An der Beseitigung einer solchen Politik hat nicht nur die städtische Bevölkerung, sondern auch der kleine und mittlere Bauer das größte Interesse. Der Großgrundbesitz, der den Körnerbau betreibt und die Futtermittelzölle eingeführt hat, bereichert sich auf Kosten der kleinen Bauern, die die Viehzucht pflegen. Nun zu dem akuten Notstand. Zu derselben Zeit, wo der deutsche Kaiser zu seinen Brandenburger Granden sagte: Wir haben keine Ursache, unzufrieden zu sein, konnte man lesen, daß Tausende von armen Arbeiterfrauen die ganze Nacht vor den Fleischbänken standen, wo sinniges Fleisch verkauft wurde. (Hört! hört!) Dieses Fleisch hat einen Preis, den die Frauen nach fünftägigem Verzicht auf Fleisch sich allenfalls leisten können. Das sind die Frauen, die das Elend kennen, die bei der letzten Reichstagswahl von Haus zu Haus, von Treppe zu Treppe gegangen sind, um sozialistische Flugblätter zu verteilen, die gewußt haben, warum sie ihre ganze Hoffnung auf die sozialdemokratische Sache setzen.

Das sind die Mütter der Kinder, von denen im ersten Jahr durchschnittlich 18 von 100 dahinsiechen, die Mütter der Kinder, die in den Proletariervierteln bis zu **42 von 100 im ersten Lebensjahre sterben.** (Hört! hört!) Wenn wir uns klar darüber geworden sind, was das Elend gerade für diese Frauen bedeutet, dann wollen wir uns auch zu allen Zeiten dessen bewußt sein, was wir gerade diesen armen Frauen zu verdanken haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gerade ihrer wollen wir uns deshalb mit Wärme und Eifer allenthalben auf das entschiedenste annehmen. (Bravo!)

Unsere Forderungen zur Abhilfe der Not sind bekannt. Wir verlangen nicht nur, daß das Reich, sondern auch, daß die Gemeinden sich auf ihre Pflicht besinnen und die kommunale Regelung des Lebensmittelmarktes überall in die Hand nehmen. Den Arbeitern aber muß zugerufen werden, daß sie auch das Mittel der Selbsthilfe ausnutzen und sich überall den **Konsumgenossenschaften** anschließen müssen. Daß in Zeiten der steigenden Lebensmittelpreise die Arbeiter sich bemühen müssen, höhere Löhne zu erringen, ist klar. Aber dann setzt jedesmal das Bestreben der Unternehmer ein, die Arbeiter in Fesseln zu schlagen. Um so mehr haben wir zu fordern, daß das **Koalitionsrecht ausgebaut und sichergestellt wird.** (Lebhafte Zustimmung.) Diese Forderung haben wir der frechen Provokation der Scharfmacher entgegenzusetzen. Wir verlangen eine Sozialpolitik, die den verelendenden Tendenzen entgegenwirkt, wir verlangen eine Förderung der Intensivität der landwirtschaftlichen Betriebe, eine Beseitigung der Fideikommisse. In Verbindung damit fordern wir **Reform des Steuerwesens**, die Beseitigung der indirekten Steuern. Um diese Reformprojekte durchzuführen, ist es nötig, den **Reichstag so schnell als möglich einzuberufen.** Wir Sozialdemokraten brennen geradezu darauf, unsere positive Arbeit weiter zu leisten wie bisher, namentlich aber jetzt, um den breiten Volksmassen zu helfen, die nach Brot und Fleisch schreien. Am 5. September hat der Vorstand unserer Reichstagsfraktion den Reichskanzler auf den Notstand aufmerksam gemacht und die schleunige Einberufung des Reichstages gefordert. Seitdem unser Schreiben an den Reichskanzler abgegangen ist, sind zwölf Tage ins Land gegangen. In diesen zwölf Tagen hat der Reichskanzler keine Zeit gefunden, das Schreiben zu beantworten. (Hört! hört!) Er glaubt wahrscheinlich mehr an die vorhin von mir erwähnten Worte, daß man keinen Grund zur Unzufriedenheit habe. Ihn stört die Not offenbar nicht oder er fühlt die Junkerfaust an der Gurgel. Er getraut sich nicht, etwas zu unternehmen. Er muß fürchten, daß er jetzt einmal vom Reichstag desavouiert wird. Er muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sich doch einmal eine Mehrheit findet, die bereit ist, einiges von dem zu tun, was wir Sozialdemokraten als unerläßlich bezeichnen. **Er läßt das Volk lieber darben, nur um es nicht mit den Junkern zu verderben.**

Ich glaube im Sinne aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich sage, in erster Linie kommt es auf die Antwort des Reichskanzlers gar nicht an. (Sehr richtig!) Es wird darauf ankommen, welche Antwort das **deutsche Volk** geben wird. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen alle, daß niemals im Volke seit vielen Jahren bis weit in den Mittelstand hinein eine solche Erregung Platz gegriffen hat wie in diesen Zeiten. Wir sind bereit, diese Erregung umzusetzen in fruchtbare Arbeit. Aber die Regierungen müssen sich klar sein, was es bedeutet, den Willen des ganzen Volkes zu mißachten. **Wenn diese Erregung Formen annimmt und sich so äußert, wie wir alle es nicht wünschen, dann tragen die die Verantwortung, die jetzt den traurigen Mut haben, den Schrei des Volkes nach Brot zu mißachten.** (Lebhafter Beifall.) Die wirkliche Not, die jetzt durch die Straßen geht, ist offenbar. Ich möchte dem Reichskanzler auch von hier zurufen, daß er hören möge, wie es dem Volke geht. Ich möchte

---

*) 3. Genosse Giebel-Berlin, Sozialdem. Verein Essen, Königsberg i. Pr., Duisburg, drei Genossen in Arnstadt, sechs Genossen in Breslau, Köln: **Der Parteivorstand wird ersucht, in erhöhtem Maße Material für die Agitation unter den Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Technikern, Bureauangestellten) den Parteifunktionären zur Verfügung zu stellen.**

4. Frankfurt a. M.: Der Parteivorstand wird beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter den Kreisen der kaufmännischen und technischen Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der der Arbeiterbewegung bilden sollen; die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

5. Hamburg III, Distrikt Hamm: In Anbetracht dessen, daß die wirtschaftliche Entwickelung die Privatangestellten immer mehr ihre Klassenlage erkennen läßt, ferner daß die verschiedenen politischen Parteien sich bemühen, diese Kategorie von Angestellten für ihre Bestrebungen einzufangen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die Agitation unter den Privatangestellten mit besonderer Energie zu fördern. Insbesondere sind auch alle diejenigen Bestrebungen zu bekämpfen, die unter dem Deckmantel der „Demokratie“ und „Fortschrittliche Gesinnung“ die Privatangestellten von der allgemeinen Arbeiterbewegung fernhalten wollen.

6. Hamburg III, Distrikt Veddel: Mit Rücksicht darauf, daß die politischen Parteien immer mehr Einfluß auf die Angestelltenkreise gewinnen, macht sich eine umfangreiche sozialdemokratische Agitation innerhalb dieser Kreise notwendig, um so mehr eine sozial-fortschrittliche Bewegung versucht, diese Kreise zu organisieren. Dem Parteivorstand wird anheimgegeben, eine rege Agitation zu entfalten.

7. Solingen, Kiel und acht Genossen in Düsseldorf: Der Parteitag möge beschließen: Mit Rücksicht darauf, daß die Demokratische Vereinigung bestrebt ist, auf die technischen Angestellten immer mehr Einfluß zu gewinnen, wird der Parteivorstand beauftragt, die sozialdemokratische Agitation unter diesen Kreisen der Angestellten nach Möglichkeit zu fördern. Bei dieser Agitation ist insbesondere der von der Demokratischen Vereinigung und dem Bund der technisch-industriellen Beamten propagierte Gedanke abzuwehren, daß die Handlungsgehilfen, Techniker usw. eine besondere Angestelltenbewegung neben der Arbeiterbewegung bilden sollen. Die Angestellten können ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage nach nur ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung sein.

**) 160. Berlin IV: Die Bilder (Illustrationen) der „Neuen Welt“ sind besser zu gestalten oder fortzulassen; im letzteren Falle würde Raum zu gemeinwissenschaftlichen Aufsätzen geschaffen werden, die zweckdienlicher wären. Der Autotypiedruck eignet sich nicht für Rotationsdruck, ebensowenig schlechtes Papier.

***) 95. Frankfurt a. M.: Für das gesamte Bildungswesen ist (event. gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften) ein monatlich erscheinendes Organ herauszugeben. Dasselbe soll für alle Zweige unserer Bildungsarbeit Rat und Auskunft geben, den Austausch praktischer Erfahrungen ermöglichen und besonders das Bibliothekswesen in wirksamer Weise unterstützen. Eventuell kann die in Leipzig erscheinende Monatsschrift „Der Bibliothekar“ übernommen und in gedachter Weise ausgebaut werden.

115. Bonn: Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins Bonn-Rheinbach mißbilligt die Veranstaltung von Sonderkonferenzen, in denen Parteigenossen, gleichviel welcher Richtung, zu allgemeinen Parteifragen Stellung nehmen. Die Parteidisziplin verlangt, daß die Parteigenossen ihre theoretischen und taktischen Gegensätze im Rahmen der Organisation austragen. Derartige Sonderkonferenzen schwächen die Bedeutung des Parteitags und zersplittern die Kräfte der Partei, während das einheitliche Klasseninteresse des Proletariats eine starke, einheitliche Organisation fordert.

119. Elberfeld-Barmen: 1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.

ihm den Rat geben, daß er es seinem allergnädigsten Herrn sagen möge, daß das Volk keine Ursache hat, mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden zu sein. Das Volk leidet Not! Wenn der Reichskanzler es nicht glauben will, wenn er alle Berichte von den armen Frauen, die finniges Fleisch kaufen müssen, nicht glauben will, dann möge er in die Siechenhäuser und Heilstätten gehen und die Direktoren fragen, warum so viele dort liegen, die nicht dort zu sein brauchten. Er möge die Stadtverwaltungen fragen, die Armenkommissionen, den Oberbürgermeister einer großen Stadt, der erklärt hat, er könne einen großen Platz zu einer Versammlung deshalb nicht geben, weil der Notstand so groß sei, weit über die Massen des Proletariats hinaus, daß es keinen Platz gebe, der groß genug sei, um die Unzufriedenen zu fassen. Wenn der Reichskanzler das alles nicht glauben will, dann soll er selbst einmal in die Gassen des Elends gehen. Ich schließe mit der Mahnung an Euch alle, daß Ihr draußen wie bisher alles tut und den Massen sagt, warum es ihnen schlecht geht und wie eine Besserung möglich wäre. Denen oben aber sage ich: **Hört, Ihr seid gewarnt.** Wir sind bereit, friedlich zu arbeiten und die Erregung in fruchtbare Arbeit umzusetzen. Gedenket des alten Sprichworts: **Not bricht Eisen!** Not lehrt aber auch die Arbeiter denken. Wir sind der festen Ueberzeugung, das zur Erkenntnis gelangte Volk wird nicht nur wissen, wie es seinen Kampf zu führen hat, es wird auch verstehen, zu siegen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Böhle-Straßburg: Ich beantrage, von einer Diskussion über das Referat abzusehen und auch die Resolution des Parteivorstandes ohne Debatte anzunehmen.

Gegen den Widerspruch von **Schiller**-Breslau wird von einer Diskussion abgesehen und die Resolution zur Teuerungsfrage unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen.

Es folgt der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

den **Blume**-Hamburg erstattet. Es sind 527 Teilnehmer am Parteitage anwesend. Von diesen sind 409 Delegierte, 77 Reichstagsabgeordnete, 11 vom Parteivorstand, 9 von der Kontrollkommission, eine Genossin vom Frauenbureau, ein Genosse von der Firma Auer u. Co. vom Vorstand geladen, ein Genosse vom „Vorwärts". Weiter sind geladen ein Sachverständiger des Parteivorstandes; außerdem sind 17 ausländische Genossen als Gäste anwesend.

Es liegen drei Proteste vor. Zunächst aus dem 6. Schleswig-Holsteinischen Kreise gegen den Genossen Kirch. Er soll als Ortsvorsitzender in Ottensen die Wahlen dadurch beeinflußt haben, daß er aufgefordert habe, auch für andere Kandidaten zu stimmen, als solche von Ottensen. Die Mandatsprüfungskommission ist der Ansicht, daß jeder Genosse das Recht hat, ihm geeignet erscheinende Kandidaten zu empfehlen. Der Protest gegen die Wahl Kirchs wird also zurückgewiesen. Der Parteitag stimmt dem zu. Ein weiterer Protest liegt vor aus dem Kreise Anhalt 2, Bernburg-Köthen, und zwar aus den Ortsvereinen Gernrode und Harzgerode. Der Protest richtet sich gegen das Mandat des Delegierten Theuerjahr in Köthen. Theuerjahr war mit Hoffmann in die Stichwahl gekommen. Er hatte 488 Stimmen, Hoffmann 376. Einige Tage nachher wurde der Stichwahltermin aufgehoben mit der Begründung, daß Hoffmann von der Kandidatur zurückgetreten sei. Die Gernroder und Harzgeroder erklärten nun, dadurch sei Theuerjahr nicht gewählt. Ihm standen noch andere Kandidaten gegenüber, die zusammen mehr Stimmen hatten als er. Die Kommission hat den Protest als begründet erachtet und beantragt Ungültigkeitserklärung.

Günther-Bernburg: Hoffmann ist von der Stichwahl lediglich zurückgetreten, um die Stichwahl überflüssig zu machen. Das ist ihm von verschiedenen Ortsvereinen nahegelegt worden. Der Sonntag, an dem die Stichwahl sein sollte, konnte zur Verteilung eines Flugblattes gegen die Teuerung ausgenutzt werden. Es handelt sich um keinerlei Richtungsgegensätze. Wenn Sie entscheiden, daß ein formeller Verstoß geschehen ist, werden wir uns fügen; aber der Effekt wäre, daß das zweite Mandat unbesetzt bliebe.

Der Parteitag erklärte das Mandat Theuerjahr für gültig. (Beifall.)

Blume-Hamburg: Es liegt noch ein Protest vor aus dem Wahlkreise Augsburg. Rollwagen ist gewählt worden, konnte aber wegen der Tagung des bayerischen Landtags nicht erscheinen. Nun hat man einfach Buchwiese ohne Wahl mit dem Mandat betraut; dagegen wendet sich der Protest von Augsburg. Wir beantragen, die Wahl Buchwieses, der übrigens bereits abgereist ist, für ungültig zu erklären. Der Parteitag schließt sich diesem Antrage an.

Es folgt der

Bericht der Reorganisationskommission

über ihren abgeänderten Entwurf.

Berichterstatter Müller:

Ich kann mich sehr kurz fassen, weil ein einmütiges Votum der Kommission vorliegt. Die Kommission hat sich in ihrer dritten Lesung auf die vorliegende Fassung geeinigt, die von den Bestimmungen von der Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen handelt. Wenn ein einmütiges Votum zustande kommt, so sind natürlich von der einen oder anderen Seite Bedenken und Wünsche zurückgestellt worden, weil Aenderungen in der Verfassung der Partei nur dann Wert haben, wenn die Partei einmütig oder wenigstens mit übergroßer Mehrheit auf dem Boden einer solchen Vorlage steht. An den §§ 1 bis 5 sind Aenderungen nicht vorgenommen worden. In der Debatte draußen im Lande hatte es eine große Rolle gespielt, daß in der Fassung der ersten Lesung eine Erhöhung des Mindestbeitrages vorgesehen worden war. In der dritten Lesung ist diese Erhöhung gestrichen worden mit Rücksicht auf die außerordentlichen **Teuerungsverhältnisse.** Damit sind wohl wesentliche Bedenken gegen diese Vorlage beseitigt. Das Geschäftsjahr soll nun vom 1. April bis 31. März laufen. Damit wird ein alter Wunsch erfüllt. Bezüglich der Vertretung der Organisationen auf den Parteitagen können von jetzt an Organisationen mit bis 12 000 Mitgliedern vier und für je weitere 6000 einen Delegierten mehr entsenden; damit wird eine Ungerechtigkeit beseitigt.

Nun die **Vertretung der Fraktion.** Man hat für die Beibehaltung der bisherigen Fassung gesagt, daß der Parteitag die Stelle ist, von der allein die Fraktion für ihre Tätigkeit zur Rechenschaft gezogen werden könne. Das trifft auch für andere Institutionen von großer Bedeutung zu. Aber in den letzten Jahren hat uns weniger die Reichstagsfraktion in heißen Kämpfen beschäftigt, sondern vielmehr Landesangelegenheiten. Es müßten also auch den Landtagsabgeordneten, die in letzter Instanz dem Parteitag verantwortlich sind, Vertretungsrechte eingeräumt werden. Die Kommission hat also die Fassung der ersten Lesung beibehalten. Nach § 11 können in Zukunft nur noch Organisationen Anträge zum Parteitag stellen. In bezug auf das Ausschlußverfahren hat sich die Kommission in der Hauptsache auf den Boden der Elberfelder Vorschläge gestellt. Wenn in einer Sache mehr Angeschuldigte vorhanden sind, so kann in Zukunft der Parteivorstand das vor ein Schiedsgericht bringen.

Der Kern der ganzen Vorlage sind die Bestimmungen über den **Parteiausschuß.** In der dritten Lesung ist eine Fassung gefunden, die eine bessere Fühlung zwischen den Landesorganisationen und der Zentralstelle herstellen wird. Es war vor allem gewünscht worden, daß neben unserem Parteiausschuß die Konferenzen weiter bestehen sollten, die als Konferenzen der Bezirks- und Landesvorstände seit 1907 getagt haben. Das hätte einen Dualismus gegeben, darum haben wir uns in der dritten Lesung einmütig auf die jetzigen §§ 20 bis 22 geeinigt. Die Bezirksvorstände delegieren einen Vertreter. Wenn aber der Ausschuß aus den Delegierten der Bezirksvorstände besteht, konnte bei der Vielgestaltigkeit dieser Sache nicht die Rede davon sein, daß der Parteiausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstande beschließen konnte. In Anerkennung dessen ließ sich auch der Streit über die Stellung des Parteiausschusses zum Parteivorstand und Parteitag schlichten. Wenn der Parteiausschuß noch neben dem Parteivorstand beschließt und diesem sein Gutachten unterbreitet, so trägt der Parteivorstand in Zukunft allein gegenüber dem Parteitag die ungeteilte Verantwortung. Diese Tatsache, daß der Ausschuß eine gutachtende Körperschaft ist und der Vorstand die Verantwortung allein trägt, konnte es nun entbehrlich machen, daß der Parteitag die Ausschußmitglieder bestätigt. Nun ist gesagt worden, daß die Neufassung eigentlich weiter nichts sei als die alte Bezirks- und Landesvorstandskonferenz auf Grund des § 19. Das ist nicht richtig. Die wesentlichste Aenderung ist, daß jetzt mindestens alle Vierteljahr eine solche Konferenz stattfinden muß. Dadurch soll eine bessere Fühlungnahme herbeigeführt werden. Der Parteiausschuß kann auch einberufen werden, wenn der Parteivorstand es nicht will, und wenn in besonderer Situation 15 Landes- bzw. Bezirksvorstände das wünschen. Wenn Differenzen zwischen Parteiausschuß und Parteivorstand vorkommen sollten, so wird die Angelegenheit so lange hinausgeschoben, bis der Parteitag zusammengetreten ist. Bei großen Dingen, wo eine Verständigung ausgeschlossen ist, was ich mir im Augenblick nicht denken kann, müßte durch einen außerordentlichen Parteitag eingegriffen werden. In bezug auf die Zusammensetzung des Parteivorstandes hat die Kommission es im wesentlichen beim alten gelassen. Nur wollen wir, daß die beiden Beisitzer, die bisher von der Kontrollkommission gewählt wurden, in Zukunft vom Parteitag gewählt werden. Die Kontrollkommission hat ihre alten Befugnisse beibehalten. Nur soll, wenn eine Ersatzwahl für den Parteivorstand im Laufe des Jahres notwendig wird, diese von der Kommission nach Anhörung des Parteiausschusses und des Parteivorstandes erfolgen. Wir halten die neue Fassung der Kommission für einen wesentlichen Fortschritt. Sie knüpft an das an, was sich organisch entwickelt hat. Die Rechte des Parteivorstandes werden dadurch etwas eingeschränkt, aber der Parteivorstand hat selbst diesen Vorschlag gemacht, um eine bessere Fühlung mit dem Lande zu haben. Selbstverständlich hat der Parteitag in allen wichtigen Fragen auch in Zukunft das letzte Wort. Kein Parteiausschuß wird es wagen, sich Rechte anzumaßen, über die jeder Parteitag gewissermaßen eifersüchtig wachen wird. Streitigkeiten werden natürlich niemals absolut vermieden werden. Aber sie können kameradschaftlicher ausgetragen werden, als es früher bisweilen der Fall war. Der Parteiausschuß soll vor allen Dingen dazu dienen, im Kampfe gegen unsere Gegner unsere Kampfbereitschaft zu verbessern. Wir empfehlen Ihnen, unsere Anträge enbloc anzunehmen. An Ihnen liegt es, das Werk, das in der Kommission nach langen Debatten und heißem Bemühen durch einen einmütigen Beschluß zustande gekommen ist, zu krönen zum Nutzen der gesamten sozialdemokratischen Bewegung. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Vorsitzender **Haase** teilt mit, daß zu dem Kommissionsentwurf noch Abänderungsanträge eingegangen sind. Die Reichstagsfraktion soll hiernach in ihrer Gesamtheit zur Teilnahme an den Parteitagen berechtigt sein und für den Fall der Ablehnung dieses Antrages soll sie wenigstens beratende Stimme haben. Ferner sollen dem Parteivorstand nicht zwei Beisitzer angehören, sondern eine unbestimmte Anzahl von Beisitzern, die jedesmal der Parteitag bestimmt.

Die Beratung des Organisationsstatuts in Verbindung mit dem Antrag 196 von Fürth: „Invalid gewordene Parteimitglieder sind für die Dauer der Invalidität beitragsfrei und sollen aus den Mitgliederlisten nicht gestrichen werden", wird auf Mittwoch vertagt.

Schluß 6¼ Uhr.

* * *

Berichtigung.

Unser Bericht über das Referat des Genossen Braun vom Parteivorstande am ersten Verhandlungstage enthält eine falsche Zahl. Von den Ausgaben der Hauptkasse entfallen auf die Zuschüsse zu den Landtagswahlen in Bayern und Elsaß-Lothringen **nicht** 450 000 M., sondern nur 45 000 M.

Aus der Partei.

Zum Fall Radek.

Die „Bremer Bürgerzeitung" stänkert weiter. Weil wir die Zuschrift der Genossin Luxemburg, die in Bremen unglaublicherweise nicht abgedruckt worden ist, aufzunehmen genötigt waren, beschuldigt sie uns der „Voreingenommenheit" gegen ihren Radek vom — Göppinger Fall her! Wenn das Bremer Blatt nicht etwa auch die Verhandlungen des Parteitages ihren Lesern nur in Form Radekscher Polemiken gegen diese vorsetzen sollte, so werden die Leser in Bremen, die zum erstenmal dann endlich die Wahrheit über den in Göppingen angezettelten und von Bremen mit solchem Eifer unterstützten Skandal erfahren werden, sich spät, aber doch ein eigenes Urteil bilden können, wer voreingenommen ist. In Wahrheit ist heute das Bremer Blatt nicht bloß voreingenommen für, sondern völlig eingenommen von Radek.

Die „Bremer Bürgerzeitung" hat nun endlich Zeit genug gehabt, sich die Ausrede für die Nichtaufnahme der Erklärung Rosa Luxemburgs zu konstruieren.

„Wir wollen nur feststellen (!), daß wir nicht einen Augenblick daran dachten, den Artikel der Genossin Luxemburg zurückzuweisen. Lediglich der Umstand, daß die politische Redaktion unseres Blattes nicht vollzählig beisammen war — die Genossin Luxemburg wurde davon unterrichtet — ist der Grund, weshalb die Veröffentlichung des Artikels verzögert wurde. Wir glaubten bislang nicht, daß es der Genossin Luxemburg im Kampfe, sei es wo es wolle, um etwas anderes als um die Sache zu tun sein könnte. Ihr Verhalten im Falle Radek, ihre höchst verdächtige Eile, mit der sie die Veröffentlichung des Artikels betrieb, ließ uns leider an unserer bisherigen hohen Meinung irre werden."

Das übersteigt doch alle Grenzen! Tag für Tag bringt das Blatt ohne jede Rücksicht auf „Vollzähligkeit", seine Notizen für und — wie wir keinen Moment lang zweifeln — von Radek, aber das einzigemal, wo sie eine Abwehr der so schwer Angegriffenen bringen sollten, da bekamen dieselben Leute einen Anfall von Gewissenhaftigkeit und erinnern sich, daß sie nicht vollzählig sind! Und diese Erinnerung kommt gerade rechtzeitig, um zu verhindern, daß die Erwiderung der Genossin Luxemburg vor der Bremer Parteiversammlung erscheinen kann, die zu dem Fall Stellung nehmen soll!

Aber vielleicht meinen die Parteigenossen, daß jetzt wenigstens, die „nicht Vollzähligen" die Erklärung Luxemburgs aufgenommen hätten? Da kennen sie den Radek (denn die „nicht Vollzähligen" sind ja nur der Deckname) schlecht. Nachdem gegen Rosa Luxemburgs Bemerkungen ein paar herabsetzende und schnoddrige Bemerkungen gemacht worden sind, kommt der Schluß:

„Es erübrigt sich für uns, auf die Materie des Luxemburgschen Artikels im einzelnen einzugehen, da die Angelegenheit Radek einer Untersuchungskommission übergeben ist; auch kann für uns nicht die Veröffentlichung des Artikels in Frage kommen, nachdem die Genossin Luxemburg, ohne unseren endgültigen Bescheid abzuwarten, in allzu großem Eifer zum „Vorwärts" lief."

Das ist Radeks Strafe für Rosa Luxemburg, die nicht geduldig warten wollte, bis die „nicht Vollzähligen" die Gnade haben würden, sie zu Worte kommen zu lassen.

Gerichts-Zeitung.

Handel mit gestohlenen Hunden.

Wie schwunghaft der Handel mit gestohlenen Hunden in Berlin betrieben wird, zeigte eine Verhandlung, die gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen Hundediebstahls in etwa 11 Fällen hatte sich der noch jugendliche Arbeiter Fritz **Pechan,** wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei der Hundehändler Georg **Boenisch** und wegen Beihilfe der Gastwirt Heinrich **Borkauf** zu verantworten. Pechan war früher längere Zeit in einer größeren Tierhandlung angestellt gewesen, wurde dann Arbeiter, und als er arbeitslos wurde, widmete er sich dem Hundediebstahl. Er versicherte vor Gericht immer wieder, daß er dazu von Boenisch aufgeredet worden sei, der ihn eines Tages in einer Speisewirtschaft getroffen und ihm nahegelegt habe, daß er sich aus seiner schlechten wirtschaftlichen Lage durch Einfangen von Hunden und deren Verkauf an ihn oder andere leicht herausretten könne. Boenisch habe ihm auch alle Verhaltungsmaßregeln genau vorgeschrieben. Danach sollte er die Hunde, die er in seine Gewalt bekommen wollte, durch Pferde-Bouletten an sich locken, sie dann nicht etwa an einen Strick, was Verdacht erregen würde, sondern an eine Hundeleine legen und sie wegführen; falls er dann von dem Besitzer des betreffenden Hundes gestellt werden sollte, sollte er nur sagen, daß letzterer ihm nachgelaufen sei und er ihn in vorläufige Verpflegung habe nehmen wollen. Ueberdies habe ihn Boenisch auch mit der Versicherung beruhigt, daß er schlimmsten Falles nur wegen Fundunterschlagung bestraft werden könnte. Wieviel Hunde Pechan von der Straße weggestohlen hat, kann dahingestellt bleiben, von den zur Anklage gestellten einzelnen Fällen gab er die meisten ohne weiteres zu. So hat er eine deutsche Dogge im Werte von 300 M., einen Jagdhund in gleichem Werte, einen kostbaren Pudel, einen Terrier, einen Wolfsspitz, einen Boxhund usw. usw. mit Hilfe der Pferde-Bouletten an sich gelockt und weggebracht. In zwei Fällen ist er mit den gestohlenen Tieren in das Borkaussche Lokal gekommen, wo ihn Boenisch erwartete, die Hunde ihm abnahm und ihm nach dem Werte derselben eine größere oder kleinere Summe einhändigte. In den Fällen, wo er die Hunde an andere Personen verschärfte, hat er sich der Legitimationspapiere bedient, die er in sehr raffinierter Weise einem arbeitsuchenden Provinzialen abgenommen hatte. Er stellte diesem in Aussicht, daß er bei seinem Vater Beschäftigung finden könnte, führte ihn vor ein Haus, in dem der Vater angeblich wohnte und ließ sich die Legitimationspapiere geben, die er dem angeblichen Vater zunächst vorlegen wollte. Er kam dann nach kurzer Zeit zu dem auf der Straße Wartenden mit dem Bescheide zurück, daß er am nächsten Tage antreten könne, behielt die Papiere und überließ den gutgläubigen Provinzialen seinem Schicksal. Der Angeklagte **Borkauf** wies alle Verdächtigungen des Pechan, daß er von dem unreellen Erwerb der Hunde gewußt und trotzdem den Verkaufsabschluß in seinem Lokale geduldet habe, mit Entschiedenheit zurück und erklärte diese Verdächtigungen für einen Racheakt dafür, daß er schließlich für die Verhaftung des Pechan gesorgt habe. Herrn Borkauf konnte auch keinerlei Schuld nachgewiesen werden und es erfolgte dessen Freisprechung. Dagegen wurde der auch schon wegen Hundediebstahls vorbestrafte **Boenisch** trotz seines Leugnens wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu **2 Jahren Zuchthaus** und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen **Pechan** erkannte das Gericht auf **1 Jahr 3 Monate Gefängnis,** unter Anrechnung von 4 Monaten Untersuchungshaft.

„Väterliche" Erziehung eines Lehrers.

Zahlreiche halbwüchsige Schulmädchen der 128. Gemeindeschule in Moabit, der Rektor und mehrere Lehrer dieser Schule waren gestern vor die 10. Strafkammer des Landgerichts I geladen, um in einer gegen den Lehrer Hans Rudolph gerichteten Strafsache wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit Zeugnis abzulegen. Der Angeklagte stand unter der schweren Beschuldigung, in mehreren Fällen Schülerinnen seiner Klasse unzüchtig berührt zu haben. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Auf Grund der mehrstündigen Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof hielt, wie der Vorsitzende nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit verkündete, für erwiesen, daß der Angeklagte in vier Fällen die Mädchen in durchaus unzulässiger Weise berührt hat, der objektive Tatbestand also zweifelsfrei sei. Es könne dahingestellt bleiben, ob der § 174 oder § 176 event. in Anwendung kommen würde, denn beide Paragraphen verlangen in subjektiver Beziehung, daß die unzüchtigen Handlungen auf Befriedigung der Geschlechtslust gerichtet sein müssen. Der Gerichtshof hat aber auf Grund der Beweisaufnahme nicht für festgestellt erachtet, daß die Absicht des Angeklagten darauf gerichtet war, es hat ihm vielmehr geglaubt, daß die in Frage stehenden Berührungen nur der Absicht entsprungen waren, in gewissermaßen väterlicher Weise auf die Mädchen einzuwirken. Deshalb habe das Gericht auf Freisprechung erkannt. Unpassend sei das Verhalten des Lehrers den Schülerinnen gegenüber zweifellos gewesen, und wenn ein Strafantrag wegen tätlicher Beleidigung vorgelegen hätte — was nicht der Fall war —, hätte eine Bestrafung des Angeklagten event. erfolgen können.

Aus der Frauenbewegung.

Leseabende.

Wilmersdorf-Halensee. Donnerstag, den 19. d. M., 8½ Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114/15: Vortrag der Genossin Bohm-Schuch „Rückgang der Geburten." Gäste willkommen. Beiträge werden entgegengenommen.

Marktbericht von Berlin am 16. Septbr. 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinhdl.) 5,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,60—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 4,00—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,40. Aale 1,60—3,20. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,60—2,80. Barsche 1,00—2,40. Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 1,60—30,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 16. 9. cm	seit 15. 9. cm¹)	Wasserstand	am 16. 9. cm	seit 15. 9. cm¹)
Memel, Tilsit	218	+2	Saale, Grochlitz	115	—3
Pregel, Insterburg	—20	+1	Havel, Spandau³)	38	+4
Weichsel, Thorn	190	—12	„ Rathenow³)	18	—6
Oder, Ratibor	312²)	+122	Spree, Spremberg³)	90	—4
„ Krossen	181	—9	„ Beeskow	78	0
„ Frankfurt	184	—10	Weser, Münden	217	—9
Warthe, Schrimm	22	—2	„ Minden	317	—16
„ Landsberg	—7	+2	Rhein, Maximiliansau	534	—12
Netze, Vordamm	—4	0	„ Kaub	379	—29
Elbe, Leitmeritz	112	+52	„ Köln	410	—35
„ Dresden	—60	—2	Neckar, Heilbronn	178	+2
„ Barby	227	—11	Main, Hanau	216	—17
„ Magdeburg	182	—6	Mosel, Trier	110	—20

¹) + bedeutet Wachs, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) in der Nacht vom 16. zum 17. höchster Wasserstand: 426 cm, am 17. morgens nur noch 394 cm.

Briefkasten der Redaktion.

A. Z. 48. Nein. — **A. B. 1000.** Die Frau bleibt, wenn sie nicht austritt, steuerpflichtig. Falls der Austritt in diesem Kalenderjahr erklärt wird, erlischt die Steuerpflicht mit Ende des Kalenderjahres 1913. — **G. K. 26.** 1. u. 2. Ja. 3. Nein. — **M. A. 180.** Ja. — **A. St.** Ja. — **M. H. 100.** Nein. Die Invalidenversicherungspflicht bleibt neben der Versicherungspflicht auf Grund des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestehen, wenn der Jahresarbeitsverdienst 2000 M. nicht übersteigt. Ist letzteres der Fall, so empfiehlt sich Weiterversicherung; Beitragsanrechnung oder Erstattung ist ausgeschlossen. — **F. M. 345.** 1. Nein. 2. Anmeldung muß auf Ihren Namen erfolgen; ob dies geschehen ist oder nicht, erfahren Sie beim Patentamt. — **F. D. 84.** 1. Zehn Monate. 2. Auf Antrag kann der Justizminister Befreiung gewähren. — **A. L. 28.** 1. Unterliegt der Versicherung. 2. Die Berufsgenossenschaft ist zur Zahlung der Hinterbliebenenrente verpflichtet, wenn der Getötete der Mutter überwiegend Unterhalt gewährt hat.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Abzahlungsgeschäfte

Berliner Credit-Haus
Kommandantenstr. 67.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Bank Messina-u. Römertrank-Kell.
N 4, Bergstr. 64, Fernsp. Kgst. 13708
Gutsch, Selter-u. Limonad.-Fabrik Thaerstr. 44. T. A. 7, 8176.
Schütze, K., Wollinerstr. 15a. T. 7. 11185.
Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O. Rabelßt. 4

Arbeiter-Bekleidung

F. Falk! Rosenerstr. 32 Bergmannst. 86
Hamburger Laden, Charl. Wallst. 69
J. Kastner, Revalerstr. 6, E. Warschau. St.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 108

Bäckereien, Konditor.

Biottner's Großbäckerei
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Adlershofer Bäckerei, E. Zugwarst.
Max Backer, Ramlerstr. 26.
Emil Beyer, Thornerstr. 6.
Bohndorf's Bäck., Königsbergerstr. 36
Brot-Fabrik „Vorwärts" Hermann Ullrich, Köpenick.
„Brotfabrik" Niederbarnimstr. 25
Buehl & Sohn, Brotfabrik Spandau.
Paul Delly, Markusstr. 13.
Herm. Carl, Neukölln, Hermannstr. 281
Herm. Eder, Schonenscheestr. 1
Franz Faulwetter, Manteuffelstr. 67.
E. Freyer, Ramlerstr. 73, E. Markusstr.
Engel's Landbrot Heinersdorfer Mühle
Verkaufsstell.: Kolonnest. 9, Badenbergst. 2, Lüderitzst. 58, Schivelbeinerst. 44, Swinemünderstr. 45, Pankow, Florastr. 85.
Wilh. Engel Brotfabrik Weißensee, Parkstr. 4. Verkauf in Milchgeschäften Berlins. Bekannt gegeben d. Plakate.
Fischer, Görlitzerstr. 66. Falkensteinstr. 26, Köpenickerstr. 173.
W. Gerlach, Schönbg. Sedanstr. 6/7.
Georg Genz, Memelerstr. 20
Alfred Graf, Beusselstr. 34.
H. Hesse Dunkerstr. 78 Prenzlauer Allee 192.
Hoppe's Nachf. Kramarek, Adalbertst. 64
August Hübner, Schwedterstr. 52.
August Hauck, Cöpenick.
Oskar Ranke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.
Kilies-Großbäckerei, Boxestr. 5.
Carl Landahn, Weberstr. 30.
Landbrot-Bäck., Schönh. Fr. Buchholz
Landbrot-Großbäckerei O. Senf, Nchf. Krug, Waldstr. 4
Hermann Lebelt, Humboldtstr. 28
Alfred Lier, Wielefstr. 36.
Lichtenberger Brotfabrik Weserstr. 34.
Emil Lieske, Grüner Weg 122.
Mottke, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerst. 168.
E. Martin, Gleimstr. 55.
Fritz Müller, Gräfestr. 4.
Gustav Mühlsteph, Rhinowerstr. 2.
Th. Neumann, Oldenburgerstr. 31.
Roman Nowak, Wienerstr. 8.
Friedrich Oste, Madaistr. 10
Herm. Proell, Nonnendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51
Bäckerei „Nordstern" Inh.: Gust. Müller Filialen i. verschied. Stadtteilen
Albert Pfennig, Grätzstr. 10.
Richard Reinke Steglitz, Albrechtstr. 5 a
Paul Rißmann, Turinerstr. 36.
Arthur Roemer, Kottb. Damm 101.
Max Sander, Dunkerstr. 23.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Otto Szillat Schwedterst. 45 (Bst. Backware)
Schütt, G. Filialen in Berlin O, NO.
Heinr. Schubert Boxh. Chauss. 5/6
Sikorski, Weißensee, Reigersdorferstr. 11
Staehr's Bäckerei, N. Triftstr. 64.
Paul Stenzel, Baumschulenweg.
Rich. Schenk Markusstraße 38.
A. Schreier, Urbanstr. 61.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Tanplitz, Prinzen-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.
Thom's bew. Bäckerei Ackerstr. 111. Gerichtstr. 84.
Josef Ullrich, Manteuffelstr. 100.
C. Voot, Weißensee 3 Filial. Hauptgesch. Sedanst. 100
Volksbrot E. G. m. b. H. Fehmarnstr. 10 Mirbachstr. 12 Hässlerstr. 11 E. Hässlerst. 16 E. Karlsbaderstr. 1. Königin Elisabethst. 7b
Jos. Wagenknecht, Wiesenst. 17.
Albert Wiese, Kolonnestr. 34.
Otto Winkler, Naunynstr. 79.
E. Wolff, Grüner Weg 76.
Heinrich Wittler Pumpernickel-, Schwarzbrot- u. Simonsbrot-Fabrik. T. II, 3213. Maxstr. 7. Verkaufsstell. i. all. Gegend. Groß-Berlins

Badeanstalten

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Augusta-Bad, Köpenick-Str. 60/61
Bad Landsbergerstr. 107 Gollnowstr. 41.
Bürgerbad Weberstr. 40b Amt Kgst. 894.
Canitz-Bad, Münzstraße 2. Kassenlieferant.
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 25.
Münchener Bad Neukölln, Münchenerstr. 51.
Hansa-Bad, Chlttbg. Wilmersdorferst. 58/61
Erstes Lohtannin-Bad tägl. fr. Abkochung, kein Extrakt. Wallstr. 70. 71. Lief. a. Kass.
Bad Frankfurt, Gr. Frkft. Str. 136. Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshain, Landsb. Allee 153
Badeanstalt, Hasenheide 18.
Jungbrunnen-Bad Baumschulenweg, Kiefholzstr. 177/78
Kur-Anstalt „Löser" Rosenthalerstr. 70.

Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. Bhf.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Bad Ostend Boxhag.-Str. 17 Lief. all. Kassen
Ost-Bad, Pallisadenstr. 76.
Bad Pankow, Wollankstr. 26.
Passage-Bad Kottbuser Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Kuranstalt M. Schulz Elsässerstr. 71 langjähr. I. Assistent d. ehemals weltberühmt. Jakobi-Heilanstalt Pflanzenheilverfahren Atteste von Geheilten.
Römer-Bad Boxhagen-Rumbg., — Sonntagstr. 4. —
Silesia-Bad Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad Kottbuser Damm 73
Friedrich Wilhelmsbad Chausseestr. 47.

Bandagen, Gummiw.

R. Banke, Stralauer Str. 56.
Berkholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Grunewaldstr. 30.
Meyer, P., Nklln., Berlinerstr. 49—50
J. Ch. Pollmann, Lothringerstr. 65.
Wende, A., Turmstr. 34, Optiker.
Reiche, A. Seydelstraße 15. Lief. aller Kassen
Fritz Reibe, Schöneberg, Hauptstr. 18
Fr. Schulte, Adlershof, Bismarckst. 2
Zaremba Weinbergsweg 1 Drog., hyg. Artikel.

Beerdig.-Anst., Sargm.

Bredlow, Liebenwalderst. 14 Wörtherst. 25
A. Butti, Zorndorfer Str. 23.
Otto Büttner, Neukölln, Ringbahnst. 32.
H. Fischer Nklln., Hohenzollernpl. 11 Buckow a. Bind. Krankenhaus.
Max Fuchs Oppelnerstr. 1 Frankfurter-Allee 170
Hiekel, Fr., Gr. Hamburgerst. 27
Moldt, Fritz, Nklln., Reuterplatz.
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeier, Strelitzerstr. 8.
Peter-Schley, Wilh., Zossenerstr. 11.
W. Urban, Neukölln Nansenst. 1 Tel. Neuk. 289

Beleucht.-Gegenst.

Bunzel, R. Neukölln Kais.-Friedr.-St. 49
Carl Imme jun., Grüner Weg 15 an der Markusstraße
Büttner, A., Danzigerstr. 26.
Schrammar, H., Neukölln Richardst. 118.

Berufskleidung

M. Bertram, Norden, Maxstr. 17.
Keiner, Otto, Gerichtstraße 66.
Wecker, A., Mühlendamm 3.

Bettfedern u. Betten

G. Behrends, Neuk. Knesebeckstr. 104
Bulinski, Fehrbellinerstr. 1, E. Schönh. A.
A. Hampel, Nl., Bergstr. 44-45, Reinigung
Carl Henze, Andreasstr. 55, Reinigung.
Max Schöne Landsberger Allee 149 reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 82.

Bierbrauereien, Bierh.

W. Adelung & A. Hoffmann Akt.-Brauer. Potsdam. Eig. Niederl. Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15 Brandenburg a. H., Wilhelmsdorferst. 110 Spez. Potsd. Stangenbier
Bergbrauerei Weißensee T. I. Lager- u. Malzbier
Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere.
Brauerei Pfefferberg Versand- und Pilsener Bier.
Brauerei Tivoli Weiß- u. Malz-Bier-Brauerei, Fruchtstr. 67
Caramel-Weißbier fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich, Berliner Weißb.-Brauerei E. Willner.
Deutsche Bierbrauerei A.-G. Berlin-Pichelsdorf
Groterjans Malzbier, Schönh.-Allee 130, T. III, 5063.
C. Habels Brauerei hell — Habelbräu — dunkel.
F. W. Hilsebein A.-G. Lagerbier und Malzbier
Hempel, E., Müllerstr. 138 d.
Kahlenberg, A., Liebenwalderst. 45
Unser Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges. Berliner Unions-Brauerei, Berlin S.
Luisenbrauerei Weißensee.
Münchener Brauhaus Berlin.
A. Landré Weissbier Stralauerstr. 36/37 Tel. Ztr. 4004a. 7585
Löwen-Brauerei Aktiengesellschaft Abt. I. Hohenschönhausen „ II. N. 20, Hochstr. 21-24
Roland Flaschenbierversand G. m. b. H.
Schade, Grüner Weg 111. Weiß- u. Malzbier.
Schulz, Herm., Schönleinstr. 33.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.
Victoria-Brauerei Victoria-Saazerbräu
Weissbier, C. Breithaupt, Pallisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2034.

Blumen und Kränze

Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Fr. Ahrendt, Boxhg., Neue Bahnhofstr. 11
Blumen-Becker, O. Frankfurter Allee 1.
Casper, Charl., Krummestr. 30.
E. Beger, Rixd. Kais. Friedr. St. 59, Bergst. 44
Richard Fabsch, Prinzen-Allee 30
Paul Gross, Lindenst. 69 (Vorwärtshaus)
R. Gruner, Kopenhagenerstr. 9.
S. Grossmann, Landsbergerstr. 54.
Henkes Blumenhaus, Manteuffelstr. 84.
O. Hahn, Neukölln, Hermannst. 70
Otto Hinz, Graunstraße 8.
Janiszewski, Felix, Eisenbahnstr. 7.
Alb. Keil, Charlbg. Kaiser-Friedrichst. 30
C. Laurent Brunnenstr. 63 Petersburgerstr. 11
Gustav Mai, Schönhaus. Allee 177
M. Strutzke, Neukölln, Hermannstr. 134.
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gärtnerei A. & F. Meitzner, Nkll. Ringbhf.
H. Penski, Schwedenstr. 19, Eck Badstr.
Ww. Rutschke, Nklln. Hermannst. 69
Th. Schirbel, N. Stettinerstr. 8.
C. Sommer, Wrangelst. 44, Amt IV 12068
Topfpflanzen aller Art
Britz, Rudowerstr. 92/93 Tel. Neuk. 134
Aug. Trothe, Wrangelstr. 11.
Aug. Wandelt, Nklln., Bergstr. 96.
H. Zinke, Nowawes, Friedr.-E. Priesterst.

Butter, Eier, Käse

Butterhandlung J. F. Assmann 20 Filialen in Berlin O.
Oskar Beck 19 Geschäfte Dresdenerst. 27, Blücherstr. 11 Reichenbergerstr. 18 u. westl. Vororte. Vorzugspreise.
Buntrock, W. Neukölln Boddinstr. 3.
Drei Kronen Carl Davidsohn
Fried. Göseke, 7 Filialen.
Gebrüder Groh 40 Filialen in Berlin und Vororten
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Kersten, Gebr., Wörther-Str. 33a.
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Paul Lindner, Strelitzerstr. 65.
Butterhandlung Fritz Muth.
Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte
Schröter, R. 35 Verkaufsstellen.
Schulz, Arth., Nklln., Hermannst. 65
Uhly & Wolfram
Vereinigte Pommersche Meiereien 48 Verkaufsstellen.
Georg Wunder, Fruchtstr. 70, Ecke Müncheberger str.

Cacao, Chocolade

Adler's Konditorei, Wrangelstr. 87.
Althans, Kriztor-Bonb., Lindowerstr. 16.
Cyliax, G., Filialen i. all. Stadtteilen.
Ferd. Hahn, Berlin, Petersburgerst. 72a
H. Pachike, Schillingstr. 10.
Die Fabrikate der „Sarotti" Chokoladen- u. Cacao-Industrie-Aktiengesellschaft sind überall erhältlich. Neu: Simpli-Schokolade
Schütz, Warschauerst. 82, ggr. 1900
Seiffert, Erich, Filial. in Berlin und Vororten
C. Senff Andreasstr. 36 Bezugsqu. f. Händler.
Stollwerck Gold Silber Kupfer Schokolade · Kakao In drei Preislagen. Die verschiedenen Sorten sind untereinander gleichwertig und unterscheiden sich, wie die deutschen Edelweine, nur durch ihr Aroma.
C. Voigt, Gräfest. 27, Ecke Urbanst.
Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg

Cigarrenhandlungen

Fr. Behrend, Nf., Frankfurter-Allee 27.
Brager, J., Neukölln, Bergstr. 57.
P. Hoefer, Kottbuser-Damm 79 Blücherst. 77, Admiralst. 8, Dresdenerst. 14.
Klein, Wilh. Müllerstr. 184, Oberbaum 1.
A. Kunstmann, Nowawes, Priesterst. 67
Lingel, Fritz, Eisenbahnstr. 5.
A. E. Meyer Nchf., Schlesischestr. 14.
Willy Münstermann, Gleditschstr. 48.
G. & S. Peterke, SO, Kottbuserstr. 14.
Fritz Schneider, Lindenstr. 29.
W. Schuster Nf., Neanderstr. 28.

Damenkonfektion

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.
Callmann Neukölln, Bergstr. 132. Gelegenheitskäufe.
Dombrowsky Charl., Potsd.-St. 11 Anfertig. nach Maß
L. Frankenstein Blusen, Röcke Kleider 5% Danzigerstr. 34 5%
Giesenow & Co. Schöneberg Hauptst. 26.
Tobias Lewin, Schneidermeister Badstr. 44, I. Spz. Maßanfertigung Lager in Blusen u. Kostümen aller Art.
Damen-Konfektion Gebr. Neumann Moabit Turmstr. 39 E. Bredowst.
Westmann 1. Geschäft: Mohrenstr. 37a. 2. Geschäft: Gr. Frankf.-Str. 118. Bei Vorzeigung 5% Rabatt.

Restat, J. Kottbuserdamm 75 Brunnenstr. 33
Wagner, P., Nklln., Bergstr. 42. Damenm., Pelzw.

Damenkleiderstoffe

Adolf Dannemann Oranienstr. 180

Drogen u. Farben

Adler-Drogerie, O., Müggelstr. 8.
Artelt, Kurt, Nklln., Reuterstr. 43/44
Apoth. Lindenberg, Strelitz-Str. 74 Nord-Mk.
Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Becker, C. Lithauerstr. 6.
Gustav Bersug, Weidenweg 80.
Rch. Berafius, Schönhauser Allee 134a, Pankow, Berliner Str. 46
Sämtl. hygienische Bedarfsartik.
Central-Drogerie, Dresdenerst. 21
A. Diepow, Tauroggenerstr. 19.
Drogenhaus R. Kühn Prenzlauer Allee 187.
Ebert, Max Kopernikusstr. 17. Warschauerstr. 21.
Edison-Drogerien. O.-Schöneweide.
Franz Fischer Frankf. Chaussee 148. Sämtl. Gummiartikel :: Diskr. Bedienung.
Friedrich, Paul, O, Gärtnerstr. 26
Germania-Drogerie, Möckernst. 63.
Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.
Günther, „Löwen-Drogerie", Straußst. 27
Haeberlein, Trept., Graetz-Boschestr.
Hansa-Drogerie, N. Raumerst. 35.
F. Hotop, Ufna-Drog., Ufnastr. 6.
Klahn, H., Nklln. Kaiser-Friedrichst. 236
Knesebeck-Drog., Neukölln Hermannst. 119.
Kröning's Adler-Drogerie, Ramlerstr. 7.
P. Lehrke, Kottbuser Damm 81-82, Parfüm
Max Liecke, O. 34, Ebertystr. 35.
Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Nellé, Felix, Memelerstr. 16a.
Oehmke, Reinickend., Provinzstr. 83.
Ramlen, Otto, Landsbg. Platz 1.
Rathaus-Drogerie, Nklln. Donaustr. 24.
Arno Reif, Weberstr. 20.
Apoth. Meyer, vorm. Lemcke Kl. Kais. Friedr. Str. 243
Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Franz Schönbeck, Oberschöneweide
Fr. Schlussnuss, Liebauerstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel.
P. Sünderhauf & Co. Gr. Frankf. Str. 68.
Herm. Vincent, Nklln., Bergstr. 131.
Werder-Drogerie, Britz, Rudowerst. 5a.
Wedding-Drogerie, Genterstr. 37.
Weissbach & Fischer, Bellealliancest. 23
Zobel, Georg, N, Ackerstr. 50.

Eisen- u. Stahlw., Waff.

Alm, O., Nklln., Kaiser-Friedrichst. 6
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.
W. Allner, Mulackstr. 24.
Beutel, C., Boxh., Neue Bahnh. St. 26
Herm. Braun, Landsbg. Allee 149.
Brenneke, C., Berlin SO. Wrangelstr. 34
G. Brenneke, Schönh. Allee 134.
G. Brucklacher, Oranienstraße 43.
F. Beutel, Nklln. Kaiser-Friedrstr. 77
Willy Erpel, Turmstr. 29.
Flach, E., Spandau, Schönewalderstr. 34.
C. Hiller Wilmersdorferstr. 102, 3 Haus- u. Küchengeräte
Rich. Ilm, Neukölln, Schmiedestr. 46
Carl Jung, Stromstr. 31.
Jungbluth, Hermannstr. 172.
Kantner Nf., O. Schöneweide, Edisonstr. 19
Ad. Kunze, Nklln., Kaiser Friedrichstr. 173
H. Rockstroh, Berlin Gubenst. 25/26.
Lincke, Neukölln, Friedelstr. 9.
E. Lübcke Nf. E. Sturm, Samariterst. 13
Paul Lucht Cöpenickerstr. 126 Haus- u. Küchenger.
E. Menkel Nchf., Kopenhagenerstr. 4.
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 139.
Georg Reiner, Rummelsburg Schillerstr. 25
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest.
C. Schröder NO 18 Gr. Frankfurterstr. 105.
Max Schubring Grüntalerstr. 89 Wattstr. 14.
Sellach, Th., Nklln., Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Herm. Warschade Müller-Straße 29.
Wesch, Charlbg., Knobelsdorffstr. 22.
Arthur Weigel Frankfurt. Allee 185.
Alex Welmar Alexandrinenstr. 14 Reichenbergerst. 100 (Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.

Baum, Emil, Schöneb., Herbertst. 1
Fahrrad-Leihhaus Lohmann Neue Schönhauser-Str. 11.
Fahrrad-Haus Frischauf Brunnenstr. 35. Gründung und Eigentum der radfahrenden Arbeiterschaft.
Fahrradhaus Süd-Ost Reichenbergerst. 121
Fahrrd., Schallplt. Weißenburgst. 47b
Otto Heinze Brücken-Str. 6.
W. Hoffmann, Schönh. Allee 150.
Ernst Machnow Weinmeisterstr. 14 Jahresumsatz 20000 Räder
W. Mallouchky, Oberbaumst. 8, Ecke
Carl Müller Heinickend.-Str. 106, Chausseestr. 81.
Röper, Carl, Petersbg.-St. 2 u. d. Frkf. Allee
Richard Schädel, Inselstr. 13.
A. Tochow, Nklln., Schillerpromenade 28
Emil Walter, Neukölln, Niemetzstr. 6

Färbereien, Wäscher.

H. Bergmann Birkenstr. 53 über 40 Filialen in Groß-Berlin
Allen voran Neukölln, Zeitzerst. 5 Telephon 1261.
Dampfw. Weiß. Stern, Bl. Bergst. 132
Dampfwäscherei Merkur A. Bachmann, Frankfurter-Allee 47.
Dampfw. Sirius, Grunewaldstr. 68 Tel. Kurfst. 254.
Dampfwasch-anstalt Conkordia Wilhelmstr. 174
Dampfwäscherei Quelle Pflügerstr. 19
Groß-Dampfwäscherei „Spreenixe" Berlin SO., Forsterstr. 5-6 Tadellose Wäsche! Billigste Preise!
Dampfw. Tip-Top Greifswalderstr. 20
O. W. A. Hansa Gerichtstraße 23 Tel. III 1309
O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei f. Herren- u. Damengarder. Läden in allen Stadtteilen Berlin, Rixdorf, Schöneberg
G. Kulliek, Färb., Wäscherei Fil. Gustav Adolfst. 1, Weißenburgerst. 41 Swinemünderstr. 56, Weddingstr. 9 Müller 40a, Neukölln, Hermannstr. 37-38

Fischhandlungen

C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 42.
Köhler Grünauerstr. 8 Wild u. Geflügel.
Werner Annenstr. 42 Langestr. 85.
Winkler & Bärthold, Bergst. 5 u. 87. Nkll. Münch. St. 35

Fleischer- u. Wurstw.

Jul. Amandowitz Glasgower-Str. 5.
G. Amling, Neukölln, Elsenstr. 74
A. Barthmuß, Markgrafendamm 33.
W. Becker, Tegel, Brunowstr. 55 ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Rich. Becker, Memelerstr. 74-75
Bloch, Otto, Prenzlauer Allee 52
Blümlein, J., Nklln., Warschstr. 14/16.
A. Bliser, Rüdersdorferstr. 22.
August Birnstein Dunkerstr. 78.
August Bienert Kaiserin Augusta Allee 9.
Wilhelm Behr Wurstfabrik, Speck- und Schinkensalzerei. Berlin-Schöneberg, Kolonnenst. 57-58 Beste und billigste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer.
Bothner, Käte, Krautstr. 1.
Bragrock, A., Manteuffelstr. 29.
P. Buckwitz Rigaerstr. 106. Spez.-Gesch. f. Fleisch-u. Wurstw.
Anton Buchheim, Allensteinerstr. 13.
A. Bentele, Thaerstr. 21.
K. Christ, Elbingerstraße 58.
Darge, O., Finowstr. 5.
Danziger Fleisch-Centrale — Danziger Straße 14 —
Dannenberg, Neue Hochstr. 5.
Rich. Deckert, Wienerstr. 33.
F. Dreyocker, Prinz Eugenstr. 21.
Joh. Durzynski, Kopernikusstr. 1
Arno Fischer Großgörschen-Str. 6 Fabrik feiner Wurst- u. Fleischwar.
W. Dürr, Schivelbeinerstr. 27.
August Fanger, Grünauerstr. 8
Fleisch- u. Wurst-Centrale Frankfurter-Allee 182 Erste u. billigste Bezugsquelle des Ostens.
W. Friedmann, Nklln., Werthestr. 7.
C. Gerlach Neukölln, Werthestr. 70.
H. Gerndt, Sprengerst. 17, Eing. Samoastr
Fr. Gerlach, Tauroggenerstr. 1 a.
Gustav Girra, Waldemarstr. 21.
Rob. Gleue, Weißensee, Gust. Adolfstr. 13
Paul Gnädig, Britz, Rudowerstr. 14
Gottlieb, Reinickdf., Amendest. 109
Otto Grube Neue Hochst. 37.
Gusinde, Rich. Oranien-Straße 17.
Getschmann's Fleisch-u. Aufschn.-Centr., Wiclefst. 159.
O. Gleich, Neukölln, Hohenzollernpl. 7
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 10.
F. Gutschmiedt, Koloniestr. 32.
Heinrich Höhne, Skalitzerstr. 97.
Georg Heinold, Marienburgerstr. 5.
Ernst Höne, Schwedenstr. 12.
W. Hoppe Friedrichshagen, Friedrichst. 68
Ernst Ibscher, Wiesenstr. 11.
Jakobik, Schmargendorf, Breitestr. 34.
Albert Jähnert Mainzerstraße 6.
Janik, C. Köpenickerstr. 5.
Fr. Jentsch, Kottbs. Damm 38, Fleisch, Wurst.
B. Immig ff. Fleisch- u. Wurstw. Manteuffelstr. 102.
Heinr. Jochmann, Ziethenstr. 41.
L. Irmer, Finstr.-Adlershof, Bismarckst. 34a
Max Kaller, Ziethenstr. 27.
Wilhelm Kitz, Kniprodestr. 118.
Jul. Kempe, Boyenstraße 5 II. 5346.
Fritz Klein, Kottbuserdamm 12.
Bruno Keller Moabit Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Fritz Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
W. Korth, Neuk. Wildenbruchst. 54, T. 748
Bruno Kusche, Fruchtstr. 28.
Max Knaut, Alt-Boxhagen 50.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichselstr. 15
Ernst Kurth, Muskauerstr. 33.
G. Krause, Weißensee, Langhansstr 135
A. Krumm, Königsbergerstr. 37. ff. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Reinickend., Residenzstr. 154.
A. Lange, Reinickdf., Scharnweberstr. 113
Rob. Lindner, Neukölln, Niemetzstr. 8.
Wilhelm Lenz, Falkensteinstr. 9
E. Lawrenz, Reinickendf. O. Hauptstr. 54.
Wilhelm Liebherr Weidenweg 73.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lincke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malplaquetstr. 32.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 43. Fleisch u. Wurstfabr.
Aug. Maar, Schulstraße 132.
Malwald, Nklln., Münchener-E. Berlinerst.
Märk. Fleischkons., Nklln., Warthest. 73
Ernst Mäckler, Nklln., Richardst. 31-33.
M. Mauersberger, Nklln., Kanzerstr. 16
Merker, P. Mariannen-Str. 26a.
G. Müller ff. Fleisch- u. Wurstw. Großbeerenstr. 78.
R. Müller, Pankow, Wollankst. 101
Georg Neumann, Friedenstr. 81.
Paul Nuss Stolpische Str. 35.
Josef Orth, Neukölln, Emserstr. 90
Karl Petrich Fruchtstraße 5 ff. Fleisch u. Wurst
Ptach Große Frankfurterstr. 13.
Reinfeld, Spandau, Neumeisterstr. 9
O. Rosemann Nachf., Gr. Frankfurterstr. 7.
P. Rechel Wurstfabr., Landsbg.-Allee 130, Spz. Rollschink., Nußschink., Schinkenspeck
Riedel, B. Hermannstr. 46.
Rodewald Prenzl. Allee 29 Tel. Kgs. 3906.
R. Rothe, Boxhagener Chaussee 11
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17.
Herm. Rauchheld, Ziethenstr. 19
A. Rehmet, Moab., Perlebergerst. 2
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Max Schlock, Langestr. 67.
Th. Scheunemann, Helmholtzst. 1.
Otto Schmalzl, Johnstr. 1.
L. Schramm, Pulsstr. 23, T. Mpl. 11767.
Otto Schleussner, Nklln. Kaiserst. 8
Otto Schubert Koppenstr. 93. Spez. Wurst-Gesch.
Schiwek, K., Pallisadenst. 1, Ecke
Aug. Szczygiel, Nklln., Teuplitzerst. 110
Otto Schreiber Hohenfriedbergerstr. 1.
E. Schauer, Huttenstr. 70.
A. Siewert, Nd. Schöneweide, Berlinst. 127.
E. Scherzberg, Reinickendf., Hausst. 9.
Max Schubert Müllerstr. 156a.
Albert Schucht Stargardterstraße 68.
E. Steeger, Fleisch. Emmauskirchstr. 33
Steinicke, Warschauerstr. 35.
Thaleiser Invalidenstr. 150 Ecke Ackerstr.
Wagner Landsbergerstr. 118 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Stargard. Fleisch-Zentrale, Stargarderst. 63
Fr. Thiel, ff. Fleisch- u. Wurstw. Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 3
Thüring. Fleisch- u. Wurst-Fabr. F. Sommermann, Boxhagenerst. 3 b
E. Trapp, Wurstzentrale, Waldenserstr. 19
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte Naunynstraße 17 ff. Fleisch- u. Wurstw.
Uhig, Paul, Koppenstr. 28.
G. Vettin Grüner Weg 57 — 57
Warschauer Fleisch- u. Wurst-Centrale, Warschauerstr. 89
Josef Weber, Raumerstr. 24.
Weiß, Georg, Elsasstr. 48, T. A. IV 10884
O. Welinitz, Naunynstr. 66.
A. Wenzel, Woldenbergerstr. 30
Emil Wilhelm, Graunstr. 38.
Wiedmann & Swunke Weißensee-Berlin. Allee 251.
P. Wontora, O., Friedrichsberg St. 21.
Nord-Deutsche Fleisch-Zentrale F. Zimmermann, Seestr. 78, Gubenerstr. 40
Paul Zwarg, Landsberg-Allee 138.
Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.
Wilh. Ziegler, Seumestr. 20.

Glas u. Porzellan

G. Krüger, Weißenburgerstr. 79.
Oberländer Andreas-Str. 19.
A. Wilborn, Brunnenstr 16.
Winkelmann Oberschöneweide. Wilhelminenstr. 28.

Grammoph., Sprechm.

W. Becker, Chlbg., Wilmersdorferst. 127
Hoyer, A., Neukölln Bergstr. 163 I.

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale Inh. Rich. Müller nur Kottbuser Strasse 1 Spez. Champon, Frisier-Salon Unterricht in allen Fächern Auf d. Annonce gewähre 10% Rabatt.
E. Joel Spezial-Haar-Haus Chausseestr. 121.
Rob. Kortmann, Schönwalderstr. 28.
H. Nixdorf, Frankfurter All. 197, 5% Rab.

Haus- u. Küchengeräte

Gomgowski Prinzen-Allee 57 Seifen Bürsten.
Kamnick Spandau, Schönew. St. 93 Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.
Rockstroh, Karl Grüner Weg 42. Gaskoch., Waschm.
Sandow, Rud., Wilmersd.-Str. 120. Lampen.
R. Stühe, Waschg., Nannynstr. 91.

Herren-Artikel

Andreasstr. 37, Krawatten-Schulze
H. Bock, Neukölln, Kaiser Friedrichst. 10.

Magazin England Kottb. Damm 73, Oranienstr. 163. Hüte, Wäsche, Crawatten.
Torkel, Artilleriestr. 4
Rich. Jahn, Treptow, Grätzerstr. 6
Emil Jäger Friedrichstr. 115 Oranienburger Tor.
E. Klahn, Frankfurter Allee 26.
Krause, Wilh., Nklln., Herm.-St. 163
Gg. Kursch, Britz, Rudowerstr. 35.
Ad. Mahnke Rosenthalerstr. 3 Hüte, Schirme
A. Nitschpan, Bergmannstr. 11.
Nordring, Brunnenstr. 84.
A. Samuel, O. Mirbachst. 62, Schirme.
Scholz, Osw. Bl. Bergstr. 141, Bl. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.
Sprengel, A. Wienerstr. 14 B. Hüte u. Schirme

Herren-u. Knabengard.

Amerikan. Verkaufshallen Frankftr. Allee 186.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Besser, Julius, Nklln., Bergstr. 19
Hamburg-Steglitz Schloß-str. 103.
Herren-Moden-Vertrieb zum Selbstkostenpreis + 10% Charlottenburg-Wilhelmsplatz
L. Mamroth Neukölln, Bergstr. 21. Mitgl. d. Wahlvereins
Zielonacki, Oranienstr. 21.
Leske & Slupecki, Schönh.-Allee 79 a
Marcus, S. Nklln., Bergstr. 44-45 fertige u. Maßschneiderei.
Raitzig, Ad., Frankf. Allee 107.
Rosner, Max Schneidermeister, Nklln., Bergst. 30/31, Lager fertig und nach Maß,
77 Kottbuserdamm 77 August Schega
Julius Salomon, Brunnenstr. 36.
Schachmann, Louis, Brunnenstr. 51.
J. Scholl Friedenau, Rheinst. 9 Vorz. d. Bl. 5%
Berth. Schweriner, Wrangelstr. 59
F. Weiss, Schneidermeister Neukölln, Kaiser Friedrichstr. 29

Hüte, Mützen u. Pelzw.

Bazar Norden

Brunnenstraße 52, Badstr. 65 Huthaus Norden Chausseestr. 55, Ecke Wöhlertstr.
Beiße, Rud., Chausseestr. 68.
Casper, Ed., Nklln., Bergstr. 129.
M. Grund nur Brunnenst. 177
Hermann Hasse, Invalidenst 129.
Hansen, Nklln., Berliner Str. 11, Osten, Koppenstr. 18.
Jacob, Oskar, Schönh.-Allee 104.
Berl. Hut-Centrale „Rosentalerior" Weinbergsweg 27
Hut-Engr.-Lager, Boxh. Gärtnerst. 24.
Huthaus Monopol Müllerstraße 166.
A. Lemaitre, Wilmsdrf., Berlinerst. 132.
Rieck, Em. Badstr. 64, Gerichtstr. 61.
Vereinigte Hutcompagnie Turmstr. 61, Dresdenerst. 135, Wilmersdorfer-Str. 124, Große Frankfurter Str. 126, Frankfurter Allee 184, Schönbg., Hauptstr. 22 Leser dieser Zeitung 5% in bar.
Urgast-Hüte, Markgrafendamm 1 Alt-Boxhagen 24
Mütz.-Moldenhauer, Reichenst. 15, I.
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 45.
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19.
Weiner, H., Greifswalderstr. 33.
Wirtschafter Nchf., Brunnenst. 157.
Zum Hutwinkel S. Kohls, Chausseestr. 85.

Kaffee-Spezialgesch.

Oskar Krösche Schönhauser Allee 70 d.
Rauers Mischungen werd. v. sparsam. Hausfrauen bevorzugt! Nur C 54 Neue Schönhauserstr. 2

Kaffee-Surrogate

Otto Goetze, Kottbuserdamm 16/17 Hof.

Kaufhäuser

Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Hermann Bernhard Hermann-Platz 5.
B. Hennig & Co. Landsberger-Allee 23.
C. Kurtzahn Ob. Schöneweide Putz- und Modew.
Alfr. Kirschner Grunewaldstr. 78, Ecke Akazienstr.
H. Weiß & Co., Friedrichshagen.

Kohlen, Koks, Briketts

Ferd. Gräning Jungstr. 11. Teleph. VII 7994
J. Mannheim. Filialen im Osten.
W. Pieper Hochmeisterst. 13
Siemon, A. R., Kohlenhof. Wedding
Karl Werner, Neuk. Göthestr. 10

Kolonialwaren

Abend, R., Rummbg., Sonntagstr. 4.
Heinrich Arndt, Fennstr. 49.
Theodor Antholzer, Solmsstr. 22.
Babel & Hauke, Wüstackerstr. 47.
G. Bärend, Schöneberg, Colonnenstr. 8.
Gustav Behrens Akazienstr. 6, Hauptstr. 130.
Bennewitz, Fr., Buchholz, Berlinerst. 49
Bruno Block, Nonnendamm.
Alex Borgmann, Jagowstr. 16.
Braun, R., Nklln., Prinz Handjerystr. 29.
B. Broesicke, Friedrichshg., Scharnwebstr. 5
Budach, Franz, O., Goßlerstr. 33.
Georg Burow, Stromstraße 30.
Joh. Ciecior, Neue Hochstr. 32/34
R. Ehrig, Liebenwalderstr. 47.
Arthur Enke, Amsterdamerst. 10
A. Fiedler, Köpenick, Magnusstr. 41
L. Friedrich, Mariendorf, Bergst. 15
Reik Neukölln Filialen in allen Stadtteilen.
Fritz Gaull, Beusselstr. 79.
H. Goerlich, Reinickendf., Provinzstr. 54.
Hermann Gesch, Adalbertstr. 19.
Goetsch, Ernst Dolziger-Str. 14.
Hohenkamp & Neumann Chausseestr. 18. Kopernikusstr. 19, Niederbarnimstr. 19.
P. Löck, Breslauer St. 4, Madaist. 15
Max Hanbelzer, Göbenstr. 16
Albert Haube, Dunkerstr. 83.
Heinicke, Wilh., Markgrafend. 27.
Heinrich, R. Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Fried.-St. 244
Fritz Höhner, Schliemannstr. 11.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 19.
Kakao-Würfel „Sarotti" 5 Pfg. überall zu haben
Willy Knobe Pallisaden-Str. 97.
Kohle, W., Lichtenberg, Hagenstr. 14.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O, Kronprinzenstr. 27/28
Kühn, Oswald, Müllerstr. 131.
Lange, H., Neukölln, Walterstr. 16.
G. L. Liese, Cöpenick, Schloßstr. 8.
Lips, Chamissoplatz 8
Herm. Loewe, Tegel, Berlinerstr. 13.
Lossler, G., Warschauer Str. 5.
Luckner, Felix, Nklln., Weichselst. 7
Karl Mercier, Huttenst. 3
Michaelis, Paul 6 Geschäfte im Nord-Berlin.
Mewes, Adolf, Warschauerstr. 55.
Max Moysich, Wilhelmshav. St. 46.
Paul Mulack, Mariannenstr. 8.
H. Müller Gebe auf War. 5% R. Tegelerst. I 11 7002.
Müller, G. Kottbuser Damm 31 Herm.-St. 156, Knesebeckstr. 8
A. Plasche, Oderberger Str. 55.
Friebe, E., Boxhag.-Chaussee 23.
R. Puhlmann, Woldenbergerst. 23
Carl Quast, Prinzen-Allee 18.
A. Rambold, Prinzen-Allee 18.
Carl Rebra, Langhansstr. 58 u. 148.
Willy Rohne Möckernstr. 84a, Kreuzbergstr. 36.
Runge, Otto, Nklln., Hermannst. 55.
A. Sägebarth, Forsteller Str. 24.
Schäfer, H., Neue Hochstr. 5.
Schneider, F., Nklln. Kaiser-Fried. St. 76
Scheffler, Carl, Badstr. 10.
Fritz Scheel, Schwedterstr. 47.
Schlenther, Emil, Huttenstr. 7.
Gg. Feist, Nkl., Weserstr. 4.
Wilh. Schröder, Schönholzerstr. 23
Wilh. Schulze, Kl. Bergstr. 96.
Joh. Schulze Landsbergerstr. 5-6 Waldemarst. 43a 35a
Rudolf Spremberg, Wörtherstr. 1.
P. Simund, Nklln., Ziethenstr. 46.
Wilh. Thomas, Reinickend.-Str. 54
Otto Töck, Gubenerstr. 11.
Uhlrich, F., Nklln., Wathestr. 13 u. 69
Fritz Welzel Alte Jacobstr. 123 Lindenstr. 77 Junkerstr. 14.
Ernst Wilde, Bastianstr. 1.
Wernicke, Ober-Schöneweide.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Korbwar., Kinderwag.

Metzners Filiale Beusselstr. 67.

Krankenbedarfsartik.

Fischer, Wilh., N, Swinemünd.-St. 116
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.

Lederwaren

Angermeier, Mommsenst. 30 E. Wilmersdorf st.
Hermann Callies Grüner Weg 100
Carl Fessel Nachflg., Gr. Frankf.-St. 135.
Spez. Tasch., Mappen, Portemonnaies usw.
R. Genehr, Kunzendorf, Schillerstr. 31.
Wilh. Langner, Rixdorf, Bergst. 57.
Koffer-Schulze Wilmersdorf. St. 125
Richard Kurtzke Kottbuser Damm 8.
Otto Pahnitz Wienerstr. 14
Eig. Werkst. i. Hause
Taschen-Müller Schöneberg, Kolonnenstr. 64.
Reh. Volgt, Baumschulstr. 87. Eig. Fabr.

Lehranstalten

Zuschneide-Schule des Deutsch. Zuschneider-Verbandes, e. V., BERLIN, Mauerstr. 86/88, T. 1 3401.
Wiener Zuschneide-Lehranstalt
J. Kumpan Friedrich-Str. 15.

Rudolf Maurer
Friedrichstr. 65a, Ecke Mohrenstr.

Zuschneide-Akademie
A. Gorski, Alte Jakobstr. 45.

Strahlendorffs Handels-Akademie.
Beuthst. 10 u. 11, I., II., III. Etage
Größtes Institut Berlins
Ausführl. Lehrpläne umsonst.

Manufakturwaren

Grünberg Nachf. M., Petersb.-St. 39 Modewarenh.

Linoleum u. Wachst.

Häntsch Weißensee, Berliner-Allee 228, Tapeten.

Mehlhandlungen

W. Bachmann, Charl., Sehringst. 15.
Bethke, Georg, Muskauerstraße 44.
Rixd., Elbest. 33, Kais.-Friedr.-St. 64
Weserstr. 189, Friedelstr. 23
Treptow, Grätz-Straße 64.
Bordasch G., Nklln., Kais.-Frd.-St. 29
C. Bosse, Reinickendorferstr. 29.
Jul. Conrad, Rheinsbergerstr. 44.
Bernhard Danne, Kastanienall. 50-51.
C. E. Fink, N, Pankstr. 92.
Halff, Herm., Nklln. Hermannst. 227

Frese, Ernst 5 Geschäfte im SO.

Gaege, Otto Charlottenburg.
Paul Gaege, Spandau.

Jos. Hauke Mehl- u. Kolonialw. Bergmannstr. 95.
Heerma, H., Nklln., Hermannst. 172
Heinrich, R., Hermannstr. 59/60, Bergstr. 144, Kais.-Friedr.-St. 244
Karl Huhn, Schererstr. 9.
Korn, Hugo Wrangelstr. 117.
A. Kohbelt Invalidst. 128, T. A. Nord 8363 vis-a-vis Stettin. Hauptbahnh.
B. Krüger, Schöneb., Hauptstr. 153
Lonz & Jagmann, Winsstr. 53, Posenerstr. 15, Stralauer-Allee 18
Lüdtke, H., Fruchtstr. 67.
Gus. Meyer, Eichst.-St. 19, Willst.-St. 1.
C. Neugebauer Ober-Schöneweide
Nietsch & Rabsahl, Carmen-Silvastr. 155
Otto Nowack Nachfol. Spandau.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
Jul. Penner Greifswalderstr. 11, vis a vis Lippehnerst.
P. Rentner Mansteinstr. 17, Steinmetzstr. 27
Schleinitz, A. Mariannenstr. 14. Markth., Barbeiaskest. Markth., Dorothenspl.
Schneider, Emil Reichenbergerstr. 38
Walter Seidel, Beusselstr. 26.
Thieke, Nachf., Prinzenstr. 10.
R. Wendler, Reinickendorferst. 64
B. Zyczynski, Neukölln Pannierstr. 59.

Möbelmagazine

Gustav Böse Tischlermstr., Lausen-Ufer 22, am Oranienplatz.
Berliner Möbelhalle **„Norden"** Ackerstr. 126 u. Invalidenst. 118.
Daehne, F., Rl., Neue Jonasstr. 36.
A. Dohmann, Stromstr. 44.
Wilh. Gabbert, Brunnenstr. 162.
Geppert, Paul, Zossenerstr. 32.
Gericke, Fritz, Müllerstr. 145.
Gleiser, A., Alexandstraße 42.
H. Gebert, Birkenstr. 44 **Möbel-Fabrik.**
K. Grossmann Barbarossa-Str. 5.
G. Hacke, Wilhelmshavenerstr. 20.
Wilh. Hamann Schönhauser-Allee 42.
Harnack Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung, Verkauf i. Fabrikgeb.
Hopp, Jul., Brunnenstr. 133.
König, A., Nklln., Berlinerstr. 102.
Herm. Kogel Neukölln, Hermannstr. 12.

Küchenmöbel
Berliner Küchenmöbel-Fabrik
Neue Königst. 31-32, T. VII 4746

Lüdecke, Kottbuser Damm **83/85**
Lange, Max Schwedter St. 26 a. d. Kast. Allee.
L. Lazarus, Petersburger Str. 62.

Misch Siegmund Bred.-St. 16 auch Teilzahlg.

Möbel-Gelegenheit

Anklam, Charlottbg., Wallstr. 59.
Möbel Karras Waldemarstraße 13a. 64.
Hugo Moh, W. 57, Potsdamerstr. 32c.

Möbelhaus Kastanienallee 40. Fabrikgeb. gegr. 1884.
Teilzahlungen gestattet.
Lüddecke, R., Nklln. Bergstr 4.
F. Neumann Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 100-1
Rebsch, E., Spandau.

Emil Rutlar
Tischler-Innungsmeister
Prinzenstr. 34

C. Reiher Nachf., Veteranenst. 21.
Schmidt, Otto Möbelfabrik Gartenst. 52.
Siebeky, W. Gneisenaustr. 18 eig. Tischl.-Tapz.-Wkst.
A. Schuster, Ob. Schöneweide, Edisonst. 59
Schwanke, Rixdf., Hermannstr. 229
Steinemann, Waldemarstraße 72 Ecke Manteuffelstr.
Herm. Wendland Reinickend.-Straße 114.

Möbel-Transport

P. Enders, Ostbahnhof 7a. Y. Kflst 4136.
Robert Frenzel, Köpenickerstr. 102.
Krüger, Reichenb. St. 16. Tel Mpl. 8307
J. Lange Ritterstr. 36, IV., 4198 Billigste Preisberechng
Paul Schur, G. m. b. H., Birkenestr. 39 82.

Molkereien

Molkerei „Nord-West" Brunnenstr. 50 Bredowstr. 20
Milchkuranstalt am Viktoriapark
Kreuzbergstr. 27-28, T. A. VI. 1070
Kinder- und Kurmilch.
Molk. Streh! Trockenf. Neukölln Hermannst. 116 E. Siegfr. St.
G. Gollisch, Pathenerst. 29. E. Rammlerst.
Milch Schmidt
Neukölln
Hermannstr. 53, Hermannstr. 95-96.
J. Reich, Birkenstr. 33. Zwinglistr. 33
„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 46. u. Tel. II 2585.

Musikalien

Niemeyer, Krickenst. 8. Köpenickerst. 76
Scholz Frankfurter-Allee 73b Frankf.-Chaussee 115.

Musikinstrumente

Kirst, Rich., Brunnenstr. 43.
Plato & Co., Köpenickerst. 105/6.
Lorenz Rahmel, Oranienerst. 181
Lorbeer, Müllerstr. 14.
Musik-Haus Menzenhauer
Größtes Spezialgeschäft der Branche. Spittelmarkt 14a.
Reetz, Spandau, Havelstr. 21.
Schnötke, Otto, Nklln. Richardstr. 115

Nähmaschinen

Bellmann, E., Gollnowstr. 26. Waschmasch.
Charlottenburg, Spandauerstr. 3 alle Systeme ohne Anzahlung.
Ferra Hermannstr. 177. Kottbuser Damm 23.
Pfaff bestes deutsches Fabrikat **Steinhauer, Spandau.**

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Littauer, Vertr. Wilke, Nklln., Berlinerst. 84 Hermannst. 59/60.
F. W. Büttner, nur Manteuffelstraße **109.**
Afrana-Nähmaschinen
G. A. Büttner, Andreasstr. 79, Petersburgerstr. 87, Spandau, Schönwalderstr. 19.

Optiker

Bardorf, Moabit, Turmstr. 74.
Dase, Paul, N, Müllerstr. 174.
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Hasler, Gollnowstr. 18. Kassellief.
Schubert, Carl, Nklln. Bergstr. 148
Wienstruck, Spandau, Poleckenerstr. 19.

Papier- u. Schreibw.

O. Prochnow, Nklln. Hermannstr. 69
Seidler, Louis, Nklln. Bergstr. 42.

Pfandleihen

Rixd. Pfandleihe Neukölln nur Bergst. **58**
Spottbilliger Bettenverkauf, Hochmoderne Herrengard. Ulmenwerk, Schmuckach. etc.
E. Kron, Köpenickerstr. 55a, I.
Langer, Wrangelstr. 92, Billiger Verkauf.
Schmidt, Fennstr. 3
E. Senftleben, Kotth.-Damm 28. I.

Photgr. Apparate

M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 9 nach Gelegenheitskäufe.
Hugo Schultz Müllerstrasse 166 a
Eig. Artikel 5% Gelegenheitskäufe
Zaremba, Weinbergsweg 1. T. Nd. 8532

Putz- u. Modewaren

M. Haase Nklln., Bergstr. 1 Putzgeschäft
Bertha Mierzwa Frankfurter Allee 65
Spezialhaus für Damenhüte.
Peters Spezialhs. f. Damenhüte Ll. Frankf.-Chauss. 152a
Liefr. d. Konsumgenossenschaft.

Puppen

P. R. Zierow, Schönhauser Allee 179

Restorhandlungen

Luise Frömel, Greifswalderstr. 199.
Carl Joch, NO, Palisadenstr. 97.
Pauline Preissing, Reinickendorfest. 13, I.

Schuhwaren, Schuhm.

Ernst Adam, Friedrichshagen.
Anhalt, E., Andreasstr. 13.
Baumgart, H., Manteuffelstr. 28.
Damaschke, Invalidenstr. 144.
J. Denzig Nchf., Chausseestr. 26
Ellers, Anhaltstr. 4, Lindenstr. 112.
Engel, W., Reinickendorferstr. 93
Osk. Engler, Swinemünderstr. 63.
Osw. Fabian, Köpenick, Kietzerstr. 1.
Fleer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, Torstr. 53 (10% Rab.)
D. Ganz, Nklln., Hermannstr. 196i

Tipp-Topp Leser d. Ztg. 5% Rabatt
Ostermann, Goltz-Str. 41.
Otto Grätsch, Chausseestr. 12u. 67.
Goldmann, Spandau, Schönwalderst. 84.
R. Hagemann, Kastanien Allee 4. 5% R.
Heinrich, Johann, Poterab.-Str. 36.
H. Jetzlaff, Badstr. 54.
Rich. Kuhn Prankf. Allee 118a
Schuh. Allee 80 I Etage
Verkauf z. Engrospreisen.
Leserl. Zeitungs 5% Rabatt

C. Kühn Bergstr. 52. Hermannst. 163
Herm. Kärmer, Cöpenick.
Paul Lehmann, Friedrichshagen.
Ernst Müller, Teltowerstr. 59.
Nehring Charlbg., Kais.-Augusta-Allee 30
C. Neumann, Falkensteinstr. 37.
Peterzohn, Osk., Müllerstr. 155.
● Plaumann, Jagowstr. 20, 5%
Schmidt, Gebr., Fennstr. 59.
Schuhwarenhaus des Westens Yorkstr. 46.
Schuhwarenhaus Kottbuser Damm 17a II Trepp. Vertr. H. Stein
Fritz Schlott, Moabit, Waldstr. 34.
Schwersenzer, Turmstraße 48.
Alb. Seeger, Ww., Lortzingstr. 6
Sommer, Wilh., N, Schönh.-Allee 85.
A. Trettin, Friedrichshag., Friedrichstr. 33.
Witt, Spand., Neuendorferstr 99,

Schirme u. Stöcke

Girod, F., Spandau, Potsd. Str. 19.
Herrmann, Lychenerst. 5. Eig. Fabrikate.
Jehnichen, Nklln., Kais. Friedr.-Str. 18
R. Lerche, Schöneberg, Kaiserasnestr. 62
A. Rieke, Badstr. 11, Bezüge billigst
Herm. Rosenky, W. Kurstelstr. 4.
G. Schleussner, Warschauerst. 86.

Seifen

Heidke, Paul, Burgsdorfstr. 13.

Teppiche u. Gardinen

Gardinenh. Bernhard Schwarz Berlin, Wallstr. 13 (dreizehn).
J. A. Schulz Weinbergsweg 10 I.

Trauer-Magazin

Westmann
Mohrenstr. 27a, Gr. Frkf. Str. 116.

Uhren u. Goldwaren

Oscar Aldag, Charl. Krummestr. 29.
J. Behrendt, Wrangelstr. 52.
Otto Bickel, Charlottenburg 2. Kantstr. 144.
Gustav Schoder
Fabrik moderner Goldw. u. Uhren
Hauptgesch. S. 42. Oranienst. 155/56
I. Filiale W. 80, Lützowstr. 80.
II. „ Schöneberg, Hauptst. 142
Otto Brauer, Müllerstr. 164.
Charlottenburg Spandauerst. 37 E. L. Hirsch, fr. Trenk
Max Eisermann, Charl., Nehringstr. 16.
Brüggemann, Reinickendorferstr. 96.
Bürger, Jul., Müllerstr. 6.
Max Busse Brunnenstr. 175/177.
W. Eisolt, Charl., Wilmersdorferstr. 111.
Ellinghausen, Gebr., Grüneweg 46.
Fenske, S., Kottbusserdamm 96

P. Fischer, SO., Michaelkirchstr. 8
J. Gebhardt Charlottenburg Berlinerstr. 124.
George, Adolph, Badstr. 65.
Ernst Gräber, Brunnenstr. 78.
M. Graupner Bülowstr. 57, Lief. d. Konsum-Ges., Berlin s/m
H. Kammler, Charl., Krummestr. 2.
M. Kariel Brunnenstr. **118.**
Kalebusch, W., Frft. Chaussee 61
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40.
Lehmann, Wilh., Kottb. Damm 22.
Lüders, H., Schöneberg, Kaiserasnestr. 53.
Nolte, K., Simon-Dachstr. 13.
Rudolf Plunz, Brunnenstr. 112.
Brunnenstr. 81
Quitzow, Joh., Müllerstr. 1a.
Emil Quade Schöneberg, Hauptstr. 148.
G. Scharnow, Oranienstr. 45.
Carl Schlewinsky, Koppenstr. 4.
R. Schmelz, Reichenbergerstr. 143
Willy Schmidt, Friedenau, Rheinstr. 12.
Gustav Scholz Schöneberg Hauptstr. 155.
Schönemann, G., Nklln., Berl.-St. 73
F. Schönwitz, Berl. O., Gensler str. 27
W. Schultz Boxhagen, Neue Bahnhofstr. 33
Schumacher, O., Tegel, Berl.-St. 5a.
Schulz, Osw., Frankf. Allee 24.
Max Storch, Elbingerstr. 100.
M. Tomechna Nchf., Brückenstr. 16.
Paul Trenk, Charl., Spand.-Str. 32.
A. Trenner, Wilhelmsruh, Hauptstr. 12.
Truxa, W., Frankft. Allee 185.
Uhren-Klinik, Brunnen- E. Berzasserst.
Wittig, Ad., Neukölln, Berlinerstr. 44.

Versicherungen

„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3.
Sterbekassenversicherg.

„Friedrich Wilhelm"
Berlin W 8, Behrenstr 56—61
Lebens-, Sterbekassen- u. Arbeiterversichg.
Mit u. ohne ärztl. Untersuchung
Jahres-, Monats-, Wochenbeiträge

„Iduna" zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82
Volks- und Lebensversicherung.

Warenhäuser

Warenhaus M. Hirsch
Spandau

Wilh. Herm. Lesser
Kolonst. 54 Schöneberg Kolonst. 54
Bei jedem Einkauf Rabattm.

Weine, Liköre u. Fruchtsäfte

Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Eile m. Weiye, Likörfabr., Gerichtstr. 16
Ignatz Sello Brunnenstr. 16 und Filialen. Einzelverk. z. Engr.-Preis
Bettinger, E., Wald-Ecke, Wicklefstr

Großd. „Zur Sonne", P. Freudenberg
Horn, Neukölln, Hermannsplatz 3.
Conrad Großdestillation Oranienstr. 207

Waschmittel

Verlangen Sie „Edelweiß"
Krone aller Waschmittel.

Weiß-, Wollw., Trikot.

Ahlscher, Gust., Chorinerstr. 75.
H. Barts, Schönhauser Allee 107.
Bredow, Otto, Nklln. Hermannst. 56
Carl Braun Kottbuser-Damm **5.**
M. Gardels Beusselstraße 76 Tauroggenerst. 10
Georgi, Ernst Kraut Str. 51a.
Hoffmann, Carmen Sylvastr. 6
Hoppe, E., Scharnweberstr. 52.
Julius John Lortzingstr. 9. Dankerstr. 1.
Jonas, Hermann Göstrin.-Pl. 1. Iniestr. Beifüd.
Juncker, H. Neukölln Hermannstr. 172.
Carl Klein, Höchststr. 16, N.O. 18.
Robert Kutsche, Gubenerstr. 56.
A. Kaesler, Caprivistr. 5.
Ch. Loewy, Nklln., Bergst. 52/53 vis-a-vis der Kirche.
Meyer, Bernauerst. 12, (Arbeiterhemden)
Nachmann, Müllerstr. 131a, Kons.-Lief.
Fr. Ollwetzki, Alte Jakobstr. 137.
Schaefer, Hussitenstr. 43.
Schrom, Lina, Mirbachstr. 21.
Otto Seelisch, Kochhannstr. 8.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 21.
J. Stein Reinickendf. W. Scharnweberst. 116

Ad. Schäfer Nchf.
SO. Admiralstr. 4.

L. Schneider, Weberstr. 61.
A. Tschiegge Elisabethkirchstr. 13 Wäsche, Bettfedern.
Thurow, O., Charlbg., Cauerstr. 14
L. Vierarm, Zionskirchstr. 34.
E. Volgt, Reinickendorf, Amedsstr. 101.
Albert Vogt Urbanstr. — 21. —

Wild u. Geflügel

Prima **Legehühner** sowie **Bettfedern:**
Geflügel-Importhaus
Neukölln, Kneesbeckstraße 105.
C. Dittmann Neukölln Berliner Str. 43.
P. Hildebrandt Brunnenstraße 122.
Schmidt, E., Spandau, Havelst. 19
Zastrow, Landsberger-Allee 147. Fische.

Zahn-Atelier

E. Bade, N. Schönhauser Allee 43, I.
Hollbruch, Herm., Fankst. 5, gegr. 1871
Heröd, H., Elsasserst 97, a. Rosental. Pl.
Jordan, Alfr., Feuerstr. 81, gegr. 1888.
Körber, O., Marienderf, Chausseestr. 306
H. Lindcke, Warschauerstr. 69.
M. Rosenke, Birkenstr. 22.
Witte, Max Muskauerstr. 16 Ecke Manteuffelstr.

Theater.

Mittwoch, 18. Sept. 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Violetta.
Kgl. Schauspielhaus. Die Blutshochzeit.
Deutsches. Hamlet.
Deutsches Schauspielhaus. Egmont.
Zirkus Albert Schumann. Große Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Aufs Matterhorn.
Lessing. Tantris der Narr.
Kammerspiele. Mein Freund Teddy.
Montis Operetten. Goldner Leichtsinn.
Kurfürsten-Oper. Der Kuhreigen.
Berliner. Große Rosinen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Der Unverschämte. Der Arzt seiner Ehre. Lottchens Geburtstag.
Schiller O. Die Gefährtin. Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Schiller - Charlottenburg. Nachruhm.
Residenz. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Autoliebchen.
Luisen. Der Walzerkönig.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klabriaspartie.
Trianon. Die Brieftasche. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb.
Metropol. Schwindelmeier u. Co.
Casino. Der Großfürst.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.

Anfang 8½ Uhr.

Lustspielhaus. So 'n Windhund.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Die keusche Susanne.
Rose. Die goldene Eva.
Walhalla. Nur nicht drängeln.
Folies Caprice. Der keusche Joseph. Der Rehbock.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Liebelei. — Literatur.

Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Yvonne.

* *

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Montis Operetten-Theater
(früher **Neues Theater**)
Abends 8 Uhr:
Goldener Leichtsinn.

Deutsches Schauspielhaus
(Komische Oper).
An allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Egmont.

Schiller-Theater O. Wallner-Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Nachruhm.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Talisman.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Misanthrop. Die Schule der Frauen.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.
8 Uhr:
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Keroul und Barré.
Morgen und folgende Tage:
Der Herr von Nr. 19.

Luisen-Theater.
Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Der Walzerkönig.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Die goldne Eva.
Morgen: **Zapfenstreich.**

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Heute Mittwoch:

Paul Mantheys lustige Sänger.
Vollständig neues Programm.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugskarten gelten. —
Jeden Sonntag: **Paul Mantheys lustige Sänger** anschließend **Familienkränzchen.**

„Clou" :: Berliner :: Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 91/92.
Eröffnung
Sonnabend, den 21. September cr., abends 8 Uhr.
Udel-Quartett, Prof. Udel aus Wien.
Berl. Konzerthaus-Orchester. Frz. v. Blon.
Musikc. Kais.-Alex.-Grenad.-Rgts., Kgl. Musikdir. **Brase.**

Urania
Taubenstraße 48/49.
Theater:
8 Uhr: Dr. Mühlstaedt-Leipzig:
Aufs Matterhorn.

ZOO LOGISCHER GARTEN
Täglich:
Großes Militär-Konzert.
Eintritt 1 Mark,
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahr. die Hälfte.

Metropol-Theater,
Wegen Vorbereitung zur neuen Jahresrevue bis inkl. Freitag, den 20. September:
Geschlossen!
Sonnabend, abends ½8 Uhr:
Premiere!

Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Ein nie dagewesener Erfolg!
Nathal und Palma
? Mensch oder Affe ?
M. Vega Trio
der Gipfel der Komik.
Wunderpapagei Lora
und 8 weitere Novitäten.

Folies Caprice.
Täglich 8¼ Uhr:
Die Novitäten:
Der keusche Joseph.
Der Rehbock.
Der Einbrecher.

Herrnfeld Theater
Wie man Männer bessert!
Die Original-Klabrias-Partie
Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 (Theaterkasse.)

Passage-Theater.
Abends 8—11 Uhr
Gastspiel der sieben Spaßmacher
„Da tut sich was."
Große Metroparodie-Revue
nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von **Schmolius Feind,** Musik von **Victus Limburger,** in Szene gesetzt von Direktor **Ricardo Shoultsoz.**
Jean Pedro, Fratzi Massievy, Laatsch Messing, Popi Popipi, Kohn Erzbishop, Luido Quietscher.
Pfeifen überall gestattet!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.

Die Macht der Töne.
Burleske v. Meysel.
Anfang
Wochentags 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Zirkus Busch.
Sonnabend, den 21. September, abends 7½ Uhr:
Gala-Eröffnungs-Vorstellung.
HOUDINI
kommt wieder!
Die Zirkuskassen sind täglich von 10 Uhr vorm. ab ununterbrochen geöffnet; außerdem Vorverkauf bei **A. Wertheim, Leipzigerstraße** und **Invalidendank, Unter den Linden.**

Passage-Panoptikum
Prinz ATOM
Das kleinste menschliche Lebewesen.
Das Wunder aller Wunder.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr. **„Die Brieftasche". „Ein peinlicher Zwischenfall". „Der Dieb".**

Berliner Ulk-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 74 I.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
z. Z. einziger Eispalast.
Heute **2 Vorstellungen 2.**
Nachmittags und abends:
Das prachtvolle Eisballett
Yvonne.
Abends außerdem:
Die kleine Charlotte.
Einödshofer-Konzert.
Bis 6 Uhr und von 10¼ Uhr abends **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges!
Wein- und Bier-Abteilung.

Zirkus Alb. Schumann
Heute Mittwoch, 18. Septbr., abends 7½ Uhr:
Aus dem reichhaltigen Progr. besonders hervorzuheben:
Champagner-Schule, geritten v. Direktor Schumann.
10 Martonis, russischer Troika-Akt.
Lorch-Familie (10 Personen), ikar. Spiele.
Willy Mamus mit s. **2000 Pfund** schwer. Schulpferd „Goliath".
Agube Gustzow, Tscherkessenreiter.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr
Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben
Der Großfürst.
Vorher ein auserwählter Spezialitätenteil, nur Künstler ersten Ranges.
Vorverkauf an der Theaterkasse von 11—2 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
1 Min. v. Bahnh. Jannowitzbrücke.
Das glanzvolle Spezialitäten-Programm und „Amor",
Operetten Burleske in 1 Akt.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 5½ Uhr.
5 Säle für 50-400 Personen und 2 Kegelbahnen zu vergeben.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen Badstraße 58
Mittwoch, den 18. September 1912:
Unser Doktor.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von L. Treptow.
Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 8¼ Uhr.

Amt III. Berliner No. 9559
Humor-Quartett
Gg. Treuer Kastanienallee 40

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Niederschlesische Wohnungskultur.

Die Arbeiterschaft des Kreises Waldenburg, die acht Zehntel der Bevölkerung ausmacht, hat unter Wohnungsverhältnissen zu leiden, wie sie schlimmer in ganz Deutschland wohl kaum anzutreffen sind. Der Kreis bildet für sich ein abgeschlossenes Industriegebiet. Die Mehrzahl der Arbeiter ist im Steinkohlenbergbau beschäftigt; den Rest stellen in der Hauptsache Bauarbeiter, Porzellanarbeiter und Textilarbeiter dar. Die Bergleute verdienen nachweislich die niedrigsten Löhne, die im deutschen Steinkohlenbergbau gezahlt werden. Sie ringen seit Jahren um eine bessere Existenz, vermochten aber bisher den Grubenkapitalisten keine nennenswerten Vorteile abzutrotzen. Die Grubenkapitalisten führen im Kreise eine unumschränkte Herrschaft. Sie setzen in den Stadt- und Gemeindeparlamenten dank dem Haus- und Grundbesitzerprivileg ihren Willen durch, versuchen bei Strafe der gesellschaftlichen Aechtung und des geschäftlichen Boykotts den Mittelstand ins Schlepptau zu nehmen und lassen den versklavten Arbeitern durch drei festbesoldete, aus der Schule des Reichsverbandes hervorgegangene Sekretäre, die frohe Botschaft verkünden, daß ihr Heil nicht in der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften, sondern in den reichstreuen und Kriegervereinen liege, die hier treibhausmäßig gefördert werden, denen man unter Anwendung des schärfsten Terrors die Mitglieder zutreibt.

Dem Grubenkapital ist zur Aufrechterhaltung seiner faulen Herrschaft kein Mittel zu schlecht. Wir haben es in Niederschlesien mit einem ganz ausgefeimten profitgierigen Unternehmertum zu tun, das seinen Verwandten, den rheinischen Kohlen- und Industriebaronen um nichts nachsteht und nur einen Willen kennt, nämlich den seinen. Indessen wütet unter der arbeitenden Bevölkerung ein unsagbares Elend, hervorgerufen durch Krankheit, Unterernährung, Siechtum und frühen Tod. Eine kurze Betrachtung der Wohnungsverhältnisse, die den sozialen Tiefstand der Waldenburger Industriearbeiterschaft am trefflichsten illustrieren, möge diese Behauptung bestätigen.

Da die Gemeinden über das Wohnungswesen keine Statistik führen, hat der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins zur Selbsthilfe gegriffen und Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse im Kreise Waldenburg veranstaltet. Befragt wurden nur organisierte Arbeiter, und zwar über die Anzahl der von ihnen bewohnten Zimmer, über die Zahl der Kinder und die Höhe der Mietpreise.

Es ergab sich nun, daß von 4544 befragten Familien 2730 oder rund 60 Proz. mit insgesamt 11 448 Köpfen eine Einzimmerwohnung bewohnten. 1814 Familien oder rund 40 Proz. mit zusammen 7610 Köpfen bewohnten eine Zweizimmerwohnung. Dreizimmerwohnungen waren überhaupt nicht anzutreffen.

Ein trauriges, für unseren sogenannten Kulturstand tief beschämendes Ergebnis, das um so schwerer ins Gewicht fallen muß, wenn man sich vor Augen hält, daß die befragten Familien nur einen kleinen Bruchteil der Arbeiterbevölkerung umfassen. Nach einer ungefähren Schätzung sind im Waldenburger Kreise 27 000 Arbeiterfamilien vorhanden. Uebertragen wir auf diese das prozentuale Ergebnis — 60 zu 40 Proz. —, so erhalten wir 16 200 Familien mit zusammen 64 800 Köpfen, die in einer Einzimmerwohnung hausen, und 10 800 Familien mit insgesamt 43 200 Köpfen, die in einer Zweizimmerwohnung hausen. Diese Aufstellung entspricht sowohl hinsichtlich der Kopfzahl als auch hinsichtlich der gemachten Erfahrungen den tatsächlich vorhandenen Verhältnissen. Ja, es kann sogar, ohne zu übertreiben, angenommen werden, daß die Berechnung nach oben hin zu niedrig bemessen ist; daß weit über 60 Proz. der gesamten Familien Einzimmerwohnungen inne haben und daß die auf sie entfallende Kopfzahl noch bedeutend größer als angegeben ist. Organisierte Arbeiter, wachgerufen und für höhere Bedürfnisse geweckt, pflegen im allgemeinen mehr Aufwendungen für Wohnungszwecke zu machen. Da aber nur solche befragt wurden, läßt sich aus dem Ergebnis ohne weiteres schließen, daß in den Kreisen der unorganisierten geistig träger und wenig regsamen Masse noch weitaus traurigere Wohnungsverhältnisse anzutreffen sind, die Einzimmerwohnung prozentual noch stärker vertreten ist.

Die Aufwendungen, die für Miete gemacht werden, schwanken zwischen 65 und 160 M. pro Jahr. Für Einzimmerwohnungen wird jährlich bis zu 110 M. Miete verlangt. Der Mietpreis für Zweizimmerwohnungen schwankt zwischen 90 und 160 M. jährlich. Dabei ist zu beachten, daß man in Niederschlesien unter dem Begriff Einzimmerwohnung nur einen einzigen Raum versteht, ohne Küche oder sonstiges Nebengemach. Stube mit Küche, Entree oder Alkoven gilt schon als Zweizimmerwohnung, auch wenn der Nebenraum nicht heizbar und ohne Lichtzuführung ist, was oft anzutreffen ist. Bei einer derartig kümmerlichen Beschaffenheit der Wohnungen ist der Mietpreis reichlich hoch.

Vergleicht man die von den einzelnen Familien aufgebrachten Jahresmieten mit der Zahl der Kinder, so läßt sich allgemein die Tatsache konstatieren, daß mit dem Steigen der Kinderzahl die Aufwendungen für Miete sinken. Je mehr Kinder in der Familie, desto größer die Ausgaben für den Lebensunterhalt. Da diese bei der allgemeinen Teuerung und dem niedrigen Stand der Löhne kaum noch zu erschwingen sind, muß an allen Ecken und Enden gespart werden. Man schränkt sich nicht nur in der Ausgabe für Kleidung und andere notwendige Bedarfsartikel ein, sondern auch in der Ausgabe für Miete und bezieht mit dem Wachsen der Familie eine kleinere Wohnung, statt — wie es richtiger und vom hygienischen Gesichtspunkt aus notwendig wäre — eine größere. Wir finden im Waldenburger Kreise häufig sehr starke Familien — Familien bis zu 10 und 12 Köpfen. Diese aber bewohnen durchweg Einzimmerwohnungen. Nur jung verheiratete Leute und solche mit wenig Kindern können sich den „Luxus" einer Zweizimmerwohnung gestatten, wovon übrigens nicht selten ein Raum an Logisgänger vermietet wird. Die Mehrzahl der Häuser sind von vornherein auf Einzimmerwohnungen zugeschnitten. Es sind öde schmucklose Baue und so angelegt, daß jedes, auch das kleinste Winkelchen für Wohnzwecke ausgenützt werden kann. Dachstuben, die weder verschalt noch verputzt sind, werden massenweise an Kostgänger vermietet. Dort oben verbringt der junge Arbeiter vor seiner Verheiratung seine „Mußestunden"; im Sommer zu warm und im Winter zu kalt, das sind seine ewigen Klagen. Kein Wunder daher, wenn der junge Arbeiter ins Wirtshaus getrieben wird. Die neueren Häuser dürfen nach den Vorschriften einer Bauordnung, die vor einigen Jahren erlassen worden ist, Einzimmerwohnungen nicht mehr enthalten. Die Bau- und Grundstücksspekulanten halten sich nun insofern schadlos, als sie den Raum, der sonst für eine Einzimmerwohnung erforderlich war, zu einer Zweizimmerwohnung zu verwenden suchen. Die Zimmer werden kleiner gemacht und die Miete steigt. Das ist auf dem Gebiete des Wohnungswesens der einzige Fortschritt im Waldenburger Kreise.

Wie es in einer Einzimmerwohnung, in der eine sechs- bis zehnköpfige Familie haust, ungefähr aussehen mag, kann sich jeder lebhaft vorstellen.

Der Verfasser des Artikels hatte das zweifelhafte Vergnügen, eine große Anzahl Wohnungen in Augenschein zu nehmen. Man wird bei der Besichtigung dieser Wohnräume lebhaft an die Zustände erinnert, die Mitte des vorigen Jahrhunderts in den schlesischen Weberdistrikten herrschten. Zeitgenossen berichteten damals, daß die Kuhställe eines Dominiums Prunksäle genannt werden müßten im Vergleich zu der Mehrzahl der Weberwohnungen. Dieses drastische Beispiel läßt sich heute noch anwenden auf einen großen Teil der niederschlesischen Einzimmerwohnungen. Schon beim Betreten eines Hauses fühlt und sieht man deutlich, daß in seinem Inneren das Elend wohnt. Die Korridore und Gänge sind mit Schränken und anderen Möbelstücken gefüllt. In den Stuben selbst ist so wenig Platz, daß man sich kaum umdrehen kann. Zwei Betten bilden in der Regel die einzige brauchbare Schlafgelegenheit. Fragt man die Leute, wo denn die Kinder, fünf, sechs, sieben und acht an der Zahl, schlafen, so wird in der Regel in einen Winkel gedeutet, in dem ein Haufen Lumpen liegt. Das also ist die Schlafstelle der Kinder. Wo Kinderbetten vorhanden sind, müssen oft drei bis vier Kinder in einem Bett schlafen.

Ein derartiger Zustand, in dem weitesten Maße verbreitet, muß naturgemäß schwere sittliche und gesundheitliche Gefahren mit sich bringen. Die niederschlesischen Gerichte haben sich verhältnismäßig sehr oft mit Fällen von Blutschande und Sittlichkeitsverbrechen zu befassen. Kinder und jugendliche Leute werden durch derartige Verhältnisse direkt zu Ausschweifungen erzogen. Und auf gesundheitlichem Gebiete bringen derartige Verhältnisse eine eminent große Kindersterblichkeit, eine weit verbreitete Tuberkulose und sonstige Gebrechlichkeiten mit sich. Vor einigen Jahren mußte der Kreisschularzt von Waldenburg die traurige Tatsache konstatieren, daß 86 Proz. der Waldenburger Schulkinder krank und unterernährt sind. In den ausgesprochenen Arbeiterorten Gottesberg, Altwasser, Weißstein, Hermsdorf, Dittersbach, Fellhammer, Salzbrunn, Sandberg und noch anderen im Kohlenrevier gelegenen Ortschaften ist die Krankheitsziffer der Schulkinder eine noch bedeutend höhere. Die Säuglingssterblichkeit betrug in der Stadt Waldenburg vor einigen Jahren 33⅓ Proz. Jetzt ist die Ziffer etwas zurückgegangen; es sterben von 1000 Säuglingen im ersten Lebensjahre 220. Auf der Hygieneausstellung in Dresden konnte die Stadt Waldenburg von sich berichten, daß sie mit der Säuglingssterblichkeitsziffern über dem Reichsdurchschnitt steht. Auch hier muß in Betracht gezogen werden, daß in den Nachbarorten, die keine Statistik führen, die Sterblichkeit eine noch viel höhere ist. In der Sterblichkeitsziffer überhaupt marschiert Waldenburg i. Schl. voran. Es starben in Waldenburg von 1000 Einwohnern auf das Jahr umgerechnet rund 24. Die oberschlesischen Industrieorte weisen eine bedeutend niedrigere Ziffer auf, obwohl sie der Einwohnerzahl nach bedeutend größer sind und auch die Luft eine bedeutend schlechtere ist. Das Waldenburger Industriegebiet ist von hohen Bergen umgeben, frische ozonreiche Luft strömt von allen Seiten herein, wenn nun trotzdem auf dem Gebiete der Volksgesundheit so vieles im argen liegt, wenn Krankheiten weit verbreitet und das Durchschnittsalter ein sehr niedriges ist, so hat das alles seine Ursache in den schlechten Wohnungsverhältnissen, und damit zusammenhängend in der überaus schlechten Entlohnung.

Zurzeit verlassen die Bergarbeiter in großen Scharen das Industriegebiet. Sie suchen sich in den rheinisch-westfälischen Kohlenrevieren, wo die Löhne im allgemeinen höher sind als in Niederschlesischen, eine neue Heimat. Seit Anfang des Jahres sind nahezu 1000 Bergarbeiter, meist Familienväter, abgewandert. Diese Abwanderung ist für das wirtschaftliche Gedeihen des Kreises von großem Schaden. Die Abwandernden sind meist intelligentere Arbeiter mit höheren Bedürfnissen. Sie werden ersetzt durch Arbeiter, die aus den schwarzen Kreisen Glatz, Münsterberg, Habelschwerdt und Neurode herangezogen werden, und äußerst bedürfnislos sind. An eine Steigerung der Löhne ist unter solchen Umständen kaum zu denken. Auch daran nicht, daß von den Grubenverwaltungen oder von den Stadt- und Landgemeinden etwas getan wird zur Linderung des Wohnungselends. Die Arbeiter haben in den Gemeinde- und Stadtparlamenten keinen Einfluß. Der Grundbesitz und das Grubenkapital führen in den Kommunen das Ruder. Daher muß immer lauter und mit immer größerem Nachdruck die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes gefordert werden. Nur ein solches Gesetz vermag Abhilfe zu schaffen.

Es wird zurzeit viel über den Geburtenrückgang geklagt. In Waldenburg ist nichts davon zu verspüren. Es werden eher zu viel als zu wenig Kinder geboren. Hauptsächlich bei den armen Leuten. Aber die Neugeborenen sterben zu früh und die Lebenden tragen ewig die Keime gefährlicher Krankheiten in sich. Eine allgemeine Hebung der Lage der arbeitenden Klasse, und vor allem die Schaffung günstiger Wohnungsverhältnisse vermögen allein Hilfe zu bringen. Der Gesellschaft neue und brauchbare Glieder zuzuführen, muß die erste Aufgabe eines geordneten Staatswesens sein. Da sich unsere heutige Regierung nicht von selbst dazu bequemen wird, heißt es für die Arbeiter: ans Werk! Auf zu neuen Taten!

Kleines Feuilleton

Die Stuttgarter neuen Hoftheater. Nach mehr als zehnjähriger Pause hat die deutsche Bühnenkunst in Stuttgart wieder eine würdige Heimstätte erhalten. Zwei prachtvolle Kunstbauten sind entstanden, die wohl das beste sind, was ihr Schöpfer, Prof. Max Littmann aus München, bisher auf dem Gebiete des Theaterbaus geleistet hat. Das große Haus soll sowohl der großen Oper als auch dem großen Schauspiel dienen, das kleine Haus wird die Mozartoper und das moderne Seelendrama pflegen. Beide Häuser wirken architektonisch reizvoll, ohne Ueberladung und Extravaganzen. Die Bühnen sind mit allen Errungenschaften der modernen Technik ausgestattet. Auf die Drehbühne hat der Erbauer mit Recht verzichtet und an ihrer Stelle die Schiebebühne eingeführt, auf der die im hinteren Bühnenraum aufgebauten Bühnenbilder nach vorne geschoben werden, um nach erfolgtem Gebrauch nach der Seite zu verschwinden. Die Zuschauerräume, Foyers, Konversationssäle sind mit auserlesenem künstlerischen Geschmack ausgestattet und von festlicher, stimmungsvoller Wirkung. Besonders hervorgehoben muß werden, daß die Nebenräume für das Personal, und zwar nicht nur für die Solisten, äußerst weiträumig und bequem angelegt sind.

Der Erbauer hat zwischen der bisher üblichen konventionellen Form des Rangtheaters und der von ihm besonders kultivierten amphitheatralischen Anordnung des Zuschauerraums durch Verzicht auf Prozeniumslogen und starkes Ansteigen des Parketts ein glückliches Kompromiß zu schließen verstanden. Das Orchester ist nach Wagnerscher Anordnung völlig versenkt, ohne daß dabei die Mängel zutage treten, die in Bayreuth bestehen, wo der Dirigent völlig außerstande ist, die Sänger auf der Bühne zu hören. Auch die Bühnenbeleuchtung hat eine neuartige Verbesserung erfahren, indem der Schauspieler von der Rampe aus nicht mehr wie bisher von unten, sondern von oben beleuchtet wird.

Die Eröffnungsvorstellung brachte alle technischen und künstlerischen Vorzüge der neuen Räume zur besten Geltung. Man gab in beiden Häusern einzelne Akte aus mehr oder weniger klassischen Werken. Unglücklicherweise hatte man im großen Haus versucht, sie durch verbindenden Text zu einem „Festspiel" zu gestalten — einzig und allein, um dadurch Gelegenheit zu einer Königshuldigung zu gewinnen. B. H.

Aus den Geschäftsbüchern eines Sklavenhändlers. Bei einem Lumpenhändler in Nantes sind unlängst 28 Geschäftsbücher eines Reeders namens Delaville-Deguer gefunden worden, der im 18. Jahrhundert zu den reichsten dieser Handelsstadt gehörte. Deguer handelte mit allen möglichen Waren, aber sein Hauptgeschäft wurde mit der Zeit der Sklavenhandel — oder, wie die harmlose Formel lautete: der Handel mit „Ebenholz". Er begann zunächst mit der Einfuhr von Negerknaben, die damals bei Damen besonders beliebt waren. Später erweiterte er das Geschäft, das er mit solider Sachkenntnis und sogar mit einer Art bourgeoiser Korrektheit betrieb. Er kannte die besten Quellen. „An der Küste von Guinea," schreibt er, „sind die Neger sehr schön und wohlfeiler als allerorten." Der Preis, der für sie zu erzielen ist, beträgt 1300 bis 1400 Livres „das Stück". Andere Landstriche sind weniger empfehlenswert. Entweder halten die Eingeborenen die Strapazen nicht aus oder sie vertragen die fremde Kost nicht, oder sie sind widerspenstig. Uebrigens muß man vor dem Einkauf die angebotenen Individuen immer vom Arzt gründlich untersuchen lassen. „Ich wiederhole Ihnen," ermahnt Deguer einen seiner Kapitäne, „soviel Männer als möglich und sehr wenig Frauen zu nehmen. Und diese müssen alle stehende Brüste haben." Alle Vorsichten hinderten aber nicht, daß die Ueberfahrten oft geradezu mörderisch wirkten, namentlich wenn die Ernährung ungenügend war. Von einem Transport von 350 Individuen kamen 201 vollständig erschöpft an und 20 Mann von der Schiffsmannschaft waren zugrunde gegangen. Besonders Skorbut und Typhus räumten schrecklich unter den im engen Schiffsraum zusammengepferchten Menschen auf.

Deguer spricht auch davon, in welcher Art die Ware bezahlt wurde. In Angola zahlte man mit Muscheln, an der Goldküste mit Branntwein, Gewehren, Pfeifen u. a. Die Sklavenschiffe waren in der Regel kriegsmäßig ausgerüstet, da die Konkurrenten der verschiedenen Nationen aufeinander Jagd machten. In Nantes war es Handelsbrauch, den zweiten Kapitän entweder mit 12 bis 15 Livres für den Kopf der verkauften Ladung oder in natura: mit 7 Negern und einem Negerknaben, zu bezahlen. Doch machte sich die „Schmutzkonkurrenz" fühlbar. Herr Deguer ist besonders auf die Engländer schlecht zu sprechen, die den „Ausschuß" ihrer Negerkolonien, sozusagen „Posel", auf den Markt bringen. Trotzdem stand das „Geschäft" mitten im „Zeitalter der Humanität", während schon die Stimme Rousseaus und Voltaires ertönte, noch immer mächtig in Blüte. Wie der Archivar des Departements Loire-Inferieure, der die Dokumente verarbeitet hat, erklärt, „ist der Glanz gewisser alter Häuser auf den Kais und Inseln von Nantes ein Zeugnis der derart erworbenen Reichtümer". Und die Nachkommen der Deguer und seinesgleichen werden zweifellos darauf schwören, daß die Quellen des Eigentums Sparsamkeit und Arbeit heißen.

Das neue chinesische ABC. Mit dem Zopf und der Monarchie will China nun auch ihre alte Schreibart aufgeben und sich auch in dieser Hinsicht in Reih und Glied mit modernen Völkern stellen. Es ist eine ehrwürdige Einrichtung, die hier zu Grabe getragen werden soll, denn die Chinesenschrift, die gegenwärtig etwa 80 000 Zeichen nicht für Wörter, sondern für Begriffe umfaßt, zählt ein Alter von 4400 Jahren. Mit dem Stichwort „Begriffsschrift" (Ideographie) ist das Charakteristische dieser Schreibart angegeben, die im Gegensatz zu unserer Lautschrift nicht den gesprochenen Laut, sondern den gedachten Begriff mit den geschriebenen Zeichen versinnbildlichen will. Die entsetzlichen Schwierigkeiten, denen das Gedächtnis hierdurch ausgesetzt wird, sind ja genügend bekannt, und es läßt sich ohne weiteres begreifen, daß eine durchgehende Reform der Schrift in China eine schlechthin unentbehrliche Vorbedingung kulturellen Fortschritts ist.

An dieser Reform arbeiten gegenwärtig eine Reihe chinesischer Gelehrter in Gemeinschaft mit einem der größten heut lebenden Sprachkenner, Professor Rivetta in Neapel. Das Reformwerk ist im großen ganzen vollendet und es steht zu hoffen, daß es auch angenommen wird. Folgendes sind seine Grundlagen, die im französischen „Cosmos" nach den Mitteilungen von Rivetta selbst geschildert werden.

Das neue ABC umfaßt 42 Buchstaben. 23 davon sind Vokale und 19 Konsonanten. Schon die große Zahl der Vokale deutet darauf hin, daß im Chinesischen Laute vorhanden sind, die sich durch keine Buchstaben europäischer Alphabete richtig darstellen lassen. Und in der Tat: nur elf Vokale ließen sich mit Hilfe von fünf lateinischen, drei griechischen und drei russischen Buchstaben korrekt wiedergeben. Für die übrigen mußten besondere Zeichen erfunden werden. Das gelang durch Zusammensetzungen, Umbildungen, Umkehrungen usw. der schon benutzten europäischen Zeichen. Die so entstandenen Formen sind zwar nicht alle sonderlich hübsch, doch lassen sie sich bequem niederschreiben und im Gedächtnis behalten. Mit den Konsonanten, deren es nur 19 gibt, ging es leichter, und der Bedarf an Zeichen ließ sich mit 14 lateinischen, 2 griechischen und 3 russischen Buchstaben decken.

Das Reformwerk, das nach Versicherung seiner Urheber allen Besonderheiten der chinesischen Lautsprache vollkommen gerecht wird, erfreut sich in Südchina begeisterter Aufnahme. Da in diesem Teile des Landes der Schwerpunkt des ökonomischen und politischen Lebens liegt, so ist die Annahme berechtigt, daß das Sprichwort über die besondere Schwierigkeit der chinesischen Sprache recht bald ein gut Teil seiner Gültigkeit verlieren wird. —

Notizen.

— **Die Berliner Versuchsbühne** veranstaltet in kommender Spielzeit unter der Leitung von A. E. Licho im Neuen Volkstheater vier Uraufführungen: Walter Voll von A. Fedorow, Die Schwester von A. Hery, Flieger von H. W. Fischer, Korallenkettlin von F. Dülberg.

Anmeldung zur Mitgliedschaft, die zum Besuch der vier Vorstellungen berechtigt, sind an den Geschäftsführer Heinrich Neft, Köpenickerstr. 68, zu richten. Der Jahresbeitrag beträgt 10 M.

— **Bremerhaven und Berlin.** In Berlin sind die Dramen „Korallenkettlin" von Franz Dülberg und „Die im Schatten leben" von Rosenow verboten — in Bremerhaven werden sie diesen Winter aufgeführt.

— **Die Denkmalswut.** Kaum ist der Reichstagsbaumeister Paul Wallot unter der Erde, da wird auch schon die Werbetrommel für ein Wallotdenkmal gerührt. Man sollte meinen, Architekten, die durch ihre Bauten wirken, hätten diesen Plunder nicht nötig.

— **Eine Pfahlbausiedelung** wurde am Werbellinsee entdeckt. Bei den unter Leitung des Märkischen Museums erfolgten Ausgrabungen wurden bisher Waffen und Hausgerät gefunden.

— **Der Roman auf Bestellung.** Der Bongsche Verlag hat bei seinem neuesten Roman Lassalle das Menschenmögliche geleistet. Er hat sehr bekannte Mitarbeiter herangezogen. Die Zitate hat Georg Brandes gesammelt, die Dialoge sind nach Briefen von Marx und Lassalle wiedergegeben, die Witze hat Ad. Glaßbrenner geliefert, die Anekdoten die Racowitza und Bernhard Becker, die Briefe sind von Lassalle, Bismarck und Heine, und am Aufbau erkennt man die kundig-waltende Hand der Luise Mühlbach. Als Heiliger zur Namengebung wurde endlich Herr Schirokauer zitiert.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Hofrsuhl —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

E. J. 34. Das Gericht kann Sie, auch einen anderen, als Vormund bestellen; das Interesse des Kindes ist dafür bestimmend. Von dem Gelde können Sie monatliche Raten zur Deckung des laufenden Unterhalts beanspruchen. — **M. K. 879.** Nein, sofern sie innerhalb einer Woche nach dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung die freiwillige Weiterversicherung erklärt hat. — **Andreas.** Anstalten für alte, der Berufsarbeit nicht mehr gewachsene Leute. Aufenthalt zeitweilig oder dauernd. Der Antrag ist an die Armendirektion zu richten. — **P. 1870.** Beiderseitige Verwandte sind erbberechtigt, falls die Erbfolge nicht durch Testament ausgeschlossen ist. — **M. 200.** Ihre Darstellung reicht nicht aus. Kommen Sie mit dem Mietsvertrag in die Sprechstunde. — **Kulturbilder 1912.** Denjenigen Betrag, zu dessen Zahlung Sie sich verpflichtet haben, müssen Sie zahlen, andernfalls Vollstreckung erfolgt. — **R. S. 30.** Unmittelbar nach dem Auszug. — **Paul 1001.** Ja. — **B. P. 45.** Die Miete dürfen Sie nicht einbehalten. Zahlen Sie und klagen Sie alsdann gegen den Eigentümer. — **99 L. B.** Sie könnten bestraft werden. — **— A. B. 79.** Alsdann muß daß Testament dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Verstorbene zuletzt gewohnt hat, unverzüglich eingereicht werden. — **Ganz Dämlich H. 6.** 1. Ja. 2. Die Notiz beruhte auf unzutreffender Information. 3. Nein. — **England 1000.** 1. Ja. 2. Der etwa 26 M. wöchentlich übersteigende Betrag. 3. Nein. — **S. 66.** Nach Ihrer Darstellung ist ein Scheidungsgrund nicht gegeben. Ein Armenattest erlangen Sie bei dem Gemeindevorsteher. — **H. 100.** Ja, nach Jahresfrist. Es muß Anmeldung des Fundes bei der Polizei erfolgen, falls der Betrag mehr als 3 M. ausmacht. — **H. G. 99.** Das Gewerbegericht in Eisenach ist zuständig. — **M. F. 70.** Stellen Sie einen Ermäßigungsantrag, der bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission anzubringen ist. — **H. J. 23.** Angemessene Provision — falls nicht ein bestimmter Betrag oder Prozentsatz vereinbart ist — können Sie fordern. Zur Beurteilung der Frage, was als „angemessen" anzusehen ist, fehlen nähere Angaben. — **R. S. 5.** Ja, an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Vater verstorben ist. — **C. F. 11.** A. 1. In 30 Jahren. 2. Nein. 3. Beim Amtsgericht durch Klage oder Antrag auf Erlaß eines Zahlungsbefehls. B. 1. Ihre Frau. Außerdem kann Strafantrag gestellt werden wegen Nichtausfertigung des Lohnbuches. 2. Ja. 3. In Lichtenberg nein. — **M. E. 15.** 1. Nein. 2. Ja. 3. Dresden 550125, Leipzig 584800. — **Scharnweberstraße 10.** Ja, bis Ende des Monats, falls, wie Ihre Angaben vermuten lassen, dann das Engagement endigt; sonst bis zur Dauer von sechs Wochen. — **E. 12.** 1. Ja, wenn Sie Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben. 2. Besonderer Antrag ist notwendig. — **W. T.** Nein. **Hilfskrankenkasse Charlottenburg 2.** Auskunft erteilt die Zentralkommission der Krankenkassen, C., Alexanderstr. 39/40 II. — **F. Parteigenosse 25.** Französische und englische Sprache lernt man durch Selbstunterricht z. B. mit Hilfe der Unterrichtsbriefe von Toussaint-Langenscheidt. Auskunft gibt Buchhandlung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am Sonntag, den 15. d. Mts. verstarb unser Genosse

Wilhelm Rohland

Putbuser Str. 26.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., vormittags 9 Uhr, auf dem städtischen Friedhofe in Buch statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Zigarrenmacher

Hermann Knabe

Wilhelmstraße 155, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. September, nachmittags 4¾ Uhr, von der Halle des Friedhofes in den Kiffeln aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

296/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Friedrich Grunow

am 16. September im Alter von 60 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. September, nachmittags 5½ Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes, Reinickendorf-West, Kögelstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Chauffeur

Ferdinand Jonas

am 15. September im Alter von 64 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Dt.-Wilmersdorf aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Straßenbahnschaffner

Wilhelm Vormun

am 15. September im Alter von 57 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. September, nachmittags 4½ Uhr, vom Trauerhause, Neukölln, Liberdastraße 1 aus statt.

66/19 **Die Bezirksverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Leopold Zwarg

(Friedeberger Str. 1, Bezirk 3) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4¼ Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofs, Weißensee, Falkenberger Chaussee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

74/2 **Die Ortsverwaltung.**

Haben Sie Stoff? ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städtl. Börse.)

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Otto Strauß

nach langem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, auf dem Gethsemane-Kirchhof, Nordend, statt.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

25/9 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

August Schüßler

Muskauer Str. 26

am 13. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

124/12 **Die Ortsverwaltung.**

Nach langem schweren Leiden starb am 15. d. M. mein lieber Sohn, unser lieber Bruder und Schwager, der Schuhmacher

Karl Orth

im 49. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt im Namen der Hinterbliebenen an

Witwe **Orth-Goldberg.**
Karl Behrens und Frau geb. **Orth.**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Kapelle des Gemeinde-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 146/8

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten, Bekannten und dem Gesangverein der Putzer zur Nachricht, daß meine liebe gute Frau am 15. September verstorben ist. 192A

Der trauernde Hinterbliebene:

Otto Kohl, Putzer,
Weißensee.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 19. d. M., nachmittags 4¾ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Rölkestraße, Weißensee, aus statt.

Unserem alten Freunde, dem Dreher

Moritz Häsler

die letzten Scheidegrüße!

Ehre seinem Andenken!

Die Stammgäste v. Robert Prause.

Am Montag, den 16. Septbr., starb nach kurzem Leiden in Seegefeld mein lieber Mann, unser guter Vater, der Tischler

Otto Reinke

im 34. Lebensjahre.

Dies zeigen allen Bekannten tiefbetrübt an

Emma Reinke
und Kinder.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Sept., nachm. 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Rauen statt. 358b

---

Danksagung.

Für die reichen Kranzspenden und rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten und Bekannten, Arbeitskollegen und Genossen des Wahlvereins sowie dem Ortsbureau des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes als auch der Verwaltung des III. Parkreviers meinen herzlichsten Dank.

Witwe Henriette Mäller.

Für die zahlreiche und herzliche Teilnahme, sowie reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten und unvergeßlichen Mannes

Karl Vogt

sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders Herrn Schütte für die trostreichen Worte am Sarge, dem Gesangverein Neu-Erwacht für den erhebenden Gesang, den Kollegen der A. E.-G. (Abt. Turbinenbau), und den Genossen des 6. Wahlkreises, Bezirk 581a meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe 31A

Marie Vogt nebst **Kindern.**

Danksagung.

Für die Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und Verwaltung Berlin D., der Firma Küstermann, dem Sparverein Nord, dem 6. Berl. Reichstags-Wahlkreise, Bez. 831a, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und Ortsverwaltung Berlin und den arbeitnehmenden Vorstandsmitgliedern der neuen Maschinenbauer-Krankenkasse, der Kommission meinen herzlichsten Dank. 26A

Witwe Born.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:

Gehrock-Anzüge 70, 60, 56, 40, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 60, 50, 40 M.
Frack-Anzüge 90, 80, 65, 55, 40 M.
Beinkleider 18, 15, 12, 10, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge :: in größter Auswahl ::

Feine Maß-Anfertigung :: in ca. 10 Stunden ::

Baer Sohn
Kleider-Werke.
Chausseestraße 29—30, 11. Brückenstraße 11, Gr. Frankfurter Str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Möbel-Magazin C. Zergiebel,
Berlin, Skalitzer Str. 130.
Spez.: Einrichtungen klein. u. mittl. Wohnungen. Teilzahlung gestattet.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt. Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre z. äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Von der Reise zurück 359b*

Dr. Gliksman.

Putz Deine Schuh'
mit WELT-LEDER-GLANZ
KARNOBIN
Koch & Becker Com.-Ges. BERLIN SO 36, Skalitzer Str. 100

Gr. Preußische Geldlotterie
vom Roten Kreuz
Ziehung am 2., 3., 4. u. 5. Oktober 1912
14524 Geldgewinne Mark
484000

1 Hauptgewinn	M.	100000.—
1 do.	„	50000.—
1 do.	„	25000.—
1 do.	„	15000.—
1 do.	„	10000.—
3 Hauptgewinne a	„	5000.—
6 do. a	„	1000.—
50 do. a	„	500.—
100 do. a	„	100.—
360 do. a	„	50.—
14000 Gewinne a	„	15.—

Die Gewinne werden in bar **ohne Abzug** ausgezahlt.

Ich versende diese Lose zu dem Preise von M. **3.60** pro Los einschließlich Portospesen und **franko** Zusendung der amtlichen Gewinnliste gegen vorherige Einsendung des Betrages pr. Postanweitung, Marken oder Bankschecks. Auf Wunsch auch gegen Nachnahme (20 Pfg. teurer), falls Nachnahmesendung gewünscht wird, genügt die Bestellung per Postkarte. 143/2*

Leopold Heymann, W. 30,
Neue Winterfeldtstr. 39, hptr.

Servus
mit Dosenöffner

bester Schuhputz

Ueberall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: **Lubszynski & Co.,** G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Heute Mittwoch eröffne in der 41472
Waldstraße 39 eine
Rind- u. Schweineschlächterei.
Um gütigen Zuspruch bittet **Th. Jentsch.**

„Milka" **Edel-Margarine** *ein Genußmittel!*

Freireligiöse Gemeinde.

Jugendweihe

der Kinder von Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde.

Am Sonntag, den 22. September, vorm. 10¾ Uhr, bei **Lipps,** Am Friedrichshain 16.
(Das Lokal wird erst um 9 Uhr geöffnet.)

Am Sonntag, den 29. September, vorm. 10¾ Uhr, bei **Kliem,** Hasenheide 13—15.

Festrede von Dr. B. Wille: „Unser höchster Beruf."

Festvorträge auf der Orgel mit Violinbegleitung. **Eintrittspr.:** Erwachsene **20.** Kinder **10** Pf.

Am Sonntag, den 6. Oktober, vorm. 10¾ Uhr, **Kl. Frankfurter Str. 6:**
Herr **C. Taesler** (Görlitz): „Das religiöse Suchen der Zeit."

Abends 6½ Uhr in den **Sophiensälen,** Sophienstr. 18: **Gesellige Versammlung:** Herr **C. Taesler:** „Das Evangelium von der Arbeit und der Masse." 55/12*

Deutscher Holzarbeiter-Verband :: Zahlstelle Berlin

20. Stiftungsfest

am Sonnabend, den 21. September 1912, im grossen Saal der Neuen Welt, Hasenheide 108-114

MITWIRKENDE:

Konzert- u. Theaterensemble unt. Leitung d. Hofopernsängers Eugen Wolff | **Berliner Sinfonie-Orchester** Dirigent: Maximilian Fischer

Eröffnung 7½ Uhr • Eintritt 60 Pfennig • Anfang 8½ Uhr

Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Das Komitee.**

NB. Es wird ersucht, sich **vorher** mit Eintrittskarten zu versehen, **da Abendkasse nicht stattfindet.**

Eintrittskarten sind zu haben im **Bureau,** Engelufer 14 pt., im Lokal von **Zehrendt,** Hasenheide 9, vis-à-vis der „Neuen Welt", und im Zigarrengeschäft des Kollegen **Schwemke,** Schönleinstrasse 34. 88/20*

Deutscher Bauarbeiterverband.

Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Donnerstag, den 19. September, abends 6 Uhr, bei Fritz Wilke, Sebastianstr. 39:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. **Neuregelung unserer Winterbeiträge und Krankenunterstützung.** 2. **Wahl von zwei Vertretern unserer Sektion auf der Stukkateurkonferenz am 6. und 7. Oktober.** 3. **Verschiedenes.** 142/4*

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht **Die örtliche Verwaltung.**

Achtung! Bezirk Nord-Osten. Die am Sonntag veröffentlichte Versammlung findet **nicht** am Mittwoch, den 18. September, **sondern Mittwoch,** den **25. September, abends 8½ Uhr,** bei **Spaeth, Georgenkirchstr. 65,** statt.

Der Zweigvereinsvorstand.

Verband der Maler,

Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Mpl. Nr. 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstraße 9. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 19. September, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.

Tagesordnung:

1. **Wahl eines 4. Filialbeamten.** 2. **Abrechnung vom zweiten Quartal 1912.** 3. **Verbandsangelegenheit.**

Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Nur Mitgliedsbuch legitimiert.

130/8* **Die Ortsverwaltung.**

Billige Landparzellen,

westlicher Vorort, direkt am Bahnhof, verkauft zu besonders günstigen Bedingungen, an „Vorwärts"-leser schon mit **100 M. Anzahlung,** bei Wohnungsmiete ev. ohne Anzahlung. Geringe Teilzahl. **Max Buchholz, Berlin NO. 55,** Friedeberger Str. 4. *

Tausendfach bewährte Nahrung bei: **Brechdurchfall, Diarrhöe, Darmkatarrh,** etc.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Mittwoch, den 18. September 1912, abends 8 Uhr:

Versammlung

der

Dachdecker und Hilfsarbeiter

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung:

Unser Kampf in Berlin. Referent: Verbandsvorsitzender **Georg Diehl** aus Frankfurt a. M. 52/4

Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte

Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Bezirksversammlungen:

1. Bezirk: Mittwoch, den 18. September, beim Kollegen **Neumüller,** Seestr. 97 (Plötzensee).

2. Bezirk: Donnerstag, den 19. September, beim Kollegen **Frisch,** Badstr. 12.

3. Bezirk: Mittwoch, den 18. September, beim Kollegen **Wolf,** Landsberger Allee (Kolonie Wilhelmshöhe).

4. Bezirk: Mittwoch, den 18. September, beim Kollegen **Wodarg,** Waldemarstr. 75. Vortrag des Kollegen Obiglo.

5. Bezirk: Mittwoch, den 18. September, beim Kollegen **Hippler,** Hollmannstr. 16.

6. Bezirk: Mittwoch, den 18. September, beim Kollegen **Regubl,** Bischofstr. 12.

Sämtlich nachmittags 5 Uhr.

74/1 **Die Ortsverwaltung.**

Rosenthaler Hof

Rosenthaler Str. 11/12. Inh. **Otto Schilling.** Telephon: Amt N. 2438.

Sämtliche Räume renoviert.

9 Vereinszimmer, Kegelbahn, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen, noch einige Sonnabende und Sonntage **frei.** 37762

Otavistr. 39—32 Querstraße an der Müllerstraße 113

1- bis 2-Zimmer-Wohnungen mit und ohne Bad, mit Warmwasser-Versorgung, elektr. Nachtbeleuchtung, vorn und Gartenhaus, in neuen trockenen Häusern sofort billig zu vermieten. Zu erfragen **Nr. 37** beim **Verwalter Meyer.** *

Mitglieder
der
Bürgerl. Kranken-Vers.-Kasse
Sitz Leipzig.

Morgen Donnerstag, abends 8½ Uhr:

General-Versammlung

im

Nollendorf-Kasino
Kleiststr. 41.

Mitgliedsbescheinigung und Beitragsquittung für September mitbringen. 3665

Erscheinen dringend notwendig.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Günstige Gelegenheit zur Selbständigkeit.

Möbelfabrik, über 40 Jahre bestehend, mit großer Kundschaft, sucht zwecks Umwandlung in eine G. m. b. H. tücht. Tischler als Teilhaber mit Kapital von M. 2000 und mehr. Off. unter K. L. 3 Postamt 34.

Schallplatten Verleih-Institut.

Auch nach auswärts. Prospekt gratis.
Karl Borbs, Berlin 31
Neue Königstrasse 38.

Kronen, Ampeln

an Private zu Engrospreisen.
Hängelichtbrenner 1.25 Mark, Zylinder und Glühkörper beim Dutzend Engrospreise. **Stehlichtbrenner** per Stück **35. 50,** mit Speckstein **75 Pf.** *

Billigstes Glaswarenlager
Warschauer Str. 26.

Vorjährige
feinste Anzüge, Paletots, schicke Ulster, Gehrockanzüge Smokings auf Seide 30—70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur von 8—10 geöffnet.

Ohne jede Anzahlung

Cegr. 1830. Cegr. 1830.

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9× prämiert **Staatsmedaille**) in allen Holz- und Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)

sowie **Flügel** und **Harmoniums**

gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Persil

das selbsttätige
Waschmittel

ist nicht nur beim Waschen und Bleichen weisser Wäsche unübertroffen, sondern es **desinfiziert auch** in hervorragendem Masse. Besonders wichtig

für Bunt-, Wollwäsche, sowie Kranken- und Kinderwäsche,

die nicht gekocht werden darf. Einfaches Waschen in handwarmer Lauge (30—40°) genügt, um sie ebenso rein und bakterienfrei zu machen, wie gekochte weiße Leinen- und Baumwollwäsche. Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.

HENKEL & Co. DÜSSELDORF. Alleinige Fabrikanten auch der allbeliebten

Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

Verkäufe.

Teppiche, unbedeutende Farbenfehler, für die Hälfte des Wertes. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken zu Schleuderpreisen. Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 1957R*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00 (bis 70,00 Kaufsumme). Riesenlager! Louis Böttcher (selbst), Kronleuchter — Spezialhäuser. Mein Doppelbetrieb bewältigt den größten Saisonandrang. Betriebsleitung: Boxhagenerstraße 32, 1. Etage (kein Laden). (Fahrverbindung bis Warschauerstraße.) Filiale: Frankfurter Allee 124, 1. Etage (kein Laden). 1934R*

In Freien Stunden. Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnements wöchentlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts" entgegen. Probehefte gratis.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Einsegnungskleider, schwarz und weiß, von 11,50 Mark an; Prüfungskleider, Unterröcke, große Auswahl. Gelegenheitskäufe Paul Schultz Nachfl., Neukölln, Berlinerstraße 41, I Treppe.

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe Landsbergerstraße. 2057R*

Teppiche, Prachtstücke (Farbenfehler), für halben Preis. Vorwärtsleser 10 Prozent! Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 1896R*

Litauer-Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, Turmstraße 39, Beusselstraße 45. *

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Vorwärtsleser fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheit. Teppich-Thomas 2107R

Teppiche, farbfehlerhaft, spottbillig

Plüschdecken mit Stickfehlern für halben Wert

Steppdecken, im Schaufenster gelitten, jeden Preises

Portieren, Plüsch, Leinen, Restbestände spottbillig

Gardinen, Stores, Künstlerfenster, angeschmutzte, tadelhaft billig

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenthalerstraße 54.

Drehrollen, Molkereiartikel, Buttermaschinen, Wiegeschalen. Krüger u. Jöhsen, Badmannstraße 29. 2098R

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch in eigener Werkstatt. 5 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürtenzelt, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10

Milch sofort abzugeben. Specht, Putlitzstraße 2. 146/2*

Gaskronen, Zuglampen, Teilzahlungen 1,00 wöchentlich — billige Preise! Montage kostenlos! Kronenlager Große Frankfurterstraße 92, I. Etage, Ravenéstraße 6 (Wedding), Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße), Neukölln, Berlinerstraße 102. 2011R

Teppiche mit kleinen Fehlern, spottbillig. Gardinen, große Auswahl. Plüschdecken 5,50 Mark. Gelegenheitskäufe Paul Schultz Nachfl., Neukölln, Berlinerstraße 41, I Treppe.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und zweckgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Ziere-, Gemüse- und Obstgartens von Max Heddörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Leihhaus „Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,—, Brunnenstraße 118, Ecke Usedomstraße

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nath, Mulackstraße 14. *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet.

Wundervolle Tüllgardinen, Fenster 1,75, 2,50, 3,75 bis 10,50. Etamin-Künstlergardinen mit Lambrequin 5,50 bis 12,00. Stores, Rouleaux spottbillig nur in Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8 (Kottbuserstor). Abonnenten 10 Prozent Rabatt. *

Ladeneinrichtung, große Auswahl. Spelzner, Pankstraße 51. †51*

Kinderwagen, Teilzahlung, Woche 1,—, Klappwagen, Kinderbettstellen, Riesenauswahl, spottbillig. Meisels Nachfl., Warschauerstraße 80. 2088R

Ohne Anzahlung Bilder, Spiegel, wöchentlich 50 Pfennig, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen, Teppiche und Herrengarderobe. Ferner komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke mit den kleinsten An- und Abzahlungen. Besuch eventuell Postkarte. Weber, Neue Königstraße 34.

Betten 4,00 Mark, grau oder rosarosa gestreift, Aussteuerbetten ganzer Stand 24,00 Mark. Bettwäsche, Inlets, sämtliche Aussteuerwäsche enorm billig. Gelegenheitskäufe Paul Schultz Nachfl., Neukölln, Berlinerstraße 41, I Treppe. 2144R

Teppiche, Teilzahlung Woche eine Mark. Riesenauswahl, spottbillig. Auch Steppdecken, Tischdecken, Gardinen. Meisels Nachfolger, Warschauerstraße 80. 2160R*

Guten schwarzen Gehrockanzug verkauft Skalitzerstraße 136, vier Treppen rechts. 146/12

Seidenplüschmäntel, alle Längen und Größen, verkauft billigst Umlauff, Schneidermeister, Boeckhstraße 25. *

Herrschaftsbetten, gebraucht, 15,00, zwei Prachtstand. Kaiserstraße 16 II. †131

Hermannplan 6. Pfandleihhaus. Jedermanns Kaufgelegenheit. Extrabillige Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Winterpaletots. Herrenulster. Herrenhosen. Riesenauswahl Pelzstolas. Allerbilligster Bettenverkauf. Vermietungsbett. Aussteuerbetten. Aussteuerwäsche. Reichhaltiges Portierenlager. Gardinenauswahl. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdeckenlager. Goldsachen. Taschenuhren. Wanduhren. Wandbilder. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. *

Chausseestraße 73/74. Billige Gardinen, Fenster 2,50, Bettdecken 1,75, Stores 1,90. Georg Lange Nachfolger. *

Teppichhaus Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. Prachtteppiche, Jardenfehler, 12,50, Tischdecken 2,25, Steppdecken 4,50. Billige Umzugspreise. „Vorwärts"-leser noch fünf Prozent Extrarabatt. 2175R*

Geschäftsverkäufe.

Seifengeschäft. 8 Jahre bestehend, zu verkaufen. Erfragen Thornerstraße 3, Zigarrenladen. †43

Eckrestauration, wenig Konkurrenz, billige Miete, großes Vereinszimmer, zwei Billards, eventuell Brauereibilfe, krankheitshalber sofort billig zu verkaufen. Neukölln, Boddinstraße 19. 3635

Schankgeschäft, gangbares, anschließende Wohnung, nahe dem Gewerkschaftshause, ist sofort oder später zu verkaufen. Erfragen Adalbertstraße 35, Kohlengeschäft. 3656b

Eckdestillation billig verkäuflich. Erfragen Brauerei Wanniger. †123

Restauration, hübsch eingerichtet, familienverhältnisseshalber preiswert zu verkaufen. Schönleinstraße 31.

Kolonialwarengeschäft verkäuflich, 1800. Adressen unter P. H., Neukölln, Neckarstraße 2, Vorwärtsausgabestelle. †34

Seifengeschäft, gangbares, elektrische Rolle, konkurrenzlos, wegen Auslandreise sehr billig. Waltstr. 14, Charlottenburg. †77

Kolonialwarengeschäft, 30 Jahre bestehend, mit Zweizimmerwohnung, Miete 50 Mark, billig. Kolonie-straße 124. †51

Obst-, Gemüsegeschäft zu verkaufen. Südwest, Wartenburgstraße 16. 3526

Möbel.

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Kücheneinrichtung 68,—. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1944R*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.)

Möbel-Gelegenheits-Käufe spottbillig, neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (eiche) 288,—, komplette Wohnzimmer 132,— bis 240,—, Chaiselongue 24,—, Sofa 38,—, Trumeau 33,—, Schreibtische 40,—, Bettstellen 25,—. Riesenauswahl. Möbelspeicher Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Einrichtungen, Einzelstücke liefert billig und gut. Teilzahlung gestattet. Lange, Schwedterstraße 26. 1916R*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Fabrikpreisen, in solider Arbeit, ohne Zwischenhandel, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Adalbertstr. 6, am Kottbuserstor. 1964R*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Reformeinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Ankiamerstraße.

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl reell und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 38/39. Verliehen gewesene Möbel billigst. 3485*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. Kein Abzahlungsgeschäft.

Möbelverkauf und Möbeltausch. Vorwärtsleser erhalten Möbel auf Teilzahlung. Aeltere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1945R*

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung, Kassenpreis, geringe Anzahlung. Nachweis von Kunden wird gut honoriert. Offerten unter „Tischlermeister", Postamt 90 249/16*

Möbel kauft man reell und billig auch auf Teilzahlung in der seit 25 Jahren bestehenden Möbelfabrik von F. L. Engelke, Kastanienallee 83. *

Möbelhaus Andreasplatz. Brautleute, Möbelsuchende kaufen reelle Möbel sowie Wohnungseinrichtungen bekannt billigst. Andreasstraße 25, neben Metzner. 2106R*

Möbelfabrik, Georg Tennigkeit, Oranienstraße 172/173. Wenn Sie gediegene Möbel kaufen wollen, versäumen Sie nicht, mein großes Lager zu besichtigen. Wohnzimmer und Küche 246,00, 430,00, elegante 586,00, zwei Zimmer und Küche 620,00 bis 850,00, englisches Schlafzimmer 272,00, moderne in Eiche oder Birke 395,00, 425,00, 500,00. Eichene Speisezimmer, Herrenzimmer in aparten Mustern. Taschensofa 58,00, Ruhebett 26,00, Kleiderschrank, Vertiko 35,00. Komplette farbige Küchen 60,00 bis 200,00. Auch Teilzahlung. 2045R*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Platz. Spezial-Möbelhaus, auf Kredit und gegen bar. Riesenauswahl. Anzahlungen auf Stuben und Küchen 20,—, 35,—, 50,—, 75,—, 100,—. **Bequeme Abzahlung. Einzelne** Möbelstücke von 5,— Anzahlung an. Alte Kunden, erhalten eventuell ohne Anzahlung. Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, bunte Küchen. Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark Rabatt! Liefere auch nach auswärts! Sonntags geöffnet von 8—10. 2164R

Am allerbilligsten kaufen Brautleute Wohnzimmer, Schlafzimmer, hübsche Küchen, Bettstellen, Mahagonibüfett, Schreibtische Andreasstraße 30, geradeüber Markthalle, Dwinger.

Prachtvolles Plüschsofa, Umbau, Nußbaumwirtschaft, modern, billig. Liefe, Borndorferstraße 4. 146/14

Plüschgarnitur, hochelegant 100,—, Plüschsofa, Englischbetten, Säulentrumeau, Ausziehtisch Lützowstraße 74, vorn I. 235/6

Plüschsofa, Chaiselongue, tadellos, billigst. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14. 3655

Möbel. Inventurpreis, Reichenbergerstraße 42. 146/11*

Sportbillig! Fast neu, 2 Bettstellen, Kleiderschrank, Vertiko, Trumeau, Sofa, Tisch, Stühle, komplette Küche. Hammer, Böhmstraße 30, I rechts. 231/7

Schleunigster Verkauf einer noch neuen Nußbaumwirtschaft mit bildschönen Küchenmöbeln, einige Wandbilder, sämtliche Wirtschaftsgegenstände, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen"

Berlin C. A. Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.
O. R. Hackelbusch, Petersburger Platz 4. **Gustav Vogel,** Koppenstraße 82. R. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.
NO. L. Zucht, Immanuelkirchstr. 12. J. Neul, Barnimstr. 42.
N. W. Baumann, Rheinsberger Str. 67. **H. Fischer,** Bastianstr. 6. **Karl Mars,** Greifenhagener Str. 27. **J. Hönisch,** Nazarethkirchstr. 49. **H. Vogel,** Lortzingstr. 37. **A. Tietz,** Invalidenstr. 124 L. Techand, Ruheplatzstr. 24.
NW. Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
SW. H. Werner, Gneisenaustr. 72. **Daehn,** Hagelberger Str. 27.
S. St. Friu, Prinzenstr. 31. **H. Lehmann,** Kottbuser Damm 8.
SO. Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. **P. Horich,** Engeluser 15.
Adlershof. Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Baumschulenweg. H. Hornig, Martenthalerstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Räuschstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Scharnberg, Sesenheimer Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst. Richard Küter, Rödelstr. 9, II.
Köpenick. Emil Wihler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Seifert, Wartenbergstr. 1.
Nieder-Schöneweide. Wilh. Hurth, Brückenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow. Otto Rißmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf. M. Heinrich, Neckarstr. 2. **Conrad,** Hermannstr. 50. E. Rohr, Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Rosentranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Baumler, Martin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Breitestr. 64.
Steglitz. H. Bernsee, Albrechtstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Boxhagenstr. 62.
Treptow. Robert Grameuz, Kiefholzstr. 412, Laden.
Weißensee. Fuhrmann, Sedanstr. 105. **Schillert,** König-Chaussee 39a
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.

Verkäuflich: Moderne Nußbaumwirtschaft, Prachtküche (Händler zwecklos!), Plüschsofa, Umbau, Chaiselongue, Gaskrone. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Fischer. 146/15

Metallbetten, zwei, modern, Plüschteppich spottbillig verkäuflich Jessenerstr. 10, Hutgeschäft. 146/10*

Möbelkatalog versendet auf Wunsch gratis Möbelfabrik M. Hirschowitz, Skalitzerstraße 26, an der Hochbahn.

Sehenswert ist meine Möbelausstellung. Sie sparen viel Geld, wenn beim Einkauf von Möbeln mich in Ihrem eigenen Interesse besuchen wollten. In meinen reichsortierten Lägern finden Sie ausgestellt: 1 Zimmerwohnung und Küche 255,—, 2 Zimmerwohnung und Küche 520,—, 3 Zimmerwohnung und Küche 750,—. Einzelne Möbelstücke spottbillig in nur bester Tischlerarbeit. Auf Wunsch Zahlungserleichterung mit ganz geringem Aufschlag. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. Möbelfabrik H. Kiehle, Schwedterstraße 4/5, nahe Schönhauser Allee. Gegründet 1866. Lager im Fabrikgebäude. Eingang durch den Laden. 2182R*

Musikinstrumente.

Pianinos und Flügel, gut erhaltene, gebrauchte, in Zahlung genommen, darunter Schiedmayer, Bechstein, Blüthner, Knake, Hellmundt von 175 Mark an. Schiedmayer, Pianofortefabrik, Potsdamerstraße 27B. 1632R

Pianino, hohes, kreuzsaitig, 100,—. Bander, Turmstraße 9 II.

Pianino, schwarz, wie neu, 250 Mark, sofort verkäuflich. Menzel, Warschauerstraße 58 I, Vorderhaus.

Ratenpianino, zurückgenommen, 140,00 bezahlt, nachweislich reellste Gelegenheit, Neukölner Pianofabrik, Juliusstraße 59. †34*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1005R*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44. 1093R*

Erstklassige Fahrräder, Monatsrate 10 Mark. Louis Barth, Brückenstraße 10a. Kein Laden. 2060R*

Herrenfahrrad, wirklich gutes 30,00, Freilaufrad, kaum gefahrenes, schnellstens Frankfurter Allee 104, Grosser. 143/17*

Adlerherrenrad, Glockenlager 25,00, Damenfahrrad sofort. Schrader, Weberstraße 42, Quergebäude. 146/4*

Kaufgesuche.

Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stannial, Quecksilber kauft Blümel, Augustinstraße 19.

Höchstzahlend, Metalle, Zahngebisse, Platinabfall, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Rieper, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteufelstraße).

Platina, alte Goldsachen, Silber, Gebisse, alte Uhren, Rohgold, Goldwatten, Tressen, Quecksilber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetallschmelze Brob, Köpenickerstraße 29, Telephon Moritzplatz 6958. 2040R

Münzen, Briefmarken kauft Großmann, Spandauerbrücke 2. 141/16*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Violinunterricht nach doppelt fördernder Methode erteilt erfahrener Künstler. Eine Stunde Einzelunterricht 1,25, ½ Stunde 75 Pfennig, für 2 Schüler pro Stunde 2 Mark. Unterweisungen zum Zweck des Solospiels vor großem Publikum pro Stunde 3 Mark. Offerten unter Z. 2, Hauptexpedition des „Vorwärts". 1841R*

Verschiedenes.

Brams, Humorist, Gesellschaft. Lortzingstraße 9. 3265*

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 2430R*

Gehrockanzüge verleiht, auch Monatsgarderobe Landsbergerstr. 91a, eine Treppe. 96b*

Pfandleihe Heinersdorferstraße 14, nahe der Greifswalderstraße. †136*

Wilhelm Schroeder, Uhrmacher und Juwelier, Berlin NO. 55, Immanuelkirchstraße 35, Reparatur-Werkstatt. 2100R*

Verregnete Damenhüte, Filz, Samt, Velvet, Roßhaar werden modern umgepreßt Schönhauser Allee 146a. 3645*

Vermietungen.

Zimmer.

Kleine Stube 1. Oktober vermietet Ritterstraße 124, Quergeb. III rechts.

Zimmer mit Bad zu vermieten. Neukölln, Brusendorferstraße 5, IV links, am Bahnhof Kaiser Friedrichstr.

Schlafstellen.

Saubere Schlafstelle für 1 Herrn bei Kessler, Rheinsbergerstraße 21, vorn I. †24

Möblierte Schlafstelle, Herrn, 12,00. Blumenstraße 76, vorn III r.

Mietsgesuche.

Intelligenter Arbeiter sucht sonniges, ruhiges, heizbares, möbliertes Zimmer in Schöneberg. Preisofferten unter Chiffre L. 3 Hauptexpedition des „Vorwärts". 3605

Zimmer, möbliert, sucht Arbeiter mit Rad. Offerte mit Preis unter „Dauermieter" 70, Postamt 27. †16

Möblierte Schlafstelle, allein, zum 1./10. sucht junger Mann. Preisangabe erbittet Eybulsft, Schönhauser Allee 127a bei Dünom. †106

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Marmorschleifer verlangt Pelek, Oranienstraße 20. 3566

Schlosser auf Gitter verlangt Heinrichs, Tempelhof, Ringbahnstraße 42. 3615

Lehrlinge werden Oktober eingestellt. Gebrüder Kaiser, Kunstschmiede, Tempelhof, Ringbahnstraße 21. 2178R

Elektromonteure, welche auch Transmissionen legen und Werkzeugreparaturen ausführen können, finden sofort dauernde Beschäftigung. Richard Heike, Hohenschönhausen, Freienwalderstraße. 2172R

Mamsells verlangt Zürner, Gerberstraße 58. †89

Mamsells verlangt Goletz, Willdenowstraße 1. 146/13*

Schule entlassenes Mädchen verlangt tagsüber, Neumann, Pankow, Herthastraße 7. †141

Mamsells auf Paletots, ohne Stepperei, verlangt Zeitz, Lortzingstraße 13. †144*

Buchstabenschreiber wird verlangt evtl. spät. Beitritt. Angeb. A. S. 486 Ann.-Exped. **Alfons Struwe,** Hamburg 6, Altonaer Str. 8.

Kontoristinnen,
jüngere, mit schöner Handschrift sofort gesucht. Meldungen mit Handschriftprobe von 11—12 Uhr vormittags.
Kaufhaus-Westend
BERLIN W, Tauentzienstr. 21-24

Tüchtige **Verkäuferin**
für **Fabrikkonsum** wird
verlangt.
Offerten an die **„Vorwärts"-Ausgabestelle Charlottenburg,** Sesenheimer Str. 1. 362b

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Dreiklassiges aus dem Landtagswahlkreis Berlin I.

Im Landtagswahlkreis Berlin I, wo für den verstorbenen Abgeordneten Träger ein Ersatz zu wählen ist, werden zunächst am 30. September sämtliche Wahlmänner — es sind hier 514 — neu gewählt. Für die Wahl der Wahlmänner sind jetzt die Abteilungslisten ausgelegt worden, aus denen zu ersehen ist, wie in jedem der 97 Urwahlbezirke dieses Wahlkreises die Urwähler nach Maßgabe ihrer Steuerleistung sich auf die drei Klassen verteilen. Hin und wieder ist es ein „Vergnügen eigener Art", an der Hand dieser Abteilungslisten die prächtigen Blüten des Dreiklassensystems unseres Landtagswahlrechts zu betrachten.

Der Landtagswahlkreis Berlin I umfaßt die Stadtbezirke 31—49, 56 A und B, 61 A und B, 283, 284 A, B, C. Sein Hauptbestandteil ist der „vornehme" Westen der Stadt, der die Wohnviertel der Wohlhabenden in sich schließt. Wir finden aber in ihm auch einige Bezirke, die fast nur von Minderbemittelten bewohnt sind. Es ist also auch hier dafür gesorgt, daß es an dem Gegensatz zwischen reich und arm nicht fehlt.

Wieder hat in manchen Urwahlbezirken, wo zufällig ein paar besonders leistungsfähige Steuerzahler sitzen, die Drittelung der von der Gesamtheit der Wähler des Bezirks aufgebrachten Steuersumme den tollen Widersinn des Dreiklassensystems recht überzeugend dargetan. Im 77. Wahlbezirk (am Südrand des Tiergartens, Umgebung der Rauchstraße) wird die erste Klasse ausgefüllt von zwei reichsten Wählern, die jeder mehr als 191 991 Mark Steuern pro Jahr zahlen. Wer weniger zahlt, gehört hier schon zur zweiten Klasse. Sie umfaßt die nächsten 15 Wähler, deren geringster immer noch über 14 042 Mark Steuern zahlt. Mit weniger als 14 042 Mark Steuerleistung muß man hier sich in die dritte Klasse schieben lassen, die sich aus 202 Wählern zusammensetzt. Im 75. Wahlbezirk (gleichfalls am Südrand des Tiergartens, Umgebung der Bendlerstraße) gehört man erst mit mehr als 28 159 Mark Steuern zur zweiten Klasse und mit mehr als 172 430 Mark Steuern zur ersten Klasse. Hier wird die erste Klasse durch zwei Wähler, die zweite Klasse durch die nächsten fünf Wähler ausgefüllt und es bleiben dann für die dritte Klasse 126 Wähle.. Der 71. Wahlbezirk (Umgebung der Potsdamer Straße zwischen Platz und Brücke) hat in der ersten Klasse sogar nur einen einzigen Wähler, aber der erwirbt in diesem Bezirk schon mit 59 524 Mark Steuerleistung die Erstklassigkeit. Von den vier Wählern, die ihm in der zweiten Klasse gegenüberstehen, zahlt der geringste 5067 Mark Steuern. Wer dahinter zurückbleibt, gehört zu den 140 Wählern der dritten Klasse. Auch im 98. Wahlbezirk (Teile der Flottwell- und der Steglitzer Straße) hat die erste Klasse nur einen einzigen Wähler, und hier zahlt er sogar nur 16 664 Mark Steuern. Bei den Wählern der zweiten Klasse reicht die Steuerleistung hinab bis zu 360,40 M. Die zweite Klasse hat hier 14 Wähler, in die dritte Klasse sind 289 Wähler hineingestopft. 289 Wähler haben hier nicht mehr Recht als der eine Erstklassige, der ganz allein zwei Wahlmänner zu wählen hat.

Das sind ein paar Proben, die das Geldsackvorrecht grell beleuchten. Ihr Gegenstück sind mehrere andere Bezirke, in denen man mit verhältnismäßig sehr geringen Steuerbeträgen in die zweite Klasse, ja sogar schon in die erste Klasse hineinkommt. Zu so hoher „Ehre", zur Erstklassigkeit, gelangt man z. B. schon mit 120 M. Steuern im 116. Wahlbezirk (Teile der Schwerin- und Rietenstraße)), schon mit 103,60 M. im 126. Wahlbezirk (Teil der Kirchbachstraße), ja schon mit 77,20 M. im 161. Wahlbezirk (Teile der Bautzener und Großgörschenstraße). Dementsprechend schließt in diesen Bezirken auch die zweite Klasse mit sehr viel geringeren Steuerbeträgen ab, im 116. mit 33,40 M., im 126. mit 51,80 Mark, im 161. mit 42 M. Dafür ist dann hier die Ungleichheit der Wählerzahlen der drei Klassen ein bißchen gemildert. Die erste, zweite, dritte Klasse haben im 116. Bezirk 12, 54, 165 Wähler, im 126. Bezirk 16, 74, 214 Wähler, im 161. Bezirk 17, 56, 139 Wähler.

Auf solche und ähnliche Urwahlbezirke blicken die bürgerlichen Parteien mit Sorge. Die Uebermacht, die durch das Geldsackwahlrecht ihnen in so vielen Wahlbezirken gesichert wird, findet ihre Grenze wenigstens in den proletarischen Bezirken. Wo die Minderbemittelten sich zusammendrängen und in der Wählerschaft die Mehrheit haben, da ist für unsere Gegner nichts zu hoffen. Für die werktätige Bevölkerung bietet sich bei der Wahl der Wahlmänner zugleich die Gelegenheit, zu protestieren gegen das Dreiklassensystem des Landtagswahlrechts, das so schmählich das Volk entrechtet. Der wirksamste Protest ist die Stimmabgabe für die Wahlmänner der Sozialdemokratie.

Die Mittellosigkeit der privaten Wohltätigkeitspflege

bestätigt Stadtrat Samter, der Vorsitzende der Charlottenburger Armenverwaltung, in einem längeren Artikel des „Berliner Tageblatts", in dem er gleichzeitig einen neuen Weg weist, um den immer leerer werdenden Kassen der privaten Wohltätigkeitsinstitute fortlaufende Geldmittel zufließen zu lassen. Herr Samter erklärt auf Grund seiner Erfahrungen, daß es unter der Dreimillionenbevölkerung Groß-Berlins immer dieselben, höchstens 4000 bis 5000 Personen sind, die durch ihre Beiträge die Vereinsarbeit ermöglichen. Das ist auch anderen Eingeweihten bekannt, die diese Zahl eher noch für zu hoch halten. Die Wohltäter sind vielfach Leute, die den Ehrgeiz haben, sich mit ihren Vereinsspenden gedruckt zu sehen, was sie bei ihrem Wohlstand sich ohne erhebliche Opfer leisten können. Das Zwanzigmarkstück derartiger Geber wiegt lange nicht soviel als der Sechser des Minderbemittelten. Wer sein Wenniges mit der Armut teilt, ist der rechte Wohltäter. Andere wieder haben bei ihren Spenden ein rein geschäftliches Interesse. Sie machen mit billiger Reklame auf ihre Firma aufmerksam oder knüpfen sonst durch die Vereinsarbeit einträgliche Verbindungen an. Manchem liegt auch nur daran, gesellschaftliche Beziehungen zu erhalten. Irgendeinen kleinen Nebengrund haben die meisten Spender. Bekannt ist ja ferner die kolossale Zersplitterung dieser Vereinsmeierei und die Tatsache, daß der größere Teil aller Spenden für die Verwaltungskosten und Gehälter draufgeht, wobei nicht wenige Personen sich eine recht annehmbare Lebensstellung schaffen und nebenbei noch Ruhmesgemüse ernten. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß einige Hunderte in ehrlicher Begeisterung ziemlich uneigennützig für die Sache tätig sind, aber diese physische Leistung steht doch nicht in Einklang mit den geringen praktischen Erfolgen der Vereinsarbeit. Die Zersplitterung, die gegenseitigen Eifersüchteleien, das krasseste Vereinsmeiertum, der ständige Bettel um Geld — alles das stellt eine gedeihliche, großzügige Wohltätigkeitsarbeit von vornherein in Frage. Und gerade die zur Aufrechterhaltung des Vereinsbettels notwendigsten Geldmittel fließen deshalb immer spärlicher, weil die erwähnten 4000 bis 5000 „Gebeckes" durch die in den letzten Jahren ungeheuer gewachsene Zersplitterung der privaten Fürsorge immer stärker in Anspruch genommen werden. Wurden doch von den Wohltätigkeitstigern namentlich Geschäftsfirmen derart geschröpft, daß die Kaufmannschaft zur Abwehr eine Hilfsinstitution ins Leben gerufen hat.

Stadtrat Samter gibt nun zu, daß die neueste Erfindung zur Belebung des Vereinsbettels, die Blumentagsseuche, nicht frei gewesen ist von Nebenerscheinungen, die den eigentlichen Sinn in den Hintergrund und das Amüsement in die erste Reihe treten ließen. Er kleidet den zum Unfug ausgewachsenen Mißstand in sehr milde Form. Bekanntlich bestanden die Nebenerscheinungen unter anderem auch in Unterschlagungen der öffentlich zusammengefochtenen Gelder. Man würde wohl auch sein blaues Wunder erleben, wenn man genau nachprüfen könnte, wie die erbettelten Hunderttausende verwendet worden sind und was dabei als „Nebenerscheinung" für Spesen und dergleichen abfiel. Macht nun Stadtrat Samter in Anlehnung an einen aus Wien importierten Gedanken den Vorschlag, es solle in großen Restaurants, wo die „beste Gesellschaft" verkehrt, jeder Rechnung ein Betrag von etwa fünf Pfennig für Wohltätigkeitszwecke aufgeschlagen werden, so verlängert er damit nur die Bettelsuppe, ohne den wirklichen Mißständen irgendwie zu Leibe zu gehen. Fließt die Quelle von dieser Seite, so wird sie von der anderen Seite langsam versiegen. Außerdem wird der neue Goldstrom auch neue Vereine züchten, die alle aus der gleichen Quelle gespeist sein möchten. Und das letzte Wort hat doch wohl das Publikum selbst. Es klingt sehr hübsch: „Freiwillige Geber für hungernde Kinder". Vorsichtige Leute wollen auch überzeugt sein, daß die hungernden Kinder wirklich etwas davon haben.

Stückwerk wird die organisierte private Wohltätigkeit immer bleiben, weil alle diese Organisationen nicht imstande sind, das Uebel an der Wurzel zu fassen. Es ist ein kostspieliger Kleinkrieg mit untauglichen Mitteln. Vom Staate, der unser Geld für den Militarismus nötiger braucht, ist eine durchgreifende Hilfe nicht zu erwarten. Die Städte aber könnten sehr wohl bahnbrechend vorgehen.

Die letztwillige Verfügung des verstorbenen Oberbürgermeisters Kirschner, nach der er einfach und schlicht, ohne jedes Aufhebens beerdigt werden will, hat die Frage nach der Ursache dieser Willenserklärung aufwerfen lassen. Diese Ursachen sollen ihren Grund haben in den Erfahrungen, die Kirschner anläßlich der Mitte Januar 1901 erfolgten Beerdigung des Bürgermeisters Brinkmann, der wenige Tage nach seinem Amtsantritt starb.

Bei dem schlechten Wetter hatten sich viele Teilnehmer Erkältungen zugezogen; dazu kam, daß die im Rathause abgehaltene Trauerfeier ihm und manchem anderen Teilnehmer nicht behagte und stark bekrittelt wurde. Als Kirschner von der Bestattung heimkehrte, habe er zu einem Kollegen gesagt: „Heute habe ich wieder etwas gelernt." Und als man fragte: „Darf man danach fragen?", da erwiderte er freimütig: „Wie man sich nicht begraben lassen soll." Nach einer Weile sagte er dann nach einer Kritik der Feier, die im Rathause stattgefunden hatte: „Ich werde Bestimmungen treffen, die eine ähnliche Kritik von vornherein ausschließen." — Oberbürgermeister Kirschner hat Wort gehalten.

Vermehrung der Verkaufsstände für den städtischen Seefischverkauf. Die Kommission für die Einrichtung des städtischen Seefischverkaufs hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, eine Vermehrung der Verkaufsstellen für Seefische eintreten zu lassen. Es sollen in der Markthalle in der Lindenstraße, in einem kleinen Schlachthaus auf dem städtischen Schlachthofe und auf städtischen Grundstücken in den verschiedensten Stadtteilen neue Seefischverkaufsstellen eingerichtet werden.

Dieser Beschluß ist nur zu begrüßen. Wünschenswert wäre aber auch eine gewisse Kontrolle über die mit dem Fischverkauf betrauten Händler. Es sind in letzter Zeit von den verschiedensten Seiten Klagen über verdorbene Ware erhoben worden, die in der Wörther- und Weddinghalle verkauft worden ist. Da von der Stadt nur die einwandfreieste Ware gekauft und zum Verkauf gestellt wird, so haben sich an diese Verkäufe schon Vermutungen geknüpft, daß es dabei nicht ganz einwandfrei zugehe. Im Interesse der Stadt und der Sache sollte darauf geachtet werden, daß solche Klagen unmöglich werden.

Von den Gefahren der Kindererwerbsarbeit

wissen die in der Jugendgerichtshilfe tätigen Personen zu erzählen. Immer wieder wird die Beobachtung gemacht, daß unter den noch schulpflichtigen Gesetzesübertretern die schon ums Brot arbeitenden besonders zahlreich sind.

Der neueste Jahresbericht der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge" bringt hierüber Zahlenangaben, die sehr lehrreich sind. Im Jahre 1911 überwiesen Berliner Gerichte 1679 jugendliche Personen an die Jugendgerichtshilfe Berlins, die sich ihrer annehmen sollte. Davon standen im Alter von 12—14 Jahren 258 männliche, 55 weibliche, zusammen 313, im Alter von 14—16 Jahren 487 männliche, 148 weibliche, zusammen 635, im Alter von 16 bis 18 Jahren 518 männliche, 213 weibliche, zusammen 731. Von den 12- bis 14jährigen Kindern waren noch schulpflichtig 258 Knaben, 51 Mädchen, zusammen 309 Kinder; 4 Mädchen dieser Altersgruppe waren bereits aus der Schule entlassen. Unter den Schulpflichtigen waren schon erwerbstätig: von 258 Knaben 58, sind 22,5 Proz., von 51 Mädchen 9, sind 17,6 Proz., überhaupt von 309 Kindern 67 sind 21,7 Proz.

Man mache sich einmal klar, was diese Zahlen zu bedeuten haben! Mancher wird vielleicht vermuten wollen, daß unter den Schulpflichtigen, die nicht mit dem Gericht in Berührung kommen, die Erwerbstätigen ebenso stark vertreten sein werden. Träfe diese Annahme zu, so müßten in Berlin, wo wir die Zahl der Kinder des Alters von 12—14 Jahren auf rund 30 000 Knaben und 30 000 Mädchen schätzen dürfen, bei einem Erwerbstätigenanteil von 22,5 Proz. bezw. 17,6 Proz. etwa 6750 Knaben und 5300 Mädchen, zusammen über 12 000 Kinder dieses Alters erwerbstätig sein. Wer diese geradezu ungeheuerliche Zahl nicht für möglich halten will, dem bleibt nur der Schluß übrig, daß unter den vor das Jugendgericht kommenden noch schulpflichtigen Kindern die schon erwerbstätigen ganz außerordentlich zahlreich sind.

Die Erfahrung lehrt, daß die Straftaten, durch die diese noch schulpflichtigen, schon erwerbstätigen Kinder vor den Richter gebracht werden, sehr oft direkt oder indirekt in ursächlichem Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit stehen. Auch der oben erwähnte Bericht weist hierauf hin, indem er an die Tatsache, daß fast ein Viertel der an die Jugendgerichtshilfe überwiesenen Schulpflichtigen erwerbstätig waren, die folgenden Bemerkungen knüpft: „Das muß uns zu denken geben. Hier haben wir die kleinen Laufburschen, die den halben Tag auf der Straße herumlaufen müssen, die meist ohne Aufsicht sind, die in ihrem kindlichen Uebermut alle möglichen dummen Streiche machen und dabei auch mit dem Gesetz in Konflikt geraten; „verbrecherische Neigungen" brauchen hier gar nicht mitzuspielen. Häufig legt auch das Publikum diesen dummen Streichen allzu große Bedeutung bei. Es würden sonst nicht so viele Lappalien zur Anzeige kommen."

Beherzigenswert ist die Mahnung, in solchen Fällen nicht sogleich nach Polizei und Gericht zu schreien. Die Gesetzesübertretungen eines Kindes zur Anzeige zu bringen, ist wirklich kein Heldenstück. Schwieriger ist die Aufgabe, durch vorbeugende Kinderfürsorge die Kinder vor Gesetzesübertretungen zu bewahren. Dazu würde unter anderem auch ein völliges Verbot der Kindererwerbsarbeit gehören, das die Sozialdemokratie von jeher gefordert hat. Aber noch ist es der Gewinnsucht durch Gesetz erlaubt, Profit aus Kindern herauszupressen. Gerät dann so ein Kind auf Abwege, dann kommt der Strafrichter — und straft das Kind!

Aus der Straßenreinigung. In der gestrigen Sitzung der Deputation für das Straßenreinigungswesen erklärte sich die Deputation auf Vortrag des Direktors Szalla über die Vorzüge der versuchsweise in Betrieb gestellten Kehrmaschine mit elektrischem Antrieb im Prinzip mit der Umwandlung des Pferdebetriebes bei den Kehrmaschinen in den elektrischen Betrieb einverstanden und bewilligte die Einstellung der Mittel zum Ankauf von zwei elektrisch betriebenen Kehrmaschinen in den Etat 1913. Vorgelegt wurden der Deputation ferner noch drei Projekte zur Ausführung von Erweiterungsbauten. Die Deputation genehmigte die Entwürfe nebst Erläuterungsberichten und Kostenüberschlägen zum Neubau des Dienstgebäudes mit Autogarage auf dem Bezirkshof III in der Limburger Straße, zum Erweiterungsbau für das Abteilungsdepot 14 in der Wiesenstraße und für den gleichen Bau des Depots 5 in der Wartenburgstraße. Schließlich genehmigte die Deputation noch die Beschickung des Museums für Volkshygiene der Stadt Köln mit Plänen und Photographien aus dem Betriebe der Straßenreinigungsverwaltung.

Für die Wahlen der Vertrauensmänner zur Angestelltenversicherung hat sich jetzt auch seitens der „Freien Vereinigung für die soziale Versicherung der Privatangestellten" ein Zentralausschuß für Groß-Berlin gebildet, in dem folgende Verbände vertreten sind: Bund der technisch-industriellen Beamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen, Verband der Bureauangestellten, Deutscher Zuschneiderverband, Bund der kaufmännischen Angestellten, Verband der Kunstgewerbezeichner, Verband der Lagerhalter, Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen, Werkmeisterverband für das deutsche Buchbindergewerbe und Berliner Maschinenbau-Werkmeisterverein. An der Spitze des Arbeiterausschusses für Groß-Berlin steht der Bund der technisch-industriellen Beamten durch die Person des Herrn Alfred Flügger, Berlin NW. 52, Werftstr. 7.

Als unbekannt beerdigt worden ist auf dem Gemeindefriedhof in Staaken der am Mittwoch früh auf der dortigen Feldmark bei einem Mast der Ueberlandzentrale tot aufgefundene Mann. Die Leiche war Freitag mittag nach der Leichenhalle geschafft worden. Am Sonnabend fand die Leichenöffnung im Beisein der Gerichtskommission statt, um die Todesursache festzustellen. Es ließ sich dabei aber nicht genau ermitteln, ob der Tod infolge eines elektrischen Schlages durch Berühren der unter Hochspannung stehenden Leitungen der Ueberlandzentrale erfolgt ist, oder ob er durch den Absturz vom Mast eingetreten ist, nachdem der Mann das Rückgrat gebrochen hatte. Außer Brandwunden an Händen und Gesicht sind noch Knochenbrüche festgestellt worden. Von der Leiche sind drei photographische Aufnahmen gemacht. Aus Rüdersdorf wird nun berichtet, daß der Lehrer Cohen von dort spurlos verschwunden ist. Am Montag lieh er sich von einem Kaufmann noch 50 M., um zu einem Berliner Rechtsanwalt zu fahren. Tags darauf erhielt der Geschäftsmann das Geld aus Berlin wieder zugestellt. Der Lehrer ist nach Rüdersdorf nicht wieder zurückgekehrt. Der Tag des Verschwindens des Lehrers und die Zeit der Auffindung der Leiche in Staaken, sowie die in das Hemd eingestickten Buchstaben A. C. ließen daher die Vermutung aufkommen, daß der Tote der Lehrer Cohen aus Rüdersdorf ist. Der Gemeindevorsteher Rane hat telephonisch in Rüdersdorf angefragt und nähere Angaben über den Leichenfund gemacht. Es wurde festgestellt, daß Figur, Aussehen, Kleidung und das vermutliche Alter des Toten genau mit dem des verschwundenen Lehrers übereinstimmen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Dienstagnachmittag in der Neuen Winterfeldtstraße. Dort wollte der Kohlenkutscher Franz Schirrmacher mit seinem Gefährt vor einem Straßenbahnwagen der Linie 60 die Gleise kreuzen, doch wurde sein Wagen von dem Straßenbahnwagen erfaßt und so heftig beiseite geschleudert, daß Sch. vom Bock stürzte. Der Kutscher schlug mit dem Kopf gegen die Bordschwelle, so daß er sich eine über den Kopf hinweggehende Schädelwunde zuzog. Der Verletzte wurde nach der Unfallstation in der Vorbergstraße gebracht, wo ihm der Arzt Notverbände anlegte. Auf seinen Wunsch wurde Sch. in seine Wohnung geschafft.

Zeugengesuch. Personen, die am 17. Juni d. J., abends gegen 8½ Uhr, gesehen haben, wie ein Mann auf dem Bahnhof Schönhauser Allee blutend von Bahnhofsbeamten nach dem Dienstraum gebracht wurde, werden um Angabe ihrer Adresse an Sachs, Kopenhagener Str. 77, Quergeb. III, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Graf v. Matuschka gedachte zunächst in warmen Worten des dahingeschiedenen Berliner Oberbürgermeisters Kirschner. Alsdann gelangte folgender von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachter Antrag zur Debatte:

In Anbetracht der auch von der heutigen Stadtverordnetenversammlung anerkannten Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel beantragen die Unterzeichneten eine Erhöhung der Löhne bezw. Gehälter von 30 Pf. pro Tag ab 1. September d. J. für alle diejenigen städtischen Arbeiter und Angestellten mit einem Jahreslohn bezw. Gehaltssatz von unter 2500 M.

Genosse Küter begründete den Antrag in eingehender Weise. Im vorigen Jahre eingebrachte Anträge auf Lohnerhöhung seien einem Ausschuß überwiesen worden. Damals sei beschlossen worden, die Tagelöhne in Wochenlöhne umzuwandeln und den Anfangslohn um 1 M. zu erhöhen. Durch die Herabsetzung der Mehrentschädigung für Sonntagsarbeit von 100 auf 50 Proz. gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion habe eine Lohnreduktion stattgefunden. Obwohl die Deputation die neue Arbeitsordnung bereits seit vier

Monaten dem Magistrat überwiesen habe, sei eine Vorlage an die Stadtverordneten nicht erfolgt.

Den Liberalen schien dieser Antrag etwas unerwartet gekommen zu sein, denn der Redner dieser Fraktion, Bamberg, meinte, die Kleingewerbetreibenden hätten auch unter der Teuerung zu leiden, es könne daher nichts gegeben werden.

Linicus (Freie Fraktion) hält den Antrag gleichfalls für unannehmbar.

Genosse Magnan betonte, daß man den Antrag dem Magistrat zur Berücksichtigung überweisen solle. Es sei Pflicht einer sozial denkenden Gemeindeverwaltung nicht zur Erwägung, sondern für ihre minderbemittelten Angestellten und Arbeiter zu sorgen.

Genosse Küter wies darauf hin, daß die Ausführungen der Redner Bamberg und Linicus nur eine Verschleppung bedeuten; die Deputation für Arbeiterfragen hätte seit fünf Monaten nicht getagt, dieselbe könne nur durch den Magistrat, den die Liberale Fraktion in ihrem Sinne beeinflusse, einberufen werden.

Oberbürgermeister Dominikus verwahrte sich dagegen, daß der Magistrat unter dem Einfluß einer bestimmten Fraktion stehe, und meinte, wenn dem Magistrat ein Antrag überwiesen werde, der wichtig erscheint, so werde derselbe sofort weiter gegeben.

Zobel (Lib. Frakt.) versuchte in seiner bekannten Art von der Sache abzulenken, um dadurch den schlechten Eindruck, den das Verhalten der liberalen Mehrheit hervorgerufen hat, zu verwischen. Die liberale Mehrheit beschloß, den sozialdemokratischen Antrag dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Hierauf wurde beschlossen, den in Schöneberg wohnenden Hebammen, wie auch den von dem Hauspflegeverein beschäftigten Pflegefrauen auf Wunsch kostenfreie Bäder zu verabfolgen, bezw. kostenfreie Desinfektion ihrer Bekleidung und Instrumente in der städtischen Desinfektionsanstalt zu gewähren.

Ferner wurde gewünscht, den Unterricht in den unteren Klassen der Volksschulen im Sommer erst um 8 Uhr beginnen zu lassen. Dies wurde vertagt, bis das Ergebnis der von der Schuldeputation veranstalteten Umfrage feststeht. — Der Verein der Handwerker und Gewerbetreibenden hatte beantragt, von dem Verkauf von Räucherwaren in der städtischen Seefischhalle abzusehen. Der Referent Genosse Peterson empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung, da von den Gewerbetreibenden niemand geschädigt worden sei. Die Liberalen beantragten, die Angelegenheit an den Petitionsausschuß zurückzuverweisen. — Die Kinobesitzer hatten um Aufhebung der Kinosteuer ersucht. Der Referent Ed. Meyer betonte, daß die Petition nicht vollständig wäre, da die Einnahmen der Sonntage fehlten; an diesem Tage wäre aber gerade das Hauptgeschäft, er beantrage daher, die Angelegenheit ein halbes Jahr zu vertagen, um ein abschließendes Urteil über die Wirkung der Kinosteuer zu gewinnen.

Genosse Küter trat für Zurückverweisung der Petition an den Ausschuß ein. Die Einnahmen an den Sonntagen und in der Winterszeit würden infolge der allgemeinen Teuerung nachlassen, daher sei es am Platze, daß die ganze Steuer abgeschafft werde. Für die Vertagung stimmten 26 Liberale, während 18 Stimmen, darunter die Sozialdemokraten, dagegen waren. Nunmehr wurde von dem Berichterstatter des Wahlprüfungsausschusses Gottschall über die Ungültigkeit der Wahlen der Herren Lassen und Treugebrodt berichtet und empfohlen, beide Wahlen für ungültig anzuerkennen. Hiermit war der „Führer" der Liberalen, Herr Zobel, nicht einverstanden; er meinte, die Wahlen seien gültig trotz der festgestellten Formfehler durch den Bezirksausschuß. Nunmehr zog der Redner gegen einen im „Vorwärts" erschienenen Bericht zu Felde, der positive Unwahrheiten enthalte. Genosse Küter trat für die Ungültigkeit der Wahlen ein und kennzeichnete das Gebaren des Vorredners, der sich nur von Scheingründen leiten lasse. Im übrigen entsprächen die in dem fraglichen Bericht gemachten Angaben den Tatsachen. Wiederholt hätten die Liberalen die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagenen Personen abgelehnt. — Zobel erklärte, mit Recht sei dies geschehen, da seine Fraktion sich nichts unbesehen aufzwingen lasse. Als der Redner seine Entstellungen wiederholte, rief ihm Genosse Küter die Worte „unverschämte Unrichtigkeiten" zu, worauf er vom Vorsteher aufgefordert wurde, diese Bemerkung zurückzuziehen. Küter erklärte, nur dann dazu bereit zu sein, wenn der Vorredner seine unwahren Behauptungen zurückziehe. Da dies nicht geschah, erhielt unser Genosse einen Ordnungsruf. Herr Zobel, die geistige Größe, war somit gerettet.

Für die Gültigkeit der Wahl Lassen stimmten 21 Liberale, 19, darunter die Sozialdemokraten und der liberale Herr Gottschall, stimmten dagegen.

Die Wahl Treugebrodt ebenfalls für ungültig zu erklären, lehnten dieselben Liberalen ab. Dadurch haben die Herren der Stadt erneute Ausgaben aufgehalst. Der Bezirksausschuß wird sicher der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts beitreten.

Das Gaswerk hat sich bereit erklärt, für das zum Motorbetrieb und zur zentralen Warmwasserversorgung von ganzen Häusern und auch einzelnen Wohnungen verwendete Gas den Abnehmern ohne Rücksicht auf die Höhe des Gasverbrauchs einen Rabatt von 20 Proz. auf den Preis von 18 Pf. für das Kubikmeter zu gewähren. Die Stadt erhält die gleichen Vergünstigungen. Dem wurde zugestimmt.

Zur Kenntnis gegeben wurde, daß die Mitglieder der Freien Vereinigung und der Unabhängigen Fraktion sich unter dem Namen „Freie Fraktion" zusammengetan haben. Vorsitzender ist Stadtverordneter Jaynow.

Hierauf erfolgte die geheime Sitzung.

Charlottenburg.

Eine oberirdische Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen soll auf dem Spielplatz am Gustav-Adolfplatz jenseits der Spree errichtet werden. Die Vorarbeiten hierzu sind bereits beendet. Das dafür zu errichtende Gebäude, von der Sömmeringstraße zugänglich, wird mit Unterkunftsräumen für Park- und Straßenarbeiter ausgestattet werden. Der schlechten Grundverhältnisse halber ist eine tiefere Grundierung notwendig, und es ist noch nicht entschieden, ob dieser Umstand für den Ausbau eines Kellergeschosses genützt werden soll. Die Kosten sind auf 26 000 M. veranschlagt.

Wilmersdorf-Halensee.

Auf die heute stattfindende Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse wollen die Partei- und Gewerkschaftsgenossen ihre Arbeitskollegen, welche bei Wilmersdorfer Unternehmern beschäftigt sind, hinweisen. Gewählt wird von 6 bis 8 Uhr abends im Kassenlokal, Kaiser-Allee 173a.

Die Gewerkschafts-Unterkommission.

Die Sonntagswahl zur Stadtverordnetenversammlung ist nunmehr auch vom Wilmersdorfer Magistrat beschlossen worden. Die Wahlen dritter Abteilung finden Sonntag, 3. November, und zwar in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 6 Uhr abends statt. Damit ist einem lebhaften Verlangen der Arbeiterschaft unseres Vorortes Genüge geschehen. Wilmersdorf war bekanntlich im vorigen Jahre die einzige größere Gemeinde in Groß-Berlin, die die Sonntagswahl noch nicht eingeführt hatte. Die 2. Abteilung wählt dieses Jahr am 4. November, die 1. Abteilung am 5 November.

Treptow-Baumschulenweg.

Maßnahmen gegen die Teuerung. Der zum Freitag, den 20. September, abends 6 Uhr, nach dem Sitzungssaale des Rathauses einberufenen öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung liegt u. a. auch ein Antrag unserer Genossen und des Demokraten vor, den Bundesrat zur Oeffnung der Grenzen zu ersuchen und andererseits gemeindliche Einrichtungen zur Lebensmittelversorgung zu schaffen.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der Abbruchunternehmer Köhler hat gegen den Gemeindevorstand in einem Artikel des „Weißenseer Tageblatts" den Vorwurf erhoben, daß bei Gründung einer G. m. b. H. mit dem Tiefbauunternehmer Allers eine Umsatzsteuer im Betrage von 30 500 M. nicht in Anrechnung gebracht sei. Der Gemeindevorstand wies diese Verdächtigung ganz entschieden zurück, da diese G. m. b. H. keine Grundstücke eingebracht habe und daher ein Umsatz von Grundstücken nicht stattgefunden habe, wie sich jeder durch Einsichtnahme der Grundbuchakten überführen könne. In der anschließenden Diskussion mußten selbst die Mitglieder der alten Fraktion zugeben, daß der angeführte Vorwurf ein unberechtigter war. — In das Kuratorium der kaufmännischen Fortbildungsschule wurde der Fabrikbesitzer Riebe gewählt. — Für die Beschickung der Bauausstellung in Leipzig im Jahre 1913 mit Modellen unserer sozialen und sonstigen Einrichtungen wurde eine Summe bis zu 2500 M. bewilligt. — Auf dem Schulhofe in der Rölckestraße werden vier Metallfadenlampen aufgestellt, um den Fortbildungsschülern Gelegenheit zu geben, des abends auf dem Schulhofe Spiele vorzunehmen. Auf dem Semmelschen Hause am Antonplatz beabsichtigt die Installationsabteilung des Elektrizitätswerkes ein Reklame-Universalschild anzubringen, wozu 16 000 M. erforderlich sind. 13 Firmen haben bereits Inserate aufgegeben, so daß die Unkosten gedeckt sind. Jede weitere Aufnahme von Inseraten würde der Gemeinde einen Ueberschuß bringen. Zur weiteren Reklame für das Elektrizitätswerk und seiner Installationsabteilung wurden 1300 M. bewilligt. Auf Veranlassung der Regierung soll auf dem Pferdemarktterrain ein Isolierschuppen für kranke Pferde geschaffen werden, wofür das Bauamt 900 M. verlangte. Hierbei konnte man die Weisheit einiger Herren bewundern, die diesen Krankenstall für die Hälfte des Preises herstellen wollten; die Mehrheit bewilligte jedoch die geforderte Summe. Baurat Bühring befürwortete das Projekt eines Hauses, worin die Apotheke untergebracht werden soll. In der geheimen Sitzung wurde der Vertrag mit der Ortskrankenkasse abgeschlossen, die im Hause des zu erbauenden Ledigenheims die dritte Etage zum Zwecke einer Badeeinrichtung gemietet hat. Mehrere Grundstücksverkäufe und Ankäufe führten längere Diskussionen herbei, so daß die Sitzung erst gegen 11 Uhr ihr Ende erreichte.

Mahlsdorf an der Ostbahn.

Schwerer Bauunfall. Gestern abend um 1/2 8 Uhr ereignete sich in der Bürgerstraße ein schwerer Bauunfall. Der neu gerichtete Dachverband wurde durch den Sturm heruntergerissen, wodurch der Arbeiter Ziemens aus Mahlsdorf getötet und die Arbeiter Sievers und Hodicke schwer verletzt wurden.

Hohen-Schönhausen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am Montag abend gegen 1/2 8 Uhr in der Berliner Straße zugetragen. Als dort der Arbeiter Luchterband mit seinem vierjährigen Sohne Fritz den Fahrdamm überschreiten wollte, riß sich der Knabe plötzlich von der Hand des Vaters los und lief unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Nordöstlichen Berliner Vorortbahn (Hohen-Schönhausen—Kurzestraße) auf das Gleis. Obwohl der Führer sofort bremste, konnte er das Unglück nicht mehr verhüten. Der Kleine wurde umgestoßen und geriet mit dem Oberkörper unter den Schutzrahmen. Innerhalb kurzer Zeit wurde der Wagen angehoben, doch konnte das Kind, das schwere innere und äußere Verletzungen erlitten hatte, nur tot hervorgeholt werden. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle des Hohen-Schönhausener Gemeindefriedhofes gebracht.

Französisch-Buchholz.

Aus der Gemeindevertretersitzung. Bei Prüfung der Gemeindekassenrechnung vom Jahre 1911 ist eine Einnahme von 425 035,63 Mark und eine Ausgabe von 420 472,95 M., mithin ein Ueberschuß von 4562,68 M. festgestellt worden. Hierauf kamen folgende Dringlichkeitsanträge unserer Vertreter zur Verhandlung: 1. Die Gemeinde wolle an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird: die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel und der Grenzsperre für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrscheine. 2. Gemeindliche Einrichtungen — eventuell in Verbindung mit anderen Gemeinden — zur Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu schaffen.

Nach kurzer Debatte wurde der erste Teil angenommen, mit dem Zusatz, daß sich die Gemeinde der Eingabe von Groß-Berlin anschließen soll. Der zweite Teil rief eine längere Diskussion hervor, die damit endigte, daß der vor 14 Tagen abgelehnte Wochenmarkt auf erneuten Antrag nunmehr eingeführt werden soll. Eine Kommission, der auch Genosse Neumann angehört, soll die Marktordnung ausarbeiten und außerdem die Vorarbeiten für einen von der Gemeinde zu unterstützenden Seefischverkauf in die Wege leiten.

Spandau.

Hermann Knabe. Ganz unerwartet erhalten wir die Nachricht von dem Tode des Genossen Hermann Knabe.

Derselbe war bereits seit Anfang der 90er Jahre in Spandau eines der eifrigsten Mitglieder, welches wir je gehabt haben. Es war ein Genosse, der bei jeder Arbeit seinen Mann gestanden hat. Trotz Gefahren, Opfer und Not stand er stets mit in den vordersten Reihen, wenn es galt, Parteiarbeit zu leisten.

Er hat uns stets als Vorbild gedient und wir versprechen ihm, nach Kräften nachzueifern.

Die Genossen werden gebeten, sich zahlreich an der Beerdigung, welche am Donnerstag, nachmittags 4 1/4 Uhr, von der Leichenhalle aus in den Kisseln stattfindet, zu beteiligen.

Auf wenig Ordnung in der Führung der Steuerlisten läßt die Veranlagung zur Kirchensteuer einer Anzahl von Personen schließen, die schon längst aufgehört haben, Mitglied der Kirche zu sein. Wie aus Mitteilungen hervorgeht, werden auch nicht erwerbstätige Frauen konfessionsloser Männer zu den Kirchensteuern herangezogen. In einem Falle ist sogar ein Junggeselle wegen rückständiger Kirchensteuer seiner angeblichen Ehefrau gemahnt worden. Wo herrscht diese Unordnung in den Listen, beim Magistrat oder bei der Kirchenbehörde?

Nowawes.

Das Amt des Gemeindewaisenrats, das der Privatier Herr Alexander Erdmann, Auguststr. 15, vor kurzem krankheitshalber niederlegen mußte, ist Herrn Webermeister Wilhelm Damm, Wilhelmstraße 56, übertragen worden. An ihn sind in Zukunft alle Zuschriften und Anträge zu richten.

Der Streit um die Pflasterungskosten. Die Anlieger der Reuter- und der Klopstockstraße, die von der Gemeinde ursprünglich mit 50 Proz. zu den Pflasterungskosten herangezogen waren, nach einem Entscheid des Kreisausschusses jedoch die vollen Kosten tragen sollen, wollen den Weg des Einspruchs beschreiten.

Das Ortsstatut für die Fortbildungsschule soll wieder einmal eine Abänderung erfahren. Um die Wünsche der interessierten Kreise zu hören, ladet der Gemeindevorsteher die beteiligten Arbeitgeber, die gewerbliche Arbeiter unter 18 Jahren beschäftigen, sowie die an dem Unterricht und der Entwickelung der Schule beteiligten Arbeiter unter 18 Jahren zu einer Aussprache ein, die heute (Mittwoch), abends 8 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses stattfindet.

Potsdam.

Die Einrichtung eines sozialpolitischen Bureaus, das alle Abteilungen der Verwaltung umfassen soll, die in ihrem inneren Betriebe von den sozialpolitischen Gesetzen berührt und besonders beeinflußt werden, ist vom Magistrat geplant. Dem Bureau soll die Rechtsauskunftsstelle, der städtische Arbeitsnachweis, die Dienstvermittlungsstelle für weibliche Personen, das Gewerbe- und das Kaufmannsgericht angegliedert werden.

Lese- und Diskutierklub „Südost". Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr Sitzung bei Reidhardt, Görlitzer Str. 58: Vortrag. Gäste willkommen.

Lese- und Diskutierklub „Baumschulenweg". Heute Mittwoch, abends 9 Uhr, im Lokal von Erbe, Baumschulenstr. 14: Sitzung. Vortrag. Gäste willkommen.

Aus aller Welt.

Dummheit oder Loyalität?

Aus Tokio wird uns geschrieben: Für die Beisetzungsfeierlichkeiten des verstorbenen Kaisers sind 1 1/2 Millionen Yen (3 Millionen Mark) vom Reichstage bewilligt!

Zu diesen Kosten gehören nun u. a. die für die Trauerzeremonien in Tokio auf dem Auyamaplatz errichteten Bauten, deren Errichtung an Unternehmer vergeben wurde, die mehrere Tausend Arbeiter einstellten. Diesen Arbeitern wurde nun von den Unternehmern eingeredet, es sei ein verdienstvolles Werk, zur Ehre des verstorbenen Kaisers umsonst zu arbeiten, und was dergleichen Redensarten mehr sind. Kurz und gut, die Arbeiter kriegten 14 Tage keinen Lohn. Als einige aber doch murrten, weil sie doch ohne Geld gar nicht leben konnten, hieß es, daß das Lohngeld für die allgemeinen Kosten bestimmt sei und an den Staat abgeführt werde. Als mit einem Streik gedroht wurde, bekam die Zeitung „Hochi" von dieser Geschichte Wind und machte Skandal. Nun endlich erhielten die Arbeiter ihren Lohn ausgezahlt. Auf die vorangegangenen 14 Tage Lohn leisteten sie Verzicht, wenn die Unternehmer diesen Lohn wirklich an den Staat abführen. Wer soll wohl nachrechnen, ob das wirklich voll und ganz geschieht.

Dumm und geduldig! Das wären noch Arbeiter nach dem Wunsche der deutschen Unternehmer.

Auf'm Hund.

Im „Lokal-Anzeiger" vom 15. d. M. empfiehlt ein Korrespondent den Großstädtern dringend, sich einen Hund anzuschaffen. „Der Hund bringt die Menschen einander näher, was nicht mal ein kleines Kind fertig bringt, und sei es noch so süß. Es ist ein unbeschreiblich geheimnisvolles Etwas, das von Mensch auf Mensch übergeht, sobald der Hund in Frage kommt. Ein Fluidum, für das die Forscher noch die nähere Gattung und den treffenden Namen finden müssen". —

So geht's noch zirka 80 Zeilen weiter. In einer grimmig ernsten Zeit wie der heutigen, wo das Volk durch die Ausbeutung einer Handvoll Besitzenden an den Rand der Verzweiflung gebracht wird, wo die proletarischen Mütter nicht mehr wissen, womit sie den Hunger ihrer jammernden Kinder stillen sollen, mutet ein solcher „Hymnus an den Hund" seltsam an. —

Oder soll auf diese Weise das „Verlangen nach Hundefleisch" geweckt werden?

Ein neuer Höhenrekord.

Nachdem es vor wenigen Tagen dem französischen Flieger Garros gelungen war, den Höhenrekord mit einer erreichten Höhe von rund 5000 Meter an sich zu reißen, ist ihm gestern der Rekord von seinem Landsmann Legagneux erfolgreich strittig gemacht worden. Legagneux erreichte bei einem Fluge, den er in Villaroublay unternahm, 5600 Meter Höhe.

Ein verirrtes schwarzes Schaf.

In der von den Klerikalen verwalteten Stadt Padua zeichnet sich der Bischof durch einen besonderen Moralkoller aus, der sich vor allem dadurch äußert, daß er durch die priesterlichen Tugenden seines Klerus die Stadt reformieren will. Unter diesen Umständen traf es sich recht ungünstig, daß ein paar Frauen aus dem Volke am letzten Freitag einen der offiziellen Träger dieser Tugenden in ein nicht minder offizielles Bordell huschen sahen. Die Frauen schlugen Lärm, und es entstand ein Auflauf vor dem Bordell, so daß die Polizisten mit gezogenem Säbel die Stätte verteidigen mußten. Schließlich entschloß sich die Besitzerin des Freudenhauses, dem Priester Zivilkleidung zu geben: leider war aber der Zuhälter, in dessen weißen Straßenanzug der geistliche Herr gesteckt wurde, diesem an Leibesfülle keineswegs gewachsen. Der geistliche Ueberschuß quoll an allen Ecken und Enden über, was das Hohngelächter der Menge noch vermehrte. Von der Polizei beschützt wurde der Geistliche in schnellster Fahrt fortgeführt, aber die Menge begleitete ihn noch lange Zeit unter dem Rufe: „Führt ihn zum Bischof!" Statt ihn dorthin zu bringen, brachte man den Verfolgten im Rathaus in Sicherheit. Unglücklicherweise war gerade die Stadtverordnetensitzung desselben Tages der Behandlung des Antrags gewidmet, im Interesse der Jugenderziehung der Priesterschaft wieder Einfluß in der Schule einzuräumen.

So hatten die Stadtväter Gelegenheit, einen der empfehlenswerten Jugenderzieher im Zuhälterkostüm bewundern zu können.

Auf eine Seemine aufgefahren.

Der englische Dampfer „Barnes More" von der Johnstonlinie aus Liverpool, der auf der Fahrt nach Saloniki die Dardanellen vor dem Fort Karaburu passierte, wollte die Fahrt nach Saloniki fortsetzen, ohne den Lotsendampfer abzuwarten. Da er weder die Signale des Forts noch zwei blinde Kanonenschüsse beachtete, fuhr der Dampfer auf eine Seemine auf, die losging und den Dampfer ernstlich beschädigte. Einige Personen der Besatzung wurden verwundet; dem Kapitän gelang es, den Dampfer auf den Strand auflaufen zu lassen. Gegenwärtig wird die Ladung gelöscht. Man hofft, den Dampfer retten zu können.

Kleine Notizen.

Folgenschwerer Einsturz. Bei dem Versuche, in Niederlustadt ein Haus zu heben, stürzte das Gebäude in sich zusammen und begrub fünf Arbeiter. Alle haben schwere Verletzungen erlitten.

Vom Expreßzug zermalmt. Ein schwerer Unglücksfall hat sich in der vergangenen Nacht auf der Eisenbahnstrecke Longueau-Amiens zugetragen, auf der gegenwärtig Streckenarbeiten ausgeführt werden. Drei Arbeiter, die bei diesen Arbeiten beschäftigt waren, bemerkten das Herannahen des Expreßzuges Paris-Calais zu spät, so daß ihnen keine Zeit mehr blieb, zur Seite zu springen. Zwei von ihnen wurden von der Lokomotive mitgeschleift und waren sofort tot, der dritte kam mit leichteren Verletzungen davon.

Zugzusammenstoß. In der letzten Nacht gegen 2 Uhr stieß ein Belgrader Schnellzug auf der serbischen Station Kusadak mit einem Güterzug zusammen. Drei Reisende wurden schwer und mehrere Zugbedienstete leicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Witterungsübersicht vom 17. September 1912.

Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer auf 0 reduziert mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	757	WNW	4	Regen	12	Haparanda	745	NNO	6	Regen	8
Hamburg	762	NW	5	Regen	11	Petersburg	738	SSW	4	Regen	9
Berlin	760	W	4	bedeckt	12	Scilly	759	ONO	1	wolkenl.	12
Frankf. a. M.	769	SW	1	bedeckt	10	Aberdeen	767	WNW	4	wolkig	13
München	770	SW	1	wolkenl.	8	Paris	770	NNO	1	Nebel	8
Wien	764	W	5	bedeckt	10						

Wetterprognose für Mittwoch, den 18. September 1912.

Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regen- und Hagelschauern und ziemlich starken nordwestlichen Winden.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.